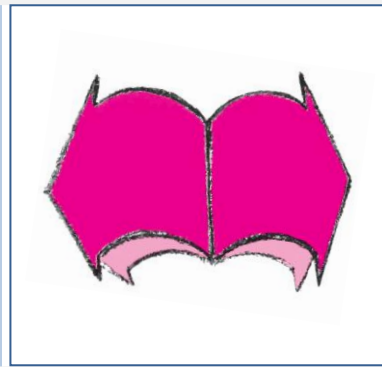


Sozialpsychiatrischer Plan 2012



Leitthema: „Psychische Krise - Krise in der Krise“

Impressum

Herausgeber:

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Fachbereich Soziales und Gesundheit

Gesundheitsamt

Sozialpsychiatrischer Dienst

Dezember 2012

Gendering: aus Übersichtsgründen erfolgt der Verzicht auf geschlechtsspezifische Doppelnennungen

STADTRAT MARKURTH ZUM SOZIALPSYCHIATRISCHEN PLAN

Sozialpsychiatrische Versorgungsstrukturen in der Stadt Braunschweig gehören in ihrer jahrzehntelangen Tradition, aber auch gerade in ihrer effizienten, institutionsübergreifenden Vernetzung fest zum positiven Erscheinungsbild unserer Kommune. Gerade deshalb ist es wichtig, dass man sich den Wert dieses gemeinsamen Handelns und Planens aller beteiligten Akteure von städtischen Einrichtungen über freie Träger, stationäre wie ambulante Hilfsangebote in Kliniken, Praxen und Beratungsstellen bis hin zu Initiativen von Angehörigen und Psychiatrieerfahrenen immer wieder neu vor Augen führt. Der Sozialpsychiatrische Plan soll Wegweiser und Bestandsaufnahme der gemeindepsychiatrischen Versorgung sein. Der Plan ist damit ein wichtiges Instrument, das allen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere den Akteuren der Versorgung, dem Rat und der Verwaltung zur Verfügung steht. Damit wird es möglich sein, einen gut fundierten Diskurs über Gemeindepsychiatrie und die Förderung seelischer Gesundheit zu führen.

Neben der aus den vorangegangenen Ausgaben bekannten Übersicht über die vielfältig vorhandenen Angebote der sozialpsychiatrischen Versorgung in unserer Stadt zeichnet sich der aktuell vorgelegte Plan durch die Besonderheit aus, dass in einem ersten Teil ein aktuelles Schwerpunktthema diskutiert wird, zu welchem - der guten Tradition konstruktiven Miteinanders folgend - die einzelnen Institutionen und Gruppierungen aus ihren jeweiligen Perspektiven Stellungnahmen abgegeben haben. In der vorliegenden Ausgabe wird damit thematisch der Fragestellung nachgegangen, welches mögliche Ursachen des zu beobachtenden Anstiegs von Zwangsmaßnahmen bei der Unterbringung und Behandlung psychisch erkrankter Mitbürger sein können und welche Maßnahmen gegebenenfalls ergriffen werden müssen, um diese unheilvolle gesellschaftliche Entwicklung zu stoppen. Umfang und Inhalt der jeweiligen Beiträge haben damit noch einmal das breite Interesse der beteiligten Akteure eindrucksvoll dokumentiert.

Den Mitarbeitern des Sozialpsychiatrischen Dienstes, aber auch allen anderen Akteuren des Verbundes, die mit engagierten Beiträgen und zur Verfügung stellen ihrer Daten den vorliegenden Plan erst ermöglicht haben, gilt mein aufrichtiger Dank!

Die Stadt Braunschweig hat in der sozialpsychiatrischen Versorgung viel zu bieten. Möge der vorliegende Plan dazu dienen, diese Vielfalt dem Leser transparent zu machen.

Ulrich Markurth

Schul-, Jugend-, Sozial- und Gesundheitsdezernent

der Stadt Braunschweig

1. November 2012

Vorwort	III
Stadtrat Markurth zum Sozialpsychiatrischen Plan	III
Leitthema „Psychische Krise - Krise in der Krise“	1
Einleitung	1
Methodik und Ergebnisse	3
Anschreiben „Psychische Krise - Krise in der Krise“	9
Der Verteiler des Anschreibens.....	9
Amtsgericht.....	11
Antwortschreiben des Amtsgerichts Braunschweig	11
Angehörige	12
Bericht der Angehörigenselbsthilfe psychisch erkrankter Menschen.....	12
Feuerwehr	13
Die Einbindung des Rettungsdienstes bei psychischen Notfällen und Erkrankungen	13
Leistungsanbieter	14
Antwortschreiben des Vereins Der Weg e.V.....	14
Niedergelassene Nervenärzte	15
Antwortschreiben des Sprechers der niedergelassenen Nervenärzte.....	15
Rechtliche Betreuer	17
Antwortschreiben der Betreuungspraxis Fritzsche	17
Polizei	18
Antwortschreiben der Polizeiinspektion Braunschweig	18
Psychiatrische Kliniken	19
Antwortschreiben des AWO Psychiatricentrum Königsutter	19
Antwortschreiben der Psychiatrischen Klinik des Städtischen Klinikums Braunschweig.....	21
Psychiatrieerfahrene	25
Über Zwangseinweisungen in die Psychiatrie in Braunschweig.....	25
Sozialpsychiatrischer Dienst.....	27
Zwanglos aus der Krise kommen - Fazit aus der Sicht eines Sozialpsychiaters.....	27
Die Rolle des Sozialpsychiatrischen Dienstes - Krisenversorger oder Strukturmanager?.....	27
Versuch einer Annäherung an Ursachen	28
Ambulante Versorgung im Wandel - Warten auf Einsicht der KV oder sektorübergreifende Innovation? ..	28

Ansatzpunkte in der stationären Versorgung - Was sollte der kommunale Krankenhausträger tun?	29
Fazit und Auftrag - Wie geht es weiter?.....	30
Fazit.....	31
Fazit und Ausblick aus der Sicht des Sozialpsychiatrischen Verbundes	31
Der Sozialpsychiatrische Verbund	33
Zum Aufbau und Funktion des Sozialpsychiatrischen Verbundes.....	33
Grundlage: § 8 Niedersächsisches Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) vom 16. Juni 1997.....	33
Prämissen des Sozialpsychiatrischen Verbundes im Gründungsjahr 1997	33
Grundsätze	33
Die drei Gremien des Sozialpsychiatrischen Verbundes	34
Aufgaben des Plenums.....	34
Aufgaben der Fachgruppen.....	34
Aufgaben des Kommunalen Fachbeirates	34
Mitglieder des Kommunalen Fachbeirates	35
Fachgruppe Arbeit und Tagesstruktur	36
Berichtszeitraum und Themen in 2011	36
Psychosoziale Beratung.....	36
EX-IN.....	36
Infos aus der Eingliederungshilfe und der Arbeitsagentur	36
Situation niederschwelliger Arbeitsmaßnahmen.....	36
Angebote für Menschen mit Asperger - Autismus.....	36
Defizite in der Versorgung	37
Fachgruppe Beratung und Betreuung.....	38
Berichtszeitraum und Themen 2011-2012.....	38
Teilnehmende Institutionen.....	38
Aktivitäten der Fachgruppe.....	39
Die Arbeit der Fachgruppe	39
Mitarbeit in der Vorbereitungsgruppe.....	39
Defizite in der Versorgung	39
Fachgruppe Gerontopsychiatrie	40
Berichtszeitraum und Themen 2011.....	40
Arbeit der Fachgruppe	40

Fachgruppe Kinder- und Jugendpsychiatrie.....	41
Berichtszeitraum und Themen 2011.....	41
Aktivitäten der Fachgruppe.....	41
Defizite in der Versorgung von Kindern und Jugendlichen.....	41
Fachgruppe Sucht.....	42
Berichtszeitraum und Themen 2011.....	42
Aktivitäten der Fachgruppe.....	42
Neue Wege in der Arbeit von Selbsthilfegruppen.....	42
Kinder aus suchtbelasteten Familien.....	42
Neue Wege in der Arbeit von Selbsthilfegruppen.....	42
Fachgruppe Wohnen.....	43
Berichtszeitraum und Themen 2011 - 2012.....	43
Teilnehmende Institutionen.....	43
Aktivitäten der Fachgruppe.....	43
Zukünftige Aufgabenstellungen.....	44
Fachgruppe Stationäre Versorgung.....	45
Berichtszeitraum und Themen 2011.....	45
Neue Entwicklung Psychiatrische Klinik 2011.....	45
Generelle Entwicklungen 2011.....	45
Neue Therapeutische Angebote und Strukturen 2011.....	45
Allgemeinpsychiatrie und Psychotherapie.....	45
Versorgung in Braunschweig.....	47
Übersicht des weiteren Aufbaus.....	47
Erklärung.....	47
10 Ambulante Dienste für Erwachsene.....	48
Lebenshilfe Braunschweig e.V. - Autismusambulanz.....	48
Lebenshilfe Braunschweig e.V. - Betreutes Wohnen.....	49
Stadt Braunschweig - Sozialpsychiatrischer Dienst.....	50
11 Ambulante Dienste für Kinder.....	51
Diakonische Jugend- und Familienhilfe Rischborn GmbH.....	51

Lebenshilfe Braunschweig e.V. - Autismusambulanz.....	52
Sozialpädiatrisches Zentrum	53
VSE - Verbund sozialtherapeutischer Einrichtungen e.V.	54
12 Ambulante Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen	55
Aktion Brückenbau e.V.....	55
Ambet e.V. - Gerontopsychiatrische Beratungsstelle	56
BEJ - EB Domplatz.....	57
BEJ - EB Jasperallee	58
Der Weg e.V. - Kontaktstelle	59
Deutscher Kinderschutzbund e.V.....	60
Der Paritätische - DROBS.....	61
Der Paritätische - KIBIS.....	62
DRK - BETA	63
Evangelische Ehe- und Lebensberatung.....	64
Frauenberatungsstelle e.V.	65
Frauen- und Mädchenberatung	66
Katholische Ehe-, Familien- und Lebensberatung	67
Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH - Fachambulanz	68
Mondo-X	69
Psychotherapeutische Beratungsstelle des Studentenwerks Braunschweig	70
13 Ambulant Betreutes Wohnen (gemäß §53 SGB XII)	71
AHMB e.V.	71
Ambet e.V. - Soziotherapie	72
Der Weg e.V. - Betreutes Wohnen.....	73
Diakonische Gesellschaft - Wohnen und Beraten.....	74
Der Paritätische - Betreutes Wohnen	75
Der Paritätische - Betreutes Wohnen der GGPS Pippelweg	76
Evangelische Stiftung Neuerkerode - Ambulante Begleitung	77
Institut für persönliche Hilfen e.V. - Insel Betreutes Wohnen	78

Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH - Betreutes Wohnen	79
Wohngruppen am Bankplatz	80
14 Andere ambulante Hilfen zur Arbeit und zur Ausbildung	81
Ambet e.V. - Betreutes Einzelwohnen für ältere Menschen.....	81
Ambet e.V. - Betreute Wohngruppen für ältere Menschen	82
15 Spezielle ambulante Hilfen zur Arbeit und zur Ausbildung	83
Berufsförderungswerk Goslar	83
Caritasverband BS e.V. - PACE.....	84
Der Weg e.V. - Integrationsfachdienst.....	85
Lebenshilfe Braunschweig gGmbH - Industrie-Service	86
16 Spezielle ambulante Hilfen für Suchtkranke	87
Der Paritätische - DROBS (Aussenstelle CLEAR)	87
17 Spezielle komplementäre Hilfen für Kinder und Jugendliche	88
BEJ Beratung für Familie, Erziehende und junge Menschen e.V. - BiB	88
18 Spezielle ambulante komplementäre Hilfen für alte Menschen	89
Ambet e.V. - Nachbarschaftshilfe	89
19 Sonstige ambulante Hilfen	90
Angehörigenselbsthilfegruppe	90
Ambet e.V. - Nachbarschaftshilfe	91
Ambet e.V. - Psychiatrische Krankenpflege	92
Diakoniestation - Ambulante Psychiatrische Pflege.....	93
Institut für transkulturelle Betreuung e.V.....	94
Privat-Nerven-Klinik Dr. med. Kurt Fontheim - APP.....	95
Selbsthilfegruppe Psychiatrieerfahrene Braunschweig	96
Telefonseelsorge Braunschweig.....	97

20 Tagesklinische Behandlungen Allgemeinpsychiatrie	98
AWO Psychiatriezentrum Königslutter - Psychiatrische Klinik	98
Städtisches Klinikum Braunschweig - Tag- und Nachtambulanz	99
21 Tagesklinische Behandlungen Kinder-Jugend-Psychiatrie	100
AWO Psychiatriezentrum Königslutter - Kinder- und Jugendpsychiatrie.....	100
23 Tagesstätten (gemäß §53 SGB XII)	101
Der Weg e.V. - Tagesstätte Helmstedter Strasse	101
Der Weg e.V. - Tagesstätte Königsstieg	102
26 Spezielle tagesklinische Angebote für Suchtkranke	103
Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH - Tagesambulanz.....	103
30 Behandlung in Kliniken für Erwachsene (Gemäß SGB V)	104
AWO Psychiatriezentrum Königslutter - Gesamtübersicht	104
AWO Psychiatriezentrum Königslutter - Psychiatrische Klinik	105
AWO Psychiatriezentrum Königslutter - Abhängigkeitserkrankte	106
AWO Psychiatriezentrum Königslutter - Gerontopsychiatrie	107
Städtisches Klinikum Braunschweig - Psychiatrische Klinik	108
31 Behandlung in Kinder- und Jugendpsychiatrie (Gemäß SGB V)	109
AWO Psychiatriezentrum Königslutter - Kinder- und Jugendpsychiatrie.....	109
32 Behandlung in einer Klinik des Maßregelvollzuges	110
AWO Psychiatriezentrum Königslutter - Maßregelvollzug.....	110
33 (Übergangs-) Wohnheime / WG (Gemäß SGB XII)	111
AWO Bezirksverband BS e.V. - Sozialpsychiatrisches Zentrum	111
Diakonische Jugend- und Familienhilfe Rischborn GmbH.....	112
Der Paritätische - Haus Braunschweig	113
Übergangswohnheim für seelisch Behinderte	114
VSE - Verbund sozialtherapeutischer Einrichtungen e.V.	115

34 Psychiatrische Pflegeheime / WG (Gemäß SGB XII /PfV)	116
DRK - Seniorenheim	116
35 Spezielle stationär-komplementäre Hilfen für Wohnungslose	117
Diakonische Gesellschaft - Wohnen und Beraten am Jödebrunnen	117
36 Spezielle stationär-komplementäre Hilfen für Suchtkranke.....	118
Der Paritätische - Haus Hagenberg	118
37 Spezielle stat.-komp. Hilfen für Kinder / Jugendliche (Gemäß SGB VIII).....	119
Diakonische Jugend- und Familienhilfe Rischborn GmbH.....	119
Evangelische Stiftung Neuerkerode - Kinder- und Jugendwohngruppen	120
Mansfeld-Löbbecke-Stiftung	121
Pädagogisch-psychologisches Therapiezentrum e.V.	122
39 Sonstige stationäre Leistungen	123
Ambet e.V. - Haus Auguste	123
Evangelische Stiftung Neuerkerode - Kinder- und Jugendwohngruppen	124
Evangelische Stiftung Neuerkerode - Wohngruppen Erwachsene	125
Redaktion und Autorenverzeichnis	126
Koordination und Redaktion	126
Autorenverzeichnis	126

EINLEITUNG

In Braunschweig nehmen wir, die Mitarbeiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes, eine Entwicklung der Zwangsunterbringungen nach NPsychKG zur Kenntnis, die uns erschreckt. Innerhalb von zehn Jahren haben wir eine Steigerung um den Faktor 2,1 zu verzeichnen. Im Jahr 2002 wurden 393 Personen untergebracht, im Jahr 2011 sind 818 Personen zwangseingewiesen worden, wobei in dieser Statistik die Unterbringungsmaßnahmen nach dem Betreuungsrecht fehlen. Dieses alles sind Eingriffe in die freiheitlichen Persönlichkeitsrechte von psychisch kranken und suchtkranken Menschen, die eigentlich unter einem besonderen Schutz des Gesetzgebers stehen.

Ein psychiatrischer Notfall bedeutet nicht immer: akute Selbst- oder Fremdgefährdung; unmittelbarer Handlungsbedarf heißt nicht zwangsläufig Unterbringung. Wir im Sozialpsychiatrischen Dienst sprechen von Kriseneinsätzen und Krisenintervention.

Psychische Krise ist ein „unscharfer“ Begriff, eine einheitliche Definition fällt schwer. Auf jeden Fall handelt es sich um eine Notsituation. Ein seelischer Ausnahmezustand, welcher als Bedrohung empfunden wird und in dem die eigenen momentan vorhandenen Bewältigungsstrategien nicht ausreichen bzw. ausreichend mobilisiert werden können.

Die Krisenintervention dient in der Regel der Entlastung der betroffenen Person, der Angehörigen oder des Umfeldes. Sie soll die unmittelbare Gefahr abwenden. Die Krisenintervention folgt folgendem Prinzip (siehe Berger & Riecher-Rössler 2004):

- schneller Beginn
- zeitliche Begrenzung
- Sicherheit für Betroffene und Umfeld gewährleisten
- rasche physische, kognitive und emotionale Entlastung anstreben
- sicheren Raum anbieten für den Ausdruck von (heftigen) Gefühlen
- aktive und (Methoden-) flexible therapeutische Haltung (Zuhören bis Handeln)
- transparentes, nachvollziehbares und eindeutiges therapeutisches Vorgehen mit klarer Kommunikation
- Behandlungsfokus auf aktuelle Situation und/ oder Krisenauslöser
- Reaktivierung und Einbezug von Ressourcen
- Planung und Vereinbarung einer „Nachsorge“.

In der Regel heißt dies: Finden von ersten Bewältigungsschritten für akute Probleme und nicht „endgültige“ Lösungen. Die Zwangsunterbringung soll das letzte Mittel sein, da im Gesetzestext von akuter Gefährdung die Rede ist und die persönliche Freiheit ein hohes Rechtsgut ist, welches geschützt werden muss.

Die vorangestellten Zahlen werfen die Fragen auf, betreiben wir die Krisenintervention immer mit der notwendigen Sorgfalt? Neigen wir in Notfällen zu Interpretationen, die auf unserem Erfahrungswissen basieren und uns die Sicht vernebeln? Jeder Verlauf der psychischen Erkrankung ist individuell. Nicht jede exazerbierte Psychose bedeutet eine akute Selbst- oder Fremdgefährdung und muss somit zwangsbehandelt werden.

Meine langjährige Erfahrung zeigt mir, dass Menschen in Psychosen durch uns Profis begleitet werden können. Das wir durch Einsatz unserer Erfahrung und Kompetenz stationäre Behandlungen und Zwangseinweisungen vermeiden können.

Einer meiner langjährigen Klienten meldete sich, um mir zu berichten, dass er aufgrund von „Stress“ wieder Verfolgungsideen entwickelt. Ein ausgiebiges Gespräch folgte. Er erklärte sich bereit, mit seiner behandelnden Ärztin zu sprechen. Ein kurzfristiger Krisentermin in der Praxis konnte realisiert werden. Er war damit einverstanden, eine deutlich höhere Dosis an Medikamenten zu nehmen. Gleichzeitig vereinbarten wir weitere Entlastungsgespräche. Die Begleitung erfolgte einige Wochen. Mein Klient musste nicht stationär behandelt werden. Er konnte weiter in seinem vertrauten Umfeld verbleiben, die Einschränkungen hielten sich in Grenzen.

Ich erwähne diesen Fall, da der Klient vor Jahren forensisch untergebracht war. Im Verlauf seiner Psychose hatte er eine Körperverletzung aufgrund einer Verfolgungsidee begangen. Nach der Überzeugung der behandelnden Ärztin, deren Einschätzung ich mich anschließe, hat er sich über die Jahre positiv mit seiner Erkrankung auseinandergesetzt. So konnten wir ein „ambulantes Abfangen“ der Krise verantworten.

Mit diesem Beispiel möchte ich deutlich machen, dass jede Person und jede Krise individuell betrachtet werden sollte. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen müssen mit einbezogen werden.

Wie kommt es zu der enormen Zahl an Zwangseinweisungen? Haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der sozialpsychiatrischen Versorgung noch die Zeit für zeitaufwändige Kriseninterventionen? Hat sich das Rechtsverständnis verändert? Entsprechen die hohen Einweisungszahlen dem Zeitgeist? Laut einer DAK-Studie vom vergangenen Jahr sind die Zahlen der psychischen Erkrankungen insgesamt deutlich gestiegen, insbesondere die Fälle von Depressionen, Burn-Out oder Anpassungsstörung.

Wiederum eine Zahl aus dem Sozialpsychiatrischen Dienst der Stadt Braunschweig: Wir haben einen Anstieg der allgemeinen Fallzahlen im Sozialpsychiatrischen Dienst seit 2002 um den Faktor 2,3 zu verzeichnen, im Jahr 2002 hatten wir zu 1474 Personen Kontakt, im Jahr 2011 waren es bereits 3427. Die personelle Situation hat sich diesbezüglich nicht nennenswert verändert. Parallel dazu ist die Anzahl der psychiatrischen Praxen im erwähnten Zeitraum ebenfalls nicht gestiegen. In Braunschweig sind Wartezeiten auf einen Termin bei einem Psychiater von drei Monaten die Regel.

Ist also die Krisenintervention in der Krise? Hat sich die Arbeitswelt in der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung verändert? Ist ein Sicherheitsdenken in die Sozialpsychiatrie eingekehrt? Haben die Beschäftigten im Bereich Sozialpsychiatrie noch die Zeit, Krisen ambulant abzufangen? Gilt nicht die DAK-Studie auch für Beschäftigte der psychosozialen Versorgung?

Diese und noch viele Fragen sind zu beantworten. Wir hoffen durch diesen und die folgenden Beiträge einen Impuls zu setzen.

Michael Lange

Sozialpädagoge, Sozialpsychiatrischer Dienst

15. Mai 2012

METHODIK UND ERGEBNISSE

Die hiesige Ordnungsbehörde und der Sozialpsychiatrische Dienst werden über sämtliche im Stadtgebiet Braunschweig veranlassten Maßnahmen zur Unterbringung von Personen nach NPsychKG informiert, dabei werden die ärztlichen Unterbringungszeugnisse erfasst. Auf der Basis dieser Daten erfolgt in regelmäßigen Abständen eine statistische Auswertung. Die folgenden Daten entsprechen der Zahl der ärztlichen Unterbringungszeugnisse und somit auch der Zahl der konsekutiv eingeleiteten Unterbringungsmaßnahmen nach NPsychKG. Ob in der Folge ein Unterbringungsbeschluss, beispielsweise für mehrere Wochen, erlassen wurde, geht aus den Zahlen nicht hervor, es geht hier primär um die Krisensituation und deren Lösung. Die Auswertung dieser statistischen Daten erfolgte mit Hilfe der Software GUMAX, © software.house GmbH in der Version 5.4 anonymisiert nach Kalenderjahren.

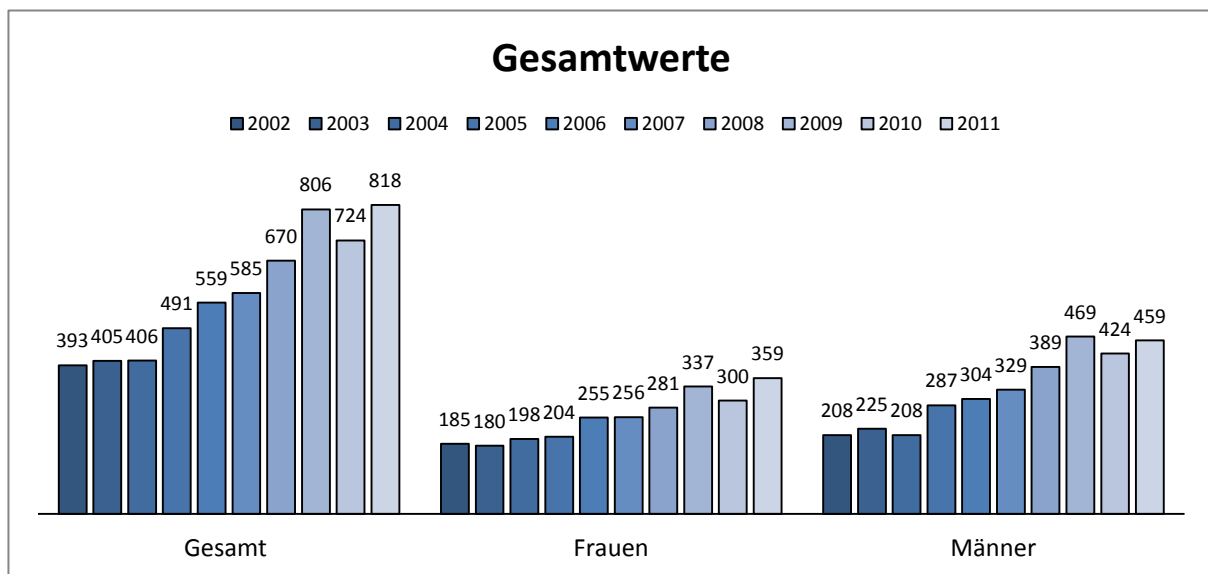
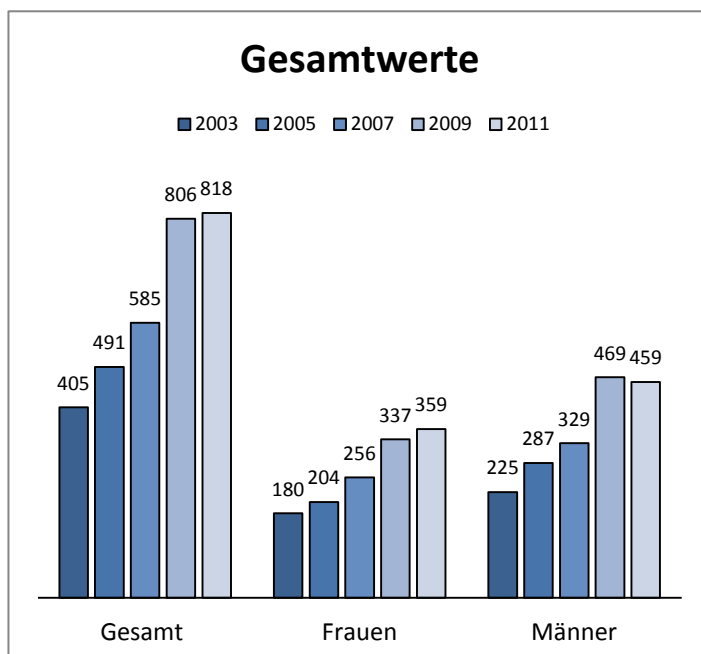


Diagramm 1: Maßnahmen nach NPsychKG im Zeitraum der Jahre 2002 bis 2011. Zunächst ist die Gesamtzahl der betroffenen Personen ohne Geschlechtsdifferenzierung darstellt, dann folgt eine Darstellung nach dem jeweiligen Geschlecht.

Zunächst sind alle Maßnahmen nach NPsychKG seit Beginn der elektronischen Erfassung, also ab dem Jahr 2002, bis zum Jahr 2011 dargestellt, eine Differenzierung erfolgt nach dem Geschlecht der betroffenen Personen. Ohne Differenzierung des Geschlechtes ist festzustellen, dass sich die Zahl der eingeleiteten



Maßnahmen in diesem Zeitraum um den Faktor 2,1 erhöht hat. Betrachtet man die Entwicklung getrennt nach Geschlechtern so ergibt sich eine Erhöhung für Maßnahmen nach NPsychKG um Faktor 1,9 bei den Frauen und um Faktor 2,2 bei den Männern. Signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern können somit nicht festgestellt werden.

Im Weiteren wurde aus Übersichtsgründen, zumal sich keine inhaltliche Änderung in der Aussage der vorgestellten Zahlen ergibt, auf die Darstellung von Jahrgängen gerader Jahreszahl verzichtet.

Diagramm 2: Analog zu Diagramm 1 werden hier die Jahrgänge ungerader Zahl, beginnend mit dem Jahr 2003, dargestellt.

Die weitere Auswertung geschieht nach Altersgruppen und Geschlecht. Die Auswahl der Altersgruppen wurde durch die eingesetzte Software vorgegeben, eine nähere Differenzierung entfällt somit. Zusätzlich zu den absoluten Zahlenwerten wurde in einem separaten Diagramm auch die prozentuale Veränderung der Unterbringungszahlen im Vergleich zum zuvor abgebildeten Jahr dargestellt. Die Balken mit den Ausgangswerten des prozentualen Unterschieds sind jeweils einem (*) Symbol gekennzeichnet, danach bezieht sich der prozentuale Unterschied auf das jeweils zuvor abgebildete Jahr.

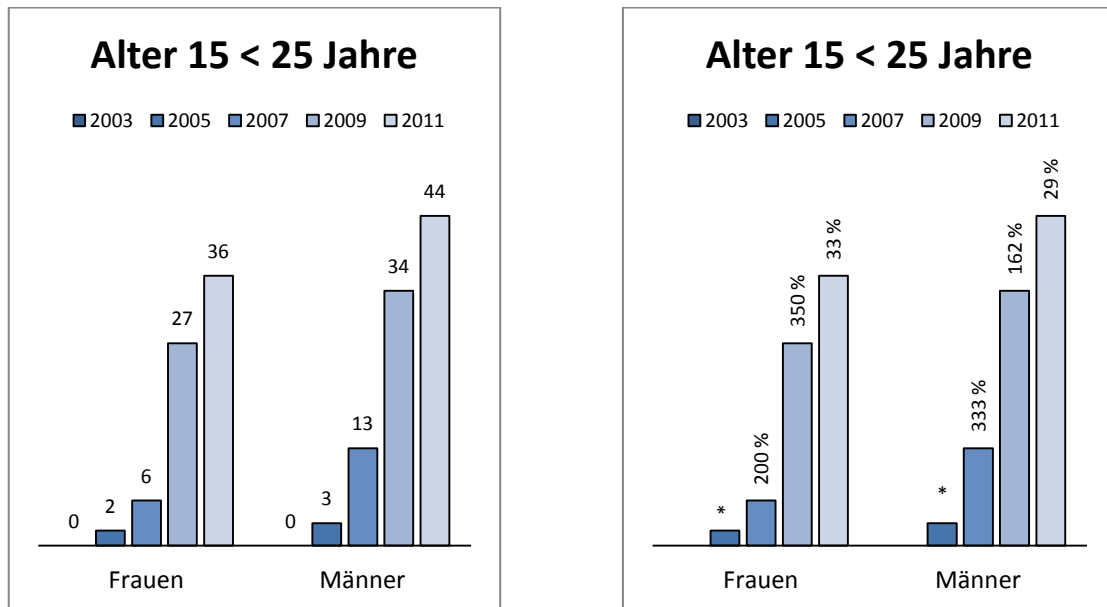


Diagramm 3: In den beiden Abbildungen sind die Altersgruppen der 15 bis 25-jährigen in absoluten Zahlen und die prozentuale Veränderung der Maßnahmen nach NPsychKG im Vergleich zum zuvor abgebildeten Jahr dargestellt. Die Balken mit den Ausgangswerten des prozentualen Unterschieds sind jeweils einem (*) Symbol gekennzeichnet.

Das Diagramm 3 stellt eine differenzierte Auswertung in der Altersgruppe der 15 bis 25-jährigen dar. Leider ist eine genauere Unterscheidung innerhalb dieser Altersgruppe, insbesondere an der Grenze zur Volljährigkeit, aufgrund der Vorgaben der elektronischen Datenverarbeitung nicht möglich. Da wir im Wesentlichen aber nur den Bereich der Erwachsenenpsychiatrie betrachten, ist abgesehen von wenigen Ausnahmen davon auszugehen, dass sich die Zahlen auf die Gruppe der 18 bis 25-jährigen beziehen.

In dieser Altersgruppe ist der Anstieg an Unterbringungsmaßnahmen nach NPsychKG besonders klar zu erkennen. Allein zwischen den Jahren 2007 und 2009 ist die Zahl der Unterbringungen bei den Frauen um den Faktor 4,5 und bei den Männern um den Faktor 2,6 gestiegen, betrachtet man die Veränderung zwischen 2005 und 2011 ergibt sich für die Frauen ein Zuwachs für die Unterbringungszahlen nach NPsychKG um Faktor 18 und für die Männer ein Faktor 14,7.

Auch wenn die absoluten Zahlen noch gering erscheinen, stellt sich die Frage des Umgangs mit dieser Entwicklung, zumal bei einer Vielzahl schwerer psychischer Erkrankungen der Erkrankungsbeginn typischerweise in diesem Altersbereich liegt. Wie verstörend muss auf einen Menschen in seiner womöglich ersten „psychischen Krise“, also dem Beginn einer vielleicht chronischen Erkrankung, eine Lösung selbiger mit Zwangsmaßnahmen sein? Inwieweit beeinflusst ein solches Vorgehen den weiteren Krankheitsverlauf, das Krankheitsverständnis und die Compliance?

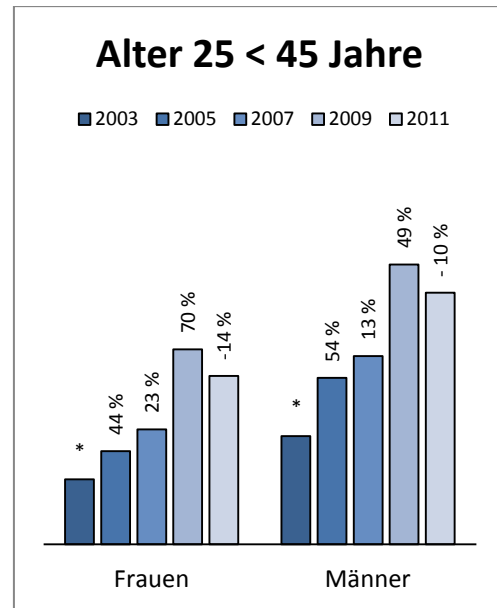
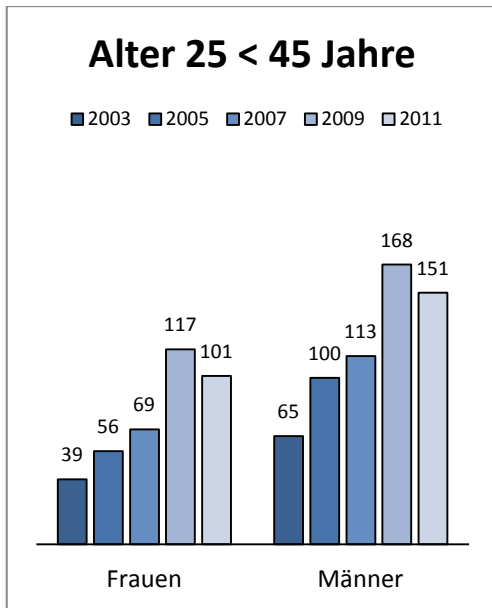


Diagramm 4: In diesen beiden Abbildungen sind die Altersgruppen der 25 bis 45 jährigen in absoluten Zahlen und die prozentuale Veränderung der Maßnahmen nach NPsychKG im Vergleich zum zuvor abgebildeten Jahr dargestellt. Die Balken mit den Ausgangswerten des prozentualen Unterschieds sind jeweils einem (*) Symbol gekennzeichnet.

In der Altersgruppe der 25 bis 45 jährigen zeigt sich im Vergleich der Jahre 2003 und 2011 insgesamt ein Anstieg der Unterbringungsmaßnahmen bei den Frauen um Faktor 2,6 und bei den Männern um Faktor 2,3. Der Anstieg liegt also unter der Entwicklung der zuvor vorgestellten Altersgruppe der 15 bis 25 jährigen, jedoch über den Werten der gesamten durchschnittlichen Entwicklung. Zwischen den Jahren 2009 und 2011 lässt sich, trotz der noch sehr hohen absoluten Zahlen, eine Abnahme der Maßnahmen nach NPsychKG um 14% bei den Frauen und 10 % bei den Männern erkennen.

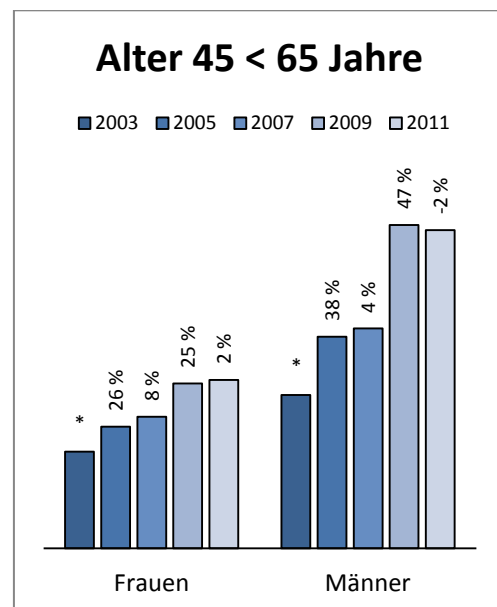
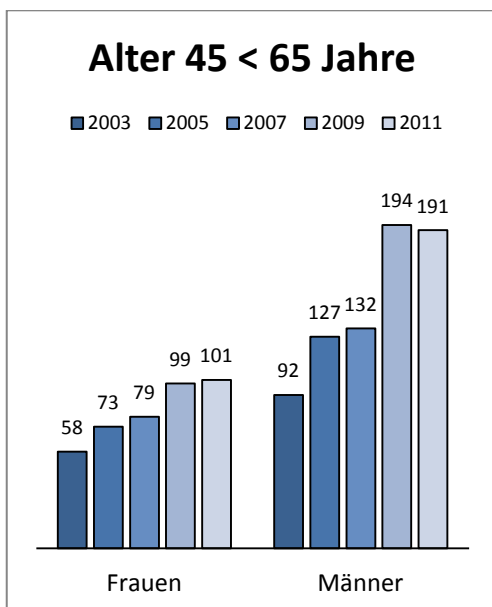


Diagramm 5: In den beiden Abbildungen sind die Altersgruppen der 45 bis 65 jährigen in absoluten Zahlen und die prozentuale Veränderung der Maßnahmen nach NPsychKG im Vergleich zum zuvor abgebildeten Jahr dargestellt. Die Balken mit den Ausgangswerten des prozentualen Unterschieds sind jeweils einem (*) Symbol gekennzeichnet.

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch in der Altersgruppe der 45 bis 65 jährigen erkennen, die zusammen mit der Gruppe der 25 bis 45 jährigen den größten Teil der untergebrachten Personen ausmacht. Zwischen 2003 und 2011 findet sich hier eine Zunahme der Maßnahmen nach NPsychKG um Faktor 1,7 bei den Frauen und Faktor 2,1 bei den Männern. Im Gegensatz zu der Gruppe der 25 bis 45 jährigen findet sich aber kein Rückgang der Zahlen zwischen den Jahren 2009 und 2011, vielmehr scheinen sich die Zahlen auf dem gleichen

Niveau stabilisiert zu haben. So findet man bei den Frauen einen geringen Zuwachs um 2% und bei den Männern eine Abnahme der Unterbringungsmaßnahmen um 2%.

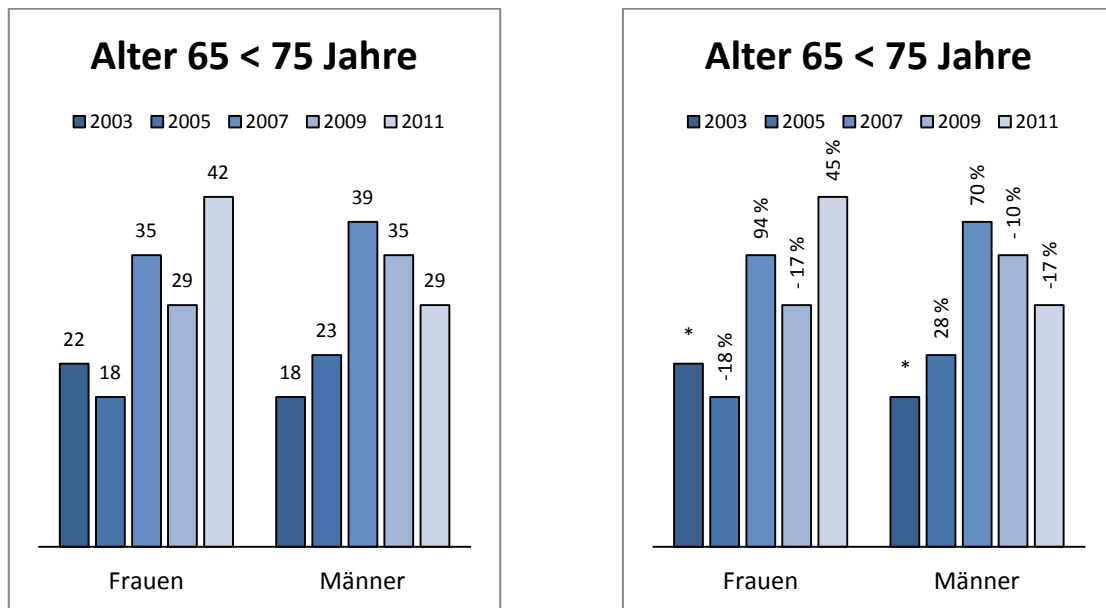


Diagramm 6: In diesen beiden Abbildungen sind die Altersgruppen der 65 bis 75 jährigen in absoluten Zahlen und die prozentuale Veränderung der Maßnahmen nach NPsychKG im Vergleich zum zuvor abgebildeten Jahr dargestellt. Die Balken mit den Ausgangswerten des prozentualen Unterschieds sind jeweils einem (*) Symbol gekennzeichnet.

Auch in der Altersgruppe der 65 < 75 jährigen lässt sich eine Zunahme der Maßnahmen nach NPsychKG im Vergleich der Jahre 2003 und 2011 um Faktor 1,9 bei den Frauen und um Faktor 1,6 bei den Männern erkennen, allerdings sind die Unterbringungszahlen in dieser Altersgruppe bei den Männern seit 2007 rückläufig, wohingegen bei den Frauen die Zahl der Unterbringungsmaßnahmen schwankend zunimmt.

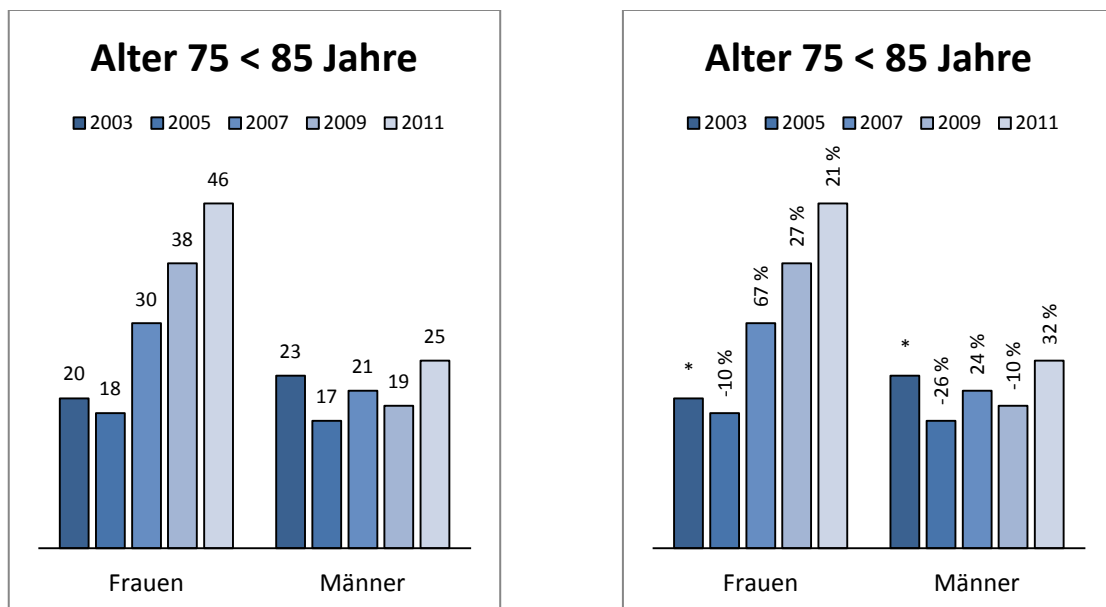


Diagramm 7: In den beiden Abbildungen sind die Altersgruppen der 75 bis 85 jährigen in absoluten Zahlen und die prozentuale Veränderung der Maßnahmen nach NPsychKG im Vergleich zum zuvor abgebildeten Jahr dargestellt. Die Balken mit den Ausgangswerten des prozentualen Unterschieds sind jeweils einem (*) Symbol gekennzeichnet.

In der nächsten Altersgruppe, nämlich der 75 bis 85 jährigen, ist bei den Frauen seit 2003 ein stetes Wachstum der Unterbringungsmaßnahmen nach NPsychKG zu erkennen, zwischen 2003 und 2011 lässt sich ein Wachstum um Faktor 2,3 errechnen, wohingegen die Entwicklung bei den Männern weitestgehend konstant zu sein scheint. Inwieweit demographische Entwicklungen eine Rolle spielen und somit Erkrankungen dieses Altersspektrums z.B. demenzielle Erkrankungen zum Tragen kommen, müsste separat ermittelt werden.

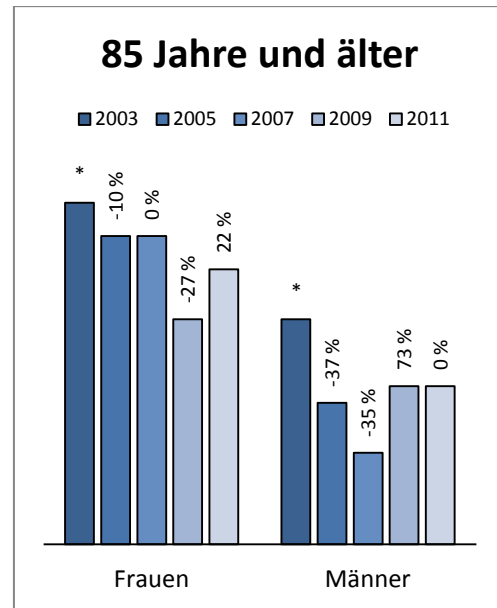
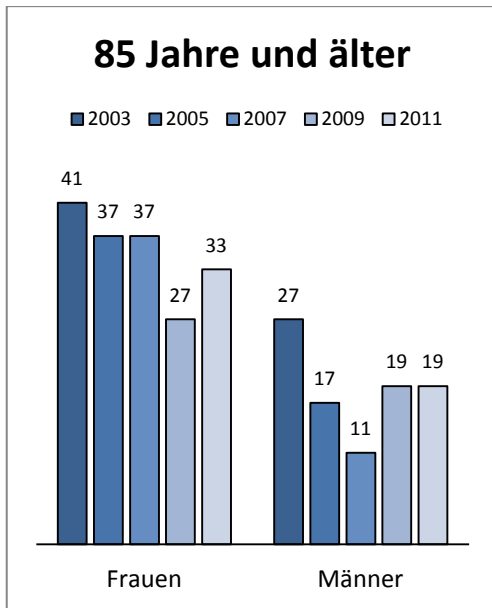


Diagramm 8: In diesen beiden Abbildungen sind die Altersgruppen der 85 und über 85 jährigen in absoluten Zahlen und die prozentuale Veränderung der Maßnahmen nach NPsychKG im Vergleich zum zuvor abgebildeten Jahr dargestellt. Die Balken mit den Ausgangswerten des prozentualen Unterschieds sind jeweils einem (*) Symbol gekennzeichnet.

In der Altersgruppe der über 85 jährigen fällt eine Abnahme der Maßnahmen zwischen 2003 und 2011 ebenso wie ein Unterschied zwischen den Geschlechtern auf, wobei ein demographischer Zusammenhang mit der Geschlechterverteilung in dieser Altersgruppe zweifelsohne bestehen wird. Aus unseren Zahlen lässt sich zwischen 2003 und 2011 eine Abnahme der Unterbringungsmaßnahmen um Faktor 1,2 bei den Frauen und Faktor 1,4 bei den Männern erkennen.

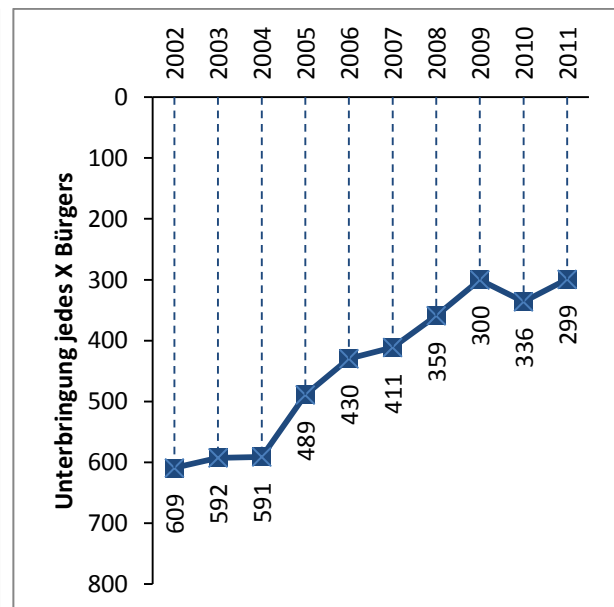
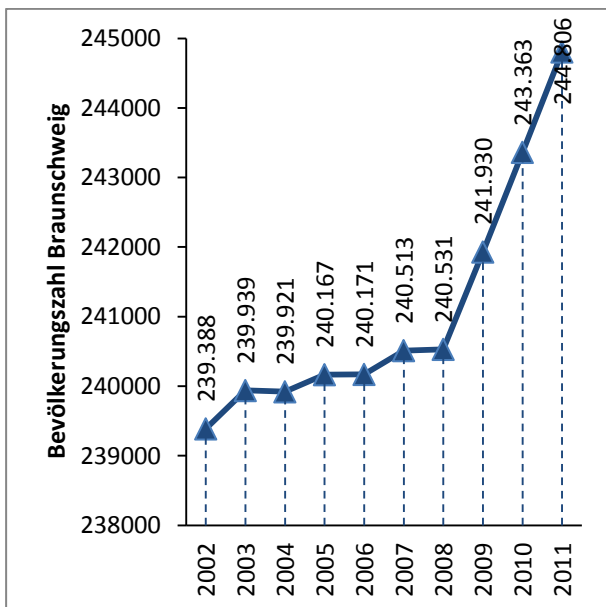


Diagramm 9: In der linken Abbildung wird die Bevölkerungsentwicklung Braunschweigs, anhand der veröffentlichten Zahlen (http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/statistik/jahrbuch/jahrbuch/G02_01i.pdf; zuletzt am 06.09.2012; 09:10 Uhr aktualisiert) dargestellt. Die jeweilige Bevölkerungszahl wurde mit den Unterbringungszahlen des gleichen Jahres so verrechnet, dass in der rechten Abbildung eine Aussage über die Häufigkeit der Unterbringungsmaßen unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl möglich wurde, es ist somit die Zahl von Unterbringungsmaßnahmen nach NPsychKG jeden X Bürger Braunschweigs dargestellt.

Gemessen an der Bevölkerungsentwicklung hat sich im Zeitraum 2002 bis 2011 das „Risiko“, im Rahmen einer Maßnahme nach NPsychKG untergebracht zu werden, erhöht. Trotz eines leichten Bevölkerungszuwachses können folgende Zahlen für in Braunschweig lebende Bürger festgestellt werden: wurde im Jahr 2002 noch jeder 609ste Bürger mit einer Maßnahme nach NPsychKG untergebracht, so erfolgte im Jahr 2011 bei jedem 299ten Bürger eine Unterbringungsmaßnahme nach NPsychKG. (Abzusehen ist von nicht ortsansässigen, z.B.

sich auf der Durchreise befindlichen Personen, die im Stadtgebiet Braunschweigs auffällig wurden. Diese Personengruppe kann auf der Basis der uns zur Verfügung stehenden Zahlen nicht herausgerechnet werden, allerdings ist deren Umfang als gering und wahrscheinlich auch konstant anzunehmen, so dass ein wesentlicher Einfluss auf die statistischen Aussagen nicht zu erwarten ist.)

Insgesamt spiegeln die Zahlen eine beunruhigende Entwicklung wider. Auch wenn der Zuwachs der Unterbringungsmaßnahmen in einigen Altersgruppen etwas abgeflacht ist und in einzelnen Gruppen sogar abgenommen hat, muss unter Berücksichtigung der gesamten Entwicklung doch eine deutliche Zunahme der Unterbringungsmaßnahmen nach NPsychKG festgestellt werden.

Die uns zur Verfügung stehenden Daten erlauben derzeit keine genauere inhaltliche Auswertung der Einweisungssituationen, so können dringende Fragen, wie beispielsweise nach den zu einer Maßnahme nach NPsychKG führenden Krankheitsbildern oder den näheren Einweisungsumständen, nicht beantwortet werden. Es wäre aber wichtig, genau diese Fragen zu verstehen, um mit Hilfe der gewonnenen Erkenntnisse eine Verbesserung der aktuellen Situation erreichen zu können.

Mit dem Ziel diese Entwicklung besser begreifen und Lösungsvorschläge entwickeln zu können, planen wir eine Kooperation mit der Fakultät Soziale Arbeit der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften. Erste diesbezügliche Gespräche haben bereits stattgefunden.

Dr. Michael-Mark Theil

Stadtarzt, Sozialpsychiatrischer Dienst

15. Mai 2012

ANSCHREIBEN „PSYCHISCHE KRISE - KRISE IN DER KRISE“

Es wurden die im Verteiler einzeln aufgeführten, unserer Einschätzung nach von psychischen Krisen betroffenen Menschen und an der Bewältigung dieser Krisen beteiligte Institutionen angeschrieben.

Auf unser Anschreiben wurde verschieden reagiert. Vielfach erfolgten telefonische Rückfragen zu deren Beantwortung wir gerne zur Verfügung standen, teilweise durften wir aber auch an die angefragten Beiträge erinnern. Manche Beiträge haben uns bedauerlicherweise bisher trotz Nachfrage und eines wiederholt verschobenen Redaktionsschlusses nicht erreicht.

DER VERTEILER DES ANSCHREIBENS

- Amtsgericht Braunschweig
- Amtsgericht Helmstedt
- Angehörige und Psychiatrieerfahrene
- Ärztlicher Bereitschaftsdienst Braunschweig
- AWO Psychiatriezentrum Königslutter
- Feuerwehr Braunschweig
- Kostenträger
- Leistungsanbieter
- Niedergelassene Nervenärzte
- Niedergelassene Psychotherapeuten
- Polizeidirektion Braunschweig, Herrn Polizeipräsidenten H. Döring
- Polizeiinspektion Braunschweig, Frau C. Müller
- Privat-Nerven-Klinik Dr.med. Kurt Fontheim Liebenburg
- Psychiatrische Klinik des Städtischen Klinikums Braunschweig
- Rechtliche Betreuer

Bis zum Redaktionsschluss erreichten uns Beiträge vom Amtsgericht Braunschweig, von Angehörigen und Psychiatrieerfahrenen, vom AWO Psychiatriezentrum Königslutter, der Feuerwehr Braunschweig, den Leistungsanbietern, den niedergelassenen Nervenärzten, der Polizeiinspektion Braunschweig, der Psychiatrischen Klinik des Städtischen Klinikums Braunschweig sowie und von den rechtlichen Betreuern.

ANTWORTSCHREIBEN DES AMTSGERICHTS BRAUNSCHWEIG

Sehr geehrter Herr Dr. Theil,

nach § 9 NPsychKG erstellt der Sozialpsychiatrische Dienst im Benehmen mit dem Sozialpsychiatrischen Verbund einen sozialpsychiatrischen Plan über den Bedarf an Hilfen und das vorhandene Angebot. Sie bitten um Mitwirkung unter Hinweis auf die von Ihnen berichtete deutliche Zunahme an Unterbringungsverfahren nach dem Niedersächsischen PsychKG.

Die Unterbringungsverfahren nach dem NPsychKG ermöglichen den hiermit befassten Richtern keine fachliche Aussage darüber, inwieweit sie die Folge einer "psychischen Krise - Krise in der Krise" sind, z.B. möglicherweise Folge fehlender örtlicher Angebote.

Beim Amtsgericht Braunschweig ist es insgesamt zu einer signifikanten kontinuierlichen Zunahme (Ausnahme 2009) an Verfahren nicht gekommen (2006 = 148, 2007 = 172, 2008 = 126, 2009 = 211, 2010 = 157, 2011 = 140). Valide Zahlen für die Jahre davor liegen nicht vor.

Darauf, dass die Mehrzahl der Verfahren bei dem Amtsgericht Helmstedt anhängig wird, habe ich bereits telefonisch hingewiesen. Wonach die Auswahl des Krankenhauses bei Zwangsunterbringungen erfolgt, entzieht sich unserer Kenntnis.

In wie vielen der hier anhängigen Verfahren es nach der vorläufigen Anordnung zu einem Beschluss über die endgültige (befristete) Unterbringung gekommen ist, kann nicht genau beziffert werden. Die Kollegen und ich sind uns aber sicher, dass die endgültige Unterbringung die Ausnahme darstellt, so dass wir davon ausgehen, dass das Instrument der Zwangsunterbringung Kriseninterventionscharakter hat.

Möglicherweise kann auch das Institut der rechtlichen Betreuung nach den §§ 1896 ff. BGB als Hilfsangebot im Sinne von § 9 NPsychKG angesehen werden. Eine Aufgabe psychosozialer Versorgung beinhaltet die rechtliche Betreuung nach meinem Verständnis durchaus.

Ob die deutliche Zunahme von (vorläufigen) Zwangsunterbringungen auch zu einer größeren Inanspruchnahme der Einrichtung rechtlicher Betreuungen bei Ihren Klienten geführt hat, müsste sich aus Ihren Daten ergeben.

Dass die Angebotskapazitäten - in diesem Zusammenhang die Frage, ob hinreichend vorgebildete Betreuer für ihre Klienten in der erforderlichen Zahl zur Verfügung stehen - nicht ausreichend sind, ist uns nicht bekannt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Tilla Scheffer-Gassel

Vizepräsidentin des Amtsgerichts

24. Mai 2012

BERICHT DER ANGEHÖRIGENSELBSTHILFE PSYCHISCH ERKRANKTER MENSCHEN

Leider hat sich in den letzten Jahren die Lage für die Angehörigen mit psychisch erkrankten Familienmitgliedern wenig fühlbar verändert.

Nach wie vor ist die Lebenssituation vieler Angehöriger von Angst, Unsicherheit und einer daraus resultierenden Isolation geprägt.

Besonders deutlich wird dieses in Krisensituationen. Bei den Betroffenen greifen oft die nötigen Hilfen nicht und wir Angehörige werden von A nach B geschickt, eindeutige Zuständigkeitsregelung z.B. der Kliniken, dem Sozialpsychiatrischen Dienst oder der Polizei und der Feuerwehr sind nicht immer erkennbar. Oft wird Hilfe erst nach einer Zuspitzung der Krisensituation möglich, muss leider immer erst etwas Schlimmes passieren, bis das Hilfesystem funktioniert und endlich die verzweifelten Angehörigen ernst genommen werden?

Auch ein Dialog im eigentlichen Sinn findet selten für die einzelnen betroffenen Familien statt und die notwendigen Hilfen müssen sie sich mühsam erarbeiten.

Deshalb ist dringend notwendig, dass alle Behandler und Institutionen voneinander Kenntnis haben und sich vernetzen. Dazu gehören unbedingt auch die Hausärzte.

Wir Angehörige haben großes Interesse an der Integrierten Versorgung. Entscheidend für den Erfolg wird dabei die an den Bedarf orientierte Aus- bzw. Fortbildung der Pflegekräfte sein.

Es fehlen immer noch für Akutsituationen Krisenbetten (z.B. Weglaufhaus) und obendrein sind die Wartezeiten in den Notaufnahmen der psychiatrischen Kliniken zu lang und deshalb auch sehr belastend, sowohl für die Betroffenen als auch für deren Angehörigen.

Nach wie vor ist die Terminvergabe bei den niedergelassenen Nervenärzten und Psychotherapeuten unerträglich lang.

Die schlechte Situation der Kinder und Jugendlichen mit psychiatrischen Diagnosen hat sich trotz der neu eingeweihten Tagesklinik nicht wesentlich verändert.

Marlis Wiedemann

Angehörigenselbsthilfe psychisch erkrankter Menschen

31. Mai 2012

DIE EINBINDUNG DES RETTUNGSDIENSTES BEI PSYCHISCHEN NOTFÄLLEN UND ERKRANKUNGEN

Aufgabe des Rettungsdienstes ist u. a. die Versorgung lebensbedrohlicher medizinischer Notfälle und die Durchführung des qualifizierten Krankentransports. Er ist Teil des Gesundheitswesens und wird in der Trägerschaft der Stadt Braunschweig durch die Berufsfeuerwehr nach landesrechtlichen Vorgaben organisiert. Durchführende im öffentlichen Rettungsdienst sind die Berufsfeuerwehr und die vier großen Hilfsorganisationen. Einheitliche Verfahrensanweisungen gelten für das gesamte Rettungsfachpersonal aller Organisationen.

Als Teil des Gesundheitswesens macht der Rettungsdienst in der Einsatzsituation ein Hilfsangebot, welches wie andere Gesundheitsdienstleistungen angenommen werden kann, aber nicht angenommen werden muss. Die Abwendung akuter Gefahr für Dritte und die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind Aufgaben der Ordnungsbehörden.

Mit psychischen Krisensituationen und mit psychiatrischen Erkrankungen hat der Rettungsdienst in zwei Situationen Berührung:

- bei Notfalleinsätzen im Randbereich zwischen medizinischem Notfall oder psychischer Krise
- im Rahmen von Hilfen für psychisch Erkrankte, für deren Umsetzung Zwangsmaßnahmen beim Transport nach NPsychKG angeordnet wurden.

Diese zwei Aufgaben, ein nicht verpflichtendes Hilfsangebot zu machen, und in bestimmten Situationen Zwangsmaßnahmen umsetzen zu müssen, sind bei einigen Rettungsdienstseinsätzen nur schwierig abzugrenzen. Die Situation wird noch schwieriger, wenn von einem potenziell psychiatrisch erkrankten Notfallpatienten akute Gefahren für Dritte ausgehen oder für Hilfen nach NPsychKG bei Eigengefährdung mehr als einfacher Zwang angewendet werden muss. In diesem Zusammenhang wird neben dem Rettungsdienst und dem Sozialpsychiatrischen Dienst auch die Polizei tätig.

Um in diesen Situationen für die Betroffenen die bestmögliche Versorgung zu bieten wurden für den Rettungsdienst graphisch dargestellte Verfahrensanweisungen (Algorithmen) für Einsätze mit behandlungsunwilligen Patienten und für Einsätze im Rahmen des NPsychKG erstellt und mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst und der Polizei abgestimmt.

Dr. Andreas Günther

Ärztlicher Leiter Rettungsdienst

24. Mai 2012

ANTWORTSCHREIBEN DES VEREINS DER WEG E.V.

Sehr geehrter Herr Dr. Theil, sehr geehrter Herr Hahn,

gerne beteiligen wir uns an Ihrer Erhebung zum Thema Anstieg der Anzahl der Zwangsunterbringungen in der Region Braunschweig.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass wir in unseren Arbeitsgebieten

- Ambulante Soziale Betreuung
- Tagesstätten
- Kontaktstelle

diese Entwicklung nicht beobachten, bzw. ein möglicher Anstieg so gering ist, dass wir ihn noch nicht bemerkt haben (wenngleich uns natürlich die Niedersächsische Statistik bekannt ist).

Bei den von uns betreuten Klient/innen ist nach unserer Einschätzung eher eine geringere Anzahl von Krankenhausaufenthalten zu verzeichnen bzw. wenn eine stationäre medizinische Behandlung dringend angezeigt ist, begleiten wir unsere Klient/innen bereits weit im Vorfeld der Krisenentwicklung, so dass die Aufnahme in die Psychiatrie vorbereitet und in der Regel freiwillig aus eigenem Antrieb erfolgt.

Allerdings beobachten wir seit einiger Zeit eine Tendenz, dass Klient/innen die sich freiwillig im Klinikum Salzdahlumer Strasse aufnehmen lassen wollen, dort aus Mangel an freien Bettenkapazitäten abgewiesen werden bzw. dann dort eine Zwangsunterbringung angeordnet wird, da so eine Überleitung zum AWO Psychiatriezentrum in Königslutter und damit die zeitnahe Realisierung der dringend angezeigten psychiatrischen Behandlung möglich ist.

Dies ist möglicherweise ein zu betrachtender Aspekt für die Zunahme an Zwangsunterbringungen. Sicher wäre es interessant zu erheben, inwieweit möglicherweise auch bestimmte Klientenkreise, z.B. Menschen mit Suchterkrankungen, in besonderem Maße von den Zwangsmaßnahmen betroffen sind.

Selbstverständlich stehen wir Ihnen für weitergehende Fragen zur Verfügung und beteiligen uns gerne im Rahmen unserer Möglichkeiten an der Klärung und vor allem der Bewältigung dieser problematischen Tendenz.

Mit freundlichen Grüßen

Beate Hetheier

Geschäftsführerin

4. Mai 2012

ANTWORTSCHREIBEN DES SPRECHERS DER NIEDERGELASSENEN NERVENÄRZTE

Beitrag zum Thema "Psychische Krise- Krise in der Krise"

Aus Sicht eines niedergelassenen Nervenarztes und gleichzeitig in meiner Sprecherfunktion für diese Arztgruppe in Braunschweig möchte ich zunächst trotz des „Krisenthemas“ folgendes anmerken: in den letzten Jahren hat erfreulicherweise die Vernetzung verschiedener psychiatrischer und psychosozialer Strukturen in unserer Stadt gute Fortschritte gemacht und dieses sicher auch in einer ganzen Reihe psychischer Krisen zur entlastenden Stabilisierung von Betroffenen und ihrem Umfeld beigetragen. Dieser integrative Weg sollte sicherlich weiter konsequent beschritten werden, um auch in Zukunft und noch häufiger adäquate und zeitnahe Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Ohne Frage gibt es gleichwohl keinen Anlass zu entspannter Genügsamkeit. Die in der Anfrage zu diesem Text erwähnte „wachsende Zahl von Zwangsunterbringungen“ sind auch aus meiner Sicht Ausdruck einer Gefährdung angemessener Krankenversorgung durch Strukturängel im System. Wahrscheinlich handelt es sich um die Spitze eines Eisbergs eines sich seit vielen Jahren kontinuierlich anbahnenden, bislang noch schwer zu quantifizierenden steigenden Versorgungsbedarfs im Zusammenhang mit psychischen Störungen und Erkrankungen. Dies führt bei numerisch im günstigen Fall konstant bleibender ambulanter kassenärztlicher und kassenpsychotherapeutischer Versorgung inzwischen zu einem für alle Beteiligten unerträglichen Mangelzustand. Er findet sich wieder in immer weiter zunehmenden Wartezeiten auf Erstgesprächstermine und einer steigenden Verdichtung der Sprechzeiten auch für die schon bekannten Patientinnen und Patienten. So können auch in meiner Praxis derzeit reguläre, also nicht-notfallmäßige Ersttermine erst in 4-5 Monaten angeboten werden, trotz eigentlich günstiger Konstellation in Form einer Praxengemeinschaft. Ansonsten würde ich für die Vielzahl von chronisch-kranken Menschen mit wiederkehrendem Kontroll- und Behandlungsbedarf, die sich bereits in der Versorgung der Praxis befinden, keine Betreuungsmöglichkeiten mehr haben, ein schwer zu lösendes Dilemma. Ohne Frage ist eine der gravierenden Folgen, daß die in Fällen schwerer psychischer und psychiatrischer Krisen meist sinnvolle, wenn nicht sogar obligate fachärztliche Intervention ambulant häufig nur mit Verzögerung oder gar nicht stattfindet, und dieser Zeitverlust kann eine weitere Dekompensation der Erkrankung mit Notwendigkeit einer Zwangsunterbringung bedeuten, die mit früherer Einleitung adäquater Maßnahmen in manchen Fällen zu verhindern gewesen wäre.

Das zunehmende Auseinanderklaffen von Hilfebedarf und ambulanter fachärztlicher Behandlung hat komplexe Gründe, die hier nur stichwortartig und sicher auch unvollständig genannt seien: Die Bedarfsplanungen der KV basieren letztlich auf Jahrzehnte-alten Prävalenzen (Krankheitshäufigkeiten), so daß die Kassenärztliche Vereinigung dzt. in Braunschweig sogar eine Überversorgung errechnet, die der tatsächlichen Situation Hohn spricht. Zuvor nervenärztliche bzw. gemischt neurologisch-psychiatrische Niederlassungssitze wurden in den letzten Jahren zur großen Mehrzahl von nicht-psychiatrisch arbeitenden Neurologinnen und Neurologen besetzt. Aufgrund der Geldverteilungsarithmetik innerhalb der Kassenmedizin lassen sich Psychiater und Psychiaterinnen heute ausschließlich als ärztliche Psychotherapeuten und -Innen nieder (mit allerdings auch hier enorm langen Wartezeiten) und haben trotz ihrer Ausbildung nicht die Möglichkeit der Teilnahme an der Akutversorgung etwa durch Medikation. Die Kliniken haben größte Mühe, weiterbildungswillige Ärztinnen und Ärzte zu finden, und die Weitergebildeten scheuen in der derzeitigen Lage die Niederlassung. Zudem gibt es inzwischen wissenschaftlich gut fundierte- Belege, daß es eine interne Fehlsteuerung im System gibt, die einen Großteil der ökonomischen Mittel einem eher kleineren Kreis von vergleichsweise „leichter-kranken“ Patientinnen und Patienten zukommen läßt, während der Gruppe der schwerer Kranken relativ geringe Mittel zur Verfügung gestellt wird. Dies betrifft auch und insbesondere die Diagnosen, bei denen in erster Linie Zwangsmaßnahmen zur Anwendung kommen. Ausdrücklich sei betont, daß hier keine Umkehr und Priorisierung stattfinden sollte, aber die Gesellschaft insgesamt gefragt ist, wie sie sich zur Versorgung schwerst- und in der Regel chronisch Kranker stellen will.

Das gesamte kassenmedizinische „System“ braucht - wie jedermann weiß - inzwischen viele Jahre für allenfalls nuancierte und geringfügige Änderungen, der „große gesundheitspolitische Wurf“ mit Ansätzen für Flexibilisierung und rascheren und v.a. effektiven Zugriff auf die erwähnten Stellschrauben bleibt aus. Das System gleicht einem Supertanker, der sich einem Hindernis oder sogar Gefahr des Auf-Grund-Laufens nähert, aber zunächst bei einer ganze Reihe von Instanzen und Institutionen erfragen muß, ob eine Kursänderung um wenige Grad gestattet wird, geschweige denn: ein energischer Kurswechsel.

Als meine Aufgabe und auch die der weiteren nervenärztlichen, insbesondere sozial-psychiatrisch arbeitenden Praxen in Braunschweig betrachte ich somit in den nächsten Jahren einen offensiven Umgang mit diesen quantitativen Mangelercheinungen. Ein Stück weit lässt sich aus meiner Sicht dieser Mangel qualitativ ausgleichen, beispielsweise durch Ausbau der oben erwähnten Vernetzung, durch Beschreiten neuer Versorgungswege, auch durch Einwirken auf die rigiden und leider- aus politischen Willen- zentralistisch operierenden kassenmedizinischen Strukturen. Vor-Ort-Lösungen wären insgesamt wünschenswerter.

Letztlich erhöht aus meiner Sicht jede adäquat (also effektiv, frühzeitig und inhaltlich angemessen) gelöste psychische Krise die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, insbesondere der Betroffenen und ihres familiären und persönlichen Umfelds.

Dr. Friedrich Caesar

Sprecher der niedergelassenen Nervenärzte

29. Mai 2012

ANTWORTSCHREIBEN DER BETREUUNGSPRAXIS FRITZSCHE

Sehr geehrter Herr Theil, sehr geehrter Herr Hahn,

Vielen Dank für ihr Interesse an unserer Meinung zum Thema „Psychische Krise - Krise in der Krise“.

Als Berufsbetreuer haben wir in den letzten Jahren immer wieder die Erfahrung gemacht, dass die Versorgungsstrukturen vor Ort grundsätzlich und in ihrer Qualität, bis auf einzelne Ausnahmen, sehr gut sind, jedoch bei weitem nicht ausreichen.

Insbesondere ist es sehr schwierig, geeignete Einrichtungen, ob ambulant oder stationär, für Menschen zu finden, die entweder sehr schwer psychisch erkrankt sind oder auch unter mehrfachen Erkrankungen leiden, wenn die Krise in der Krise sozusagen dauerhaft geworden ist.

Diese Problematik zieht sich durch alle Altersstufen.

Ambulante Dienste wie auch stationäre Einrichtungen und auch Krankenhauser scheinen dann oft überfordert.

Für den stationären Bereich stellt es sich zum einem für uns so dar, dass die hiesigen Einrichtungen bei aktuellem Bedarf nicht nur belegt sind, sondern mit einer entsprechenden Warteliste arbeiten, so dass es für den Hilfesuchenden oftmals sehr schwer wird, die Zeit bis zu seiner möglichen Aufnahme zu überstehen.

Zum anderen sind gerade für mehrfach und schwer psychisch Erkrankte keine passenden Einrichtungen vor Ort vorhanden.

Dann muss eine andere Möglichkeit gefunden werden und oftmals findet sich diese nicht mal mehr im Umkreis oder den angrenzenden Landkreisen, sondern weitaus entfernter.

Die Betroffenen wollen vielfach weder von Familie noch den vertrauten Bezügen räumlich so erheblich getrennt werden, so dass die Entscheidung gegen eine wirklich gute Einrichtung getroffen wird.

Auch gibt es unserer Erfahrung nach im Bereich zwischen ambulanter und stationärer Hilfe eine Versorgungslücke. Viele Hilfebedürftige kommen mit einer ambulanten Versorgung nicht aus, benötigen jedoch auch nicht den umfassenden Rahmen einer stationären Heimeinrichtung.

Eine Alternative zum Ambulant Betreuten Wohnen mit mehr Struktur und höherem Versorgungsangebot wäre aus unserer Sicht wünschenswert.

Mit freundlichen Grüßen

Erika Fritzsche

Sprecherin AK Braunschweig
Berufsverband der Berufsbetreuer/innen e.V.

29. Mai 2012

ANTWORTSCHREIBEN DER POLIZEIINSPEKTION BRAUNSCHWEIG

Sehr geehrter Herr Theil!

Herzlichen Dank für Ihr Anschreiben und die Beteiligung der Polizei!

Zunächst vorweg schicken möchte ich, dass im Hinblick auf Einweisungen nach dem NPsychKG hier keine Aufzeichnungen geführt werden, so dass ich zu möglichen Steigerungen in den letzten Jahren keine Aussage treffen kann.

Im Hinblick auf hier bekannt gewordene Suizide bzw. Suizidversuche ist ebenfalls festzustellen, dass es in den letzten Jahren keine auffälligen Steigerungen in der Stadt Braunschweig gegeben hat. Angekündigte und dann polizeilich ermittelte Suizidkandidaten werden in der Regel unmittelbar dem Sozialpsychiatrischen Dienst überstellt und ggf. von dort eingewiesen. Weitere Fälle erfolgen auch direkt durch die städt. Berufsfeuerwehr. In den wenigsten Fällen kommt es direkt zu Zwangseinweisungen auf Veranlassung der Polizei.

Richtig ist allerdings, dass bei Ingewahrsamnahmen nach dem NSOG, insbesondere auch im Zusammenhang mit Alkohol-/Medikamentenmissbrauch in jüngerer Zeit von der Polizei genauer betrachtet wird, ob im Einzelfall neben einem Missbrauch auch eine psychische Erkrankung für das festgestellte Fehlverhalten ursächlich sein kann und medizinische Hilfe erforderlich ist.

Ob sich daraus allerdings Steigerungen bei den Zwangsunterbringungen ergeben, kann ich aufgrund fehlenden Zahlenmaterials nicht bewerten. Rückfragen in der PD Braunschweig ergaben auch im Lagezentrum keine Hinweise zu besonderen Auffälligkeiten oder Erklärungen für die Stadt Braunschweig.

Bitte betrachten Sie die parallel gestellte Anfrage an die PD Braunschweig/PP Döring damit als erledigt. Weitere Zahlen zu der Thematik sind dort ebenfalls nicht vorhanden.

Mit freundlichem Gruß

Cordula Müller

Leitende Kriminaldirektorin,
Leiterin der Polizeiinspektion Braunschweig

27. April 2012

ANTWORTSCHREIBEN DES AWO PSYCHIATRIEZENTRUMS KÖNIGSLUTTER

Sehr geehrter Herr Hahn,

ich stimme Ihnen zu: In der Tat ist es bedenklich, dass die Einweisungszahlen nach dem Nds. PsychKG in der Region Braunschweig nicht abgenommen, sondern leicht zugenommen haben. Wie wir alle wissen, stellen Zwangsmaßnahmen dieser Art nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Angehörigen sowie für das gesamte soziale Umfeld eine erhebliche emotionale Belastung dar. Leider ist in diesen Fällen nicht selten unmittelbare Gewaltanwendung erforderlich, die auf die Patienten traumatisierend wirkt und bei allen Beteiligten Gefühle der Ohnmacht hervorrufen kann. Die Beziehung zwischen Betroffenen, Angehörigen, Zuweisern und anderen an der Unterbringung beteiligten Personen und Institutionen ist nach einer Einweisung per Nds. PsychKG mit hoher Wahrscheinlichkeit anders als davor. Viel Zeit und Mühe sind dann erforderlich, um die Situation zu bearbeiten und konstruktiv zu überwinden.

In der Regel werden entsprechende Einweisungen durch ambulant tätige Institutionen auf den Weg gebracht. Somit haben die stationären psychiatrischen Einrichtungen keinen direkten Einfluss auf die Zahl dieser Einweisungen. Das AWO Psychiatriezentrum Königslutter (APZ) befindet sich darüber hinaus noch in einer besonderen Ausnahmesituation: Viele Einweisungen nach dem Nds. PsychKG in das APZ erfolgen durch Veranlassung der psychiatrischen Klinik des Städtischen Klinikums Braunschweig, somit durch eine andere psychiatrische Klinik.

Der Umgang mit Unterbringungen nach Nds. PsychKG stellt für psychiatrische Fachkliniken eine besondere Herausforderung dar. Nicht nur der erhebliche formale und zeitliche Aufwand durch richterliche Anhörungen, schriftliche Mitteilungen an Behörden und Institutionen und weitere notwendige Kontrollen gestalten die stationäre Versorgung von PsychKG-Patienten schwierig und aufwändig. Auch der Aufbau einer tragfähigen therapeutischen Beziehung ist regelhaft kompliziert. Das mit der Zwangsmaßnahme einhergehende Misstrauen und die Ambivalenz seitens des Patienten erschweren die gesamte Behandlung und können letztendlich zu einem Scheitern der therapeutischen Bemühungen führen.

Im APZ können wir in den letzten drei Jahren weder eine signifikante Zunahme noch eine Abnahme der Einweisungszahlen feststellen: Bezogen auf die Gesamtaufnahmen betragen die Nds. PsychKG-Einweisungen in unserem Hause im Jahr 2009 22,3%, im Jahr 2010 20,5% und im Jahr 2011 21,6%. Eine leichte Zunahme der Fallzahlen ist hinsichtlich der Einweisungen aus Braunschweig erkennbar: So wurden in Braunschweig 552 Nds. PsychKG-Einweisungen im Jahr 2009, 547 im Jahr 2010 und 609 im Jahr 2011 vorgenommen. Nds. PsychKG-Einweisungen durch die psychiatrische Klinik am Klinikum Braunschweig haben zwar in den letzten drei Jahren abgenommen, verursachen aber weiterhin über 40% der gesamten Zwangseinweisungen in das APZ (2009: 53,2%, 2010: 49,5% und 2011: 43,3%). Rein zahlenmäßig zugenommen hat der Anteil der Nds. PsychKG-Einweisungen durch den Sozialpsychiatrischen Dienst Braunschweig (2009: 2, 2010: 8 und 2011: 16), spielt jedoch in Relation zu den anderen Werten eine untergeordnete Rolle.

Die Tatsache, dass ca. 10 % (2009: 11%, 2010 und 2011: 9%) der Untergebrachten nach Nds. PsychKG bereits nach ein bis zwei Tagen entlassen werden, könnte ein Hinweis dafür sein, dass manche Unterbringungen hätten vermieden werden können.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass der Anteil der Unterbringungen nach dem Nds. PsychKG in der Region Braunschweig immer noch zu hoch ist. Wir sollten davon ausgehen, dass die von uns vorgehaltenen extramuralen präventiven und therapeutischen Bemühungen noch in keiner Weise optimal sind.

Sicherlich ist keiner von uns in der Lage, die Gründe dafür umfassend zu benennen. Gewiss sind dafür verschiedene Faktoren verantwortlich zu machen. Wir können uns aber darüber einig sein, dass eine

Verbesserung der außerstationären Versorgung der einzige Weg ist, die entsprechenden Einweisungszahlen nachhaltig zu reduzieren. Nur durch bessere ambulante präventive, therapeutische und rehabilitative Betreuung kann erreicht werden, dass eine Krise im günstigen Fall vermieden bzw. rechtzeitig erkannt wird und durch wirksamere, bedarfsgerechte und für den Patienten und sein soziales Umfeld weniger traumatisierende Maßnahmen überwunden werden kann.

Mit der Anregung, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die sich mit der differenzierten Analyse der erwähnten Problematik und der expliziten Erarbeitung von Lösungsvorschlägen befasst, möchte ich meinen Beitrag abschließen. Das APZ wird diese Gruppe aktiv unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Mohammad-Zoalfikar Hasan

Ärztlicher Direktor des
AWO Psychiatriezentrum Königslutter

23. Juli 2012

ANTWORTSCHREIBEN DER PSYCHIATRISCHEN KLINIK DES STÄDTISCHEN KLINIKUMS BRAUNSCHWEIG

Sehr geehrter Herr Hahn,

herzlichen Dank für Ihre aktuelle Initiative, die beispielhaft für Ihre Ambitionen steht, die psychiatrischen Strukturen der Region unter Einbezug aller Beteiligten immer weiter zu verbessern. Mit meinem Auftrag, eine selbstständige und souveräne Psychiatrische Klinik zu etablieren und zu führen, habe ich den Vorteil dies in einer Region zu tun, die über eine überdurchschnittlich gut vernetzte Psychiatrische Versorgung verfügt, wozu der Sozialpsychiatrische Verbund und ganz persönlich Sie, Herr Hahn, entscheidend beitragen.

Ich bin überzeugt davon, dass wir unseren gemeinsamen Anspruch auf gute und immer besser werdende psychiatrische Versorgungsqualität nur durch einen konstruktiv-kritischen Austausch und eine kontinuierliche Weiterentwicklung umsetzen können. Dies allein schon deswegen, weil sich die äußeren Rahmenbedingungen der Versorgung ständig verändern. Veränderungen von Fallzahlen, Erkrankungscharakteristika, finanziellen und personellen Ressourcen und der unmittelbare Umbruch in der stationären psychiatrischen Leistungsvergütung stellen uns vor große Herausforderungen.

Der von Ihnen aufgegriffene Aspekt der PsychKG Fallzahlen ist wichtig vor dem Hintergrund der Beschneidung des hohen Gutes persönlicher Freiheit, der Belastung einer therapeutischen Beziehung und des mit Zwangsmaßnahmen verbundenen hohen Aufwandes. Mir persönlich ist keine an PsychKG-Prozessen beteiligte Institution oder Person bekannt, die nicht viel lieber auf die Einleitung um Umsetzung von Zwangsmaßnahmen verzichten würde. Dies spreche ich ganz nachdrücklich für sämtliche meiner Mitarbeiter und mich selbst aus. Insbesondere bei den Abläufen in unserer Region sind die Mitarbeiter stationärer Einrichtungen dabei häufig das letzte Glied einer Prozesskette, welche ihnen dann die Verantwortung und Umsetzung einer PsychKG Initiierung überlässt, ohne in dieser Situation medizinisch oder rechtlich noch Alternativen einschlagen zu können.

Um die Bedeutung absoluter PsychKG Fallzahlen besser einzuschätzen können, müssen diese in einen Gesamtkontext eingeordnet werden, welcher zum Beispiel die Relation zu sich verändernden Gesamtfallzahlen und Krankheits- oder Patientencharakteristika herstellt sowie den Ablauf und den Ort der PsychKG Initiierung sowie die vor- und nachlaufenden Umstände berücksichtigt. Mit diesen Informationen wird dann erst die quantitative Einordnung der reinen Zahlen möglich und ganz entscheidend, die qualitative Bewertung der PsychKG Stellung. Eine hohe Zahl an PsychKG Fällen ist an für sich noch genauso wenig ein unmittelbar ungünstiges Qualitätsmerkmal wie eine niedrige Zahl an PsychKG Initiierungen ein Zeichen hoher qualitativer Güte sein muss. In der akuten Situation muss die Frage gestellt werden, und das unabhängig von niedriger oder hoher Fallzahl, ob die Maßnahmen notwendig, nicht ersetzbar, korrekt und möglichst wenig traumatisierend durchgeführt sind und natürlich auch ob erforderliche Zwangsmaßnahmen mitunter nicht oder zu spät eingeleitet werden. Perspektivisch muss die Frage gestellt werden, ob derzeit noch unvermeidbare Zwangsmaßnahmen durch präventiv und frühinterventionell wirksame Strukturen und alternative Abläufe vermieden werden können.

Zur Qualitätssicherung und Rechtssicherheit bei der Initiierung und Umsetzung von Zwangsmaßnahmen gehört an unserer Psychiatrischen Klinik des Städtischen Klinikums Braunschweig immer eine standardisierte Dokumentation, in diesen Tagen adaptiert an das BGH Urteil zur Zwangsbehandlung im Betreuungsrecht. Jede Initiierung einer Maßnahme nach PsychKG oder Betreuungsrecht wird neben der fachärztlichen Legitimation zusätzlich mit mir oder meinem Vertreter erörtert. Unsere generelle Vorgehensweise sowie besondere Einzelfälle werden regelmäßig mit den zuständigen Amtsrichtern, den Vertretern des zuständigen Ministeriums in Hannover sowie innerhalb des Sprecherrates der Niedersächsischen Psychiatriekonferenz abgestimmt. Diese kritische Prüfung hat meines Erachtens dazu beigetragen, dass die Zahl vermeidbarer PsychKG Initiierungen und anderer Zwangsmaßnahmen reduziert werden konnte.

Nichtsdestotrotz, betrachtet man die absoluten Fallzahlen der PsychKG Initiierungen durch die Psychiatrische Klinik des Städtischen Klinikums Braunschweig sind diese meines Erachtens hoch. Es stellt sich die Frage warum diese Zahlen hoch sind und wie man diese verringern könnte. Ein entscheidender Aspekt ist die besondere Lage und besondere Funktion der Psychiatrischen Klinik innerhalb des Ballungszentrums Braunschweig und innerhalb eines Städtischen Klinikums der Maximalversorgung. Die städtische Lage, die Nachbarschaft zur medizinischen Maximalversorgung und tradierte Arrangements führen zu einer Knotenfunktion der Psychiatrischen Klinik. Wenngleich die Kapazitäten bei Weitem nicht ausreichen, eine Stadt oder gar die Region Braunschweig psychiatrisch und notfallpsychiatrisch zu versorgen, wird in der ganz überwiegenden Zahl der regionalen Notfälle zunächst die Psychiatrische Klinik des Städtischen Klinikums Braunschweig vom Rettungsdienst, der Polizei oder den Betroffenen selbständig angefahren. Möglichkeiten zur Vermeidung einer PsychKG Initiierung, die bei einem Verbleib in der angefahrenen Klinik bestehen, da sich die Notwendigkeit mitunter innerhalb kurzer Zeit erledigt (zum Beispiel im Rahmen von Alkoholintoxikationen), können und dürfen bei der aus Kapazitätsgründen unvermeidlichen Weiterleitung in das mitversorgende AWO Psychiatriezentrum/Königslutter nicht genutzt werden. Patienten, welche sich noch freiwillig an uns als erste Anlaufstelle wenden, stimmen nicht selten einer notwendigen Behandlung zur Abwendung akuter Eigen- oder Fremdgefährdung in einem anderen Krankenhaus nicht mehr zu. Die PsychKG Fälle im AWO Psychiatriezentrum sind deswegen selbstverständlich zu einem großen Anteil von unserer Klinik in Braunschweig initiiert, da die Notfallzuweisung primär unsere Psychiatrische Klinik trifft, die Kapazitäten aber auf eine gemeinsame Versorgung ausgelegt sind. Die Knotenfunktion mit Weiterleitung von Notfällen, welche nicht vor Ort verbleiben können, führt dabei zu einer weiteren Steigerung der PsychKG Fallzahlen. Diese Knotenfunktion trifft nicht nur zunehmend quantitativ unsere Psychiatrischen Klinik, auch qualitativ zeigt sich eine Akzentuierung von Intoxikationsfällen, Fällen mit schweren körperlichen Erkrankungen begleitet von mehr oder weniger ausgeprägten psychischen Symptomen und Vorstellungen von hoch aggressiven Personen. Diese Akzentuierung, die häufig unserem eigentlichen psychiatrischen Versorgungsauftrag nicht entspricht und auf dessen Kosten geht, ist selbstverständlich auch vermehrt mit Gefahrenpotenzial und Zwangsmaßnahmen verbunden. Eine Steigerung dieser Notfallzahlen, insbesondere im Rahmen von Intoxikationen, können aus der Einsatz-Statistik der Rettungskräfte über die letzten Jahre gut abgeleitet werden.

Die PsychKG Fallzahlen des Sozialpsychiatrischen Dienstes sind dagegen, auch aus der Sicht der für uns zuständigen Amtsrichter, demgegenüber erstaunlich gering. Dies könnte mit unserer Beobachtung zusammenhängen, dass ein Teil der notwendigen extramuralen fachärztlichen Überprüfung und PsychKG Einleitung bei Betroffenen nicht vom Sozialpsychiatrischen Dienst, wie eigentlich vorgesehen und rechtskonform, durchgeführt wird, sondern die Betroffenen der Notfallambulanz unserer Psychiatrischen Klinik zugeführt werden, um eine PsychKG Initiierung dann nachträglich hier durchführen zu lassen.

Innerhalb der bereits guten Vernetzung der psychiatrischen Versorgung in der Region und im Rahmen der Knotenfunktion unserer Psychiatrischen Klinik haben sich meines Erachtens neben zahlreichen guten Arrangements auch Abläufe eingespielt, die kritisch zu überprüfen sind. Folgenden Veränderungsbedarf möchte ich kurz skizzieren:

- Für den Bereich der akuten Intoxikationen sehe ich die Notwendigkeit einer Anlaufstelle außerhalb unserer dafür in diesem Umfang nicht geeigneten Psychiatrischen Klinik.
- Die Psychiatrische Klinik am Städtischen Klinikum Braunschweig muss nicht in jedem Fall in einer Knotenfunktion bei offensichtlicher Weiterbehandlungsnotwendigkeit in anderen Kliniken, zum Beispiel dem AWO Psychiatriezentrum/Königslutter, zwischengeschaltet sein. Zusammen mit einer Kapazitätssteigerung unserer stationären psychiatrischen Akutbetten können so die Notwendigkeit der Weitervermittlung und damit die PsychKG Fallzahlen begrenzt werden.
- Das Gesundheitsamt bzw. der Sozialpsychiatrische Dienst in Braunschweig sollte die eigentlich vorgesehene und rechtskonforme fachärztliche Überprüfung und PsychKG Initiierung vor dem Verbringen in eine psychiatrische Behandlung umsetzen.

- Ambulante Therapiemöglichkeiten, sektorübergreifende Versorgungsmodelle, Home-Treatment Ansätze müssen in enger Kooperation aller beteiligten Institutionen der Region weiter gefördert werden. Hier sehe ich auch unsere Psychiatrische Klinik in der Verantwortung, weswegen ich den weiteren Ausbau unseren ambulanten Angebote verfolge.

Für uns alle bleibt selbstverständlich die Verpflichtung zu stetiger selbstkritischer Überprüfung jeglicher Zwangsmaßnahmen und der Auftrag, die Voraussetzungen für die Vermeidung von solchen anzustreben. Ich befürworte deswegen sehr gern den Vorschlag von Dr. Hasan, eine berufs- und institutionsübergreifend besetzte Arbeitsgruppe einzurichten und aktiv zu unterstützen, die sich diesem sensiblen Thema stellt.

Mit freundlichen Grüßen

PD Dr. Alexander Diehl

Chefarzt der Psychiatrischen Klinik des
Städtischen Klinikums Braunschweig

30. Juli 2012

ÜBER ZWANGSEINWEISUNGEN IN DIE PSYCHIATRIE IN BRAUNSCHWEIG

Da meines Wissens die Anzahl psychisch erkrankter Bewohner in Braunschweig in etwa dem Durchschnitt in Deutschland entspricht, ist es für mich nicht wirklich nachzuvollziehen, warum die Anzahl der Zwangseinweisungen hier überdurchschnittlich hoch ist. (Die Zahlen von Erkrankungen je 1000 und die Zahl der Zwangseinweisungen bitte ich den jeweiligen, den Gesundheitsämtern vorliegenden, Statistiken zu entnehmen.)

Zum einen mag es daran liegen, dass bei Verdacht auf Suizidalität oft bereits von Hausärzten eine Einweisung veranlasst wird, ohne zu prüfen, ob ein akutes Stadium der Suizidalität bereits erreicht ist (nur in den letzten beiden Phasen des suizidalen Verlaufs ist eine Einweisung unumgänglich, da erst in diesen Phasen der Entschluss zum Suizid gefasst bzw. in der letzten Phase dann auch ausgeführt wird). In frühen Phasen eines suizidalen Verlaufs, wenn z.B. erst ein Lebensüberdruß besteht und Suizidgedanken vorhanden sind, der Entschluss aber noch nicht gefasst ist, könnte beispielsweise mit Hilfe einer freiwilligen stationären Behandlung des Betroffenen eine Entschärfung der Situation erreicht werden. Dazu müsste aber ein „aus der Situation nehmen“ möglich sein. So könnte ohne eine Zwangseinweisung zu einem frühen Zeitpunkt interveniert werden, was letztendlich auch die klinische Verweildauer verkürzen und damit die Kosten senken würde.

Zum anderen sehe ich auch den Sozialpsychiatrischen Dienst in der Verantwortung: Betroffene bekommen oft erst dann Hilfe, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, also wenn tatsächlich eine Eigen- oder Fremdgefährdung vorliegt oder eine (Straf)Tat bereits begangen ist, auch wenn zuvor durch Angehörige oder den Betroffene selbst der Versuch gemacht wurde über den SP-Dienst Hilfe zu bekommen. Mir ist bewusst, dass es dem SP-Dienst in seiner jetzigen Form nicht möglich ist, präventiv tätig zu werden, da sowohl personelle, finanzielle als auch strukturelle Ressourcen dazu nicht ausreichend vorhanden sind. Hier müsste sowohl ein strukturelles Umdenken als auch eine sowohl personelle wie finanzielle Aufstockung erfolgen.

Meiner Meinung nach könnten einige Zwangseinweisungen vermieden werden, wenn es neben einem dauerhaft besetzten psychiatrischen Notdienst (der durchaus zusätzlich mit therapeutisch geschulten Sozialpädagogen besetzt sein sollte) ausreichend „Notfallbetten“ in den psychiatrischen Abteilungen von Kliniken gäbe. In einigen Fällen bemerken Betroffene, dass sie beispielsweise einen „psychotischen Schub“ bekommen und versuchen über die Klinik, ärztliche Hilfe zu bekommen, was aber mangels Terminen und/oder mangels stationärer Behandlungsplätze erst im akuten Krisenfall möglich ist..... also wenn eine Zwangseinweisung fast nicht mehr zu umgehen ist. In diesem Problemfeld ist auch zu sehen, dass Angehörige kaum in dieses System mit einbezogen werden, bzw. dass frühzeitige Hinweise von Angehörigen auf eine Eskalation eines Krankheitsgeschehens nicht ernst genommen werden.

Auch bei „Doppeldiagnosen“ Sucht und psychiatrische Erkrankungen, die einigen Zwangseinweisungen zugrunde liegen, sehe ich einiges Handlungspotential..... Wenn beispielsweise Wartezeiten auf Therapieplätze verkürzt und bürokratische Hemmnisse (das ganze leidige Antragswesen) für die Betroffenen reduziert werden würden. In diesem Bereich könnte ich mir auch vorstellen, dass „Streetworker“ und „offene Häuser“ ein immenses präventives Potential haben könnten. In diesem Bereich spielt Scham und eine (vermeintliche?) Ausgrenzung der Betroffenen auch eine nicht unerhebliche Rolle, so dass vorhandene Hilfsangebote erst zu spät in Anspruch genommen werden. Hier wäre auch noch einiges an Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Meine Überlegung ist, ob es nicht sinnvoller wäre, vorhandene Plätze und finanzielle Mittel so weit wie möglich für eine frühzeitige Behandlung Betroffener zu nutzen, als Klinikplätze mit zwangsweise eingewiesenen Patienten zu „blockieren“, da deren Verweildauer aus zumeist rein formaljuristischen Gründen des Öfteren ungebührlich lange ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass Zwangseinweisungen in vielen Fällen vermieden werden könnten, wenn ein umfassenderes Netz an Hilfen angeboten würde. Letztendlich würde das nicht nur

der Würde und der Gesundheit der Betroffenen zu Gute kommen sondern auch nicht unerheblich Kosten sparen. Von einer Entlastung der Justiz ganz zu schweigen... ...aber dazu müssten ja erst einmal Investitionen getätigt werden, und was noch schlimmer ist: es müssten bestehende Strukturen verändert und Kompetenzen und Zuständigkeiten neu geregelt werden.

Jutta Rutsch

Sprecherin der Psychiatrieerfahrenen

14.10.2012

ZWANGLOS AUS DER KRISE KOMMEN - FAZIT AUS DER SICHT EINES SOZIALPSYCHIATERS

Die zahlreichen Antwortschreiben auf die Anfrage des Sozialpsychiatrischen Dienstes zum Thema „Krise in der Krise“ sind trotz oft ernüchternder Bilanzierung der aktuellen Situation und unheilvoller Entwicklung beispielsweise in der kassenärztlichen Versorgungsplanung nichtsdestotrotz auch aus Sicht unseres Dienstes ein mutmachendes Signal dahingehend, in engerer Kooperation zwischen stationärem und ambulant versorgenden Sektor nicht nur die Versorgung psychisch kranker Mitbürger in einer Krise zu optimieren, sondern vor allem durch eine Verbesserung vornehmlich ambulanter Versorgungsstrukturen, aber auch im Bereich freiwilliger zeitnaher Entlastungsaufnahmen in den Kliniken krisenhafte Zuspitzungen von Krankheitsverläufen rechtzeitig abzufangen oder ganz zu vermeiden.

Grundsätzlich muss dabei allerdings aus sozialpsychiatrischer Sicht zunächst festgestellt werden, dass Möglichkeiten einer Zwangsunterbringung und Behandlung zum Schutz betroffener Klienten, ihrer Angehöriger und des Umfeldes natürlich nicht nur sinnvoll, sondern auch in entsprechenden Situationen zwingend erforderlich sind, um ernstere gesundheitliche Schäden abzuwenden, Gefahren für Leib und Leben von Menschen zu bannen oder Straftaten zu verhindern. Die Möglichkeiten, die durch die entsprechenden Ländergesetze unter Einbeziehung aller medizinischen und ethischen Fragestellungen vorgehalten werden, sind somit auch aus einer sozialpsychiatrischen Versorgung nicht wegzudenken.

Nichtsdestotrotz ist es jedoch auch aus unserem Verständnis heraus unbestritten, dass eine Verdoppelung der Unterbringungszahlen gemäß des Niedersächsischen PsychKG in den letzten 10 Jahren mit allem damit einhergehenden Leid und Traumatisierung von betroffenen Erkrankten und ihren Angehörigen kaum tolerabel erscheint.

DIE ROLLE DES SOZIALPSYCHIATRISCHEN DIENSTES - KRISENVERSORGER ODER STRUKTURMANAGER?

Als Sozialpsychiatrischer Dienst sehen wir uns in der Bewältigung dieser Herausforderung vor eine Doppelaufgabe gestellt, die sich in zwei unserer Kernaufgaben, nämlich der Krisenintervention einerseits sowie der Versorgungsplanung andererseits widerspiegelt: Auf der Grundlage des Niedersächsischen PsychKG sind wir originär mit der Abklärung entsprechender psychiatrischer Krisensituationen vor Ort und erforderlichenfalls mit der Erstattung ärztlicher Gutachten gem. § 18 NPsychKG betraut. Hier ist es gleichfalls zu einer erheblichen Steigerung der Fallzahlen für Unterbringungsgutachten von 2 im Jahr 2009 auf allein 43 in den ersten drei Quartalen 2012 gekommen, hinzu gerechnet werden muss eine noch weitaus größere Zahl von fachärztlichen Interventionen in Krisen durch den Sozialpsychiatrischen Dienst, in denen es gelungen ist, dank anderer Hilfen und Entlastung oder Behandlungseinleitung Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Gerade diese Deeskalationseinsätze sind in der Vielschichtigkeit der damit verbundenen Aufgaben mit Koordination ambulanter Hilfsangebote, nervenärztlicher oder psychotherapeutischer Kontakte, Anbindung an die psychiatrische Institutsambulanz der Klinik auch unter Einbeziehung von Angehörigen bzw. des sozialen Umfeldes sehr zeitaufwändig bei gleichfalls kontinuierlich ansteigenden Fallzahlen. Hierzu zählt auch die Bahnung einer freiwilligen stationären Aufnahme in den psychiatrischen Kliniken, wobei sich immer wieder die Schwierigkeit ergibt, dass durch überproportionale Inanspruchnahme der Kliniken vor dem Hintergrund der unbefriedigten ambulanten Versorgungssituation Überbelegung bestehen, so dass kurzfristig keine Betten zur krisenintervenitorischen Aufnahme von Klienten zur Verfügung stehen. Seitens des Sozialpsychiatrischen Dienstes wird daher eine Aufstockung der Bettenkapazität in der Psychiatrischen Klinik Braunschweig für dringend erforderlich gehalten, um gerade in Krisensituationen kurzfristige stationäre Aufnahmen zu ermöglichen und damit sicher auch die Zahl von Unterbringungen zu verringern.

Um dieser sich ständig ausweitenden Aufgabe der fachärztlichen Krisenintervention vor Ort zumindest annähernd gerecht werden zu können, konnte im Dezember 2011 eine zweite psychiatrische Facharztstelle im Gesundheitsamt besetzt werden.

Eine weitere Kernaufgabe des Sozialpsychiatrischen Dienstes besteht darin, die vorzuhaltenden Strukturen der regionalen Versorgungsangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen fortlaufend zu optimieren und diesbezügliche Vorschläge zur bedarfsgerechten Anpassung unzulänglicher Versorgung über den Sozialpsychiatrischen Verbund an Politik und Öffentlichkeit weiterzugeben.

VERSUCH EINER ANNÄHERUNG AN URSACHEN

In etlichen der differenzierten Antwortbeiträge vor allem aus der Sicht der Kliniken und niedergelassenen Nervenärzte wird darauf hingewiesen, dass Gründe und Ursachen für die beobachtete Entwicklung ebenso vielschichtig und komplex wie schwer durchschaubar sind, wichtig erscheint auch der Hinweis, dass allein eine niedrige numerische Ziffer an Unterbringungszahlen kein Hinweis für eine hohe Versorgungsqualität in der Region gewertet werden darf und umgekehrt. Exemplarisch sei an dieser Stelle erwähnt, dass beispielsweise die Etablierung eines umfangreichen qualifizierten Krisendienstes in der Region Hannover trotz zahlenmäßig großer Inanspruchnahme letztlich nicht zu einer deutlichen Absenkung der Unterbringungszahlen gemäß NPsychKG geführt hat.

Dieser Befund dürfte unter anderem auch die These unterstützen, dass zumindest nicht ausschließlich die Qualität vorhandener oder fehlender Angebote der Krisenintervention Einfluss auf die Notwendigkeit von Zwangsmaßnahmen haben, sondern ein wesentlicher Aspekt der Ursachenforschung auf genau die Versorgungsstrukturen gerichtet werden muss, die eigentlich Krisensituationen von psychisch erkrankten Menschen vermieden oder diese zumindest in einem frühen Stadium ohne Notwendigkeit von Zwangsmaßnahmen man abzufangen in der Lage sein müsste. In die gleiche Richtung ließe sich auch der Beitrag der ambulanten Leistungsanbieter interpretieren, in welchem mitgeteilt wurde, dass bei dem dort betreuten Klientenkreis durchaus auch schwerer psychiatrisch erkrankte Menschen, die jedoch gut in ambulanter Strukturen eingebunden sind, eine Zunahme von Zwangseinweisungen nicht hat beobachtet werden können, wobei gleichzeitig die gemeindenahe Vorhaltung von Klinikbetten zur Krisenintervention angemahnt wird, welche wie oben schon ausgeführt auch aus hiesiger Sicht in Gestalt einer Kapazitätsaufstockung umgesetzt werden müsste.

AMBULANTE VERSORGUNG IM WANDEL - WARTEN AUF EINSICHT DER KV ODER SEKTORÜBERGREIFENDE INNOVATION?

Wo also liegt der Urgrund allen Übels? Unstrittig ist sicherlich zunächst die Tatsache, dass wir es im Bereich der psychiatrischen Versorgung mit einer zunehmenden Inzidenz psychischer Störungen von Krankheitswert zu tun haben, die Zahl von Neuerkrankungen also kontinuierlich ansteigt, wobei dies nicht für alle Diagnosegruppen gilt und überproportionale Steigerungen vor allem im Bereich psychogener Erkrankungen wie beispielsweise Persönlichkeitsstörungen und Depressionen, aber auch im Bereich von Suchterkrankungen und hirnorganischen Störungen des höheren Lebensalters durch Anstieg der Lebenserwartung zu finden sind. Diese unterschiedlichen Entwicklungen einzelner Diagnosegruppen haben auch das sozialpsychiatrische Arbeiten in den vergangenen zwei Jahrzehnten geprägt und deutlich verändert. In der Betrachtung des vorliegenden Datenmaterials fällt in diesem Zusammenhang ja auch auf, dass deutlichere Akzentuierungen von Zwangsmaßnahmen vor allem in der Gruppe der jungen Erwachsenen, in eingeschränkterem Umfang bis zur Gruppe der 65-jährigen und in der Gruppe 75-85-jährigen Frauen zu finden sind, was damit auch dem allgemeinen Trend entsprechen würde.

Während in vielen der eingegangenen Beiträge durchaus in der Stadt Braunschweig vorgehaltenen komplementären Versorgungsangebote für psychisch erkrankte Menschen als intaktes und leistungsfähiges Versorgungsnetz gelobt werden und es auch aus Sicht des Sozialpsychiatrischen Dienstes in diesem Bereich über die Jahre hinweg entsprechend der Morbiditätsstatistik zu einer zunehmenden Ausweitung von Angeboten im ambulant betreuten Wohnen, an Tagesstätten- und Werkstattplätzen, Kontakt und Beratungsstellen, trialogischen Foren, aber auch vollstationären Heimplätzen für psychisch Kranke gekommen ist, konnte die ambulante nervenärztliche Betreuung vor allem schwerer psychisch erkrankter Bürger nicht einmal im Ansatz mithalten. Die Zahl stationärer psychiatrischer Krankenhausbetten ist in den letzten Jahrzehnten in Niedersachsen durch eine zunehmende Ambulantisierung und Ausgliederung in betreute Wohnformen drastisch reduziert worden, ohne dass kompensatorisch die Zahl niedergelassener Nervenärzte erhöht wurde, die ja die damit verbundenen Versorgungsaufgaben zwangsläufig übernehmen müssen. Hinzu kommt als ganz entscheidendes Moment der im Beitrag der niedergelassenen Nervenärzte erwähnte Strukturfehler der Versorgungsplanung, die Zahl von Kassenarztsitzen an die Bevölkerungsstatistik anstatt an die Morbiditätsentwicklung zu koppeln. Einem kontinuierlich zunehmenden Bedarf an ambulanter nervenärztlicher Versorgung steht ein weit über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus ausgedünntes Praxissystem gegenüber, dass seiner Aufgabe der Basisversorgung vor dem Hintergrund rigider, zumeist überregional festgefahrener Strukturen in den kassenärztlichen Vereinigungen einfach nicht mehr gerecht werden kann. Wartezeiten von drei Monaten für ein erstes Gespräch bei einem niedergelassenen Nervenarzt bzw. von 12-18 Monaten bei einem Psychotherapeuten sind in Braunschweig leider zur beklagenswerten Alltagsrealität geworden. Selbst im Sozialpsychiatrischen Dienst gelingt es oft nicht, trotz sonst wirklich optimaler Vernetzung auch im niedergelassenen Bereich kurzfristige Behandlungstermine bei Nervenärzt/innen oder gar Psychotherapeut/innen für einzelne Klienten zu bahnen. Dass gerade unbehandelte psychische Erkrankungen bei Betroffenen vor dem Hintergrund fehlender kurz oder zumindest mittelfristiger Entlastungsmöglichkeiten im Verlauf dieser langen Zeitspannen zu krisenhaften Dekompensationen und damit auch zu einem Anstieg von Zwangseinweisungen führen, ist vermutlich kein gut zu hütendes Geheimnis.

Die Installation suffizienter, zeitnaher nervenärztlicher Behandlungsangebote als wirksame Prävention für dann nicht mehr beherrschbare Krisensituationen mit Notwendigkeit von Zwangsmaßnahmen erscheint mir daher für die Lösung des skizzierten Dilemmas als zentrale Aufgabe. Wenngleich für die Region natürlich kaum eine revolutionäre Veränderung kassenärztlicher Versorgungsstrukturen und der daran festhaltenden Organe mit Sofort- und Tiefenwirkung erwartet werden kann, bleibt der Sozialpsychiatrische Verbund herausgefordert, gemeinsam mit all seinen Akteuren aus dem klinischen wie ambulanten Bereich vernetzte, sektorübergreifende ambulante Versorgungsangebote aufzubauen, wobei die Perspektive einer nervenärztlichen oder psychotherapeutischen Gesprächsgarantie binnen zwei Wochen zwar ein hehres, aber letztlich auch dringend notwendiges Ziel darstellen sollte.

ANSATZPUNKTE IN DER STATIONÄREN VERSORGUNG - WAS SOLLTE DER KOMMUNALE KRANKENHAUSTRÄGER TUN?

Aber auch über eine solche, eher grundsätzlich auf den Weg zu bringende Optimierung ambulanter Versorgungsstrukturen hinausgehend ergeben sich aus den eingegangenen Beiträgen weitere Anhaltspunkte dafür, an welchen Stellen möglicherweise die Regulierungsmöglichkeit von Zwangsmaßnahmen gemäß NPsychKG am eigentlichen Ziel vorbeigeht bzw. wodurch die Schaffung leicht veränderter Strukturen Zwangsmaßnahmen teilweise entbehrlich werden könnten: Hier lassen sich unterschiedliche Ansatzpunkte ausmachen, vor dem Hintergrund des hier begrenzten Darstellungsumfanges soll lediglich exemplarisch die in mehreren Beiträgen angesprochene Umsetzung von Zwangsmaßnahmen erwähnt werden, die schon nach ein bis zwei Tagen wieder aufgehoben werden, und die im AWO Psychiatriezentrum Königslutter etwa 10 % der Aufnahmen gemäß PsychKG ausmachen.

In der Analyse der Psychiatrischen Klinik Braunschweig wird darauf hingewiesen, dass es sich bei der angesprochenen Patientengruppe oft um alkoholintoxizierte Patienten handelt, die im Rahmen der

Intoxikation, also einer vorübergehenden organischen Störung mögliche Gefährdungen nicht erkennen und Hilfestellungen ablehnen; der Sozialpsychiatrische Dienst ist hier im Vorfeld zumeist nicht involviert; in vielen Fällen handelt es sich offensichtlich auch nicht um Patienten, bei denen eine psychiatrische Erkrankung im Vordergrund stehen würde. Es spielen oft begleitende körperliche Erkrankungen eine Rolle, so dass die Frage diskutiert werden muss, ob man nicht beispielsweise durch eine interdisziplinäre Behandlung in einer auf Intoxikationen spezialisierten Krankenhauseinheit wesentlich bedarfsgerechter und ohne Anwendung von Zwangsunterbringung im Sinne des Niedersächsischen PsychKGs der Versorgung dieses Klientels wesentlich besser gerecht werden kann, so dass die Etablierung einer derartigen Intoxikationseinheit außerhalb des bisherigen Versorgungsrahmens der psychiatrischen Klinik sinnvoll und notwendig erscheint.

Des weiteren ergeben sich Hinweise darauf, dass Zwangsmaßnahmen möglicherweise auch durch Vorhalten gemeindenaher Krisenbetten abgeholfen werden könnte, zumal die Bettenkapazitäten der der Psychiatrischen Klinik Braunschweig meist erschöpft sind und dann Patienten, die mit einer freiwilligen Aufnahme vor Ort einverstanden gewesen wären, eine Behandlung andernorts aber ablehnen, dann doch vor dem Hintergrund der Gefährdung ohne Klinikbehandlung mit Unterbringungsbeschlüssen gem. NPsychKG nach Königsutter weiterverlegt werden müssen. Die oben bereits erwähnte Aufstockung der in der Stadt Braunschweig vorgehaltenen psychiatrischen Betten mit Möglichkeit der Nutzung in Krisensituationen erscheint vor diesem Hintergrund unbedingt erforderlich.

FAZIT UND AUFTRAG - WIE GEHT ES WEITER?

Aus Sicht des Sozialpsychiatrischen Dienstes erscheint die durch die Befragung und Schwerpunktsetzung im aktuell vorgelegten Sozialpsychiatrischen Plan intendierte Diskussion über den Umgang mit Zwangseinweisungen gemäß NPsychKG fachlich, aber auch gesellschaftlich notwendig, um die sich möglicherweise ungünstig auswirkenden regionalen Strukturen kritisch zu beleuchten, Ursachen oder negative Verstärker zu identifizieren und dann gemeinsam mit den Akteuren des Sozialpsychiatrischen Verbundes sektorübergreifende Lösungen umzusetzen. Dabei ist zunächst eine tiefergehende Analyse der vorliegenden Daten notwendig, beispielsweise im Hinblick auf die zugrunde liegenden psychiatrischen Störungsbilder, Rahmenbedingungen der krisenhaften Dekompensation, Ausschöpfung alternativer ambulanter Behandlungs- und Beratungsmöglichkeiten oder Versagen derselben etc..

Eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Datenmaterials mit Unterstützung der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften wurde vom Sozialpsychiatrischen Dienst aus bereits angeregt; die Ergebnisse sollten dann in der von den Kliniken vorgeschlagenen sektorübergreifenden und multiprofessionell besetzten Arbeitsgruppe im Sozialpsychiatrischen Verbund diskutiert und bewertet werden, um letztlich Eingang in eine regional ausgerichtete Optimierung ambulanter wie auch stationärer nervenärztlicher Versorgungsangebote zu finden.

Dr. Peter Schlegel

Leitender Arzt,
Sozialpsychiatrischer Dienst Braunschweig

25. Oktober 2012

FAZIT UND AUSBLICK AUS DER SICHT DES SOZIALPSYCHIATRISCHEN VERBUNDES

Bereits Wilhelm Griesinger (1817-1868), ein bedeutender Begründer der modernen Psychiatrie als empirische Wissenschaft, beschäftigte sich mit der gemeindenahen Versorgung von psychisch erkrankten Menschen im Sinne der heutigen Sozialpsychiatrie. Griesinger erkannte die Bedeutung einer gemeindenahen Psychiatrie für die Versorgung akut Erkrankter schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts, also in einer Zeit in der viele der großen Psychiatrischen Kliniken meist fernab der großen Siedlungsräume etabliert wurden.

Wie steht es heute um die gemeindenahen Versorgung akut psychisch erkrankter Menschen? Wie gehen wir mit den akuten und damit auch oft krisenhaften psychischen Zuständen dieser Menschen um? Wie lösen wir heute in unserer Kommune die psychiatrischen Notfälle? Was steht uns zur Verfügung, um den Betroffenen zu helfen?

Angesichts der zunehmenden Unterbringungszahlen in Braunschweig stellten wir uns diese Fragen umso dringender. Um uns dieser komplexen Fragestellung aus möglichst unterschiedlichen Perspektiven zu nähern, haben wir sowohl Betroffene als auch Beteiligte der Sozialpsychiatrischen Versorgung zu einem Beitrag für den Sozialpsychiatrischen Plan eingeladen, mit dem Ziel eine möglichst breite und vielfältige Diskussion anzuregen.

Die Antworten machen deutlich, dass alle Beteiligten die Problematik anerkennen und die Bereitschaft bekunden, sich konstruktiv an der Lösung dieser Entwicklung zu beteiligen.

Auch wenn eine wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Phänomens noch bevor steht und somit auf Basis empirischer Daten noch keine Aussagen getroffen werden können, gehen aus den einzelnen Berichten Defizite, aber auch konkrete Vorschläge zur Verbesserung des „Ist-Zustandes“ in der hiesigen Versorgungsstruktur hervor.

Der psychiatrische Notfall sollte seine Lösung nicht zwingend in der Einweisung des Betroffenen finden, das geschieht zum Glück auch nicht. Allerdings zeigt die bisherige statistische Erhebung einen beunruhigenden Trend hinsichtlich der Maßnahmen nach NPsychKG auf. Also welche Alternativen haben wir.

Was braucht der „Krisenhelfer“ egal welcher Position und Berufsgruppe an Hilfestellungen und Möglichkeiten, um eine Krise zu entschärfen und möglicherweise eine Zwangsunterbringung zu verhindern? Wie kommen wir zu einem Verständnis, dass die Lösung der Krisensituation eine gemeinsame Aufgabe aller handelnden Akteure ist, diese nicht einfach weitergereicht werden kann, weil keine Zuständigkeit besteht, oder keine freien Termine vorhanden sind? Sollte sich nicht jeder „Krisenhelfer“ aufgefordert fühlen nach einer befriedigenden Lösung zu suchen, eine gemeinsame „Kriseninterventionskultur“ zu schaffen?

Wir müssen uns Fragen nach fehlenden Behandlungsmöglichkeiten in der ambulanten und stationären psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung durch Fachärzte und Therapeuten, nach fehlenden Klinikbetten oder zu rascher Entlassung von Patienten ohne inhaltliche Tabus stellen können. Gibt es vielleicht auch weitere Lücken in der Versorgung, z.B. fehlende Heime für Schwersterkrankte oder fehlt es an kontinuierlichen, intensiven Betreuungsmöglichkeiten?

Zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation wurden in den Beiträgen vielfach konkrete Vorschläge formuliert, so wurde beispielweise darauf verwiesen, dass neben der Verbesserung der ambulanten Versorgungslandschaft auch die Vorhaltung gemeindenaher Notfall- bzw. Krisenbetten eine spürbare Verbesserung der aktuellen Situation haben würde. Dieses könnte durch niederschwellige Angebote beispielsweise von Krisenwohnungen oder sog. „Anlaufhäuser“ ergänzt werden. Auch das vorgeschlagene „Home Treatment“ würde sehr wahrscheinlich zu einer Verbesserung der Versorgungslandschaft beitragen, dadurch könnten beispielsweise Krisen rechtzeitig erkannt und ihnen professionell entgegenwirkt werden. Eine

engere Vernetzung der stationären und ambulanten Versorgung könnte zweifelsohne eine Verbesserung der aktuellen Situation bedeuten, dabei könnten sowohl prä- wie auch poststationäre Verläufe entscheidend profitieren und Krisen verhindert oder abgemildert werden.

Sicher ist eine einfache Antwort schwierig, allerdings sollten wir uns dabei vielleicht vom Geiste eines Griesinger inspirieren lassen und mutig, vielleicht auch mal quer, neue Gedanken und Wege zur Verbesserung der gegenwärtigen psychiatrischen Versorgung zulassen. Wir alle sind aufgerufen weiter zu denken, „Bewährtes“ zu überprüfen, das eigene Handeln zu überdenken und Alternativen zu entwickeln.

Nur in der Zusammenarbeit aller Institutionen der Sozialpsychiatrischen Versorgung unserer Stadt Braunschweig steckt eine echte Chance erfolgreich eine gemeindenahe und eine ebenso soziale wie auch qualitativ hochwertige psychiatrische Versorgung für die hier lebenden Menschen zu ermöglichen.

Dabei sind gerade psychische Krisen, also die schwersten Erkrankungszustände psychiatrischer Patienten und deren Lösung, wichtige Qualitätsmerkmale eines verantwortungsvollen und guten Umgangs mit unseren erkrankten Mitmenschen. Es bleibt zu hoffen, dass uns eine Verbesserung der gegenwärtigen „Kriseninterventionskultur“ gelingt.

Dazu möchte ich Sie, wie es bereits auch in einigen Beiträgen vorgeschlagen wurde, im Rahmen des Sozialpsychiatrischen Verbundes aufrufen und einladen, aktiv in einer Arbeitsgruppe an der Weiterentwicklung dieses wichtigen Versorgungsaspektes mitzuarbeiten.

Edgar Hahn

Geschäftsführer des Sozialpsychiatrischen Verbundes

25. Oktober 2012

ZUM AUFBAU UND FUNKTION DES SOZIALPSYCHIATRISCHEN VERBUNDES

GRUNDLAGE: § 8 NIEDERSÄCHSISCHES GESETZ ÜBER HILFEN UND SCHUTZMAßNAHMEN FÜR PSYCHISCH KRANKE (NPSYCHKG) VOM 16. JUNI 1997

(1) Die Landkreise und kreisfreien Städte bilden Sozialpsychiatrische Verbände. Im Sozialpsychiatrischen Verbund sollen alle Anbieter von Hilfen im Sinne des § 6 Abs. 1 vertreten sein. Der Sozialpsychiatrische Dienst führt dessen laufende Geschäfte.

(2) Der Sozialpsychiatrische Verbund sorgt für die Zusammenarbeit der Anbieter von Hilfen und für die Abstimmung der Hilfen, um die Versorgung nach Maßgabe des § 6 Abs. 7 sicherzustellen. Die Sozialpsychiatrischen Verbände in benachbarten Versorgungsgebieten sollen zu diesem Zweck zusammenarbeiten.

(3) Plant ein Anbieter von Hilfen oder dessen Träger eine wesentliche Änderung des Angebots an Hilfen, so hat er den Sozialpsychiatrischen Verbund hierüber unverzüglich zu unterrichten.

PRÄMISSEN DES SOZIALPSYCHIATRISCHEN VERBUNDES IM GRÜNDUNGSJAHR 1997

- Der Sozialpsychiatrische Verbund soll eine bedarfsgerechte Versorgung, insbesondere der chronisch psychisch Kranken und Suchtkranken verwirklichen.
- Der Verbund soll aus den an der sozialpsychiatrischen Versorgung beteiligten Institutionen in Braunschweig, den Kostenträgern und Vertretern/innen der Angehörigen und Betroffenen gebildet werden.
- Die Beteiligten sollen sich zu einer freiwilligen Zusammenarbeit verpflichten.
- Der Sozialpsychiatrische Verbund soll im Sinne eines ganzheitlichen Auftrages für die Betroffenen Versorgungsverantwortung und Versorgungsverpflichtung übernehmen. Die einzelnen Versorgungsbausteine sollen so miteinander vernetzt werden, dass die Betroffenen ein ihren Bedürfnissen entsprechendes wohnortnahes Hilfsangebot erhalten.
- Die Wahlfreiheit der Betroffenen bleibt unberührt. Insbesondere für chronisch psychisch Kranke und chronisch Suchtkranke mit eingeschränktem Hilfesuchverhalten sollen Angebote bereitgestellt werden. Dabei sollen durch ein kooperierendes Verbundsystem vorhandene Ressourcen besser ausgenutzt werden, damit die Kranken mit qualifizierter Unterstützung die bestehenden Einrichtungen in Anspruch nehmen können.

GRUNDSÄTZE

- Es sollen enge Kooperationsabsprachen erfolgen.
- Keine Klientengruppe darf aus der Versorgung herausfallen.
- Eine klare Aufteilung der Aufgaben und aufeinander abgestimmte Zuständigkeitsregelungen sind erforderlich.
- Doppel- und Mehrfachbetreuungen sollen vermieden werden.
- Eine Kontinuität in Behandlung und Betreuung ist anzustreben.

- Die bisher unterversorgten Patientengruppen haben bei der Bereitstellung von Angeboten Vorrang.
- Eine Bereitschaft zum gemeinsamen Informationsaustausch, Mitwirkung an konzeptionellen Fragen und Öffentlichkeitsarbeit wird vorausgesetzt.
- Es soll eine gemeinsame sozialpsychiatrische Planung erfolgen, wobei Defizite und ggf. auch Überangebote festzustellen sind und Lösungsmöglichkeiten gemeinsam gesucht werden sollen.

DIE DREI GREMIEN DES SOZIALPSYCHIATRISCHEN VERBUNDES

- Plenum
- Fachgruppen
- Kommunalen Fachbeirat

Eine eigene Rechtsform ist für den Sozialpsychiatrischen Verbund nicht vorgesehen.

AUFGABEN DES PLENUMS

Das Plenum soll ein Forum für alle Beteiligten des Sozialpsychiatrischen Verbundes sein. Die einzelnen Institutionen, Kostenträger, Vertreter von Behörden, Vertreter von Betroffenen und Angehörigen sollen eine natürliche Person für das Plenum benennen. Das Plenum soll mindestens einmal jährlich, bei Bedarf auch öfter tagen. Die Versammlungsleitung soll der hauptamtliche Koordinator übernehmen.

Das Plenum soll als Informationsforum dienen und den Geschäftsbericht des Kommunalen Fachbeirates erörtern, der jährlich einmal vorgelegt werden soll. Die Fachgruppen und der Kommunale Fachbeirat sollen regelmäßig über ihre Arbeit im Plenum berichten. Aus dem Plenum können Anträge, Empfehlungen und Anregungen für den Kommunalen Fachbeirat formuliert werden, die er behandeln muss.

AUFGABEN DER FACHGRUPPEN

Die Fachgruppen sollen auf Vorschlag aus dem Plenum von dem Fachbeirat benannt werden. Sie sollen für den Kommunalen Fachbeirat Vorlagen ausarbeiten und Konzeptionen erstellen. Die Fachgruppen sollen aus Experten des jeweiligen Fachgebietes zusammengesetzt werden, z.B. Beratung/Betreuung, Wohnen, Arbeit, tagesstrukturierende Maßnahmen, Kinder- und Jugendpsychiatrie und Suchtkrankenhilfe.

Um ein effektives Arbeiten zu ermöglichen, sollte jede Fachgruppe einen/eine Sprecher/in benennen. Die Fachgruppen sollen problembezogen arbeiten und daher nicht unbedingt eine ständige Einrichtung wie der Kommunale Fachbeirat werden, sondern können durchaus auch zeitlich befristet eingesetzt werden.

AUFGABEN DES KOMMUNALEN FACHBEIRATES

Er soll Entscheidungsempfehlungen für den Rat der Stadt und die politischen Ausschüsse abgeben, dazu gehören auch Empfehlungen über Art und Umfang der Zuschüsse. Die Vorbereitungskompetenz der Verwaltung bleibt hiervon unberührt. Die Einrichtung neuer Angebote soll zunächst in diesem Gremium beraten und abgestimmt werden. Durch die angestrebte enge Zusammenarbeit der einzelnen Institutionen soll eine bessere Übersicht über die einzelnen Leistungen der Anbieter entstehen, um Defizite in der Versorgung und Betreuung rechtzeitig erkennen zu können. Auch sogenannte Problemfälle, bei denen eine Unterbringung oder Betreuung in Braunschweig schwierig erscheint, sollen in diesem Gremium besprochen werden, um einen gemeinsamen Lösungsweg zu suchen. Eine gemeinsame Verantwortung für diese Problemfälle soll angestrebt

werden. Der Kommunale Fachbeirat soll einen jährlichen Geschäftsbericht über seine Arbeit gegenüber dem Plenum vorlegen. Anträge aus dem Plenum müssen im Kommunalen Fachbeirat behandelt werden.

MITGLIEDER DES KOMMUNALEN FACHBEIRATES

- Vertreter der niedergelassenen Nervenärzte
- Vertreter des Sozialpsychiatrischen Dienstes
- Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung
- jeweils ein Vertreter der in der Sozialpsychiatrie tätigen Institutionen aus den Bereichen Wohnen, Arbeit, Beratung/Betreuung, die der freien Wohlfahrtspflege angeschlossen sind,
- Vertreter der Suchtkrankenhilfe
- Vertreter von psychiatrischen Wohnheimen
- Vertreter der Psychiatrischen Kliniken
- Vertreter der Angehörigen
- Vertreter der Betroffenen
- Vertreter des Landesamtes für zentrale soziale Hilfen
- Vertreter des Arbeitsamtes
- Vertreter des Rentenversicherungsträgers
- Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen
- Vertreter der Pflegeversicherung
- Vertreter des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen
- Vertreter des Sozialhilfeträgers

Der Fachbeirat arbeitet nach einer für alle Mitglieder verbindlichen Geschäftsordnung.

Edgar Hahn

Stadt Braunschweig

Geschäftsführer des Sozialpsychiatrischen Verbundes

BERICHTSZEITRAUM UND THEMEN IN 2011

PSYCHOSOZIALE BERATUNG

Seit dem 01.01.2011 ist die 1/2 Stelle bei der Stadt BS (vorher Verein Der Weg e.V.) angesiedelt. Die zunächst geplante Aufstockung der Stelle ist noch nicht realisiert. Durch Projekteinstellungen des Jobcenters (bis zum 31.12.2010 Arge genannt) ist der Bedarf an psychosozialer Beratung jedoch gestiegen. Das Jobcenter sieht sich ausschließlich für Arbeitsmaßnahmen und berufliche Integration verantwortlich - die psychosoziale Beratung wird als kommunale Aufgabenstellung gesehen. Das Jobcenter hat insbesondere im niedrigschwelligen Bereich gekürzt - sowohl ganze Maßnahmen gestrichen als auch Leistungen für Teilnehmer und Träger reduziert.

EX-IN

Eine Ausbildung für Psychiatrieerfahrene zu Genesungshelfern wird in BS nicht angeboten werden, da die Möglichkeit in Hannover besteht. Für die Kosten der Ausbildung (ca. 1200.- €) werden Sponsoren gesucht, der Abschluss ist nicht zertifiziert. Es werden Träger gebeten, zu prüfen, ob zu gegebener Zeit eine Person mit entsprechendem Abschluss beruflich oder ehrenamtlich einzusetzen wäre; die Ansprache der Träger findet aktuell statt.

INFOS AUS DER EINGLIEDERUNGSHILFE UND DER ARBEITSAGENTUR

Die Umsetzung des Budget für Arbeit gestaltet sich schwierig - der starke politische Wille trifft auf die Praxis des Arbeitsmarktes - erfolgreiche Vermittlungen sind bisher in homöopathischer Dosis feststellbar.

Die Arbeitsagentur hat eine neue Maßnahme für Jugendliche (12 Plätze) eingekauft, die unter besonderer psychologischer Begleitung steht. Aus Sicht der Agentur stellen die Kammern immer höhere Ansprüche auch an Werkerausbildungen, daraus leitet sich eine wachsende Zahl an Abbrechern ab. Angestrebt wird seitens der Agentur, ein noch stärkeres Augenmerk auf den praktischen Anteil zu legen.

SITUATION NIEDERSCHWELLIGER ARBEITSMÄßNAHMEN

Der Wegfall geförderter Maßnahmen für Menschen mit psychischen Erkrankungen, die weder den WfbM-Status erfüllen noch den Belastbarkeiten des 1. Arbeitsmarktes ohne Assistenzen gewachsen sind, führt zu individuellen persönlichen Belastungen und gleichzeitig zu nicht unerheblichen gesellschaftlichen Folgekosten. Gemeinsam mit Herrn Meironke von der Arbeitsagentur werden Initiativen geprüft, die zu einer Verbesserung der Situation in unserer Region geeignet erscheinen

ANGEBOTE FÜR MENSCHEN MIT ASPERGER - AUTISMUS

Sowohl Lavie als auch die Lebenshilfe BS bieten Teilhabeangebote für Menschen mit Asperger Autismus an. Als Schnittstelle bei entsprechendem Bedarf bieten sich die Angebote und Bedingungen des Industrie Service an.

DEFIZITE IN DER VERSORGUNG

1. Es fehlt an Maßnahmen, die nachhaltige niederschwellige Belastbarkeit berücksichtigen.
2. Es mangelt an der Bereitschaft, vollwertige sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze einzurichten.
3. Eine nochmalige Erweiterung der Tagesstättenplätze wäre sinnvoll.

Carsten Curtius

Lebenshilfe Braunschweig

Sprecher der Fachgruppe Arbeit und Tagesstruktur

TEILNEHMENDE INSTITUTIONEN

- Ambet e.V.
- AWO Psychiatriezentrum Königslutter
- Der Weg e.V.
- Evang. Ehe- und Lebensberatung
- Feuerwehr
- Stadt Braunschweig, Frau Feyertag (zurzeit nicht aktiv)
- Frauenberatungsstelle e.V.
- Frauenhaus Braunschweig
- Gesundheitsamt, Sozialpsychiatrischer Dienst
- Hospizverein Braunschweig e.V.
- Institut für Persönliche Hilfen e.V.
- Kath. Ehe- und Lebensberatung
- Kibis
- Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe Rischborn
- Lukas-Werk Suchthilfe
- Angehörigengruppe / Marlies Wiedemann
- Psychosoziale Beratung nach SGB II
- Städtisches Klinikum Braunschweig, Psychiatrische Klinik und Sozialdienst
- Steb
- Stiftung Wohnen und Beraten
- Telefonseelsorge
- VSE Braunschweig e.V.
- Opferhilfebüro (zurzeit nicht aktiv)

AKTIVITÄTEN DER FACHGRUPPE

Es finden regelmäßige Treffen der Fachgruppe statt, im Jahr 2011 fanden fünf Treffen statt, im Jahr 2012 bislang zwei (nächster Termin: 14.6.2012)

Kollegen aus der Fachgruppe Beratung und Betreuung arbeiten weiterhin in der „Beschwerde- und Vermittlungsstelle“ mit.

Außerdem gab es im letzten Jahr eine Unterarbeitsgruppe zur Planung einer Fachtagung zum Thema „Essstörung“ (nachmittags Fachvorträge und Podiumsdiskussion, abends Aufführung vom „Tanzendes Theater Wolfsburg“ zur Thematik).

Sowie die Mitarbeit von Kollegen in der Vorbereitungsgruppe zum „Netzwerk Depression Braunschweig“.

DIE ARBEIT DER FACHGRUPPE

- Organisation und Durchführung der Fachtagung „Ich hab’s satt- Wenn Essen zum Problem wird“ Weitere Bearbeitungen des Themas sollen folgen
- Sammeln von Informationen und Planung des Vorgehens zur Gründung eines „Bündnis/Netzwerk gegen Depressionen“.

MITARBEIT IN DER VORBEREITUNGSGRUPPE

- Ortstermine im AWO Psychiatriezentrum Königslutter und in der Psychiatrischen Klinik des Städtischen Klinikum Salzdahlumer Straße zum Informationsaustausch und kollegialem Kennenlernen
- Informationen und kritische Betrachtung zur Zuzahlung von Angehörigen bei Klienten, die Eingliederungshilfe beziehen
- Inhaltliche Veränderungen innerhalb der teilnehmenden Institutionen

DEFIZITE IN DER VERSORGUNG

1. Wohnraumnot / Wohnungslosigkeit
2. Nervenärztliche / Psychotherapeutische Versorgung

Katrin Watzlawek

Der Weg e.V.

Sprecherin der Fachgruppe Beratung und Betreuung

Petra Wittlief,

Ambet e.V.

Stellvertretende Sprecherin der Fachgruppe Beratung und Betreuung

ARBEIT DER FACHGRUPPE

Die Fachgruppe Gerontopsychiatrie hat sich in 2011 einmal getroffen. In der Sitzung wurde das Projekt „Insula“ Kurzzeitpflege für ältere Menschen mit Verhaltensauffälligkeiten vorgestellt. Bei dem Konzept geht es darum, eine Lücke im Versorgungsnetz für verhaltensauffällige Menschen mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen zu schließen. Das Konzept für dieses Angebot ist im Rahmen einer AG der Pflegekonferenz entstanden. Die Fachgruppe Gerontopsychiatrie begrüßt die Umsetzung des Konzeptes in Braunschweig sehr. Sie hat den Fehlbedarf eines solchen Angebotes seit Jahren moniert. Noch nicht geklärt ist, welche Einrichtungen bereit sind, das Konzept umzusetzen und das finanzielle Risiko zu tragen.

Die Versorgung von im Alter psychisch auffälligen und psychiatrisch erkrankten Menschen voranzutreiben, war schon in den Jahren zuvor ein Schwerpunktthema der Fachgruppe Gerontopsychiatrie. Hierzu wurde vor einigen Jahren ein Betreuungs-Gruppen-Konzept für verhaltensauffällige psychisch kranke ältere Menschen erstellt, das dem Beirat des Sozialpsychiatrischen Verbundes vorgestellt wurde. Der Sozialpsychiatrische Verbund hatte diesem Konzept zugestimmt. Das Gruppenangebot ist inzwischen fest etabliert und findet regelmäßig ein Mal wöchentlich beim Verein Der Weg e.V. statt. Die bis zu 12 TeilnehmerInnen bringen eine hohe Motivation für den Gruppenbesuch mit.

Beim Verein Ambet e.V. ist eine Sportgruppe für Menschen mit Demenz entstanden. Das Angebot wurde im Frühjahr 2011 in der Fachgruppe Gerontopsychiatrie vorgestellt. Die Gruppe „Aktiv+“ bietet den Teilnehmer/innen die Möglichkeit, ein auf ihr Alter und ihre Einschränkungen abgestimmtes Bewegungsangebot zu nutzen. Neben dem Spaß an Bewegung mit Anderen wird die Muskulatur gekräftigt somit die Sturzgefahr gemildert, die Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit gestärkt und durch die erhöhte Kreislauffähigkeit die Gehirndurchblutung und damit die Kognitive Leistung gefördert.

In Braunschweig wurde in 2011 ein Arbeitskreis zum Aufbau des Netzwerkes Depression Braunschweig initiiert. Die Sprecherin der Fachgruppe Gerontopsychiatrie ist Mitglied des Arbeitskreises und vertritt dort den Aspekt „Depression im höheren Lebensalter“. Die Depression gilt als die häufigste psychische Erkrankung im Alter. Nach Bickel, 2003 leiden 13,5 % der älteren Menschen an einer krankheitswertigen depressiven Störung. Nur 10% der an Depression erkrankten älteren Menschen erhalten eine angemessene Behandlung. Das Ziel des Netzwerkes Depression Braunschweig ist es, die Öffentlichkeit über das Thema zu informieren und zu sensibilisieren, die Versorgung der Menschen mit einer Depression und deren Familien zu verbessern und die Zahl der Suizide, die gerade bei älteren Männern am höchsten ist, zu verringern.

Die Fachgruppe wird sich in 2012 mit dem Thema „Altersgerechte Assistenzsysteme“ und deren Einsatz bei Menschen mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen auseinandersetzen. Außerdem wird sie die Arbeit der „AG Höheres Lebensalter“ im Netzwerk Depression Braunschweig unterstützen und begleiten.

Im April 2012 werden die 7. Braunschweiger Alzheimer Tage stattfinden.

Gertrud Terhürne

Ambet e.V.

Sprecherin der Fachgruppe Gerontopsychiatrie

AKTIVITÄTEN DER FACHGRUPPE

Die Fachgruppe traf sich insgesamt dreimal.

Im März 2011 in der LaVie-Rehafachklinik in Königslutter. Frau Dr. Grabowski hielt einen Vortrag über selbstverletzendes Verhalten und Suizidalität bei Jugendlichen. Die Einrichtung LaVie erhielt die Möglichkeit, ihr Angebot vorzustellen.

Im Mai 2011 war das Schwerpunktthema Orientierung im Psychodschungel. Ergebnisse einer Befragung im Braunschweiger Netzwerk. Als Ergebnis gibt es unverändert den Bedarf nach einer Lotsen-Orientierungsstelle, die die Zuweisung zu Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe bzw. Kinder- und Jugendpsychiatrie koordiniert. Darüber hinaus fehlt ein Beratungsführer für Fachleute und Eltern. Zweites Schwerpunktthema bei diesem Treffen war die Vorstellung der Koordinierungsstelle Schulverweigerung, die „2.Chance“.

Im November 2011 ging es um die Kooperation zwischen Ambulanz und stationärer Versorgung, um den Austausch neuer Angebote der verschiedenen Einrichtungen und um die Folgen aus der Braunschweiger Befragung.

Die KJP-Fachgruppe hat 34 Mitglieder. Bei jedem Treffen sind über 20 anwesend. Einen Schwerpunkt bildet bei jedem Treffen der Austausch über neue Angebote der einzelnen Institutionen. Die Befragung zur Orientierung der Ratsuchenden ergab eine vergleichsweise-positive Rückmeldung. In Braunschweig laufen die Eltern im Schnitt nur zwei bis drei Institutionen an, ehe sie das richtige Beratungsangebot für ihre Problemstellung vorfinden. Trotzdem erscheint die Neuauflage eines Beratungsführers für Eltern und Fachleute notwendig.

Die Tagesklinik, als Satellit des AWO Psychiatriezentrums, wird in Braunschweig im Jahr 2012 eröffnet. Das bedeutet eine deutliche Verbesserung des diagnostischen und therapeutischen Angebotes.

DEFIZITE IN DER VERSORGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

1. Die Wartezeit für Kinder- und Jugendpsychotherapeuten liegt zwischen neun und zwölf Monaten.
2. Es fehlt eine Clearing- und Lotsenstelle für die schnelle Abklärung und gezielte Zuweisung.
3. Die Problematik von Schulversäumnissen bleibt unverändert akut. Die Betreuung dieser Fälle ist ein Schwerpunkt von Frau Dr. Ziehr (Kinder- und Jugendpsychiaterin im Gesundheitsamt) im Gesundheitsamt. Es fehlt personelle Unterstützung (Sozialpädagogin).

Dr. Claudia Jahnke

Leiterin des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes, Gesundheitsamt Braunschweig

Sprecherin der Fachgruppe Kinder- und Jugendpsychiatrie

BERICHTSZEITRAUM UND THEMEN 2011

AKTIVITÄTEN DER FACHGRUPPE

Der Arbeitskreis hat sich im Jahr 2011 dreimal getroffen. Diese Treffen fanden jedes Mal in der Begegnungsstätte des Braunschweiger Freundeskreises Selbsthilfegruppe für Alkohol- und Medikamentenabhängige in der Peter-Joseph-Krahe-Strasse 11 in Braunschweig statt.

NEUE WEGE IN DER ARBEIT VON SELBSTHILFEGRUPPEN

Erstes Treffen am Mittwoch, 23.02.2011.

Diskutiert wurde darüber, wie sich der Freundeskreis auf Menschen aus anderen Kulturkreisen einstellt, wie sich gesellschaftliche Veränderungen auswirken, ob, bzw. wie sich der Freundeskreis um Menschen kümmern kann, die aus verschiedenen Gründen nicht abstinert leben können.

Referent an diesem Abend war Reinhard Markwort vom Freundeskreis im Lukas Werk Braunschweig.

Ein vorgesehenes Treffen am 18.05.2011 musste abgesagt werden, da der Referent erkrankte und kein anderer zur Verfügung stand.

KINDER AUS SUCHTBELASTETEN FAMILIEN

Zweites Treffen war am Mittwoch, 07.09.2011.

Kinder aus Suchtbelasteten Familien wachsen in einer schwierigen familiären Atmosphäre auf. Sie entwickeln oft psychische Probleme und sind auch gefährdet, sich ebenfalls in Suchtprobleme zu verstricken. Für diese Zielgruppe wurde das Gruppenangebot „Trampolin“ vom Deutschen Zentrum für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters am Universitätsklinikum Eppendorf erarbeitet. „Trampolin“ ist in der Lukas Werk SuchthilfegmbH durchgeführt worden.

Diese Sitzung wurde von Frau Simone Wieczorek, Dipl. Sozialpädagogin moderiert.

NEUE WEGE IN DER ARBEIT VON SELBSTHILFEGRUPPEN

Das dritte Treffen des Arbeitskreises Sucht fand am 14.12.2011 statt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Freundeskreise im Lukas-Werk hat ein Leitbild entwickelt und dieses vorgestellt.

Hermann Schwabe

Sprecher der Fachgruppe Sucht

TEILNEHMENDE INSTITUTIONEN

- Arbeitskreis psychosoziale Hilfen, Wohnheim Hinter der Masch
- AHMB e.V.
- Ambet e.V.
- AWO Sozialpsychiatrisches Zentrum, Wohnheim Parkstrasse 2-4
- AWO Sozialpsychiatrisches Zentrum, Ambulante Betreuungen
- AWO STEB; Jugendhilfe
- Betreutes Wohnen Pippelweg, Der Paritätische
- Der Weg e.V.
- DROBS Braunschweig, Der Paritätische
- Insel, Institut für persönliche Hilfen e.V.
- Lebenshilfe Braunschweig
- Lukas Werk Suchthilfe
- Selbsthilfegruppe der Psychatrieerfahrenen
- Selbsthilfegruppe der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen
- Sozialpsychiatrischer Dienst Braunschweig
- Stiftung Neuerkerode
- VSE Jugendhilfe
- Wohngruppen Am Bankplatz, Pflegedienst Lehmann und Czuczewitz

AKTIVITÄTEN DER FACHGRUPPE

Die Fachgruppe Wohnen bildet aktuell eine große Bandbreite der ambulanten sozialpsychiatrischen Versorgung in der Region Braunschweig ab. Die Leistungsanbieter vertreten nahezu vollständig die Hilfen im Bereich ambulanter und stationärer Eingliederungshilfe für psychisch erkrankte Menschen, für Menschen mit einer geistigen Behinderung und für Menschen mit einer Suchterkrankung; ebenso vertreten sind Anbieter aus dem Bereich der Jugendhilfe für psychisch erkrankte Jugendliche.

Im Berichtszeitraum wurde die Fachgruppe Wohnen zu 7 Sitzungen einberufen.

Neben dem regelmäßigen kollegialen Austausch aktueller fachlicher Informationen und der Berichterstattung über inhaltliche Entwicklungen aus den Institutionen, wurden folgende wesentliche Themenschwerpunkte behandelt:

- Diskussion und Beratung der Inhalte, Struktur und Entwicklung des Modellversuchs „Teilhabe-Assistenz“
- Information und Diskussion der Planungen zu einer integrierten Versorgung in Braunschweig
- Erfahrungsaustausch zu Fragen der Weiterentwicklung des Braunschweiger Hilfeplanverfahrens.
- Erfahrungsaustausch und Diskussion der Erfahrungen mit der Umsetzung des Persönlichen Budgets im Rahmen der ambulanten Eingliederungshilfe
- Kritische Diskussion zur nervenärztlichen Versorgung in Braunschweig

ZUKÜNFTIGE AUFGABENSTELLUNGEN

In den Diskussionen der Fachgruppentreffen kristallisierten sich folgende Themenschwerpunkte, die aus Sicht der Fachgruppenteilnehmer/innen einer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen bzw. ein Handlungsbedarf besteht:

Bei dem zurzeit bekannten und auch in Braunschweig mit der AOK diskutierten Modell der integrierten Versorgung ist die Schnittstelle zwischen SGB V und SGB XII in der ambulanten Versorgung nicht ausreichend geklärt. Hier bedarf es dringend eines weiterführenden fachlichen Diskurses mit den Leistungsträgern und Entwicklung sinnvoller und angemessener Versorgungs- und Angebotsstrukturen in Braunschweig.

Zunehmend wird deutlich, dass die Überleitung junger Erwachsener mit einer psychischen Behinderung oder psychischen Auffälligen aus dem Hilfesystem der Jugendhilfe in das System der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII strukturell und inhaltlich unklar geregelt ist.

Der Zugang zum Wohnungsmarkt ist für Menschen mit einer Schuldenproblematik (Schufa-Eintrag) und /oder auffälligem Verhalten z.B. als Folge einer Suchterkrankung oder psychischen Erkrankung weiterhin sehr erschwert und teilweise im Bereich der Wohnungsbaugesellschaften auch verschlossen.

Die Entwicklung der nervenärztlichen Versorgung in Braunschweig für chronisch psychisch erkrankte Menschen gibt zur ersten Sorge Anlass, da eine Unterversorgung an sozialpsychiatrisch medizinisch ausgerichteten Nervenarztpraxen in Braunschweig besteht. Auch bei dringender Behandlungsnotwendigkeit erhalten insbesondere schwer chronisch psychisch erkrankte Patient/innen erst nach einem Zeitraum von teilweise bis zu 3 Monaten einen Termin zur ärztlichen Behandlung.

Beate Hetheier

Der Weg e.V.

Sprecherin der Fachgruppe Wohnen

Hans Golmann

Ambet e.V.

Stellvertretender Sprecher der Fachgruppe Wohnen

BERICHTSZEITRAUM UND THEMEN 2011

NEUE ENTWICKLUNG PSYCHIATRISCHE KLINIK 2011

Sehr geehrter Herr Hahn,

sehr gern berichte ich Ihnen zu den Neuerungen der Psychiatrischen Klinik des Städtischen Klinikums Braunschweig für das Jahr 2011. Den Großteil der Veränderungen werden Sie durch unseren Austausch z.B. im Rahmen der Verbundsitzungen bereits kennen.

GENERELLE ENTWICKLUNGEN 2011

Die Psychiatrische Klinik war im Jahr 2011 mit einer über 98%-igen Belegung erneut deutlich über den mit den Kassen vereinbarten 95% ausgelastet, wobei diese 95% bereits eine Anpassung nach oben darstellen, nachdem von 2008 bis 2010 eine Auslastungssteigerung von unter 90% auf 98% stattgefunden hatte. Diese Auslastung ist zurückzuführen auf eine vermehrte Therapienachfrage bei entsprechender stationärer Therapieindikation als auch auf unser Bemühen, dem Wunsch von Patienten aus unserem Versorgungsgebiet auf "heimatnahe" Behandlung möglichst nachzukommen. Dazu kommt der Ausbau der ambulanten Versorgung mit Verstärkung der Psychiatrischen Institutsambulanz (PIA), für welche 2011 eine neue Oberarztstelle geschaffen und besetzt werden konnte. Die PIA konnte bereits im Jahr 2011 eine Leistungssteigerung um über 40% darstellen.

Die Vernetzung innerhalb der psychiatrischen Versorgungslandschaft Niedersachsens und die Teilhabe an gesundheitspolitischen Prozessen wurden gestärkt durch die Mitbegründung der Niedersächsischen Psychiatriekonferenz, in dessen Sprecherrat ich 2011 benannt wurde.

NEUE THERAPEUTISCHE ANGEBOTE UND STRUKTUREN 2011

Suchtmedizin Die Qualifizierte Entgiftung (QE) als state-of-the-art Therapieansatz bei Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit konnte quantitativ und qualitativ ergänzt werden. Von ursprünglich 6 Therapieplätzen konnten wir auf 9 Therapieplätze OE aufstocken. Inhaltlich wurde die OE ergänzt insbesondere durch die Gewinnung einer spezialisierten, suchttherapeutisch erfahrenen Psychologin mit der Implementierung zusätzlicher Gruppen- und Einzelangebote. Die stationäre OE wurde ergänzt durch das Angebot einer Suchtmedizinischen Sprechstunde (Leitung Frau OÄ Dr. Courvoisier, geb. Koscelanska) mit ambulanter Vorbereitung und Nachsorge. Die Vernetzung mit anderen suchttherapeutischen Einrichtungen konnte intensiviert werden, insbesondere mit dem Lukaswerk, mit welchem neben sektorübergreifenden Versorgungsmodellen die Einrichtung einer gemeinsamen ärztlichen Stelle geplant wurde, welche halb in der Tagesklinik Braunschweig des Lukaswerk, halb in unserer Klinik eingesetzt werden soll.

ALLGEMEINPSYCHIATRIE UND PSYCHOTHERAPIE

2011 erfolgte die Umsetzung und der Ausbau der Psychiatrischen Kurzzeit-Psychotherapie (PKP) als eine deutschlandweit erste und bislang einzige Adaptation eines etablierten ambulanten Psychotherapieansatzes. Die stationäre PKP richtet sich zunächst an die Indikation mittelgradig bis schwere Depressive Störung und beinhaltet ein modulares Angebot mit intensiven Einzel- und Gruppenpsychotherapeutischen Inhalten, die berufsgruppenübergreifend umgesetzt werden. Bei der PKP ist die Fortsetzung einzelner stationärer Inhalte auch in einem poststationären ambulanten Rahmen möglich.

Mit freundlichen Grüßen

PD Dr. Alexander Diehl

Chefarzt der Psychiatrischen Klinik des
Städtischen Klinikums Braunschweig

ÜBERSICHT DES WEITEREN AUFBAUS

ERKLÄRUNG

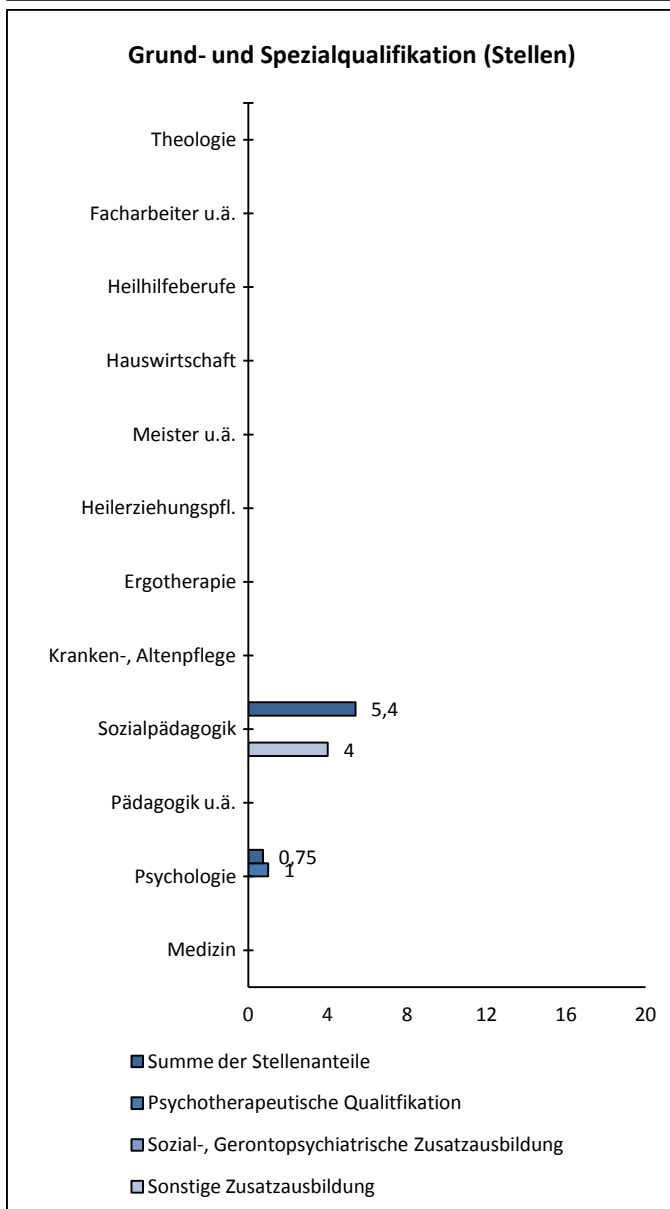
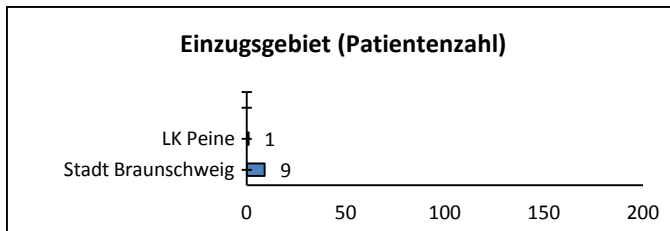
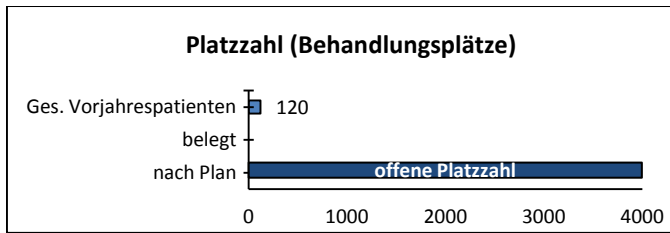
In diesem Teil des Sozialpsychiatrischen Planes stellen wir die Versorgungsmöglichkeit psychische erkrankter Menschen in Braunschweig vor. Es wurden statistische Daten zum Angebot, Platzzahl, Einzugsgebiet und Qualifikation der Mitarbeiter der jeweiligen Einrichtung eingeholt, zudem wurden die Kontaktdaten, eine Kurzbeschreibung sowie die Trägerschaft der Einrichtung erfragt.

Die statistischen Daten wurden über einen standardisierten Bogen, dem sog. „Statistischen Jahresbericht“ erfragt, dieser wurde in Zusammenarbeit der Sozialpsychiatrischen Verbände Südostniedersachsen und dem Landesfachbeirat entwickelt. Beispielphaft sei hier ein leerer Statistischer Jahresbericht gezeigt:

Stichtag 31.12.2011		Name der Einrichtung			Legende zum statistischen Jahresbericht Liste der Angebotsformen im Sozialpsychiatrischen Verbund (Code A) 09 Fachärztinnen u. Fachärzte 10 ambulante Dienste für Erwachsene (PIA/SpDi) 11 ambulante Dienste für Kinder/Jugendliche (PIA/SpDi) 12 Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle 13 Ambulant betreutes Wohnen gemäß §53 SGB XII 14 andere Hilfen zum Wohnen/zur Selbstversorgung 15 spezielle Hilfen zur Arbeit und zur Ausbildung 16 spezielle Hilfen für Suchtkranke 17 spez. komplementäre Hilfen für Kinder u. Jugendl. 18 spez. komplementäre Hilfen für alte Menschen 19 sonstige ambulante Hilfen 20 tagesklinische Behandlung Allgemeinspsychiatrie 21 tagesklinische Behandlung Kinder-Jugend-Psychiatrie 22 tagesklinische Behandlung Gerontopsychiatrie 23 Tagesstätten gemäß §53 SGB XII 24 Werkstätten für seelisch behinderte Menschen (WfbM) 25 andere Hilfen für Arbeit, Ausbildung, Tagesstruktur 26 spezielle tagesklinische Angebote für Suchtkranke 27 spez. Komplementäre Hilfen für Kinder/Jugendliche 28 spezielle komplementäre Hilfen für alte Menschen 29 sonstige teilstationäre Leistungen 30 Behandlung (SGB V) in Klinik für Erwachsene 31 Behandlung (SGB V) in Kinder-Jugend-Psychiatrie 32 Behandlung in einer Klinik des Maßregelvollzuges 33 (Übergangs-) Wohnheime / WG (nur SGB XII) 34 psychiatrische Pflegeheime /AWG (SGB XII / PfV) 35 spezielle komplementäre Hilfen für Wohnungslose 36 spezielle komplementäre Hilfen für Suchtkranke 37 spezielle kompl. Hilfen (SGB VIII) für Kinder/Jugendlich 38 spezielle komplementäre Angebote für alte Menschen 39 sonstige stationäre Leistungen			
Angebotsform	Code A							
Platzzahl	nach Plan belegt	teilstationäre Hilfen						
	davon aus LK WF	stationäre Hilfen						
Kosten/Finanzierung	pro Platz							
	pro Stunde							
	am Tag							
	im Monat							
	im Quartal							
	pauschal							
Einzugsgebiet	Code B							
Grundqualifikation								
	Summe der Stellenanteil							
	davon mit Zusatzqualifikation							
	Code C							
Medizin	0	1	2	3				
Psychologie								
Pädagogik u.ä.								
Sozialpädagogik								
Kranken-,								
Ergotherapie								
Heilerziehungspf.								
Meister u.ä.								
Hauswirtschaft								
Heilhilferufe								
Facharbeiter u.ä.								
Verwalt.personal								
Gesamtzahl der im Vorjahr behandelten, bzw. betreuten Personen								
Einzugsgebiet (Code B) 101 Stadt Braunschweig 102 Stadt Salzgitter 103 Stadt Wolfsburg 151 LK Gifhorn 152 LK Göttingen 153 LK Goslar 154 LK Helmstedt 155 LK Northeim 156 LK Osterode am Harz 157 LK Peine 158 LK Wolfenbüttel 241 Region Hannover 88 Niedersachsen 99 bundesweit Zusatzqualifikation der Mitarbeiter (Code C) 1 psychotherapeut. Qualifikation (Zusatztitel, Facharztanerkennung, PT-Ausbildung) 2 sozial-, gerontopsychiatrische Zusatzausbildung 3 sonstige								

Der weitere Aufbau orientiert sich an der Legende des Statistischen Jahresberichtes, so erfolgt beispielsweise die Auflistung der Institutionen nach der numerischen Einteilung in der Legende des Jahresberichtes. Die Angaben erfolgten auf freiwilliger Basis und haben somit keinen Vollständigkeitsanspruch.

LEBENSILFЕ BRAUNSCHWEIG E.V. - AUTISMUSAMBULANZ



Ansprechpartner

Sylva Schlenker

Anschrift

Lebenshilfe Braunschweig gGmbH

Autismusambulanz

Pawelstraße 4

38118 Braunschweig

Telefon: 0531/4719492

01520/9222836

Fax: 0531/4719499

E-Mail: sylva.schlenker@lebenshilfe-braunschweig.de

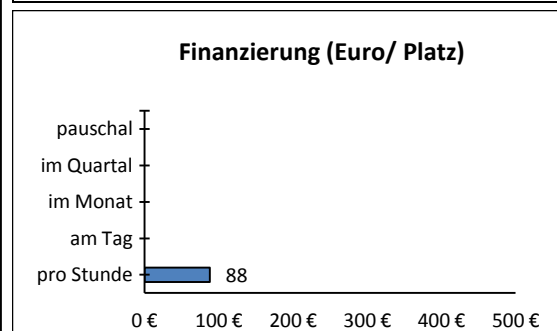
Internet: www.lebenshilfe-braunschweig.de/index.php?id=38

Kurzbeschreibung der Einrichtung

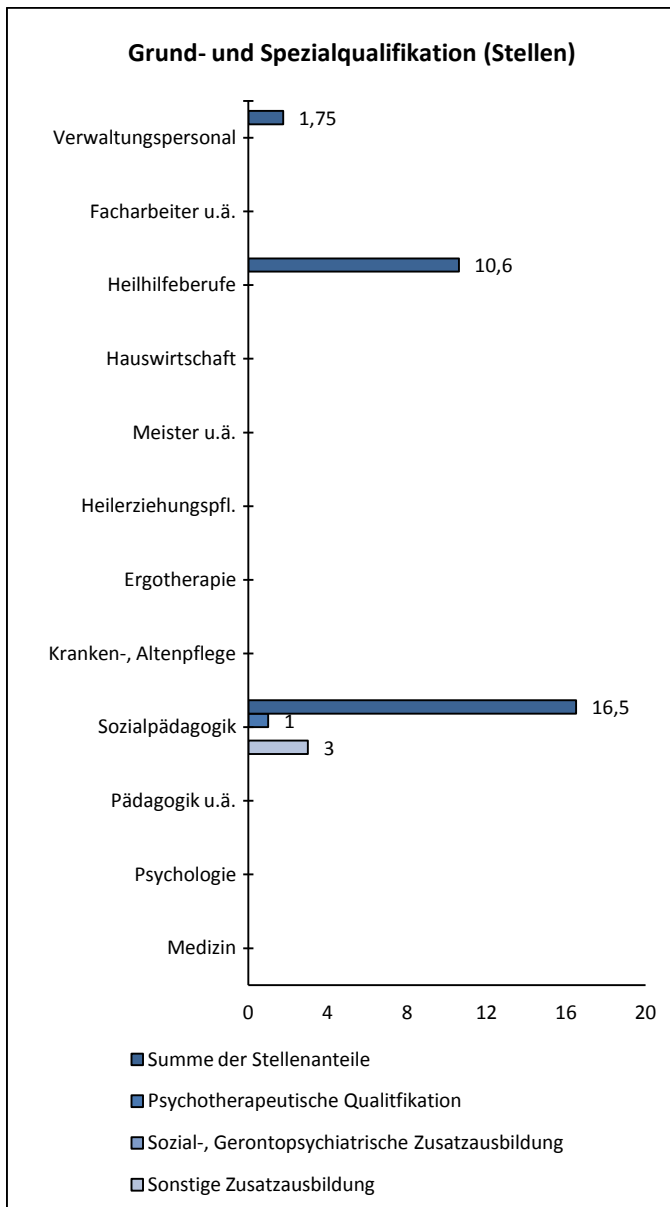
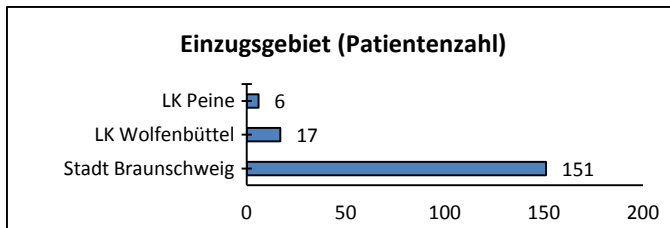
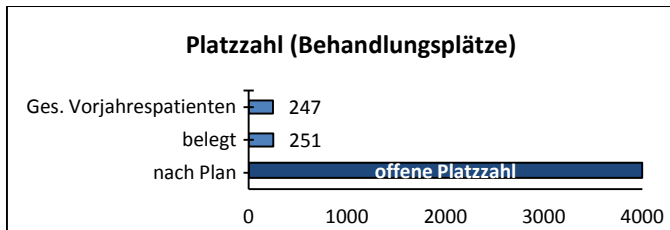
Die Autismusambulanz bietet ambulant und mobil Therapie und Förderung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene an. Zudem beraten und unterstützen wir Eltern und andere Bezugspersonen autismusspezifisch. Unsere systemische Beratungskompetenz richtet außerdem ihren Blick auf das Familien- und Bezugssystem. Wir arbeiten eng mit anderen Institutionen zusammen und unterstützen diese durch Information und Fortbildung

Träger der Einrichtung

Lebenshilfe Braunschweig gGmbH



LEBENSILFEBRAUNSCHWEIG E.V. - BETREUTES WOHNEN



Ansprechpartner

Dr. Laurenz Aselmeier, Bereichsleitung Wohnen

Anschrift

Lebenshilfe Braunschweig gGmbH
Kaiserstraße 18
38100 Braunschweig
Telefon: 0531/4719-218

E-Mail: laurenz.aselmeier@lebenshilfe-braunschweig.de

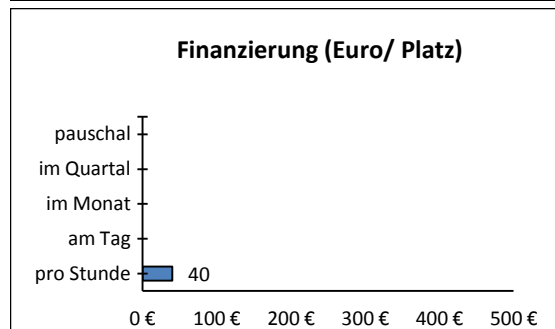
Internet: www.lebenshilfe-braunschweig.de/index.php?id=89

Kurzbeschreibung der Einrichtung

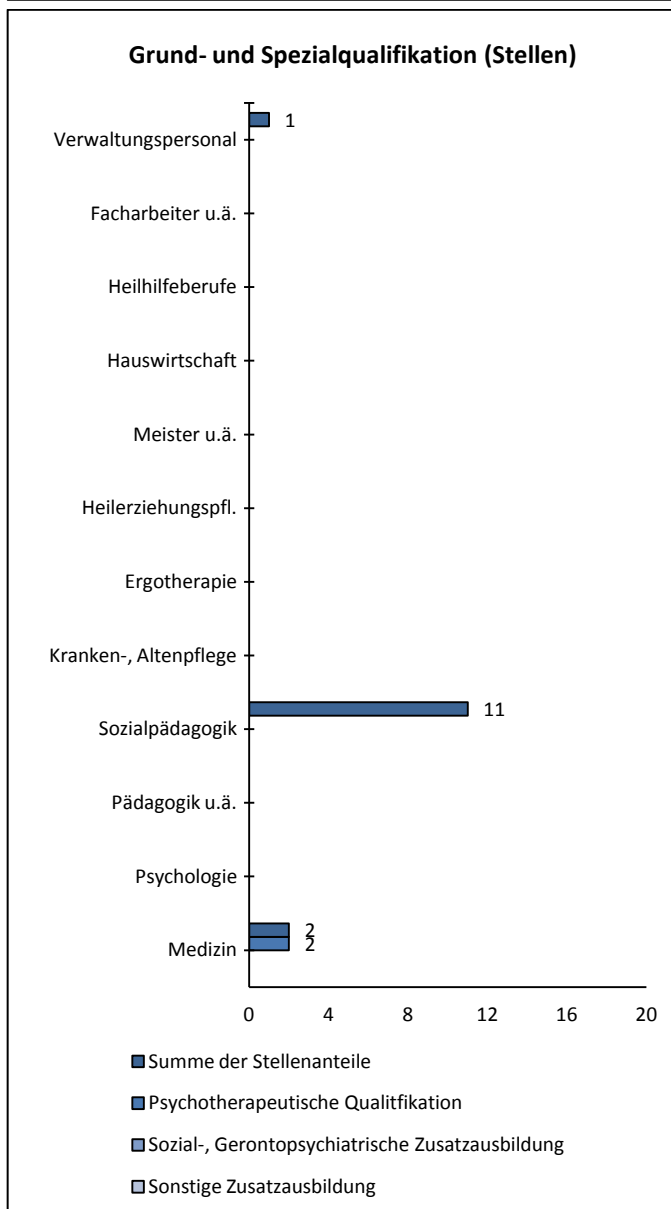
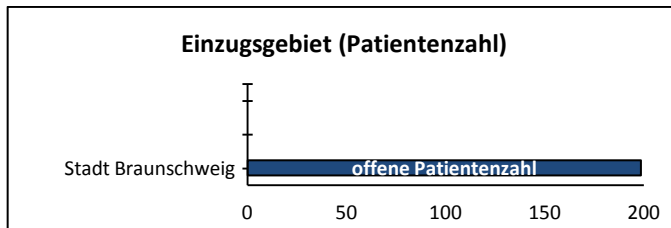
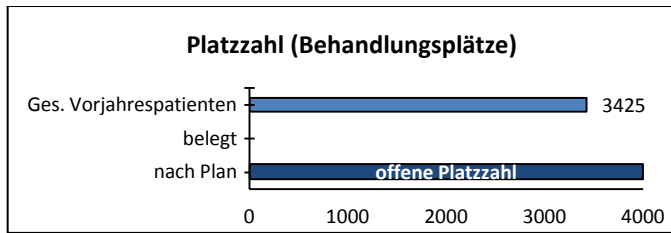
Die ambulante Betreuung ist in 5 Bezirke aufgeteilt. Zielgruppe sind Menschen mit einem Hilfebedarf im Rahmen der Eingliederungshilfe: Menschen mit geistiger Behinderung, mit Störungen aus dem Autismusspektrumskreis (ASS) und in Einzelfällen mit einer psychiatrischen Erkrankung. Es wird Unterstützung bei der Wohnraumsuche/ Wohnraumerhaltung, in finanziellen und administrativen Angelegenheiten, bei der Gesundheitsvorsorge und bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz sowie strukturierende und unterstützende Hilfen im Alltag, Familienassistenz, autismusspezifische Alltagsbegleitung, Gruppen- und Freizeitangebote, Wohnpraktikum, Krisenintervention und Angehörigen- und Umfeldberatung angeboten.

Träger der Einrichtung

Lebenshilfe Braunschweig gGmbH



STADT BRAUNSCHWEIG - SOZIALPSYCHIATRISCHER DIENST



Ansprechpartner

Edgar Hahn, Koordinator
Dr. Peter Schlegel, Leitender Arzt

Anschrift

Gesundheitsamt Braunschweig
Sozialpsychiatrischer Dienst
Hamburger Straße 226
38114 Braunschweig
Telefon: 0531/470-7272
Fax: 0531/470-7288

E-Mail: edgar.hahn@braunschweig.de

Internet:

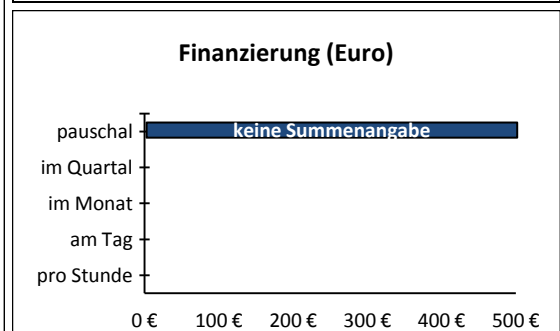
www.braunschweig.de/leben/gesundheit/beratungsangebot/psycho.html

Kurzbeschreibung der Einrichtung

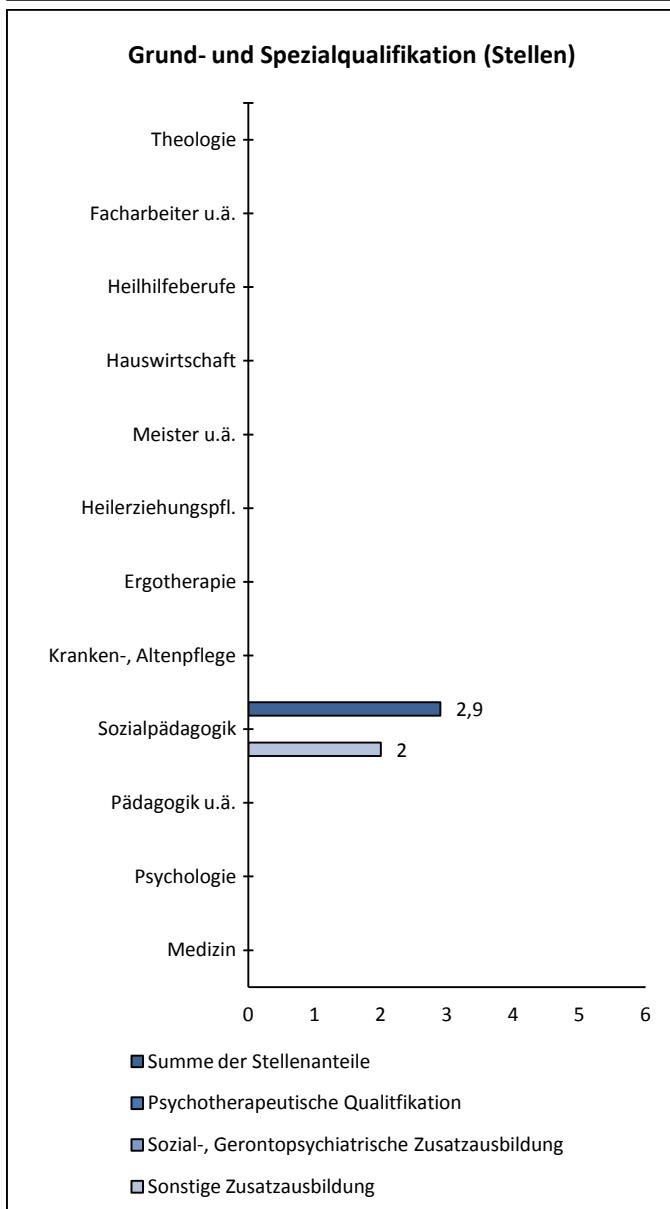
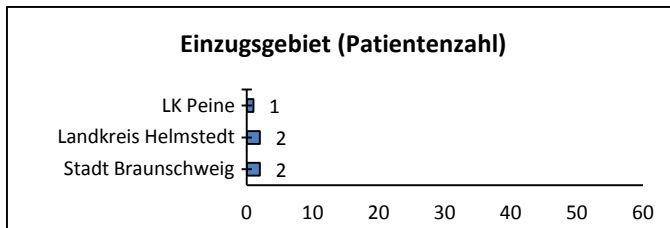
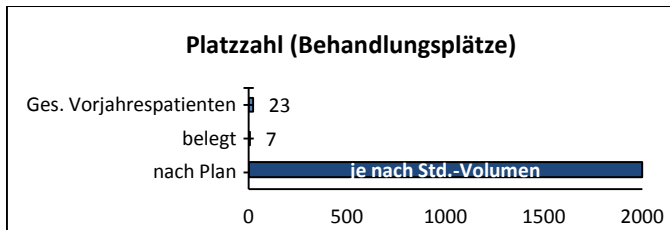
Der Sozialpsychiatrische Dienst arbeitet auf der Grundlage des Niedersächsischen Psychiatriekrankengesetzes. Der Sozialpsychiatrische Dienst ist Anlaufstelle für psychisch Kranke und Suchtkranke, gerontopsychiatrisch Erkrankte und Menschen in psychiatrischen, allgemeinen und akuten Lebenskrisen sowie deren Angehörige. Das Angebot beinhaltet Beratungen und Hilfestellungen in der Beratungsstelle und bei Hausbesuchen, Koordination von Hilfemaßnahmen sowie Krisenintervention zu allgemeinen Dienstzeiten für Bürger der Stadt Braunschweig und deren Angehörige. Für das Sozialamt, das Vormundschaftsgericht und andere werden Gutachtertätigkeiten übernommen.

Träger der Einrichtung

Stadt Braunschweig



DIAKONISCHE JUGEND- UND FAMILIENHILFE RISCHBORN GMBH



Ansprechpartner

Stefanie Steinke, Regionalleitung

Anschrift

Jugendhilfestation Braunschweig
 Cammanstraße
 38118 Braunschweig
 Telefon: 0170/576132

E-Mail: s.steinke@kaestorf-jugendhilfe.de

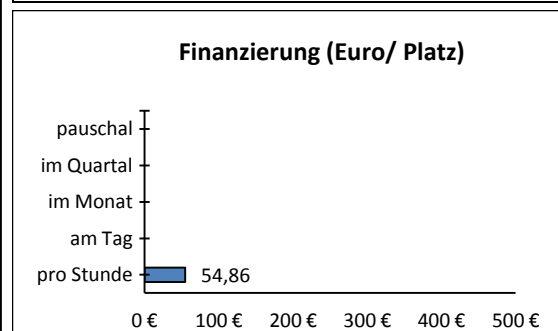
Internet: www.diakonie-kaestorf.de/index.php?id=291

Kurzbeschreibung der Einrichtung:

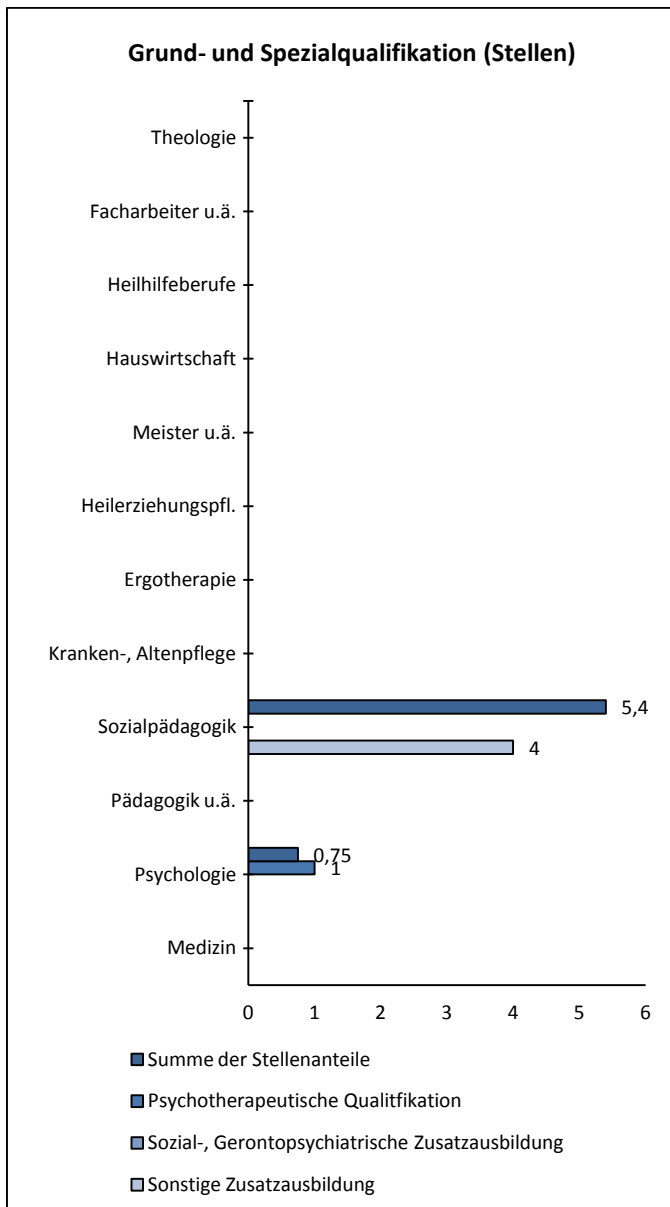
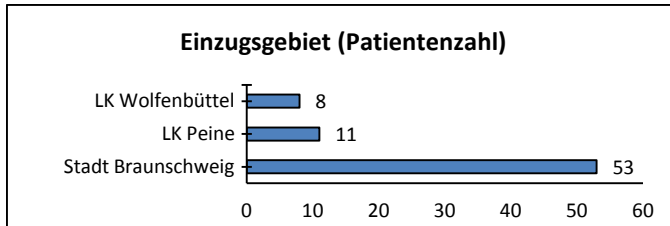
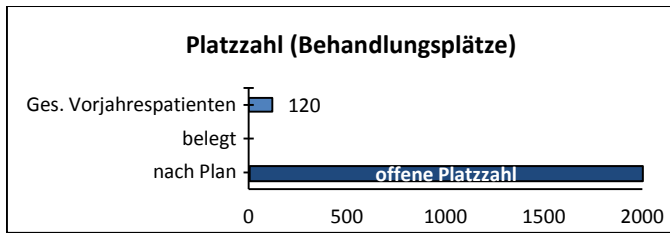
Die ambulanten Hilfen und die Mobile Betreuung der Jugendhilfestation Braunschweig bieten Begleitung und Unterstützung bei der Entwicklung von neuen Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten. Ziel ist die Erhaltung des Familiensystems und die Stärkung elterlicher Erziehungskompetenzen.

Träger

Diakonie Kästorf



LEBENSILFEBRAUNSCHWEIG E.V. - AUTISMUSAMBULANZ



Ansprechpartner

Sylva Schlenker

Anschrift

Lebenshilfe Braunschweig gemeinnützige GmbH, Autismusambulanz

Pawelstraße 4

38118 Braunschweig

Telefon: 0531/4719492

01520/9222836

Fax: 0531/4719499

E-Mail: sylva.schlenker@lebenshilfe-braunschweig.de

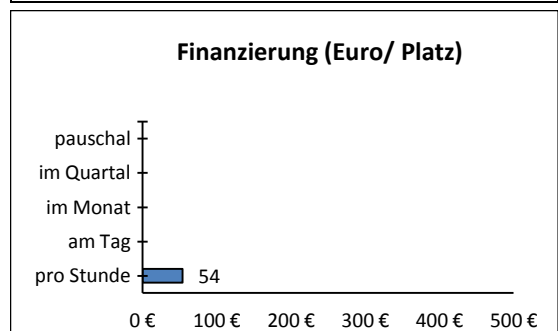
Internet: www.lebenshilfe-braunschweig.de/index.php?id=38

Kurzbeschreibung der Einrichtung

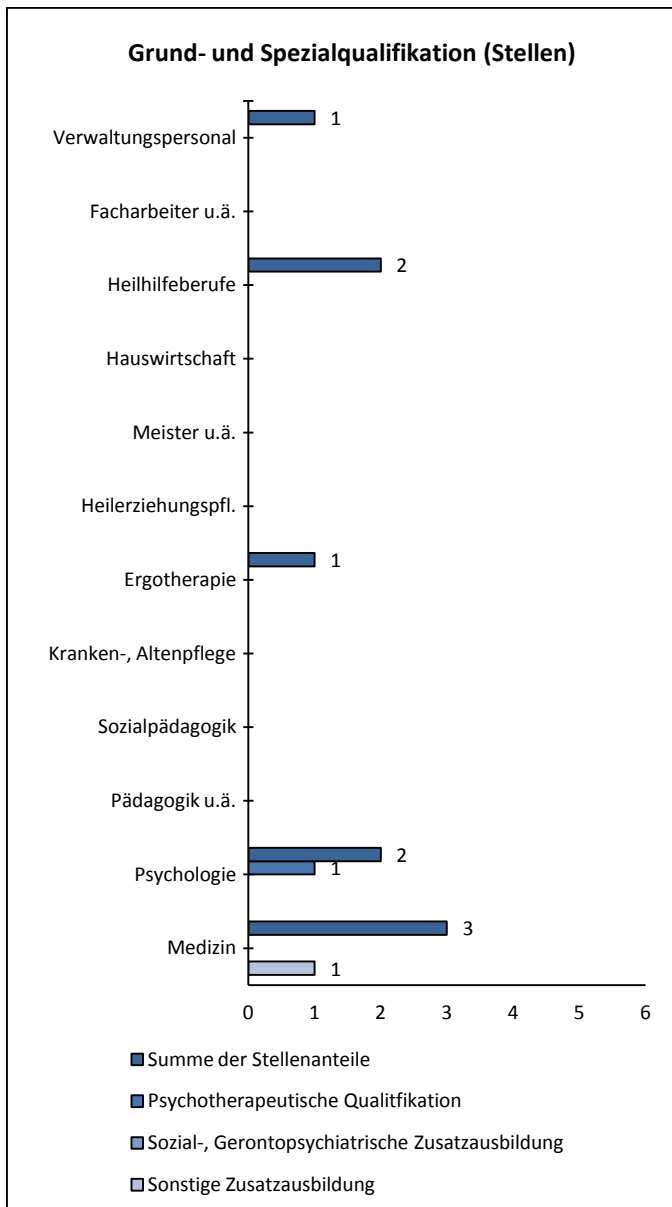
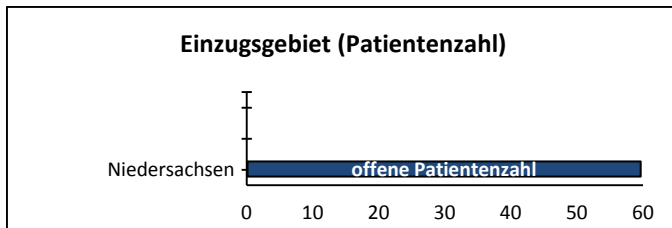
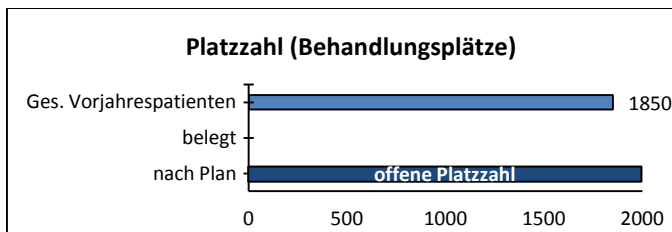
Die Autismusambulanz bietet ambulant und mobil Therapie und Förderung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene an. Zudem beraten und unterstützen wir Eltern und andere Bezugspersonen autismusspezifisch. Unsere systemische Beratungskompetenz richtet außerdem ihren Blick auf das Familien- und Bezugssystem. Wir arbeiten eng mit anderen Institutionen zusammen und unterstützen diese durch Information und Fortbildung

Träger der Einrichtung

Lebenshilfe Braunschweig gGmbH



SOZIALPÄDIATRISCHES ZENTRUM



Ansprechpartner

Suse Olk,
Elke Hübner

Anschrift

Sozialpädiatrisches Zentrum Braunschweig
Holwedestraße 14-18
38118 Braunschweig
Telefon: 0531/5951236
Fax: 0531/5951464

E-Mail: spz@klinikum-braunschweig.de

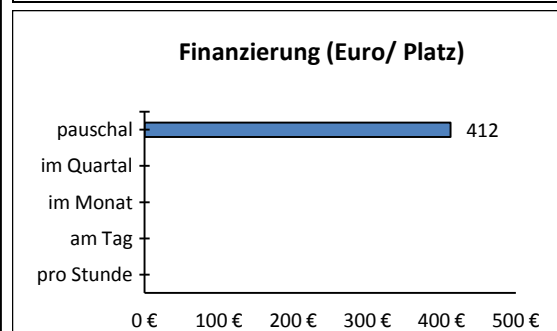
Internet: www.klinikum-braunschweig.de/212.0.html

Kurzbeschreibung der Einrichtung

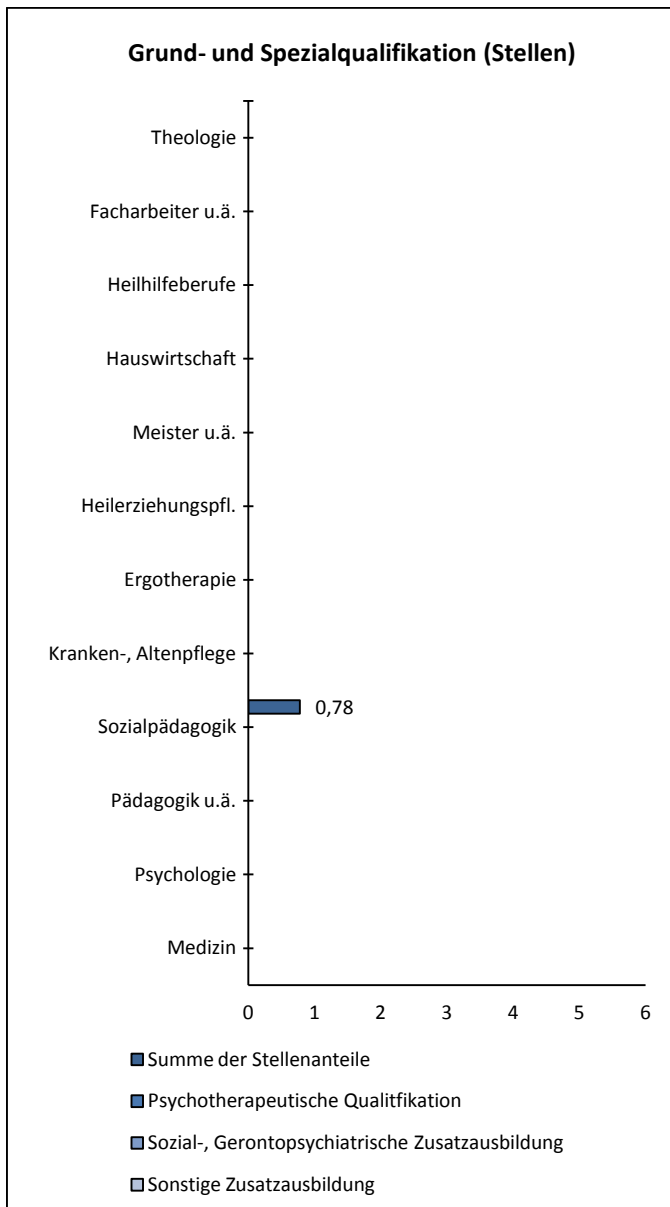
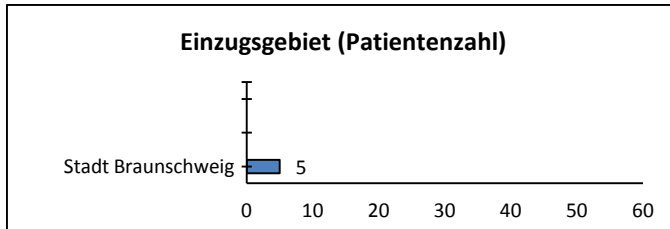
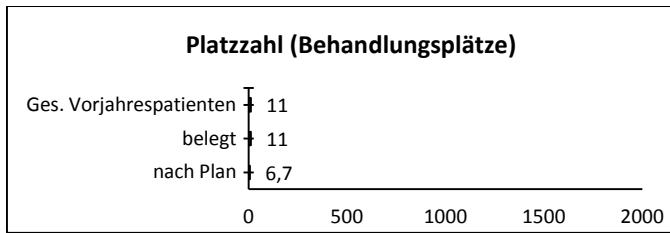
Im SPZ werden Kinder mit Entwicklungs- und Verhaltensstörungen, neurologischen Erkrankungen oder Epilepsie auf Überweisung von Vertragsärzten ambulant und interdisziplinär behandelt. Das Team umfasst Kinderärzte, Kinderneurologen, Psychologen, psychologische Psychotherapeuten, Ergotherapeuten und Krankenschwestern. Im Vordergrund stehen diagnostische Maßnahmen und Beratung sowie Vermittlung anderer Therapie- und Hilfsmöglichkeiten.

Träger der Einrichtung

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH



VSE - VERBUND SOZIALTHERAPEUTISCHER EINRICHTUNGEN E.V.



Ansprechpartner

Martina Grössing

Anschrift

Verbund sozialtherapeutischer Einrichtungen
(VSE e.V.), Jugendhilfeeinheit (JHE)

Braunschweig

Rebenring 14

38106 Braunschweig

Telefon: 0531/49951

Fax: 0531/49908

E-Mail: jhe-braunschweig@vse-son.de

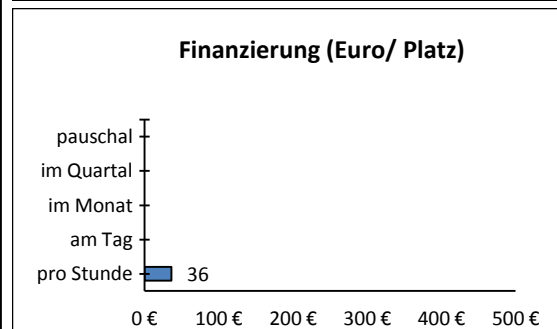
Internet: www.vse-son.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

Der VSE bietet Betreuung ambulant und stationär im Gruppen- und Einzelwohnen im Rahmen des SGB VIII und SGB XII, Betreuung von Familien, intensive Einzelbetreuungen sowie Mutter-Kind-Betreuung. Die Wartezeiten sind abhängig von Kostenzusage und Kapazität.

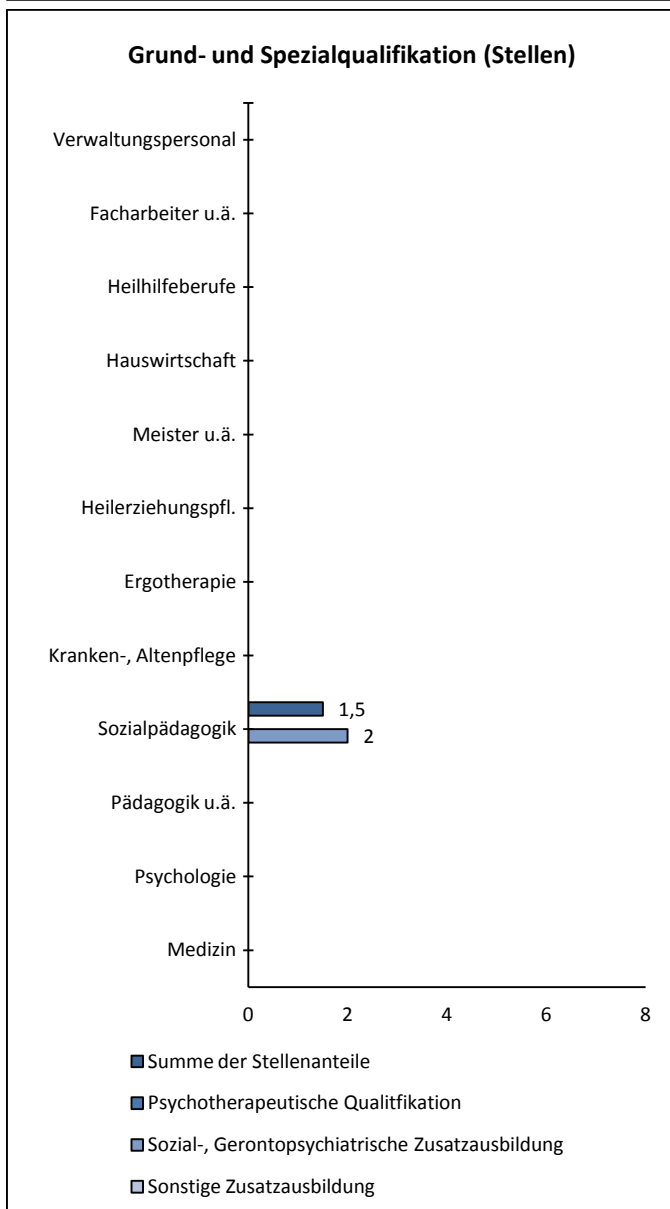
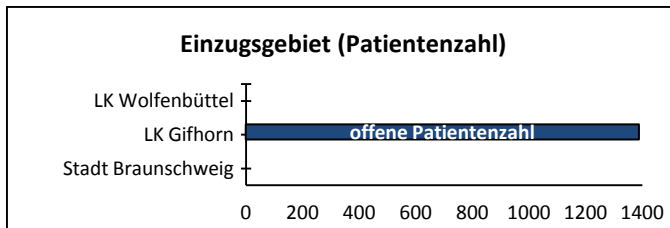
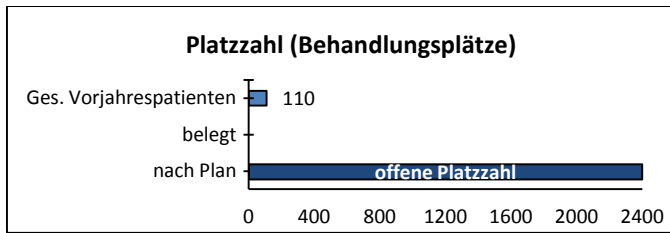
Träger der Einrichtung

Verbund sozialtherapeutischer Einrichtungen (VSE) e.V.



12 AMBULANTE PSYCHOSOZIALE KONTAKT- UND BERATUNGSSTELLEN

AKTION BRÜCKENBAU E.V.



Ansprechpartner

Marietta Hankers,
Antje Kuhr

Anschrift

Aktion Brückenbau e.V. - Die Erwerbslosen-
kontaktstelle der evangelischen Kirche in
Braunschweig

Lange Straße 33

38100 Braunschweig

Telefon: 0531/125136

Fax: 0531/4738694

E-Mail: aktionbrueckenbau@t-online.de

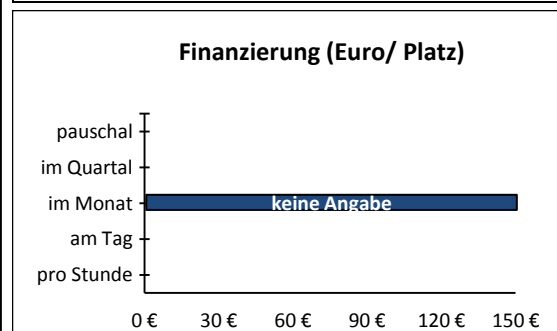
Internet: www.aktionbrueckenbau.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

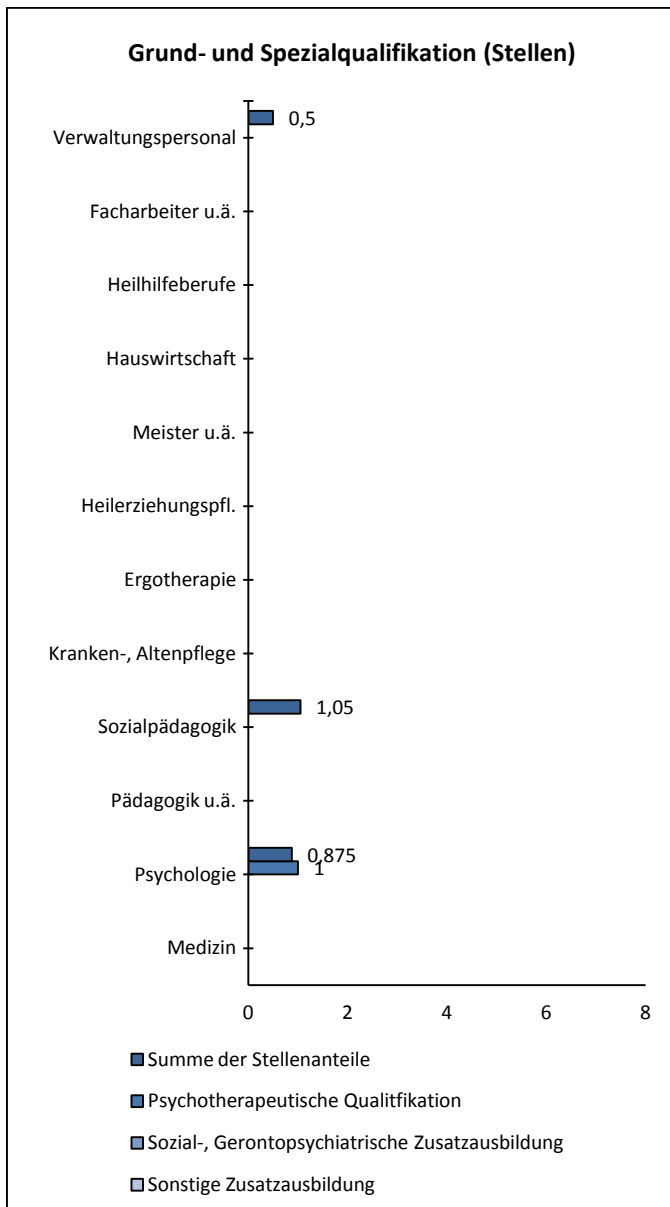
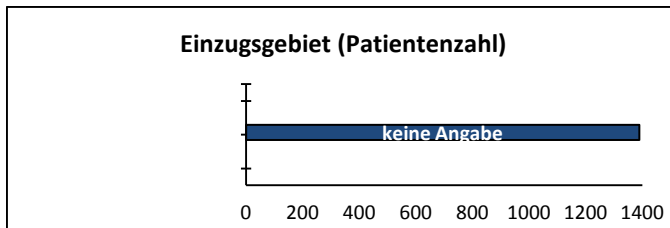
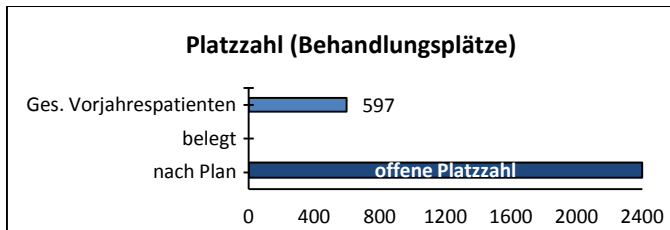
Die Aktion Brückenbau ist ein Verein in kirchlicher Trägerschaft, der Erwerbslosenberatung, psychosoziale Beratung und Begleitung anbietet. Ihr Anliegen ist es, für erwerbslose Menschen eine Brücke aus der Einsamkeit hin zur Gesellschaft zu bauen. Sie versteht sich als Mittler zwischen den ratsuchenden Arbeitslosen und den Betrieben, den Behörden sowie den Beratungsstellen. In Verbindung dazu gibt es ein Integrationsprojekt übers Jobcenter. Es sind 2 Sozialarbeiterinnen dafür eingesetzt.

Träger

Aktion Brückenbau e.V.



AMBET E.V. - GERONTOPSYCHIATRISCHE BERATUNGSSTELLE



Ansprechpartner

Dipl. Psych. Gertrud Terhürne, Leitung

Anschrift

Gerontopsychiatrische Beratungsstelle
Ambet e.V.

Triftweg 73

38118 Braunschweig

Telefon: 0531/25657-40

Fax: 0531/25657-99

E-Mail: gb@ambet.de

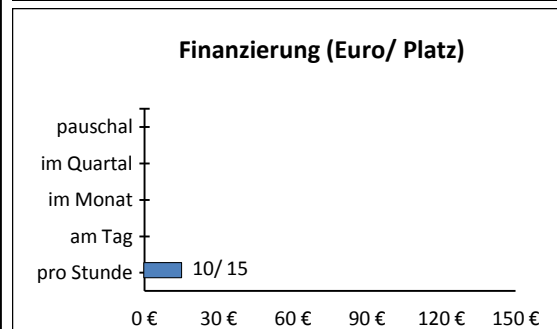
Internet: www.ambet.de/beratung/gerontopsychiatrische-beratungsstelle

Kurzbeschreibung der Einrichtung

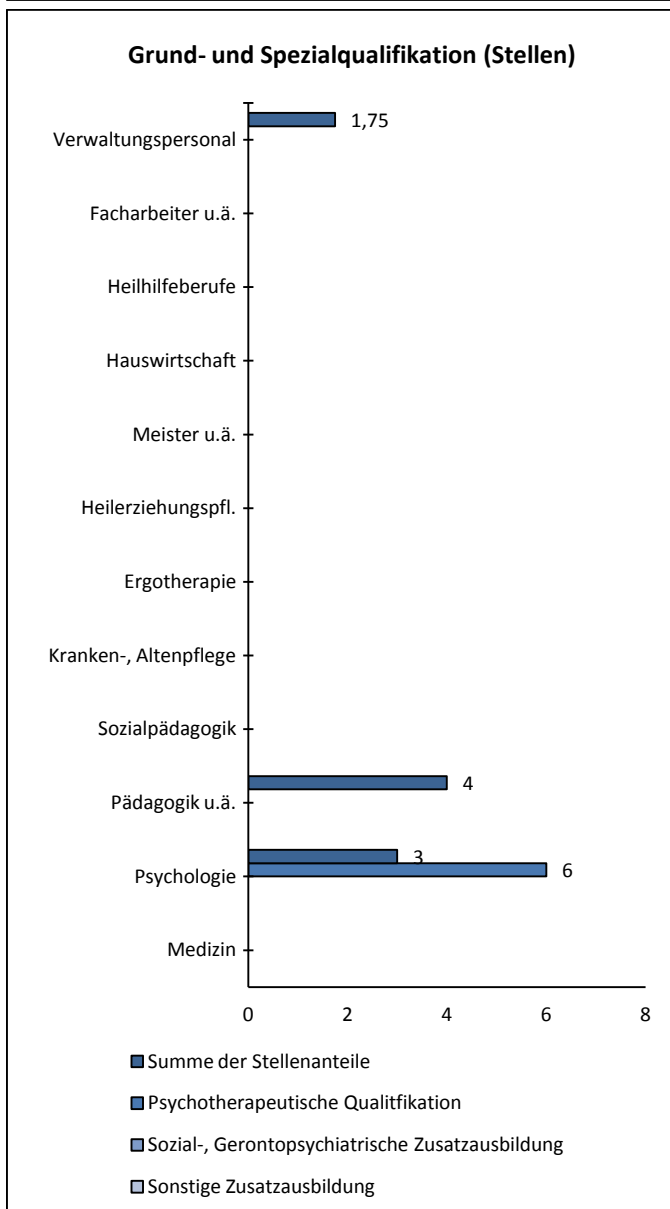
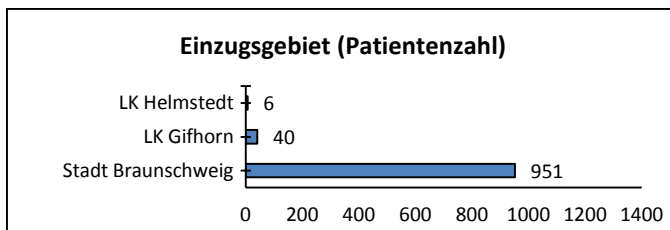
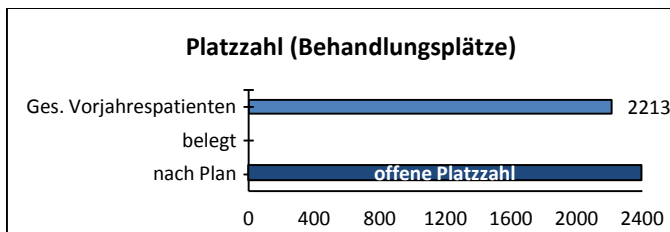
Die Gerontopsychiatrische Beratungsstelle bietet psychisch kranken älteren Menschen und ihren Angehörigen gerontopsychiatrische Fachberatung, Unterstützung und Hilfen an. Sie ist Ansprechpartner für Ehrenamtliche, Fachkräfte und Institutionen und befasst sich kontinuierlich mit der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Themen der Gerontopsychiatrie.

Träger der Einrichtung

Ambet e.V.



BEJ - EB DOMPLATZ



Ansprechpartner

Frank Hofmann, Leitung

Anschrift

Erziehungsberatung Domplatz
Domplatz 4

38100 Braunschweig

Telefon: 0531/45616

Fax: 0531/6018713

E-Mail: EB-Domplatz@b-e-j.de

Internet: www.b-e-j.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

Beratung ist für alle da:

Für Kinder die sich in Nöten befinden - wir hören zu und möchten helfen.

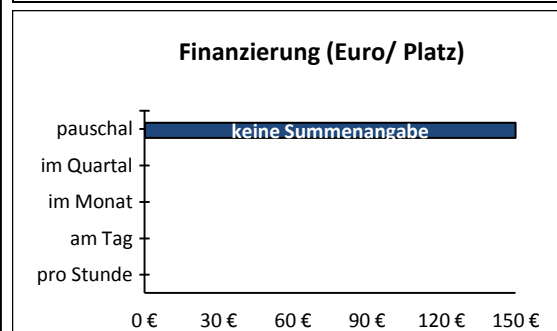
Für Eltern, die Informationen, Rat und Hilfe suchen - bei Erziehungsfragen, familiären Konflikten, anhaltenden Schulschwierigkeiten, Entwicklungsverzögerung oder bei Sorgen um das Verhalten und die Entwicklung ihrer Kinder sind wir für Sie da.

Für Angehörige psychologischer, sozialer und pädagogischer Berufe und für interessierte Gruppen, aber auch für eine breite Öffentlichkeit bieten wir

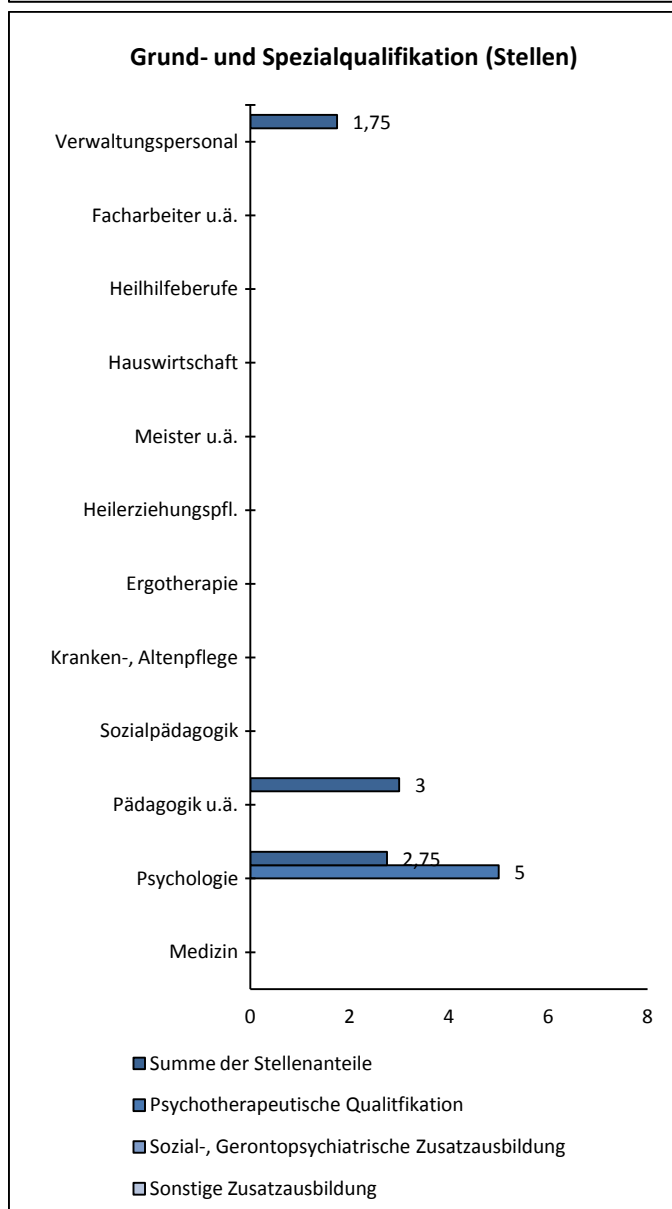
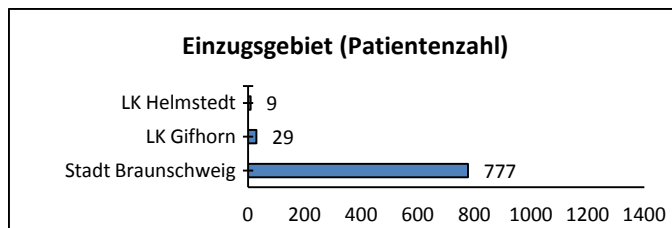
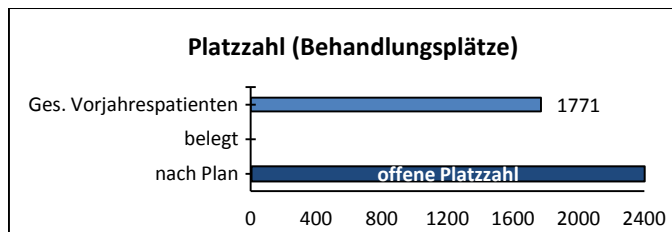
Informationsveranstaltungen zu gewünschten Themen, zum Umgang mit Kindern und zu den Problemen von Jugendlichen an.

Träger

Beratung für Familien, Erziehende und junge Menschen e.V.



BEJ - EB JASPERALLEE



Ansprechpartner

Jörg Lewerenz, Leitung

Anschrift

Erziehungsberatung Jasperallee
 Jasperallee 44

38102 Braunschweig

Telefon: 0531/340814

Fax: 0531/340816

E-Mail: EB-Jasperallee@b-e-j.de

Internet: www.b-e-j.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

Beratung ist für alle da:

Für Kinder die sich in Nöten befinden - wir hören zu und möchten helfen.

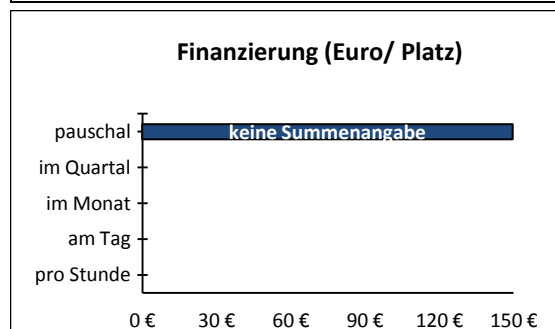
Für Eltern, die Informationen, Rat und Hilfe suchen - bei Erziehungsfragen, familiären Konflikten, anhaltenden Schulschwierigkeiten, Entwicklungsverzögerung oder bei Sorgen um das Verhalten und die Entwicklung ihrer Kinder sind wir für Sie da.

Für Angehörige psychologischer, sozialer und pädagogischer Berufe und für interessierte Gruppen, aber auch für eine breite Öffentlichkeit bieten wir

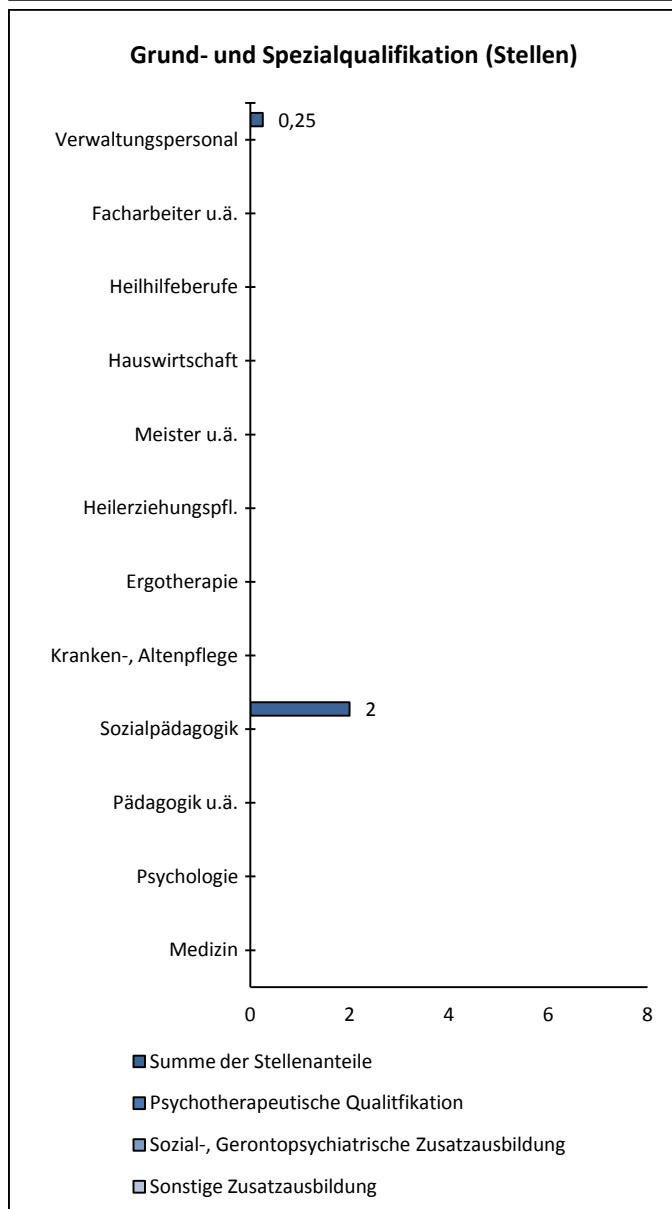
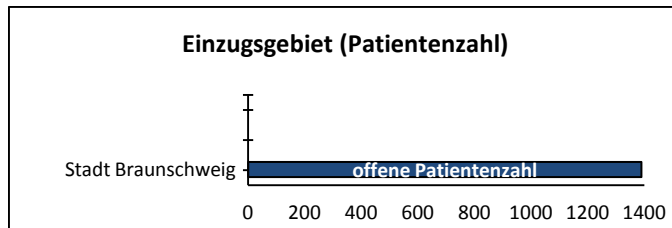
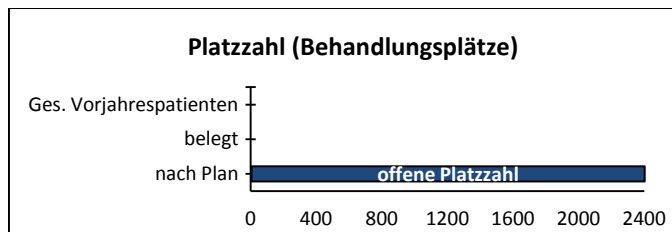
Informationsveranstaltungen zu gewünschten Themen, zum Umgang mit Kindern und zu den Problemen von Jugendlichen an.

Träger

Beratung für Familien, Erziehende und junge Menschen e.V.



DER WEG E.V. - KONTAKTSTELLE



Ansprechpartner

Dipl. Soz.päd. Andreas Sutor

Anschrift

Der Weg e.V. - Kontaktstelle

Helmstedter Straße 167

38102 Braunschweig

Telefon: 0531/701848 - 0 (Büro)

0531/701848 - 2 (Cafe)

E-Mail: Kontaktstelle@der-weg-bs.de

Internet: www.der-weg-bs.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

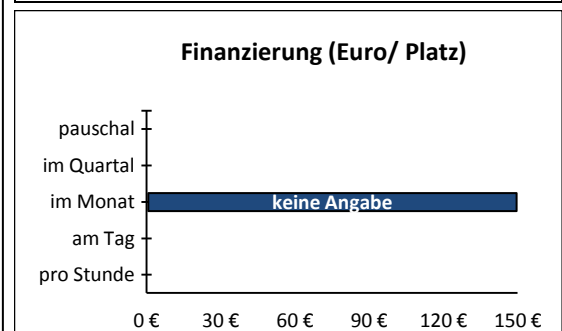
Die Kontakt- und Beratungsstelle ist die offizielle Beratungsstelle des Vereins Der Weg e.V. Sie bietet ein offenes Angebot für Menschen mit seelischen Problemen im Alter zwischen 18 und 76 Jahren.

Sie ist Montag bis Mittwoch von 10-18 Uhr und Samstag und Sonntag von 14-18 Uhr geöffnet. An den Donnerstagen finden Einzelgespräche und Außenaktivitäten statt.

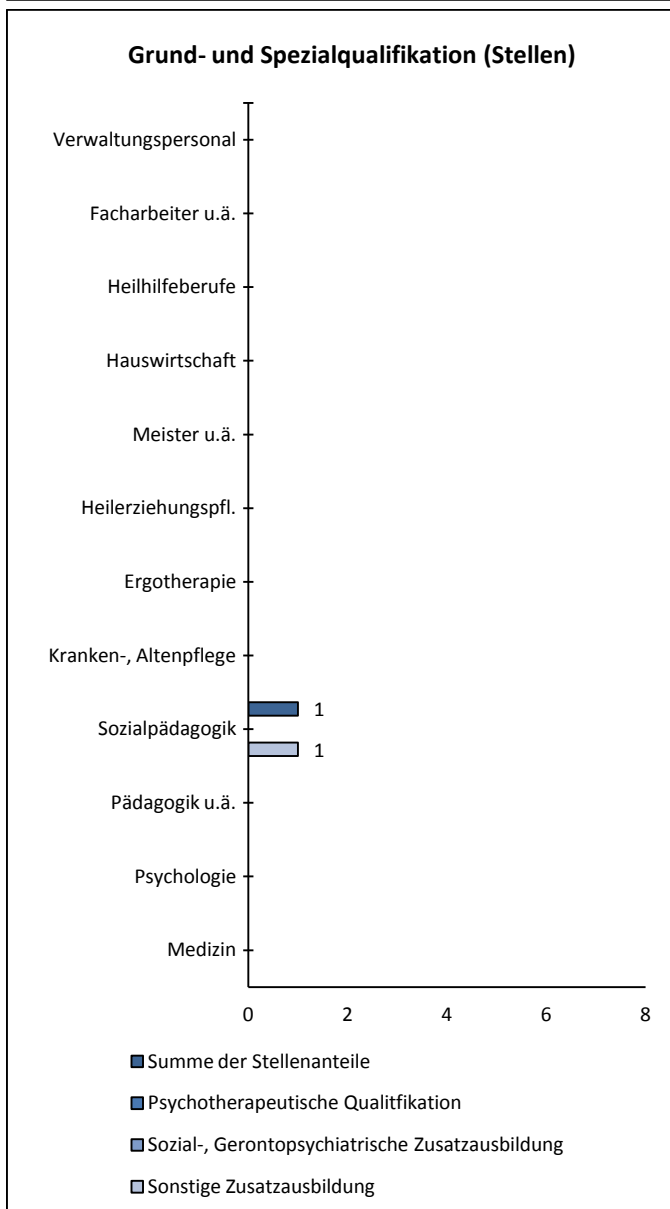
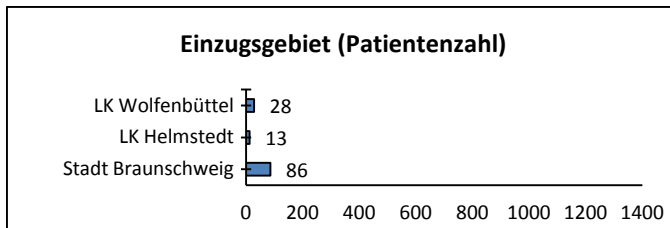
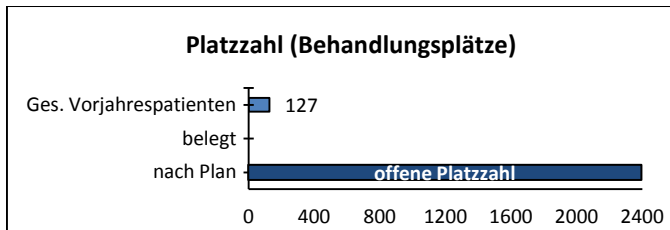
Das Angebot umfasst Möglichkeiten der persönlichen Beratung, diverse Gruppenangebote aus den Bereichen Kreativität, Sport, Musik, Entspannung, Hobbys sowie einem Cafebereich mit Frühstücks- und Mittagstisch-Angeboten.

Träger der Einrichtung

Verein Der Weg e.V.



DEUTSCHER KINDERSCHUTZBUND E.V.



Ansprechpartner

Annette Brühl, Leitung

Anschrift

Deutscher Kinderschutzbund e.V.
 Madamenweg 154
 38118 Braunschweig
 Telefon: 0531/81009

E-Mail: info@dksb-bs.de

Internet: www.dksb-bs.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

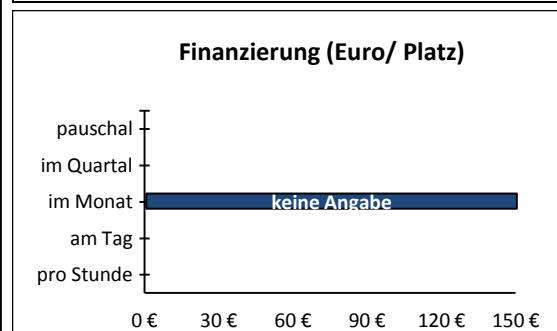
Der deutsche Kinderschutzbund Ortsverband Braunschweig e.V. unterstützt seit über vier Jahrzehnten Kinder und ihre Familien vor Ort. Ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter stellen sich - sowohl politisch - als auch im Alltag oder in Krisensituationen - konsequent an die Seite der Kinder mit dem Ziel, deren Lebenssituation zu verbessern.

Die Projekte des Kinderschutzbundes:

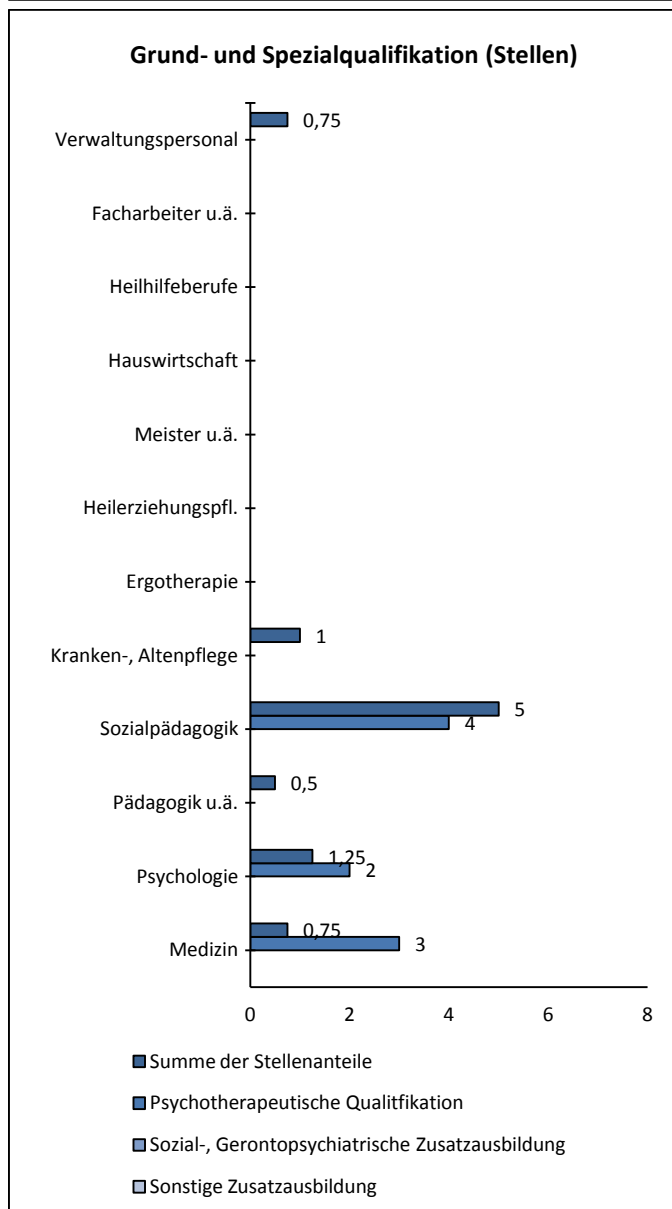
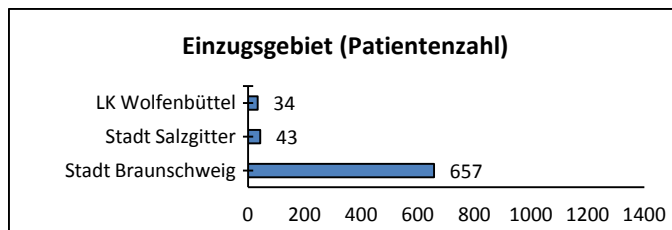
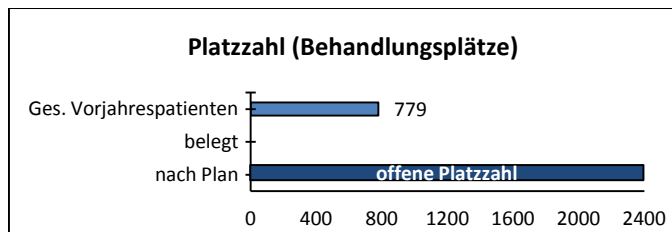
1. Die Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche
2. Die Braunschweiger Familienpaten
3. Die Elternkurse „Starke Eltern - Starke Kinder®“
4. Das Kinder- und Jugendtelefon/Elterntelefon
5. Der Pädagogische Mittagstisch
6. Die Schulkindbetreuung Diesterwegstraße
7. Die Braunschweiger Schulbesuche

Träger

Deutscher Kinderschutzbund e.V.



DER PARITÄTISCHE - DROBS



Ansprechpartner

Petra Bunke, Leitung

Anschrift

Die Jugend- und Drogenberatung Braunschweig (DROBS)

Kurt-Schumacher-Straße 26

38102 Braunschweig

Telefon: 0531/22090-0

Fax: 0531/22090-90

E-Mail: drogenberatung-

braunschweig@paritaetischer-bs.de

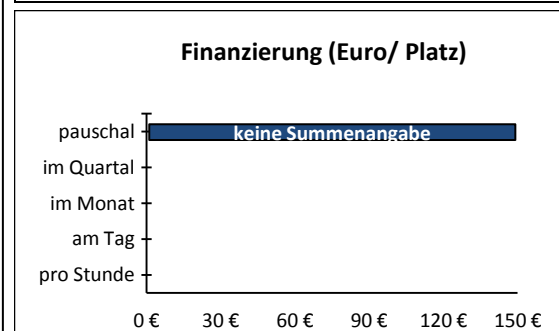
Internet: www.paritaetischer-bs.de/drogen-und-sucht/drobs-braunschweig

Kurzbeschreibung der Einrichtung

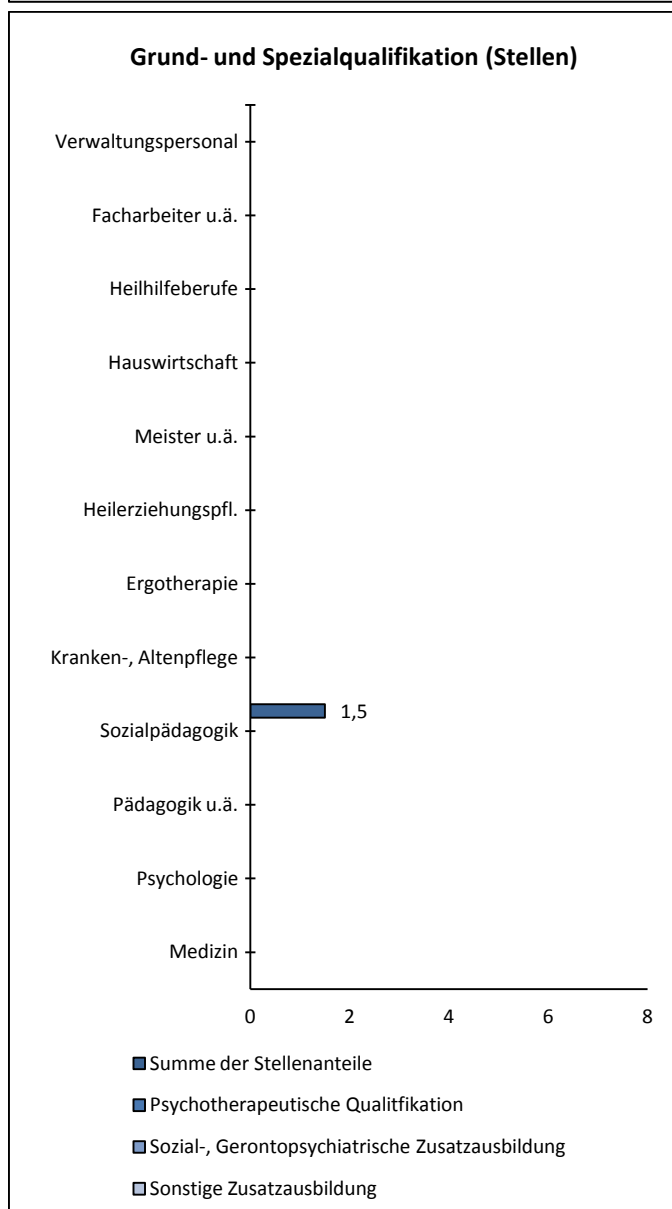
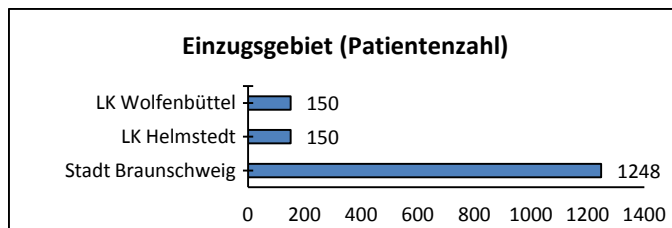
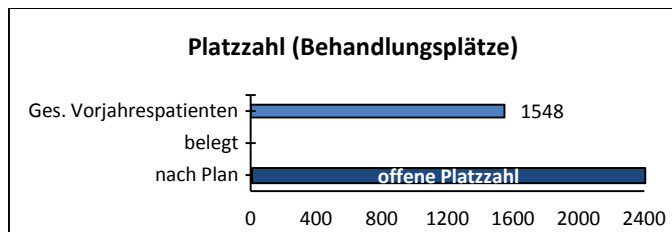
Die Jugend- und Drogenberatung bietet Hilfen für Abhängige und Suchtgefährdete und deren Angehörigen im Bereich der illegalen Drogen, bei Jugendlichen auch im Alkoholbereich. Des Weiteren bietet sie Unterstützung im Bereich der Verhaltenssüchte (Spielsucht, Mediensucht) sowie der Essstörungen und erfüllt suchtpreventive Aufgaben.

Träger der Einrichtung

Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH



DER PARITÄTISCHE - KIBIS



Ansprechpartner

Ines Kampen, Leitung

Anschrift

KIBIS - Kontakt, Information und Beratung im Selbsthilfebereich

im Paritätischen Wohlfahrtsverband
Braunschweig

Saarbrückener Straße 255 A

38116 Braunschweig

Telefon: 0531/48079-20

Fax: 0531/48079-14

E-Mail: kibis@paritaetischer-bs.de

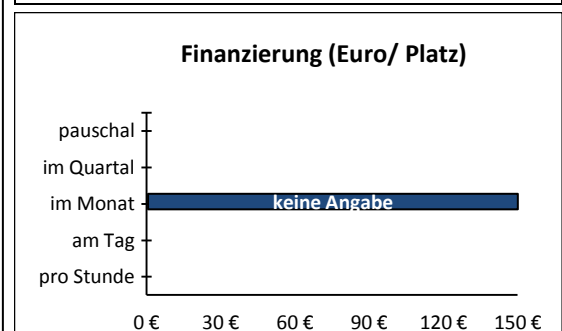
Internet: www.selbsthilfe-braunschweig.de

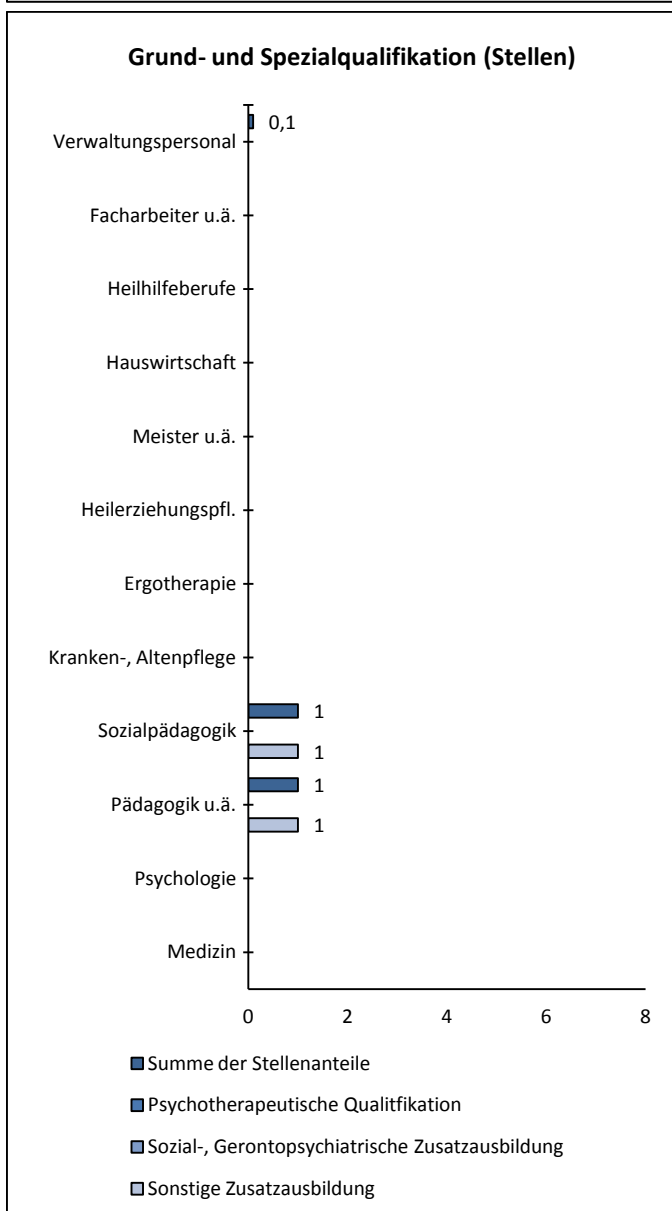
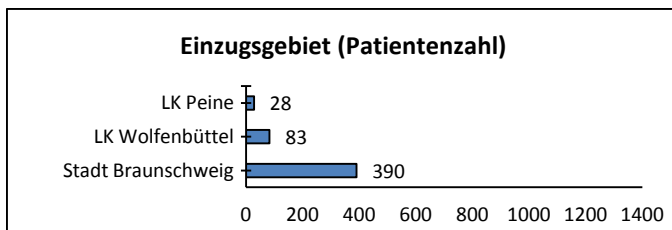
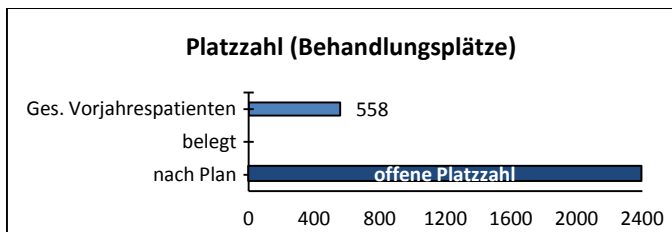
Kurzbeschreibung der Einrichtung

KIBIS ist die Kontaktstelle für Selbsthilfe in Braunschweig. KIBIS bedeutet Kontakt, Information und Beratung im Selbsthilfebereich. Wir beraten und vermitteln Selbsthilfe-Interessierte, Selbsthilfegruppen und die Fachöffentlichkeit. Die KIBIS arbeitet in Trägerschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Braunschweig und besteht seit 1991. Die Angebote der KIBIS für Ratsuchende sind kostenlos. Die Beratung ist vertraulich und unterliegt der Schweigepflicht.

Träger der Einrichtung

Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH





Ansprechpartner

Dipl. Päd., Systemische Familientherapeutin
 Ulrike Braumann, Leitung
 Dipl. Soz.arb., Systemische Therapeutin SG
 Elke Kirst-Sauer, Mitarbeiterin
 Dipl. Soz.päd., Mediatorin BM
 Martina Walter-Frost, Mitarbeiterin

Anschrift

BETA - Beratungsstelle für Eltern in
 Trennungssituationen und Alleinerziehende
 Adolfstraße 20
 38102 Braunschweig
 Telefon: 0531/2203141
 Fax: 0531/2203133

E-Mail: beta@drk-kv-bs-sz.de

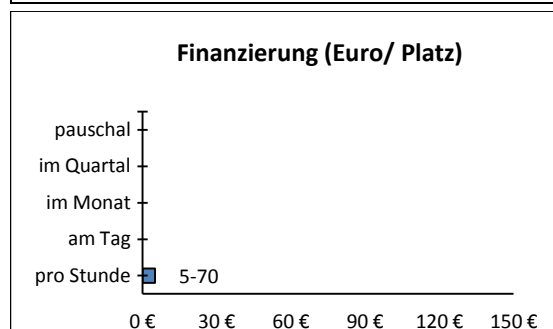
Internet: www.drk-beta.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

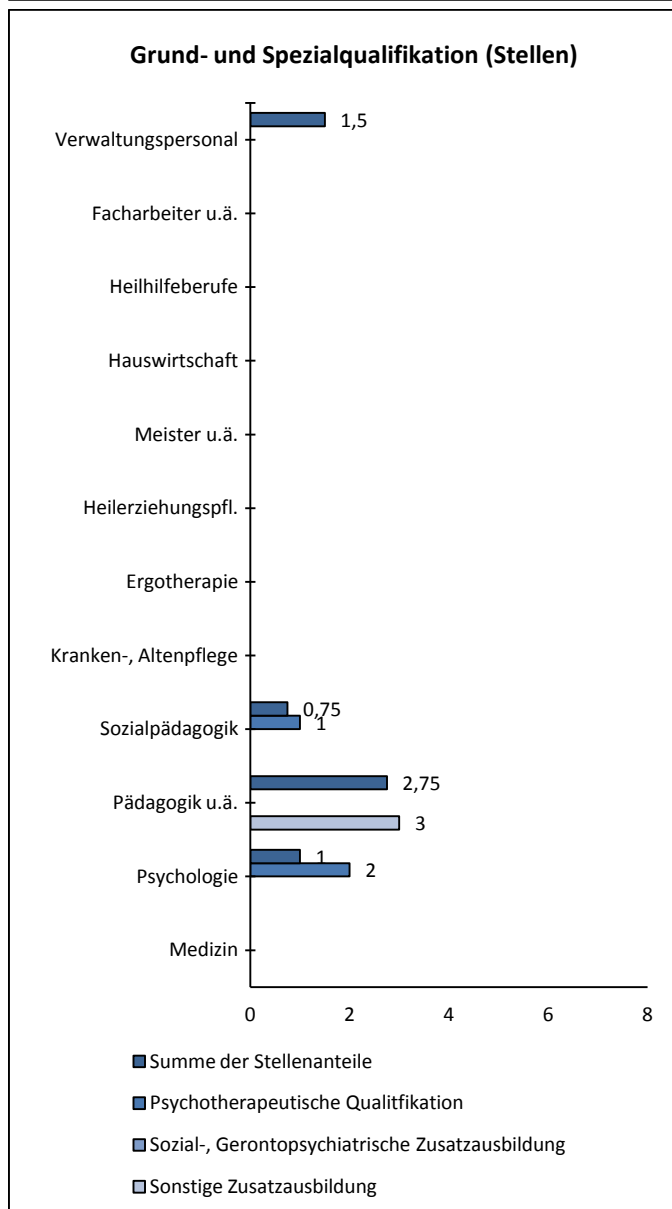
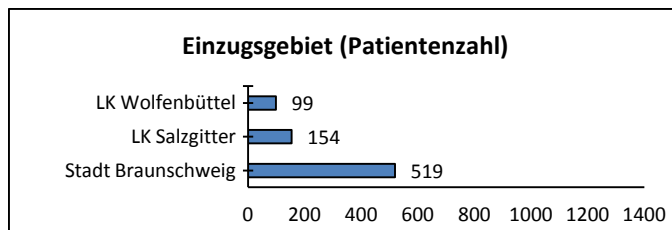
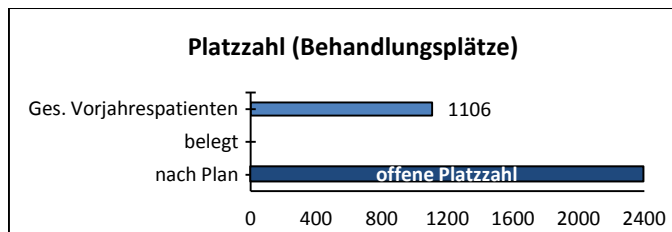
Die BETA richtet sich an Familien in Ambivalenz-, Trennungs- und Scheidungssituationen, an Alleinerziehende und Stieffamilien. Sie bietet Hilfen zur Bewältigung der psychischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation und Beratung bei Erziehungsfragen: Einzel-, Paar- und Familienberatung, Mediation, Rechtsberatung, Informationsveranstaltungen, Gruppenangebote für Erwachsene und Kinder

Träger

Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband
 Braunschweig-Salzgitter e.V.



EVANGELISCHE EHE- UND LEBENSBERATUNG



Ansprechpartner

Thomas Krüger, Pfarrer und Leitung

Anschrift

Ev. Ehe-, Lebens- und Krisenberatung
Parkstraße 8a

38102 Braunschweig

Telefon: 0531/220330

Fax: 0531/2203344

E-Mail: evlebensberatung@web.de

Internet: www.lebensberatung-braunschweig.de

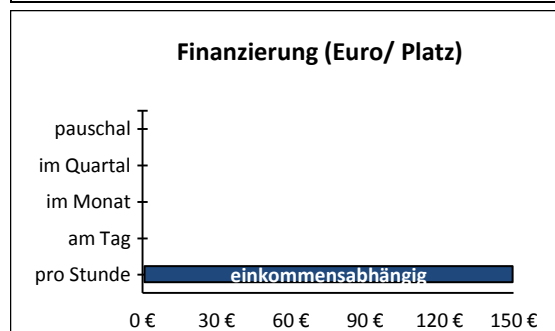
Kurzbeschreibung der Einrichtung

Die Ev. Ehe-, Lebens- und Krisenberatung führt Beratungen in persönlichen Problemlagen, wie schwierigen Lebenssituationen, akuten Krisen, Konflikten in Ehe und Partnerschaft durch. Ein Team mit unterschiedlichen Grundausbildungen (Psychologie, Sozialarbeit, Pastoralpsychologie) sowie Zusatzqualifikationen arbeitet mit Einzelnen, Paaren und Familien - unabhängig von Nationalität, Konfession und Alter.

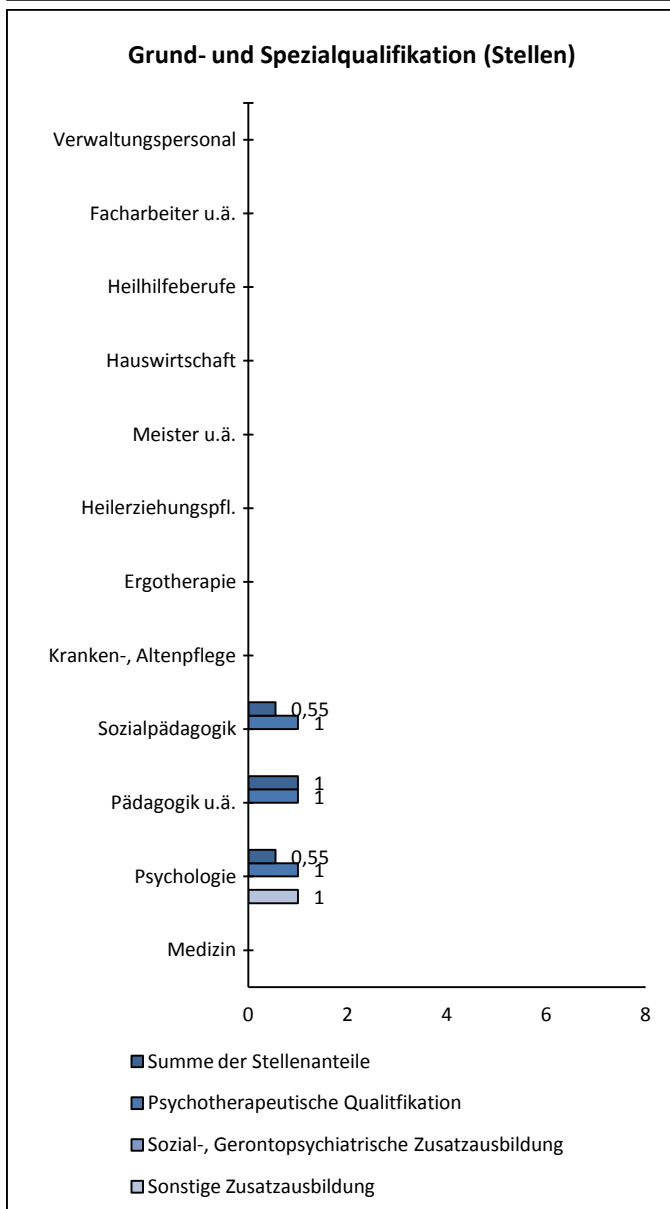
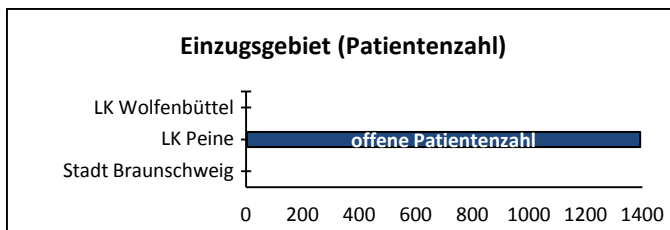
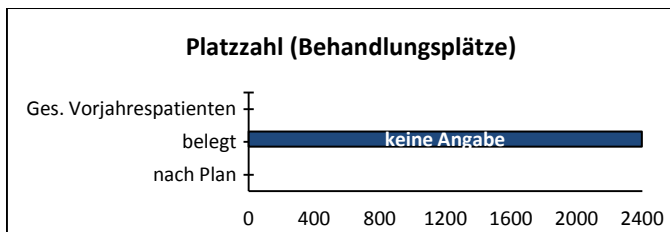
Die Ratsuchenden beteiligen sich an den Kosten.

Träger der Einrichtung

Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig



FRAUENBERATUNGSSTELLE E.V.



Ansprechpartner

Inge Lübbbers,
Antje Marniok,
Sylvia Ramdohr

Anschrift

Frauenberatungsstelle
Hamburger Straße 239
38114 Braunschweig
Telefon: 0531/3240490
Fax: 0531/3240492

E-Mail: frauenberatungsstelleBS@t-online.de

Internet: www.frauenberatungsstelle-bs.de

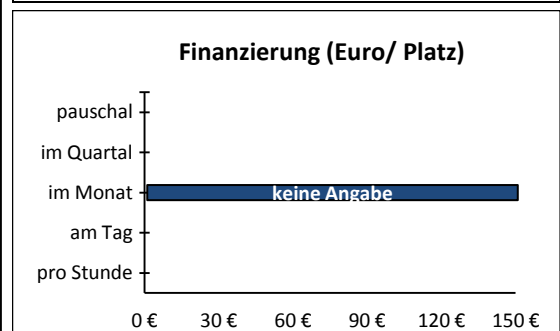
Kurzbeschreibung der Einrichtung

In der Frauenberatungsstelle finden Frauen mit Gewalterfahrungen jeglicher Art professionelle und frauenspezifische Beratung und Unterstützung.

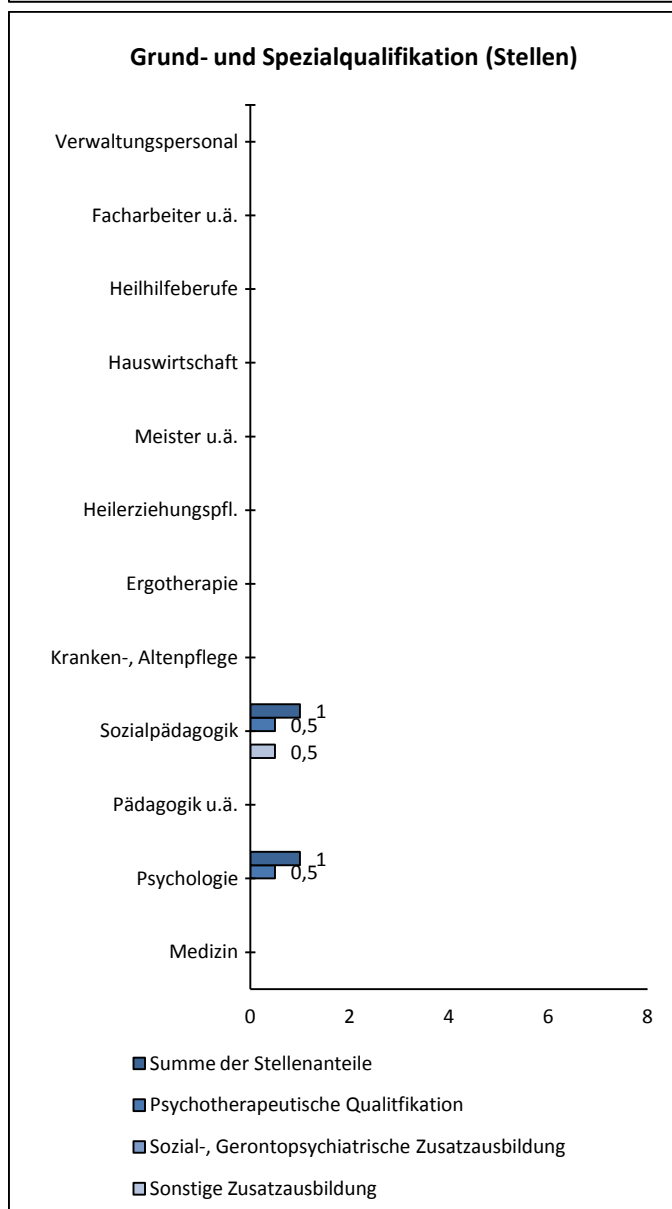
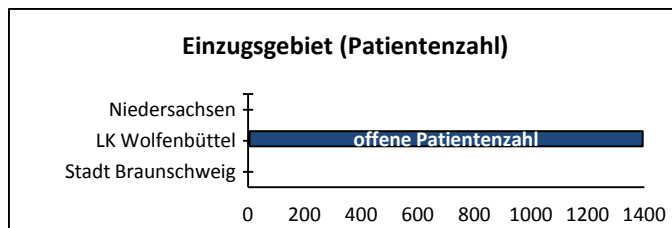
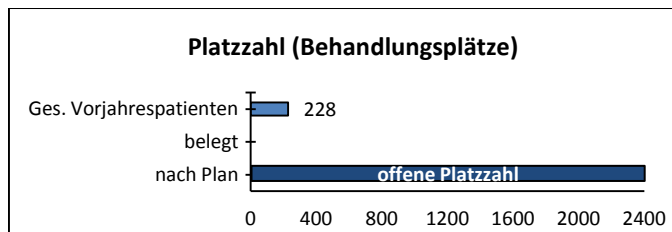
Wir bieten für Frauen jeden Alters, jeder Kultur und jeder sexuellen Orientierung sowie für alle Problemlagen von Frauen psychologische Beratung und Krisenintervention an und informieren bei sozialrechtlichen Fragen. Die Beratung kann telefonisch oder persönlich und auf Wunsch anonym erfolgen, einzeln oder in Form von Gruppengesprächen, kurz- oder längerfristig.

Träger

Frauenberatungsstelle e.V.



FRAUEN- UND MÄDCHENBERATUNG



Ansprechpartner

Roswitha Gemke,
Britta Neumann

Anschrift

Frauen- und Mädchenberatung bei sexueller Gewalt e.V.

Goslarsche Straße 88

38118 Braunschweig

Telefon: 0531/2336666

Fax: 0531/2336668

E-Mail: frau-maed-beratung-bs@gmx.net

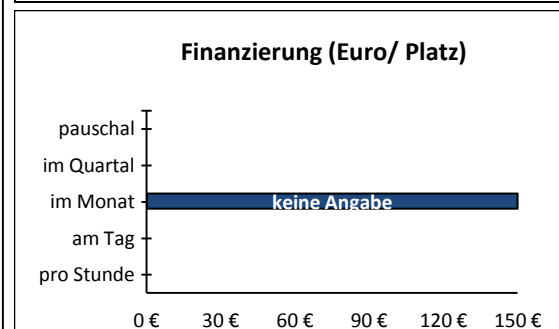
Internet: www.trau-dich-bs.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

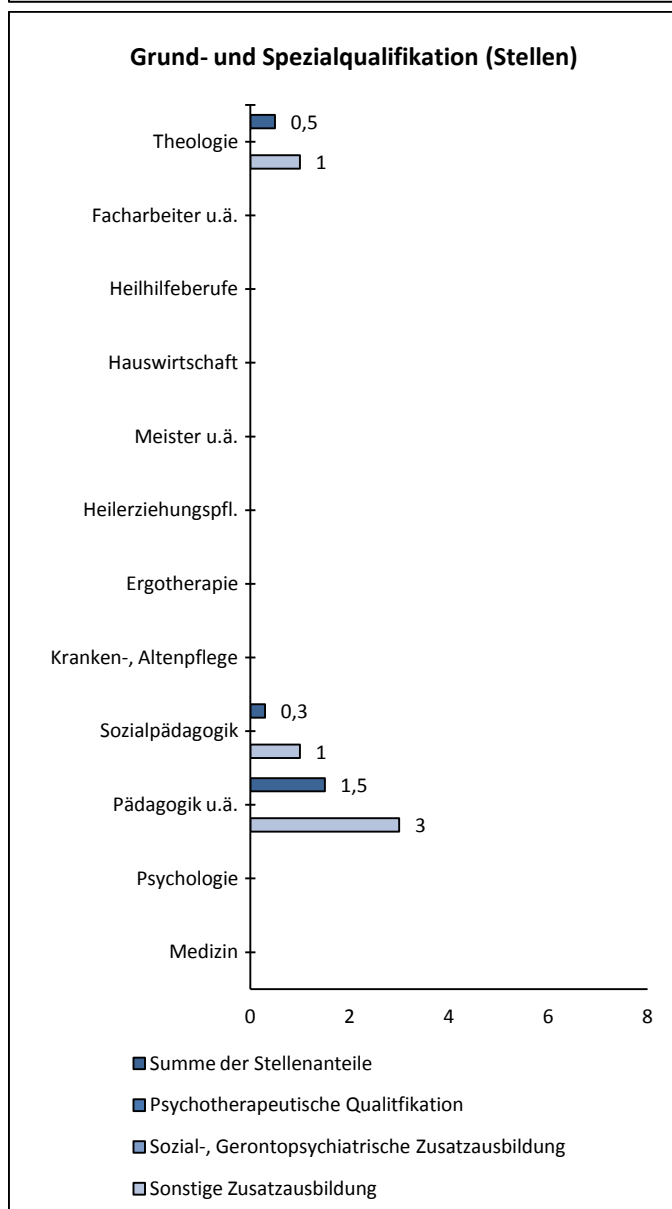
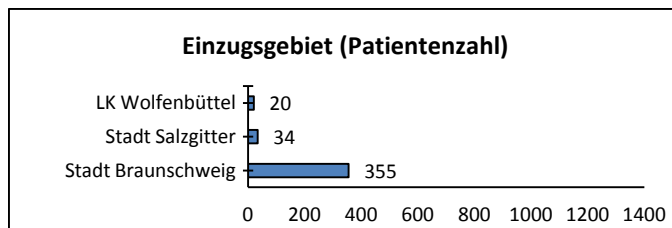
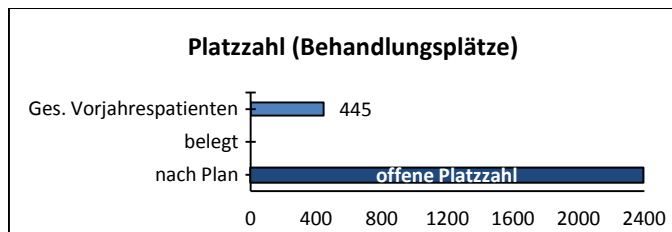
Die Frauen- und Mädchenberatung ist eine Fachberatungsstelle zu sexualisierter Gewalt in der Kindheit und im Erwachsenenalter und berät persönlich und telefonisch betroffene Mädchen und Frauen sowie Angehörige und MultiplikatorInnen. Neben der Beratung gehören Prävention und Öffentlichkeitsarbeit zu den Schwerpunkten der Arbeit.

Träger

Verein Frauen- und Mädchenberatung bei sexueller Gewalt e.V.



KATHOLISCHE EHE-, FAMILIEN- UND LEBENSBERATUNG



Ansprechpartner

Regine Hain, Leitung

Anschrift

Ehe-, Familien- und Lebensberatung im Bistum Hildesheim

Aegidienmarkt 11

38100 Braunschweig

Telefon: 0531/126934

Fax: 0531/126932

E-Mail: info@eheberatung-braunschweig.de

Internet: www.eheberatung-braunschweig.de

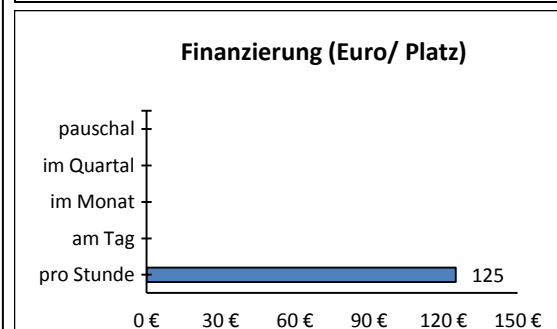
Kurzbeschreibung der Einrichtung

Wir bieten Beratungsgespräche bei persönlichen Schwierigkeiten, bei Paarkrisen, familiären Problemen und bei Trauer.

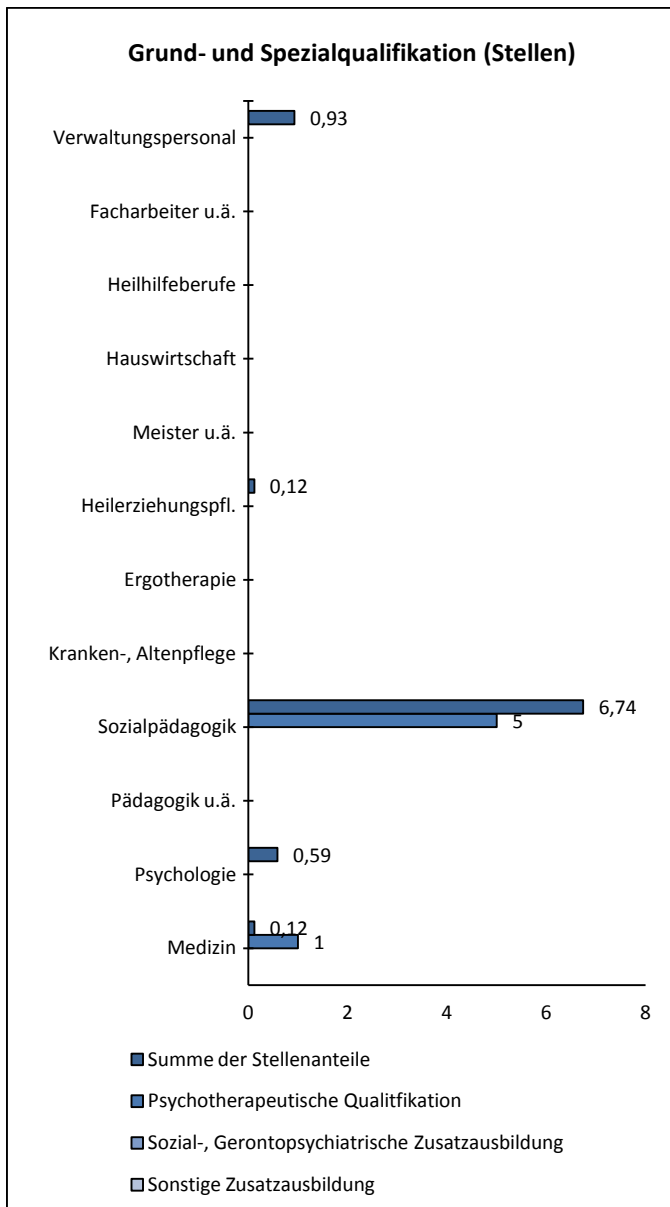
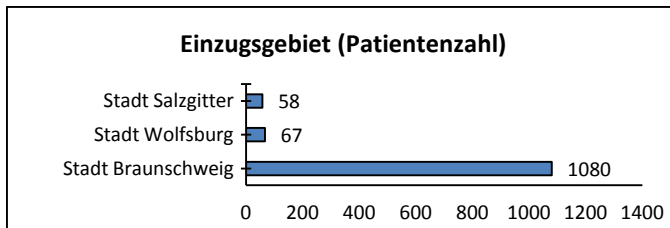
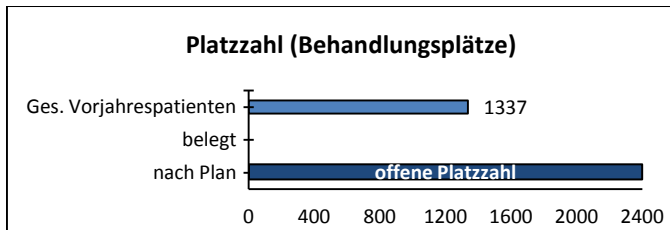
Ratsuchende werden unterstützt, ihre Situation zu verstehen und zu klären, ein höheres Maß an persönlicher Ausdrucks-, Kommunikations- und Beziehungsfähigkeit zu erreichen und verantwortliche Entscheidungen für ihren weiteren Lebensweg zu treffen.

Träger der Einrichtung

Bistum Hildesheim



LUKAS-WERK GESUNDHEITSDIENSTE GMBH - FACHAMBULAMZ



Ansprechpartner

Petra Sarstedt-Hülsmann, Geschäftsführerin
Johannes Benedde, Einrichtungsleiter

Anschrift

Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH
Fachambulanz Braunschweig
Peter-Joseph-Krahe-Straße 11
38102 Braunschweig
Telefon: 0531/88920-60
Fax: 0531/88920-79

E-Mail: fa-braunschweig@lukas-werk.de

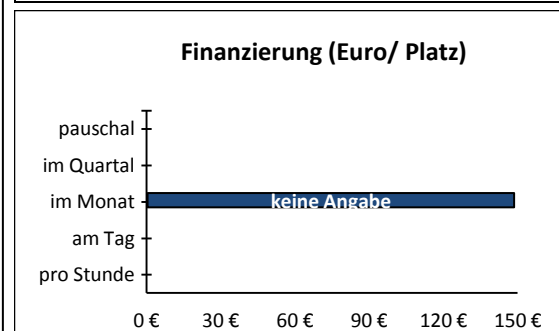
Internet: www.lukas-werk.de/einrichtungen/fachambulanzen/braunschweig.html

Kurzbeschreibung der Einrichtung

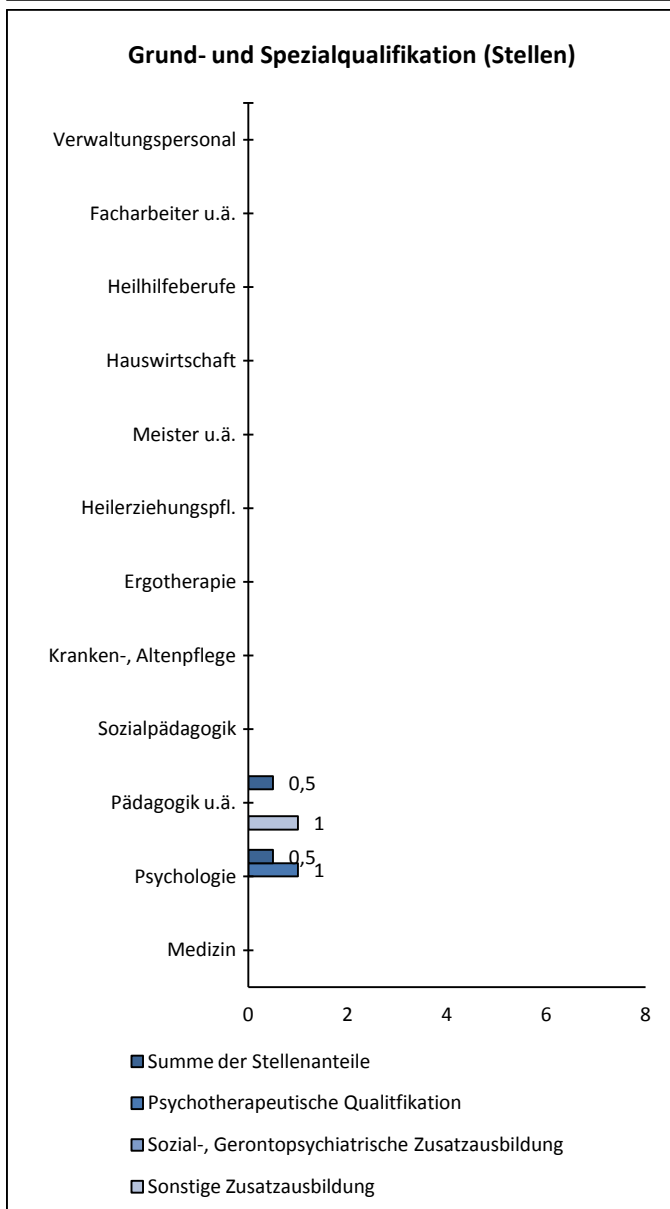
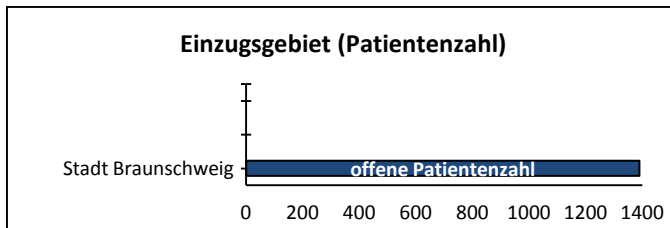
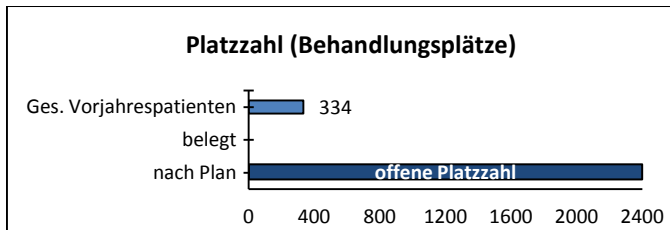
Die Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH Fachambulanz Braunschweig befasst sich mit der Hilfe für suchtkranke und suchtgefährdete Menschen, deren Angehörige, Kollegen und Freunde. Die Mitarbeitenden sind auch Ansprechpartner bei Essstörungen, Spielsucht und anderen nicht-stoffgebundenen Abhängigkeiten. Das Leistungsangebot der Fachambulanz beinhaltet u.a. Prävention, Information in Form von Einzel-, Gruppen-, Paar- und Familienberatung. Krisenintervention, Ambulante Rehabilitation.

Träger der Einrichtung

Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH



MONDO-X



Ansprechpartner

Keine Angabe

Anschrift

Jugendberatung mondo X
 Paul-Jonas-Meier-Straße 42
 38104 Braunschweig
 Telefon: 0531/377374
 Fax: 0531/2378922

E-Mail: info@mondo-x.de

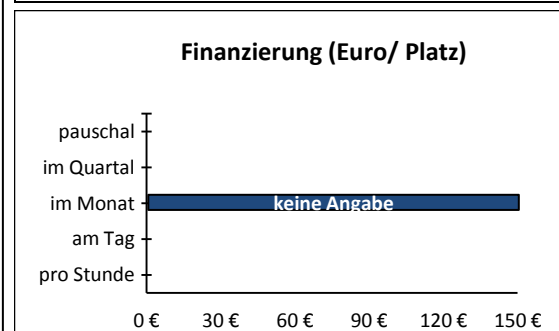
Internet: www.mondo-x.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

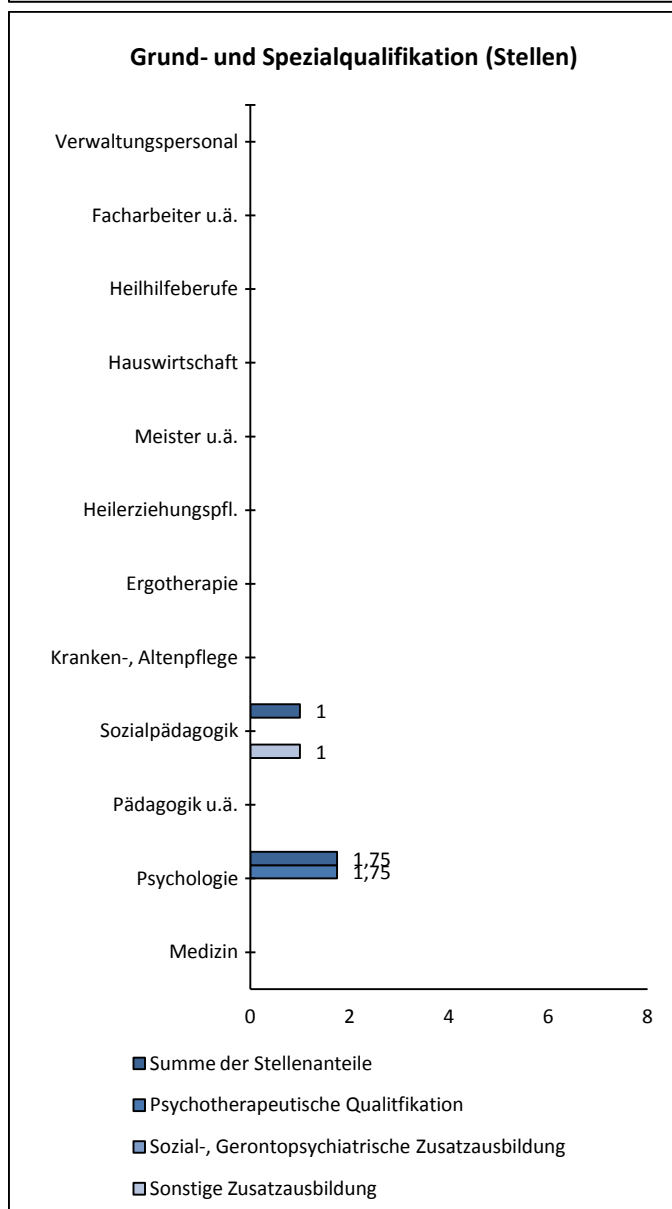
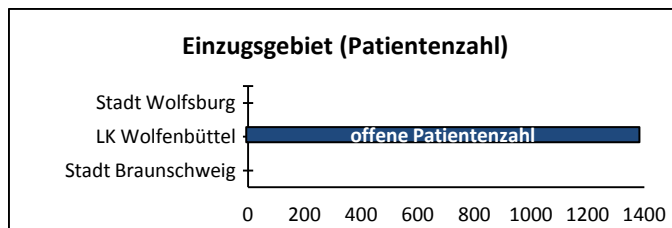
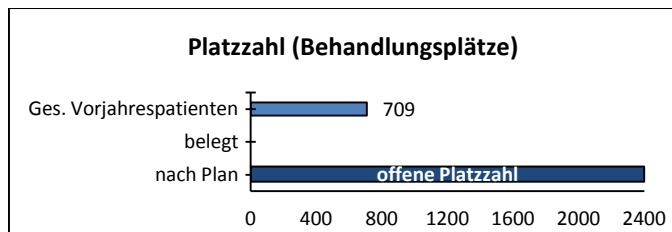
Mondo X ist eine Anlaufstelle für Jugendliche und junge Erwachsene von 14 bis 26 Jahren, die Probleme mit ihren Eltern, Freunden oder in der Schule haben oder mit sich selbst unzufrieden sind. Sie bietet in solchen Fällen telefonische oder persönliche Beratungsgespräche an. Zusätzlich gibt es Gruppenangebote zu verschiedenen Themen. In den Gruppen können Jugendliche zusammen an Veränderungen gemeinsamer Schwierigkeiten arbeiten. Mondo X bietet ebenfalls Prävention an. Schulklassen, Konfirmanden- oder Jugendgruppen können sich in diesem Rahmen an die Beratungsstelle wenden, um über verschiedene Themen ins Gespräch zu kommen.

Träger

Diakonisches Werk der Evangelischen-lutherischen Landeskirche in Braunschweig e.V.



PSYCHOTHERAPEUTISCHE BERATUNGSSTELLE DES STUDENTENWERKS BRAUNSCHWEIG



Ansprechpartner

Michaela Himstedt, Koordinatorin
Sigrid Salmen

Anschrift

Psychotherapeutische Beratungsstelle
Studentenwerk OstNiedersachsen

Fallersleber-Tor-Wall 10

38100 Braunschweig

Telefon: 0531/391-4932 (Büro)

0531/391-4930 (Sigrid Salmen)

Fax: 0531/391-4935

E-Mail: pbs-bs@stw-on.de

s.salmen@stw-on.de

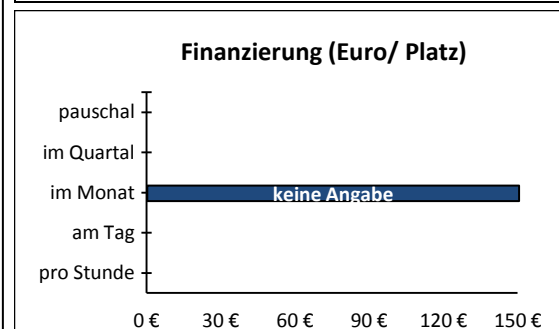
Internet: www.stw-on.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

Die Psychotherapeutische Beratungsstelle des Studentenwerks OstNiedersachsen (in Braunschweig) ist für die Beratung der Studierenden der Technischen Universität Braunschweig, der Hochschule für bildende Künste und der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften zuständig. Studierende können sich bei Problemen, die mit dem Studium zusammenhängen, aber auch mit persönlichen Problemen an die Beratungsstelle wenden.

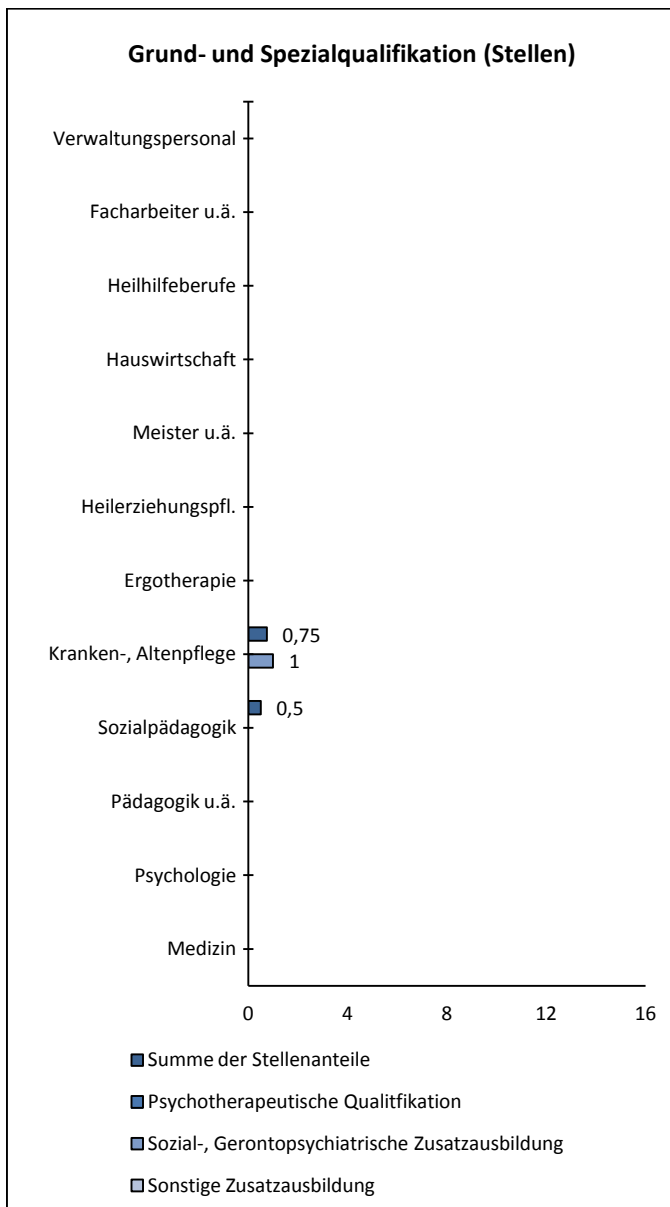
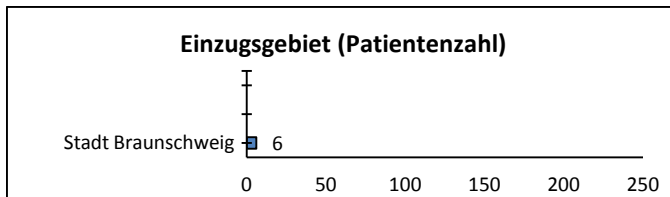
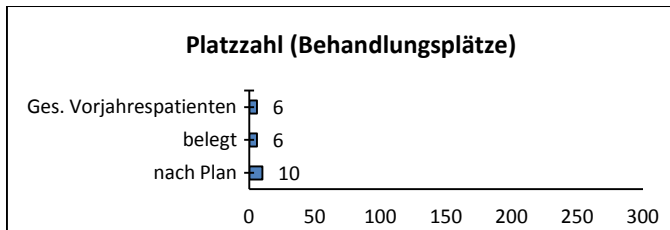
Träger

Psychotherapeutische Beratungsstelle
Studentenwerk Ostniedersachsen



13 AMBULANT BETREUTES WOHNEN (GEMÄß §53 SGB XII)

AHMB E.V.



Ansprechpartner

Vitali Eschenbrenner, stellvertretender Geschäftsführer

Anschrift

Ambulante Hilfen für Menschen mit Behinderung e.V.

Hannoversche Straße 41

38116 Braunschweig

Telefon: 0531/580865-25

Fax: 0531/580865-10

E-Mail: info@ahmb.de

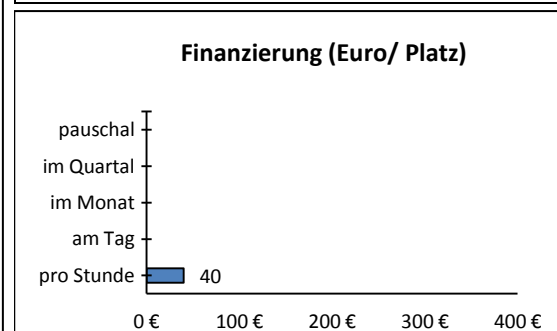
Internet: www.ahmb.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

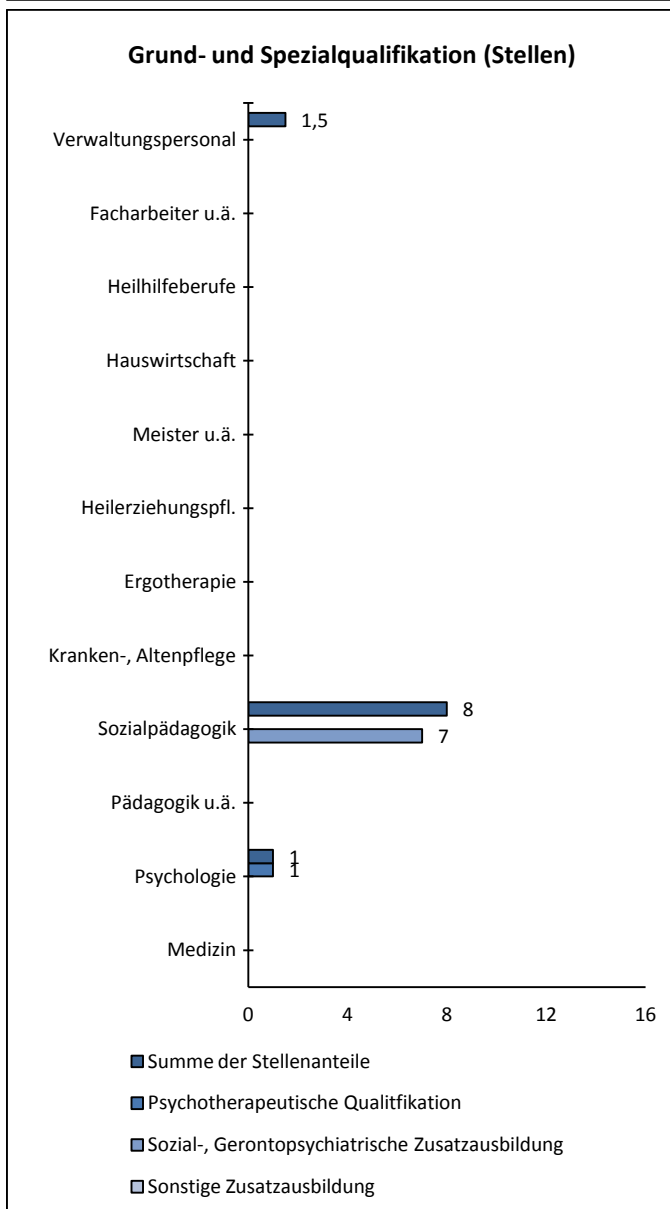
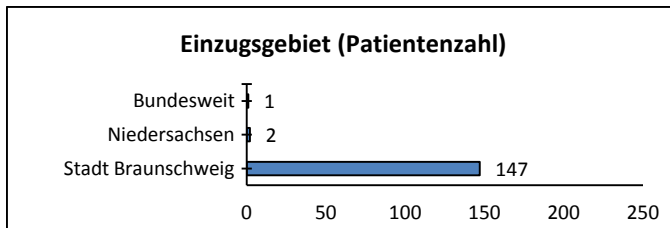
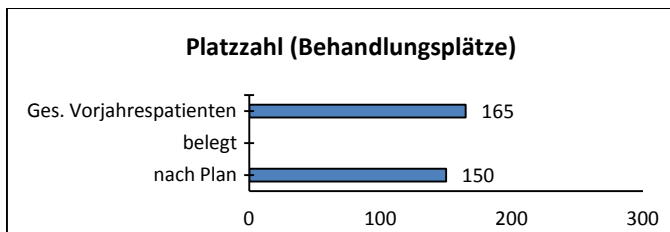
Der Verein bietet in der Stadt Hannover, Region Hannover, im Landkreis Hildesheim und in der Stadt Braunschweig das ambulant betreute Wohnen für behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen nach §§ 53-54 SGB XII an. Ziel ist es, durch qualitative und zielorientierte Dienstleistungen die betroffenen Menschen auf dem Weg der Eingliederung zu begleiten. Im Rahmen des Angebotes werden die Bedürfnisse der behinderten und erkrankten Menschen mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt. Durch den Einsatz des qualifizierten Fachpersonals mit eigener Migrationserfahrung, verschiedenen Sprach- und Kulturkenntnissen, gelingt es uns die sprachlichen Barrieren abzubauen und einen Zugang zu dem sozialpsychiatrischen Netzwerk zu ermöglichen.

Träger der Einrichtung

Ambulante Hilfen für Menschen mit Behinderung e.V.



AMBET E.V. - SOZIOThERAPIE



Ansprechpartner

Dipl. Soz.päd. Susanne Hiestermann, Leitung
 Dipl. Päd. Petra Wittlief

Anschrift

Soziotherapie Ambet e.V.

Triftweg 73

38118 Braunschweig

Telefon: 0531/2565720

0531/2565721

Fax: 0531/2565799

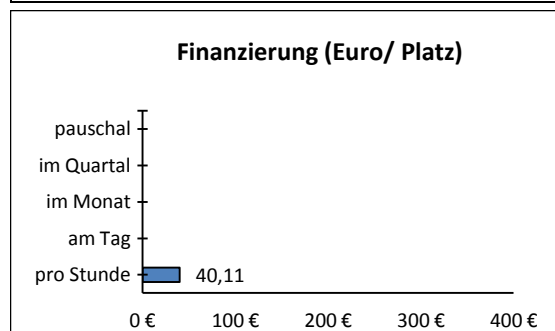
E Mail: soziotherapie@ambet.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

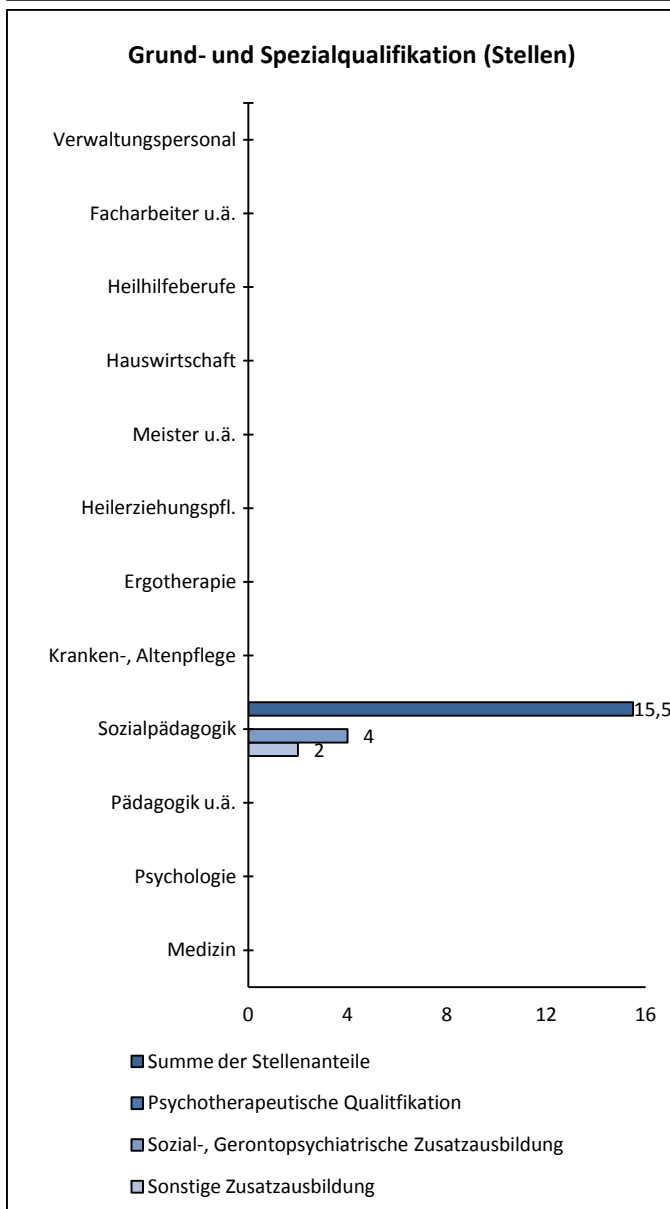
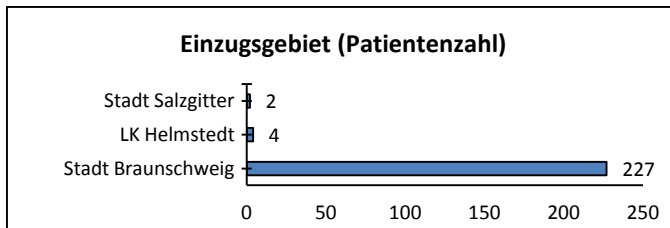
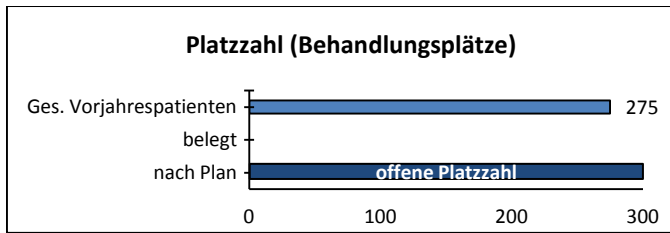
Die ambulante soziale Betreuung ist innerhalb der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung ein Angebot, das sich an chronisch psychisch erkrankte und seelisch behinderte Menschen richtet, um ihnen ein Leben außerhalb von psychiatrischen Einrichtungen, sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die Betreuungsform bietet die Möglichkeit individueller Betreuung in der eigenen Wohnung. Voraussetzung für die Inanspruchnahme ist, dass die Selbständigkeit sowie die lebenspraktischen Fähigkeiten der Betroffenen soweit vorhanden sind, dass sie ihren Lebensalltag mit Unterstützung durch eine ambulante Betreuung weitgehend bewältigen können. Die ambulante soziale Betreuung bietet durch eine Vielzahl sozialtherapeutischer Maßnahmen eine Alltagsbegleitung, die durch ein zielgerichtetes Handlungskonzept, sowie eine systematische Betreuungsplanung individuell auf den Einzelfall ausgerichtet ist.

Träger der Einrichtung

Ambet e.V.



DER WEG E.V. - BETREUTES WOHNEN



Ansprechpartner

Reinhard Neese-Busch, Leitung

Anschrift

Verein Der Weg e.V.
 Ambulante Soziale Betreuung
 Bruchtorwall 9-11
 38100 Braunschweig
 Telefon: 0531/ 24291-20

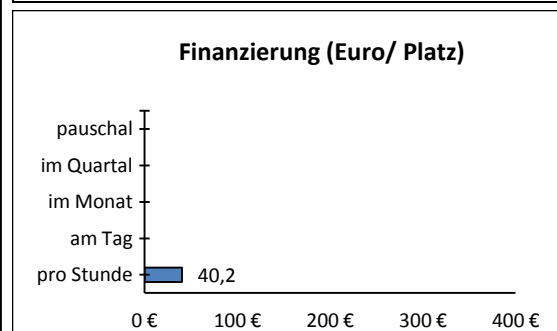
E-Mail: r.neese-busch@der-weg-bs.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

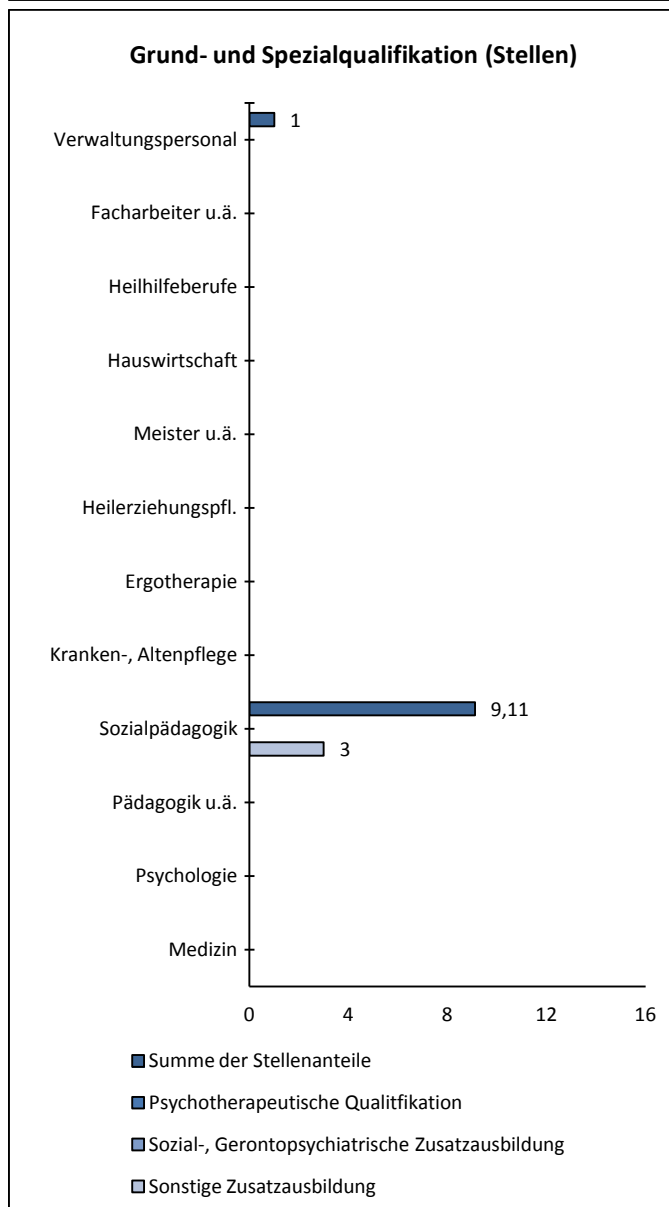
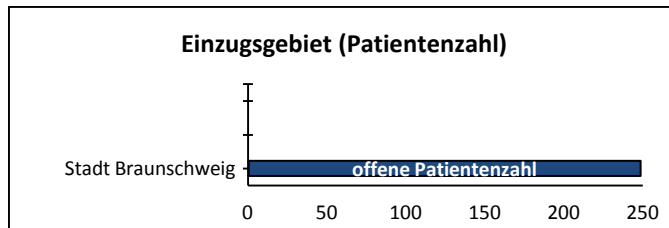
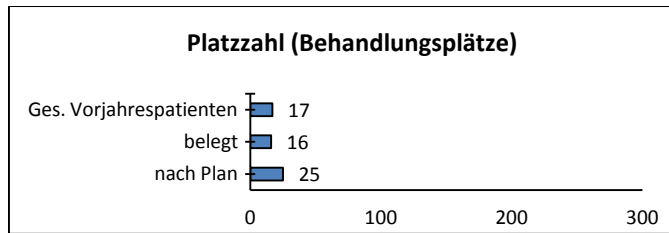
In der ambulanten sozialen Betreuung im Rahmen der Eingliederungshilfe werden erwachsene Menschen mit psychischen Erkrankungen im Stadtgebiet Braunschweig betreut. Die Hilfen werden alltagsbegleitend durch Bezugsbetreuer/innen angeboten.

Träger der Einrichtung

Verein Der Weg e.V.



DIAKONISCHE GESELLSCHAFT - WOHNEN UND BERATEN



Ansprechpartner

Dr. Henning Daßler, Regionalleitung

Anschrift

Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten mbH

Münchenstraße 11

38118 Braunschweig

Telefon 0531/886314-23

Fax: 0531/886314-12

E-Mail: h.dassler@diakonie-dwb.de

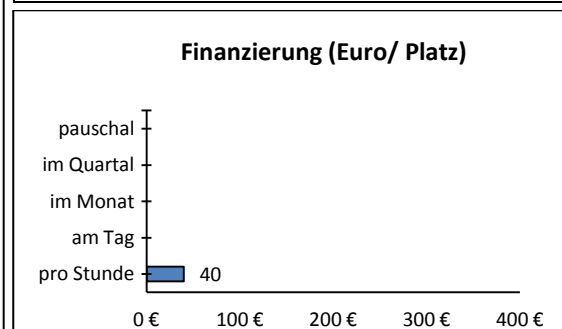
Internet: www.diakonie-stiftung.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

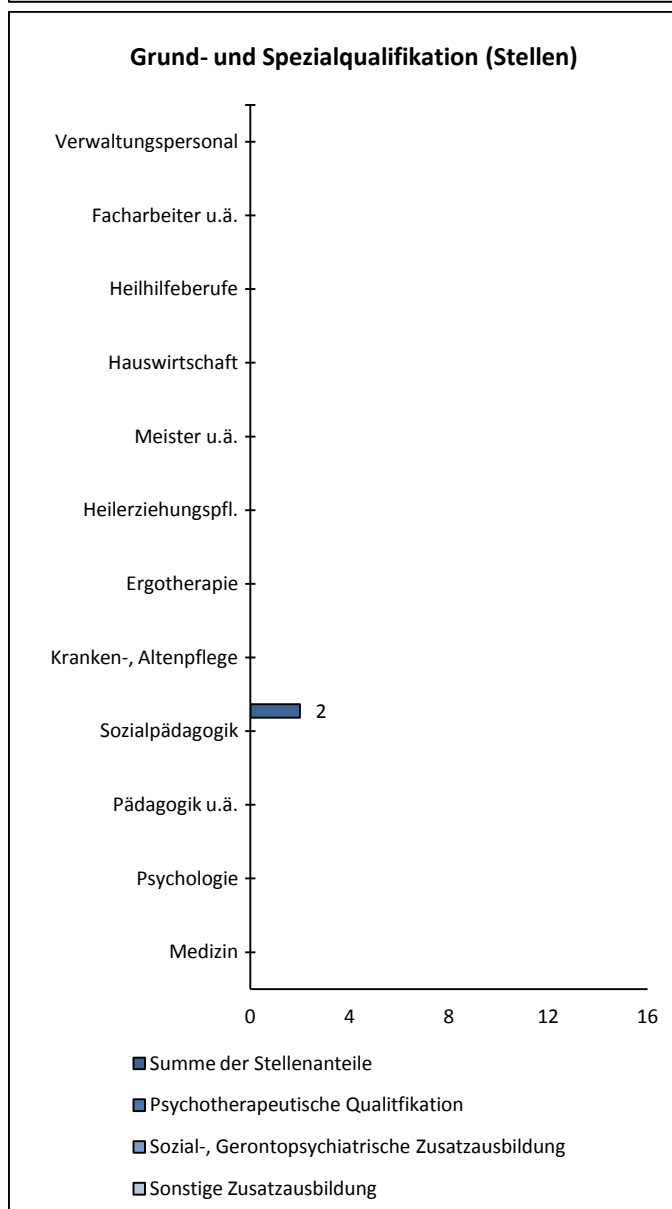
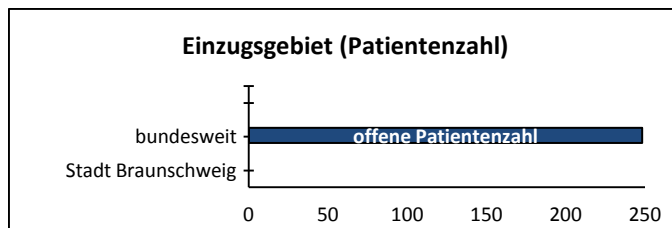
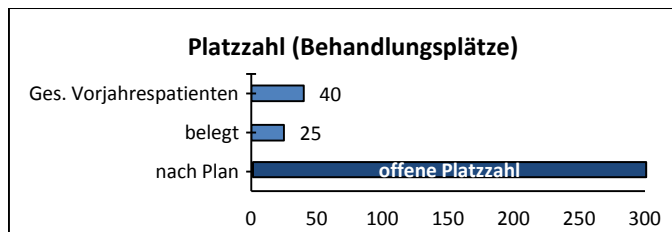
Die Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten hat verschiedene Leistungsangebote. Sie bietet im Diakonieheim Am Jödebrunnen stationäre Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII für wohnungslose Männer an. In den Stadtteilläden Mitte, Nord und West gibt es ambulante Hilfen nach §§ 67ff und 53 f. SGB XII für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten. Darüber hinaus werden im Tagestreff IGLU niedrigschwellige Hilfen zur Grundversorgung für wohnungslose Menschen angeboten.

Träger der Einrichtung

Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten mbH



DER PARITÄTISCHE - BETREUTES WOHNEN



Ansprechpartner

Dipl. Soz.päd. Andreas Giffhorn

Anschrift

Ambulant betreutes Wohnen
Saarbrückener Strasse 255A
38116 Braunschweig

Telefon: 0531/48079-92

0151/ 2331 5994

Fax: 0531/48079-14

E-Mail: andreas.giffhorn@paritaetischer-bs.de

Internet: www.paritaetischer-bs.de/drogen-und-sucht/ambulant-betreutes-wohnen/

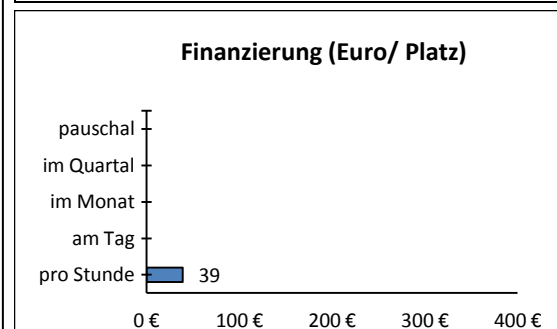
Kurzbeschreibung der Einrichtung

Im Rahmen der Eingliederungshilfe betreuen wir suchtkranke Menschen bei und in ihrem Alltag. Im Umfang eines festgestellten Hilfebedarfs suchen wir die KlientInnen vor Ort auf, begleiten sie beispielsweise auf Ämtergängen, helfen beim Einkaufen oder der Einteilung des Finanzbudgets und vieles andere mehr.

Der Betreuungsbedarf und -umfang wird durch das Gesundheitsamt der Stadt Braunschweig gemeinsam mit dem Hilfesuchenden überprüft und festgelegt.

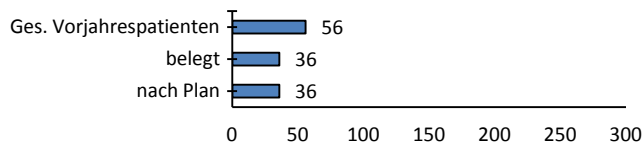
Träger der Einrichtung

Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH

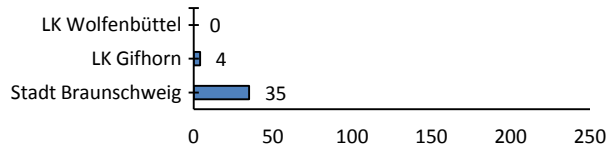


DER PARITÄTISCHE - BETREUTES WOHNEN DER GGPS PIPPELWEG

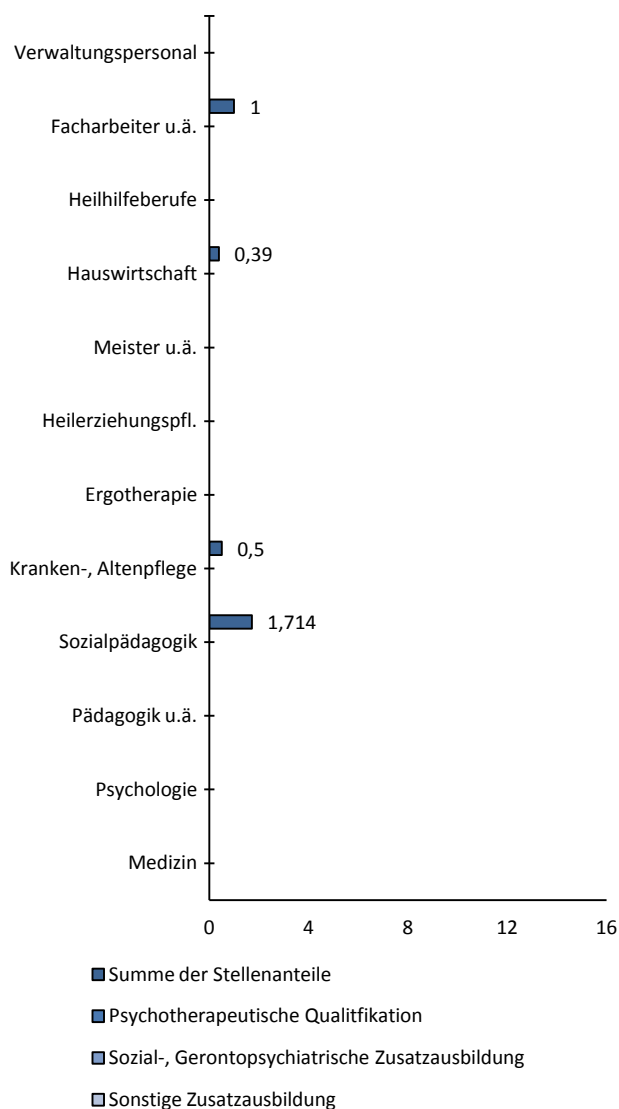
Platzzahl (Behandlungsplätze)



Einzugsgebiet (Patientenzahl)



Grund- und Spezialqualifikation (Stellen)



Ansprechpartner

Kerstin Kalina, Leitung

Anschrift

Betreutes Wohnen Pippelweg
 Pippelweg 69a
 38118 Braunschweig
 Telefon: 0531/8893091
 Fax: 0531/8669256

E-Mail: betreutes-wohnen@paritaetischer-bs.de

Internet: www.paritaetischer-bs.de/drogen-und-sucht/betreutes-wohnen-pippelweg/

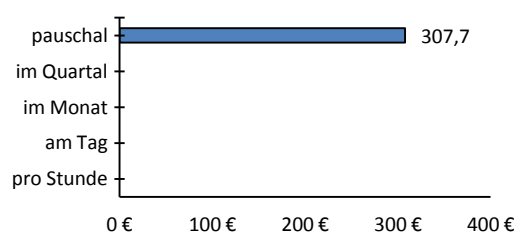
Kurzbeschreibung der Einrichtung

Wir leisten eine ambulante Betreuung für wohnungslose Menschen, welche dem Personenkreis der chronisch mehrfach-beeinträchtigten Abhängigkeitskranken zu zuordnen sind. Wir sind keine abstinente Einrichtung.

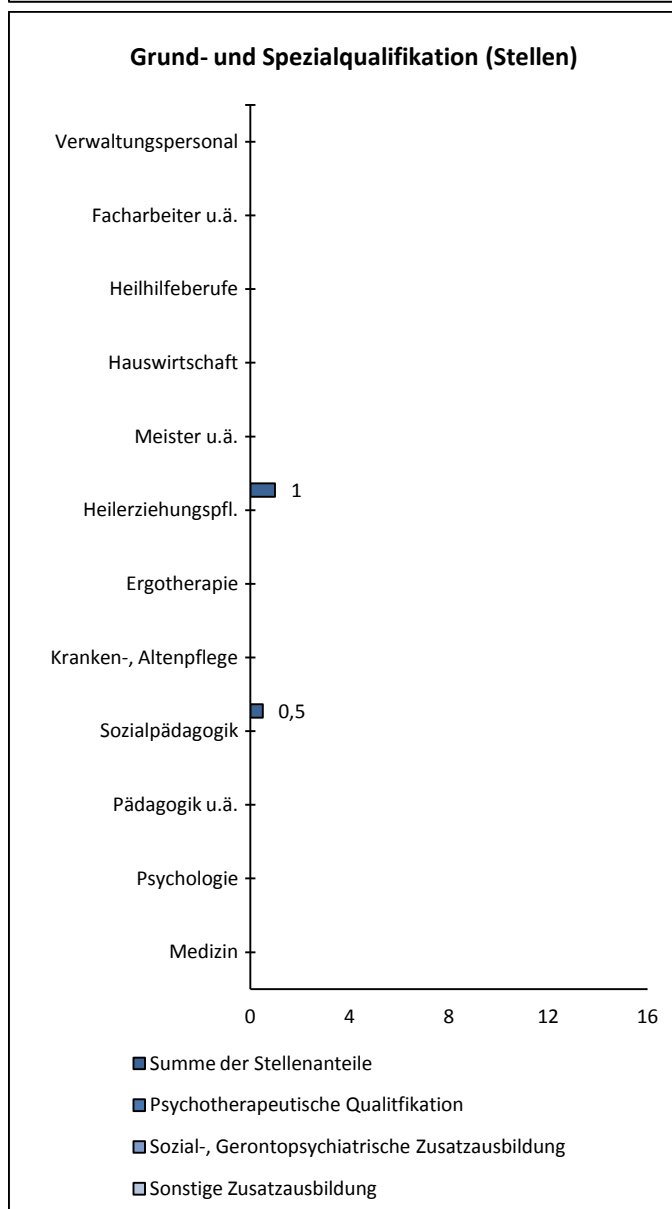
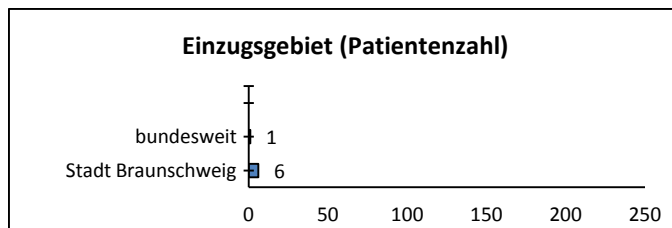
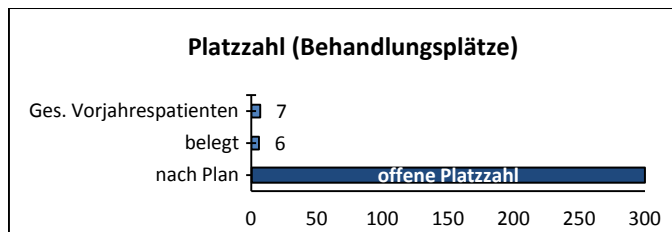
Träger der Einrichtung

Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH

Finanzierung (Euro/ Platz)



EVANGELISCHE STIFTUNG NEUERKERODE - AMBULANTE BEGLEITUNG



Ansprechpartner

Matthias Böhnig

Anschrift

Ev. Stiftung Neuerkerode
 Neuerkeröder Wohnen und Betreuen GmbH
 Lange Straße 33
 38100 Braunschweig
 Telefon: 0531/12311717
 Fax: 0531/2615919

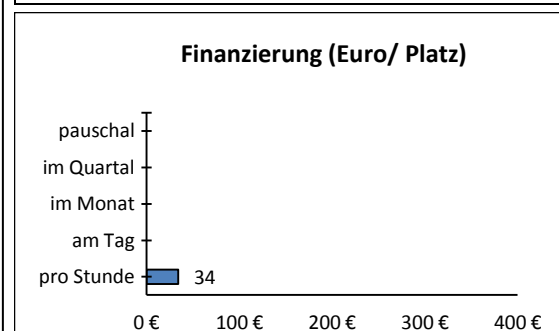
E-Mail: Matthias.Boehnig@neuerkerode.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

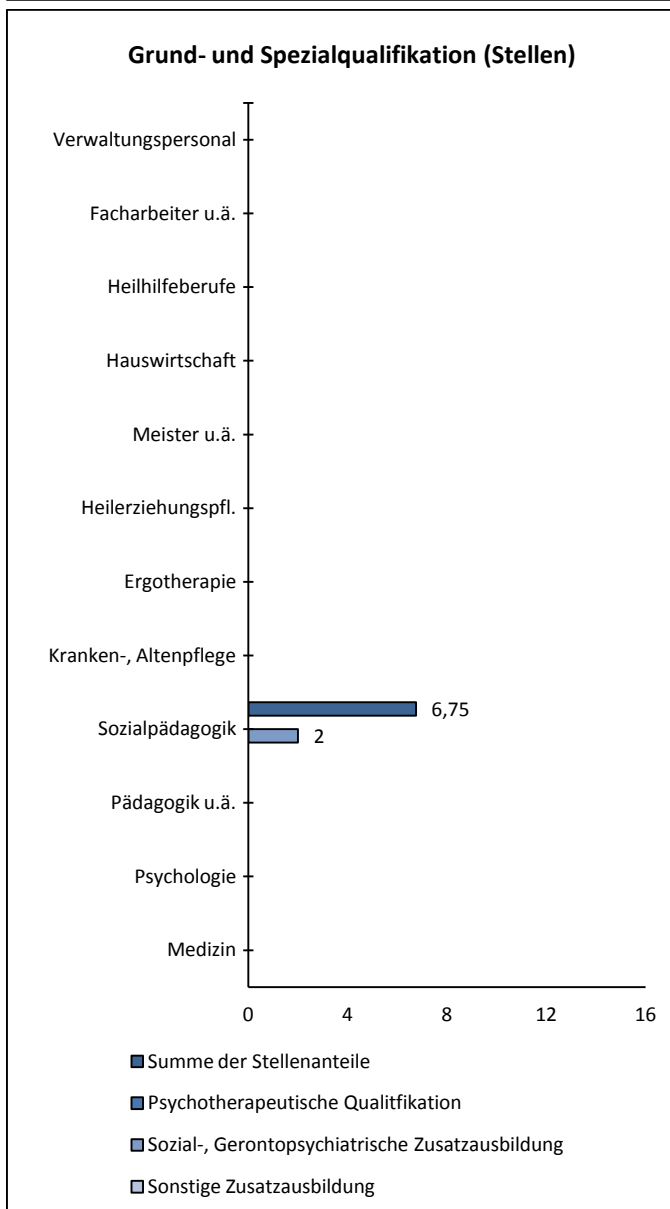
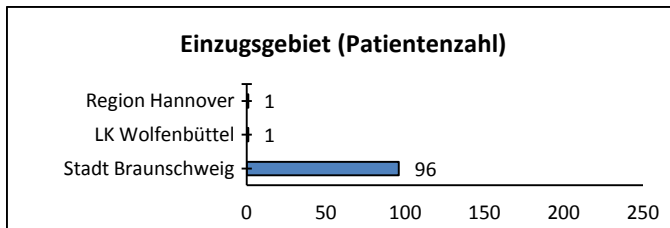
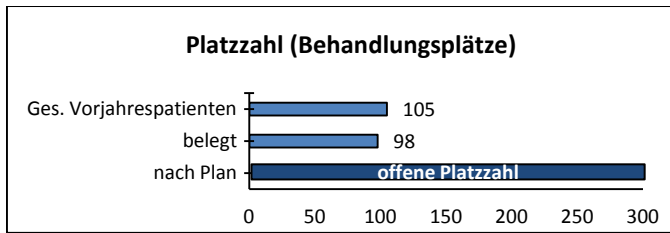
Die Neuerkeröder Wohnen und Betreuen GmbH betreibt im Rahmen der Eingliederungshilfe Einrichtungen zur ambulanten, teilstationären und stationären Hilfeleistung. Das Leistungsangebot umfasst neben den verschiedenen Wohnformen und ambulanten Betreuungsmöglichkeiten Angebote der Begleitung in einer Tagesförderung. Die Neuerkeröder Wohnen & Betreuen GmbH ist ein Unternehmen der Unternehmensgruppe Evangelische Stiftung Neuerkerode und eine Mitgliedseinrichtung des Diakonischen Werkes in der Ev.-Luth. Landeskirche in Braunschweig.

Träger der Einrichtung

Neuerkeröder Wohnen und Betreuen GmbH



INSTITUT FÜR PERSÖNLICHE HILFEN E.V. - INSEL BETREUTES WOHNEN



Ansprechpartner

Dipl. Soz.päd. Karin Benecken

Anschrift

Institut für Persönliche Hilfen e.V.
Insel - Ambulante soziale Betreuung

Bruchtorwall 9-11

38100 Braunschweig

Telefon: 0531/129241-0

Fax: 0531/129241-22

E Mail: info@insel-braunschweig.de

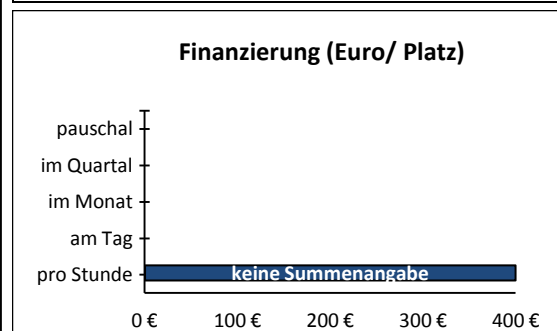
Internet: www.betreuungsverein-braunschweig.de/insel.html

Kurzbeschreibung der Einrichtung

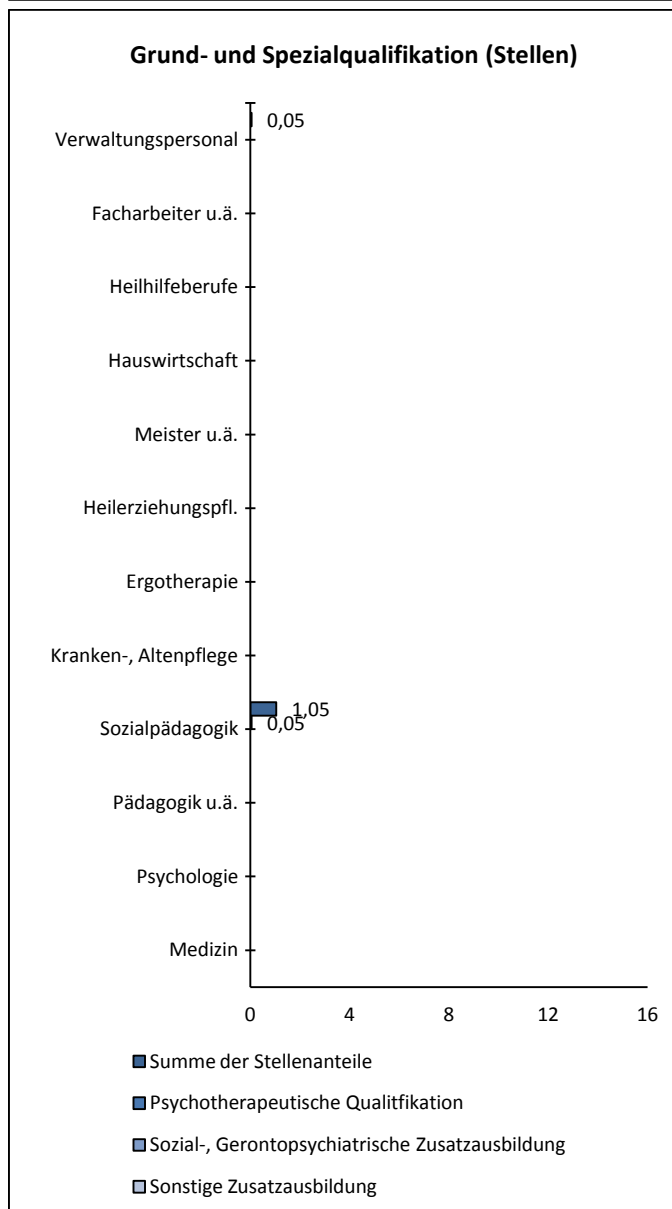
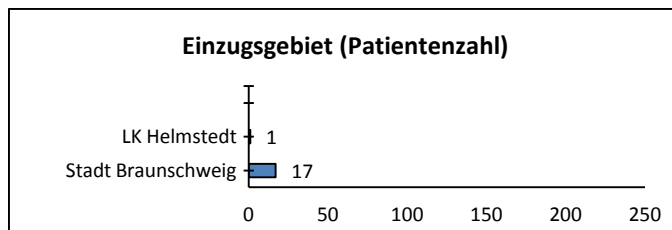
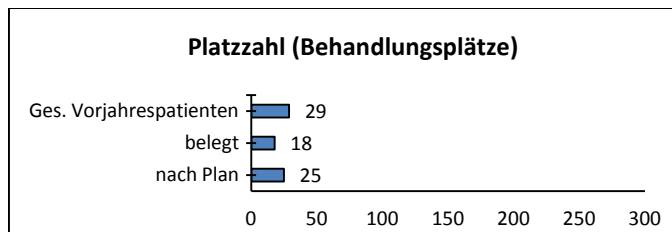
Die Abteilung INSEL des Instituts für persönliche Hilfen e.V. betreut im Rahmen der Eingliederungshilfe psychisch kranke Erwachsene in Braunschweig. Die ambulante soziale Betreuung ist individuell, nach dem Verfahren der Hilfebedarfsermittlung, auf die Bedarfe und Wünsche der Klienten ausgerichtet.

Träger der Einrichtung

Institut für Persönliche Hilfen e.V.



LUKAS-WERK GESUNDHEITSDIENSTE GMBH - BETREUTES WOHNEN



Ansprechpartner

Petra Sarstedt-Hülsmann, Geschäftsführerin
Johannes Benedde, Einrichtungsleiter

Anschrift

Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH
Fachambulanz Braunschweig
Ambulante Betreuung
Peter-Joseph-Krahe-Straße 11
38102 Braunschweig
Telefon: 0531/88920-60
Fax: 0531/88920-79

E-Mail: fa-braunschweig@lukas-werk.de

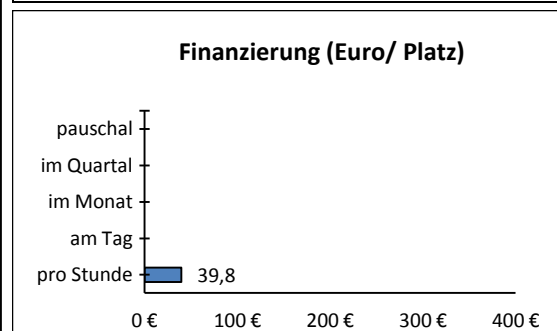
Internet: www.lukas-werk.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

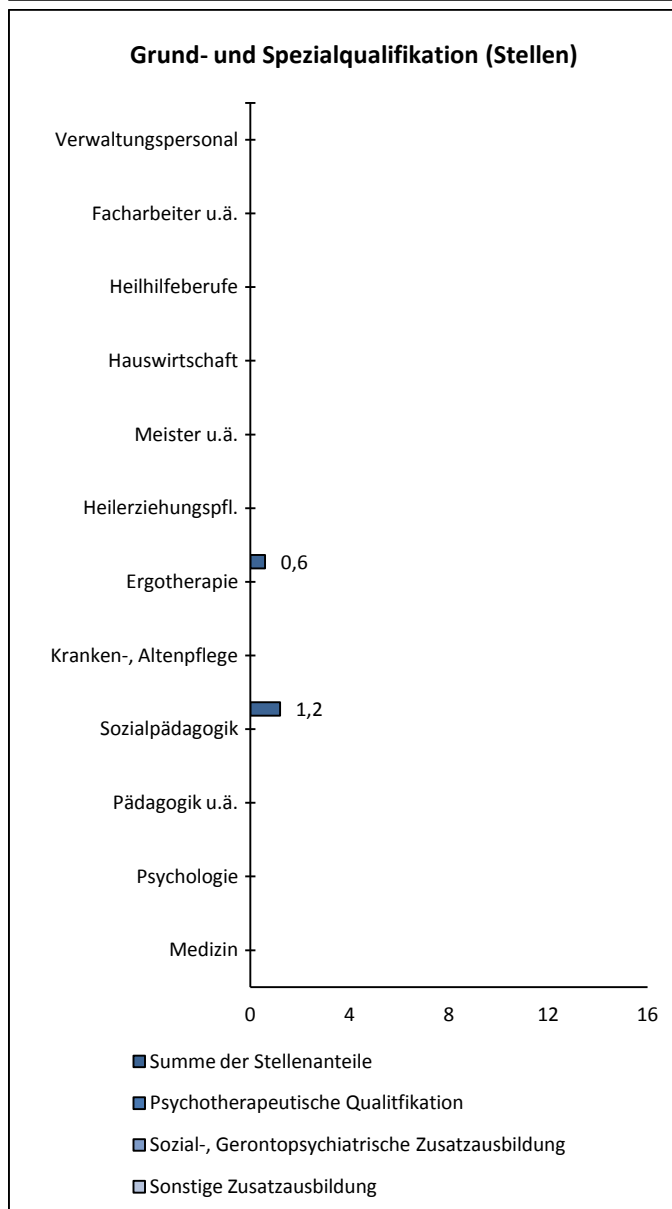
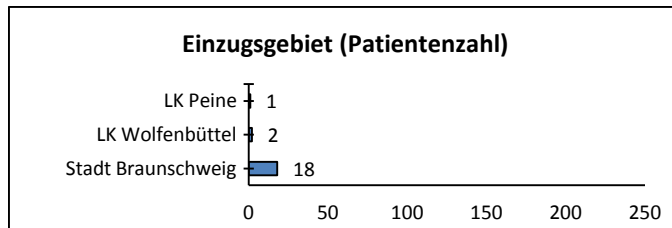
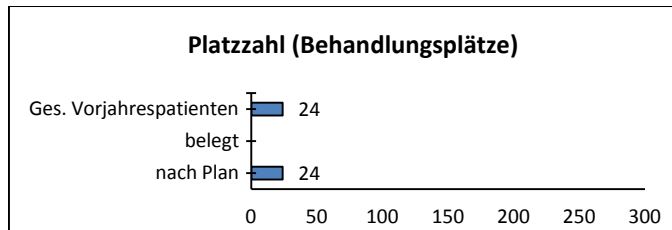
Das Angebot der „Ambulanten Betreuung“ für chronisch-mehrfach-beeinträchtigte Abhängigkeitskranke, ist eine Eingliederungshilfe für Behinderte nach §§ 53 und 54 SGB XII. Neben den Hauptdiagnosen Alkoholabhängigkeit, Polytoxikomanie und pathologisches Glücksspiel leidet ein großer Teil der KlientInnen an Depressionen, Psychosen, Polyneuropathie, Angst- und/oder Persönlichkeitsstörungen in unterschiedlicher Ausprägung. Die Ambulante Betreuung bietet individuelle Unterstützung im alltäglichen, lebenspraktischen und psychosozialen Bereich. Für die ambulante Betreuung stehen 25 Plätze zur Verfügung

Träger der Einrichtung

Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH



WOHNGRUPPEN AM BANKPLATZ



Ansprechpartner

Maxi Lehmann, Gesellschafter
 Ralf Czudzewitz, Gesellschafter
 Bettina Deinert, Leitung

Anschrift

Wohngruppen am Bankplatz
 Bankplatz 5a
 38100 Braunschweig
 Telefon: 0531/4811 439 (Maxi Lehmann)
 0531/4811429 (Bettina Deinert)

E Mail:

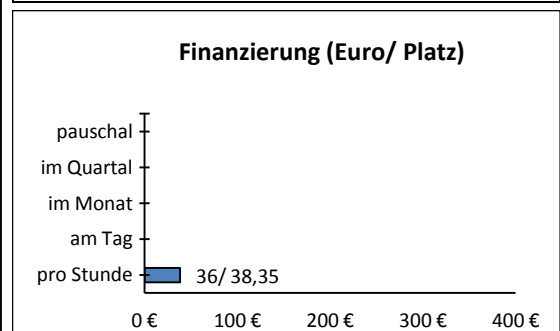
maxi.lehmann@ambulantenkrankenpflege.com,
 bettina.deinert@ambulantenkrankenpflege.com

Kurzbeschreibung der Einrichtung

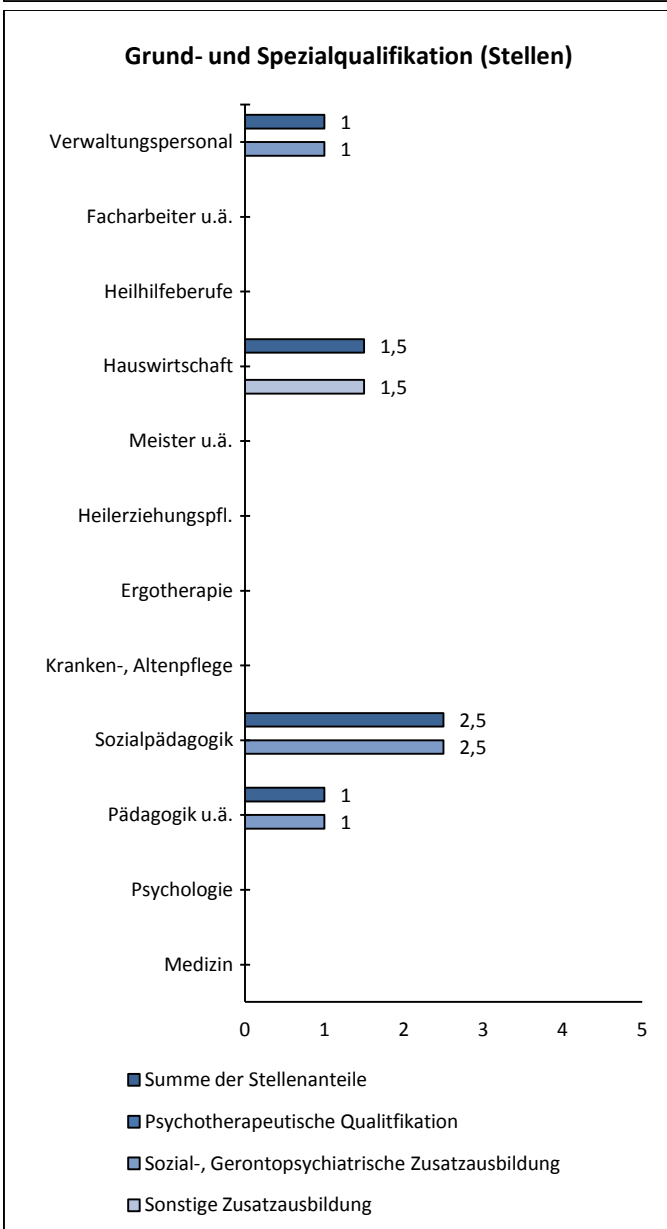
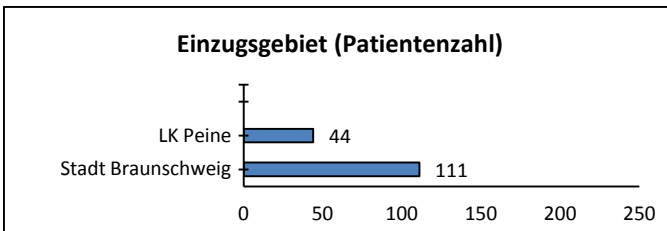
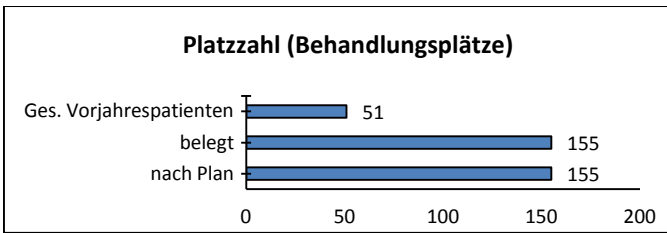
Die Wohngruppen am Bankplatz umfassen insgesamt 7 Wohngruppen für insgesamt 24 Bewohnerinnen und Bewohner in der Innenstadt von Braunschweig. Das ambulant betreute Wohnen richtet sich an volljährige Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder mit einer Alkohol- oder Medikamentenabhängigkeit. Die BewohnerInnen können mit einem individuellem Maß an Betreuung möglichst selbstbestimmt und selbständig ihren Alltag gestalten. Gruppenangebote und Einzelbetreuungen gehören zum Angebotskonzept.

Träger der Einrichtung

Privat / GBR



AMBET E.V. - BETREUTES EINZELWOHNEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN



Ansprechpartner:

Dipl. Päd. Peter Knabe, Leitung

Anschrift

Service Wohnen Ambet e.V.

Triftweg 73

38118 Braunschweig

Telefon: 0531/2565731

Fax: 0531/2565799

E-Mail: peter.knabe@ambet.de

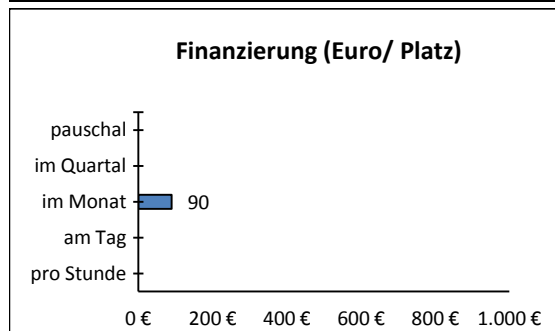
Internet: www.ambet.de/wohnen/servic-e-wohnen

Kurzbeschreibung:

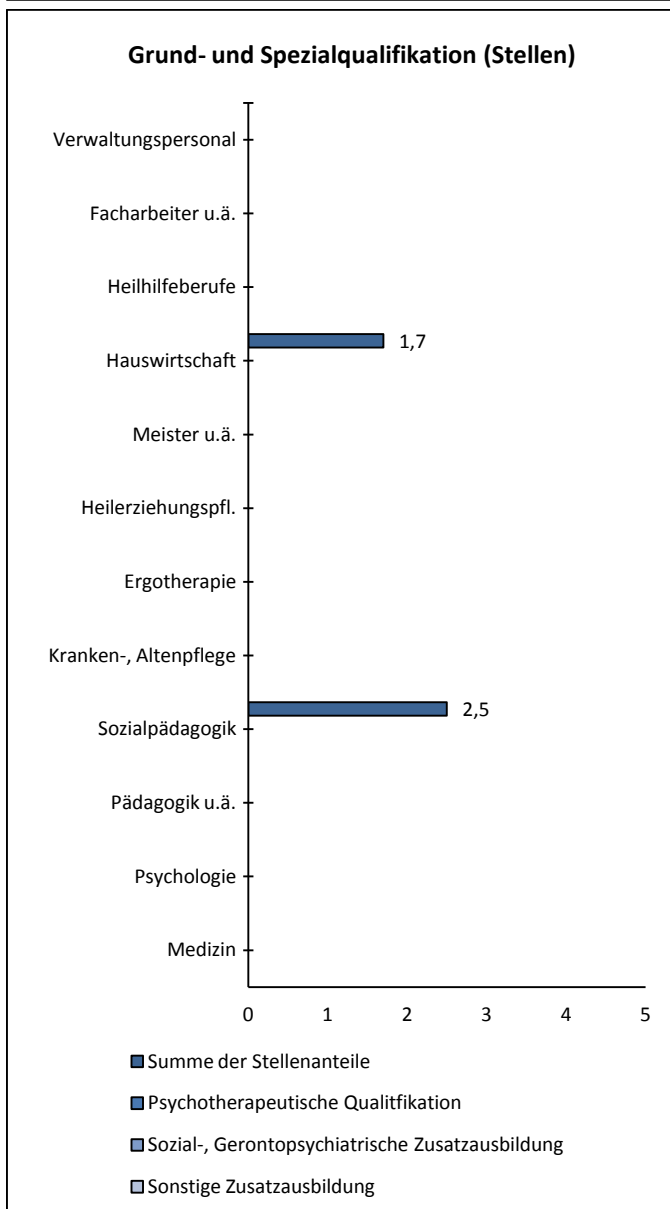
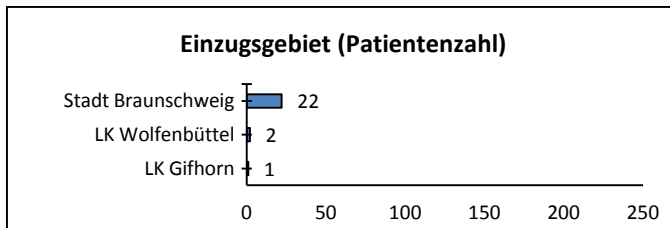
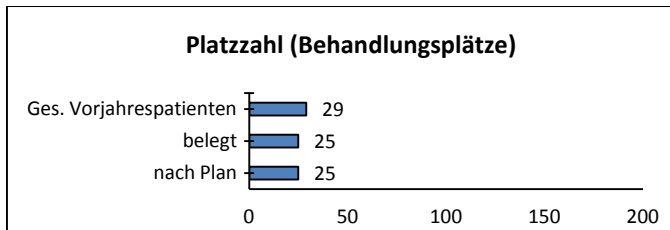
Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Betreuung älterer, hilfsbedürftiger und zum Teil psychisch kranker Menschen in Service Wohnungen. Zusätzlich wird ein Hausnotruf-Service angeboten. Diese Wohnform soll als Alternative zum Heim älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen eine weithin selbständige Lebensführung in einer barrierearmen Wohnung gewährleisten, da je nach Bedarf professionelle Betreuungs- und Pflegeleistungen in Anspruch genommen werden können. So soll die Wohn- und Lebensqualität soweit wie möglich erhalten bzw. verbessert werden. Die Aufgaben bestehen in kleineren hauswirtschaftlichen Tätigkeiten, wie das Erledigen von Einkäufen und das Reinigen der Wohnung. Außerdem werden die Bewohner bei Arztbesuchen begleitet und Spaziergänge angeboten. Zusätzlich werden Tagesausflüge, Veranstaltungen und Freizeitaktivitäten organisiert und begleitet.

Träger

Ambet e.V.



AMBET E.V. - BETREUTE WOHNGRUPPEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN



Ansprechpartner:

Dipl. Soz.arb. Andrea Itze

Anschrift

Betreute Wohngruppen Ambet e.V.

Triftweg 73

38118 Braunschweig

Telefon: 0531/2565744

Fax 0531/2565799

E-Mail: andrea.itze@ambet

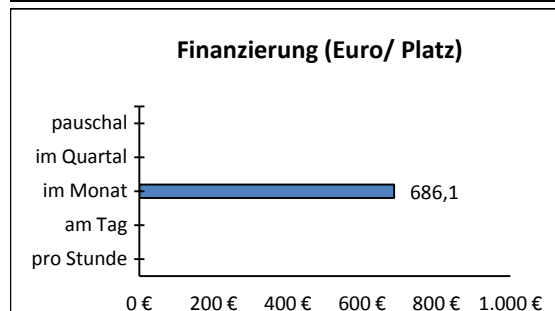
Internet: www.ambet.de/wohnen/betreute-wohngruppen

Kurzbeschreibung:

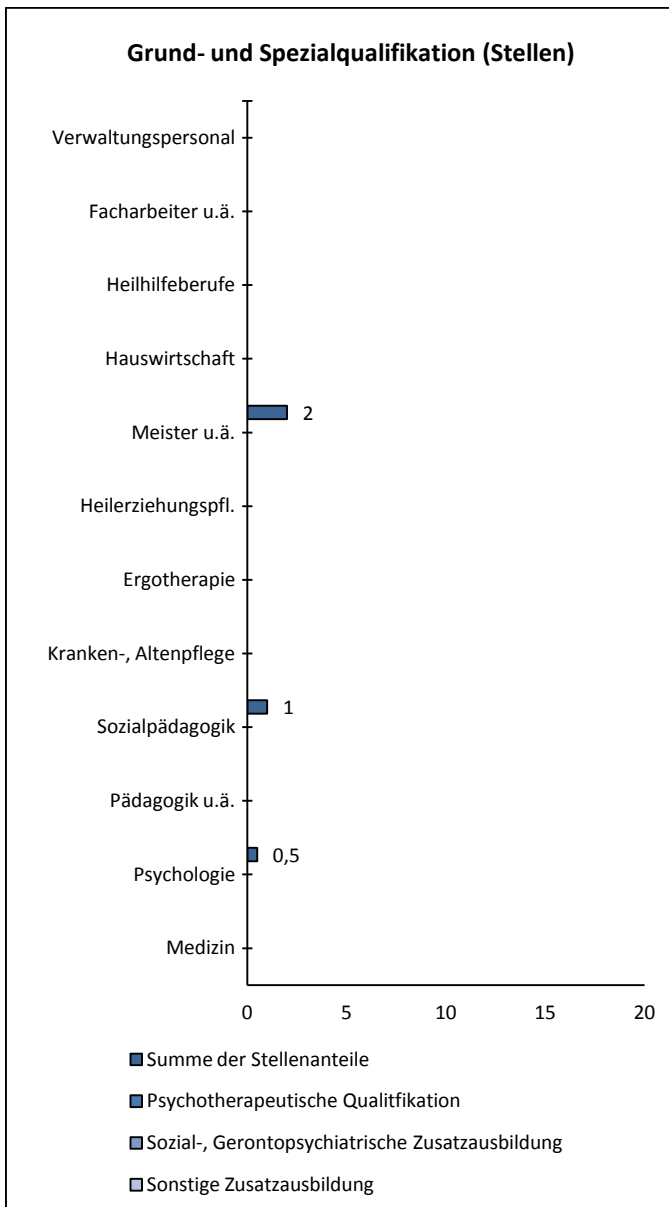
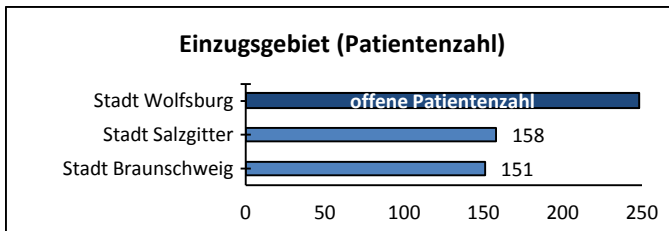
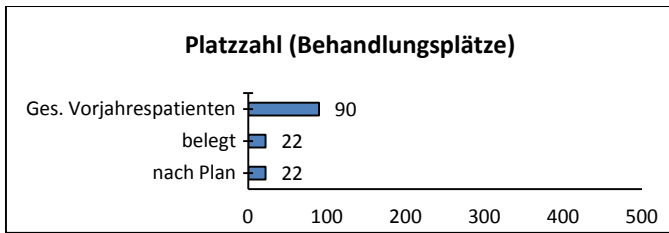
Zielgruppe der betreuten Wohngruppen sind ältere Menschen. Voraussetzung für eine Aufnahme in eine ambulant betreute Wohngruppe ist das Vorliegen von psychischen Veränderungen und/oder das Vorliegen von körperlicher Pflegebedürftigkeit. Bei dem Einzug sollten die Wohngruppenmitglieder jedoch nicht schwer pflegebedürftig sein. Ziel der betreuten Wohngruppen ist es SeniorInnen, die aus gesundheitlichen oder sozialen Gründen nicht mehr in ihrer eigenen Wohnung bleiben können oder wollen, ein neues Zuhause in einer gemeinschaftlichen Wohnform anzubieten. In den Wohngruppen leben 4 bis 5 Personen zusammen. Das Konzept sieht vor, dass es einen individuellen Wohn- und Schlafbereich gibt sowie eine gemeinschaftlich zu nutzende Küche. Den älteren Menschen soll ein Leben in einer alten- und behindertengerechten Umgebung gewährleistet werden. Die Wohngruppe wird durch eine pädagogische Fachkraft begleitet.

Träger

Ambet e.V.



BERUFSFÖRDERUNGSWERK GOSLAR



Ansprechpartner

Heidegred Kirchberg, Geschäftsstellenleitung

Anschrift

Berufsförderungswerk Goslar
 Geschäftsstelle Braunschweig
 Berliner Platz 1c
 38102 Braunschweig

Telefon: 0531/7073367-0

Fax: 0531/7073367-9

E-Mail: h.kirchberg@bfw-goslar.de

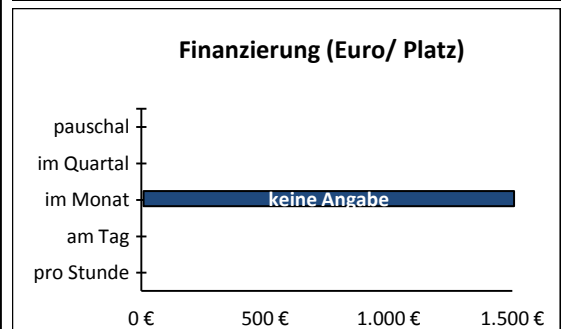
Internet: www.bfw-goslar.de

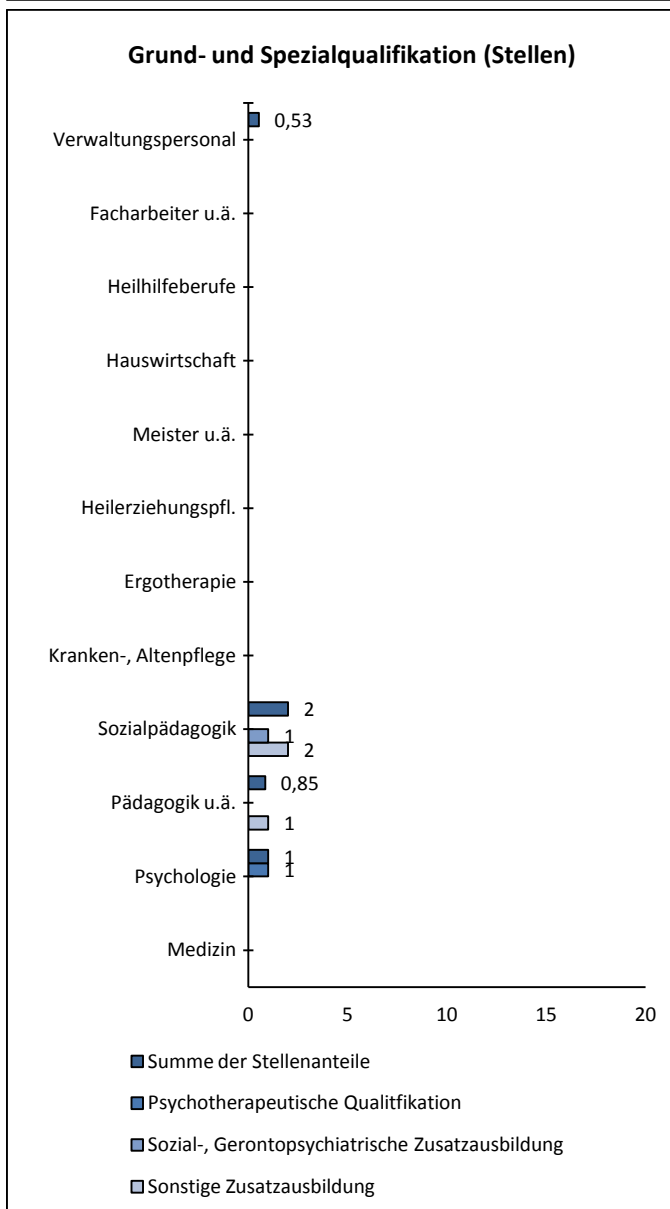
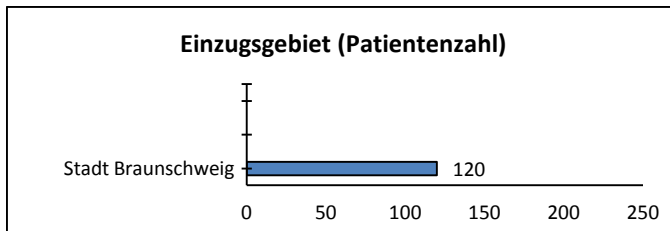
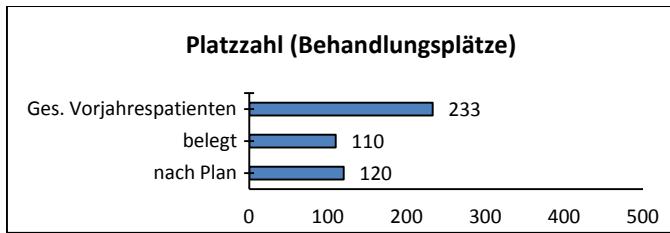
Kurzbeschreibung der Einrichtung

Das Angebot richtet sich an Personen mit psychischen Vorerkrankungen, denen berufsfördernde Leistungen von ihrem Reha-Träger (Rentenversicherung, Arbeitsagentur etc.) bewilligt wurden. Die angebotenen Maßnahmen dienen der beruflichen Orientierung sowie der weiteren psychischen Stabilisierung und Festigung. Die Wiedereingliederung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erfolgt mit Hilfe von begleiteten betrieblichen Praktika.

Träger der Einrichtung

Berufsförderungswerk Goslar





Ansprechpartner

Michael Cramer

Anschrift

Pro-Aktiv-Center (PACE)

Naumburgstraße 23

38124 Braunschweig

Telefon: 0531/21477-11

Fax: 0531/4705135

E-Mail: m.cramer@caritas-bs.de

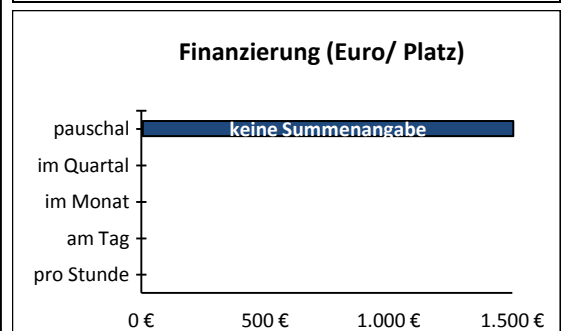
Internet: www.caritas-bs.de/proaktiv.html

Kurzbeschreibung der Einrichtung

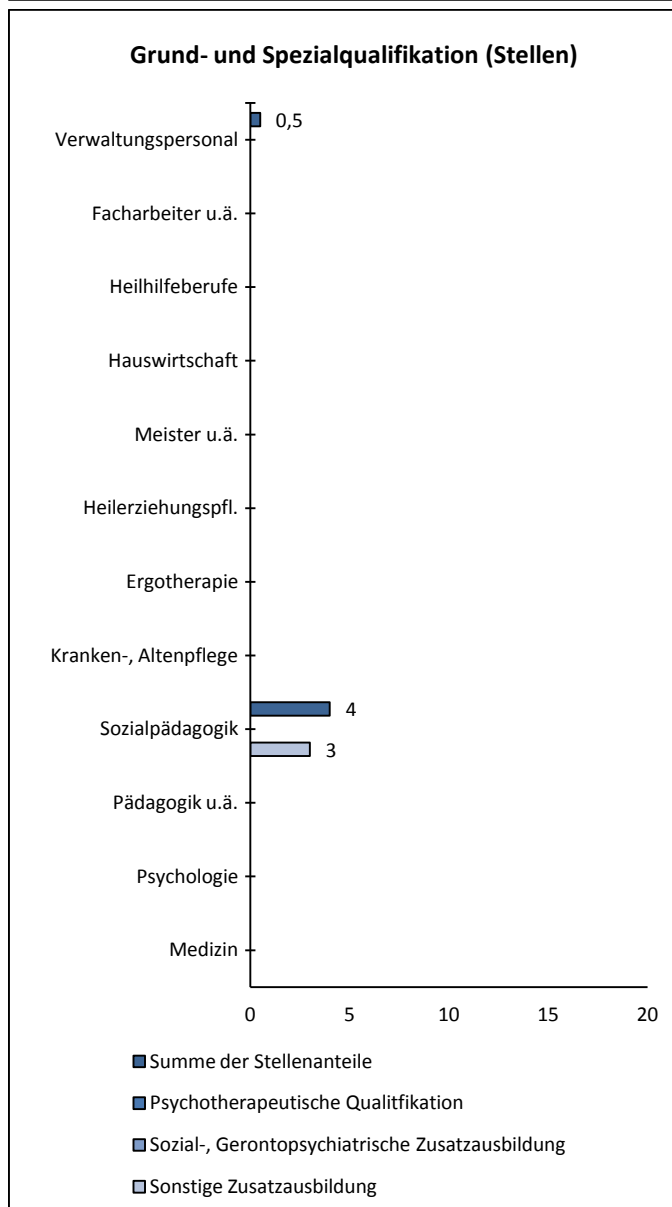
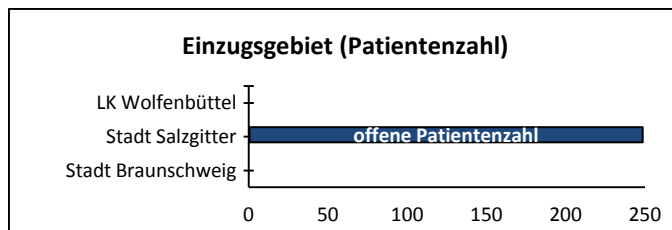
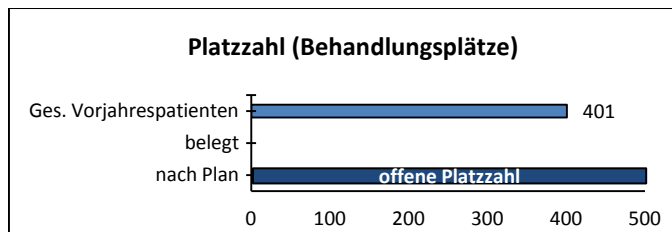
Das Pro Aktiv Center beschäftigt sich mit benachteiligten und individuell beeinträchtigten arbeitslosen jungen Menschen bis zum Alter von 25 Jahren. Diese jungen Menschen benötigen eine intensive und persönliche Begleitung auf ihrem differenzierten Weg in das Berufsbildungs- und Beschäftigungssystem. Im Rahmen des Pro-Aktiv-Centers wird den jungen Menschen ein Fallmanagement angeboten, das den beruflichen Eingliederungsprozess als eine Beratungs- und Betreuungsaufgabe versteht und die Menschen in ihrer Ganzheitlichkeit begreift.

Träger der Einrichtung

Caritasverband Braunschweig e.V.



DER WEG E.V. - INTEGRATIONSFACHDIENST



Ansprechpartner

Beate Hetheier, Geschäftsführung

Anschrift

Integrationsfachdienst Braunschweig

Bruchtorwall 9-11

38100 Braunschweig

Telefon: 0531/6149970

Fax: 0531/614997-29

E-Mail: info@der-weg-bs.de

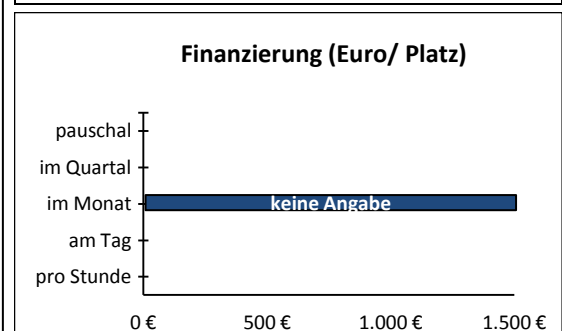
Internet: www.der-weg-bs.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

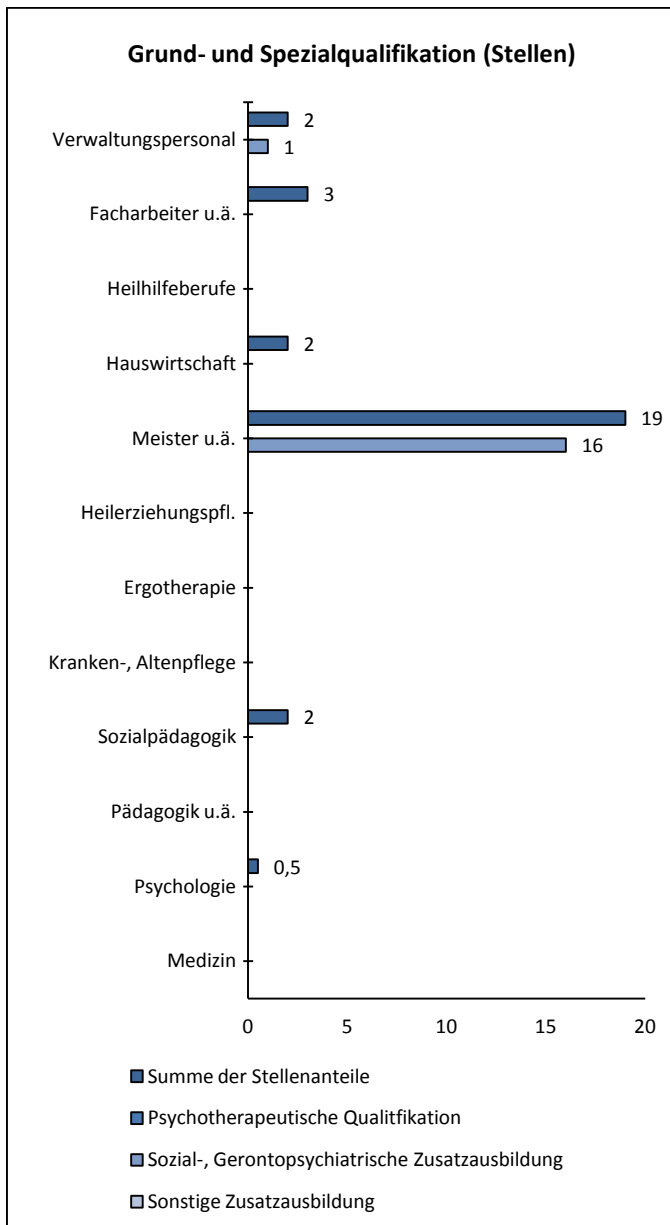
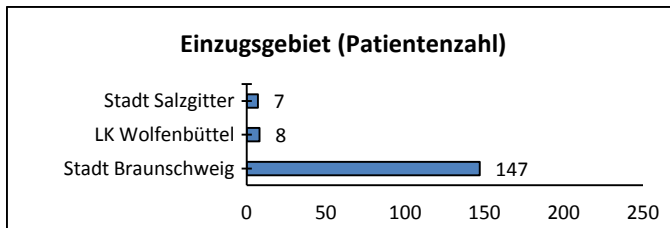
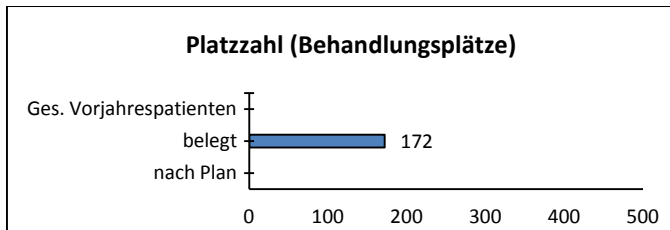
Der Integrationsfachdienst IFD nach SGB IX ist ein professionelles Beratungsangebot in allen Fragen der beruflichen Eingliederung. Gemeinsam mit dem Ratsuchenden entwickelt der IFD Perspektiven für die individuelle Situation und erarbeitet Lösungswege. Der IFD unterstützt und berät Arbeitgeber vor, während und nach der Einstellung schwerbehinderter Menschen. Der IFD versteht sich als Partner, sowohl der schwerbehinderten Menschen als auch der Arbeitgeber. Ein Team erfahrener Fachkräfte berät Sie kompetent, streng vertraulich und kostenlos.

Träger der Einrichtung

Der Weg e.V.



LEBENSHILFE BRAUNSCHWEIG GGMBH - INDUSTRIE-SERVICE



Ansprechpartner

Thomas v. Weyhe, Werkstattleiter

Anschrift

Lebenshilfe Braunschweig gGmbH

Industrie-Service

Ludwigstraße 14

38106 Braunschweig

Telefon: 0531/4719-273

Fax: 0531/4719-285

E-Mail: thomas.v.veyhe@lebenshilfe-braunschweig.de

Internet: www.lebenshilfe-braunschweig.de

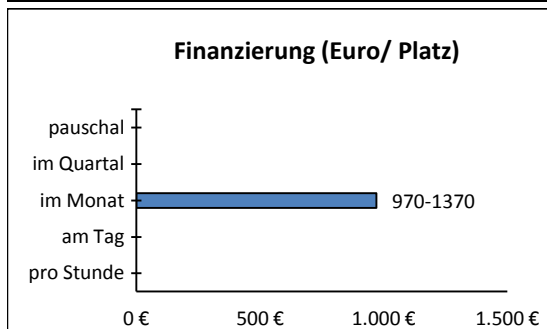
Kurzbeschreibung der Einrichtung:

Die Braunschweiger Reha-Werkstatt "Industrie-Service" bietet Menschen mit seelischen Behinderungen zur Teilhabe am Arbeitsleben ein umfassendes Angebot beruflicher Bildungs- und Rehabilitationsmöglichkeiten. Denn wegen der Art und Schwere ihrer psychischen Erkrankung und der daraus folgenden seelischen Behinderung können diese nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein. Zu den Tätigkeitsfeldern gehören: Keramikwerkstatt, Schlosserei, Fahrzeugpflege, Montagen, Konfektionierung, Garten- und Landschaftspflege, Handwerkliche Dienste, Transport/ Logistik.

Die Maßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsleben gliedern sich in drei Stufen: Eingangsbereich, Berufsbildungsbereich und Arbeitsbereich und beinhalten sowohl die fachliche Qualifizierung als auch persönlichkeitsbildende Angebote.

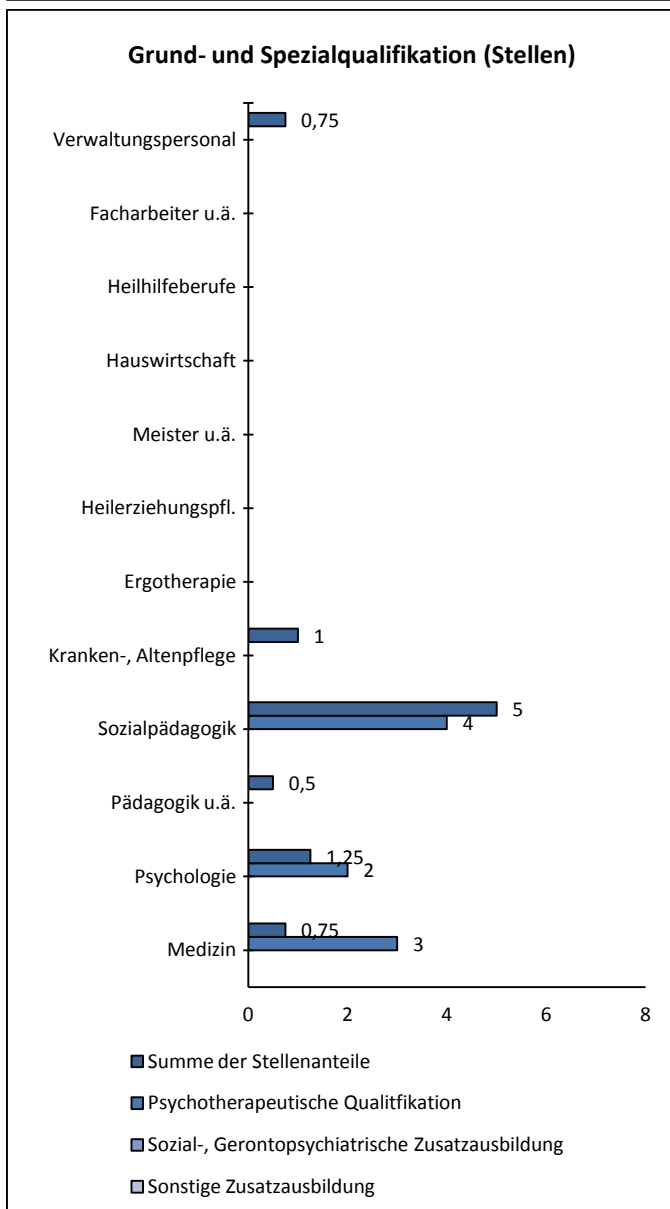
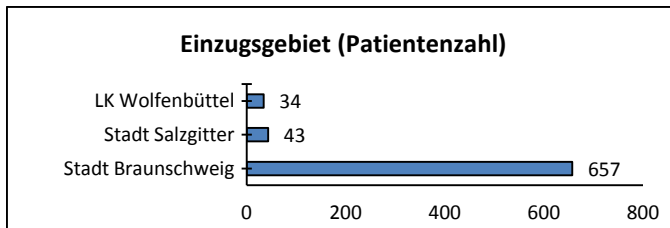
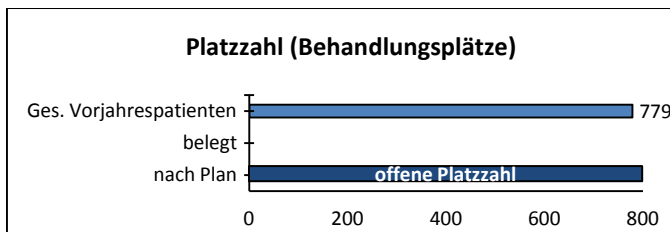
Träger der Einrichtung

Lebenshilfe Braunschweig



16 SPEZIELLE AMBULANTE HILFEN FÜR SUCHTKRANKE

DER PARITÄTISCHE - DROBS (AUSSENSTELLE CLEAR)



Ansprechpartner

Petra Bunke

Anschrift

Außenstelle CLEAR- die jugendspezifische Suchtberatung der Jugend- und Drogenberatung Braunschweig
 Juliusstraße 2
 38118 Braunschweig
 Telefon: 0531/480-7990

E-Mail: drobs-braunschweig@paritaetischer-bs.de

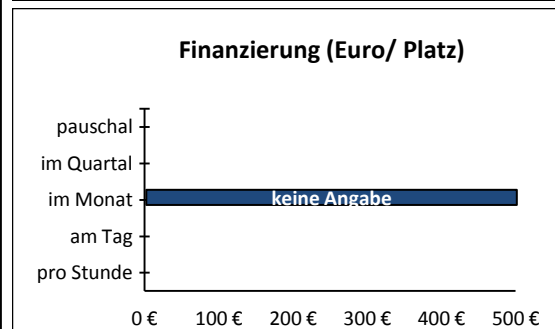
Internet: www.paritaetischer-bs.de/drogen-und-sucht/drobs-braunschweig/beratungbetreuung/angebot/clear/

Kurzbeschreibung der Einrichtung

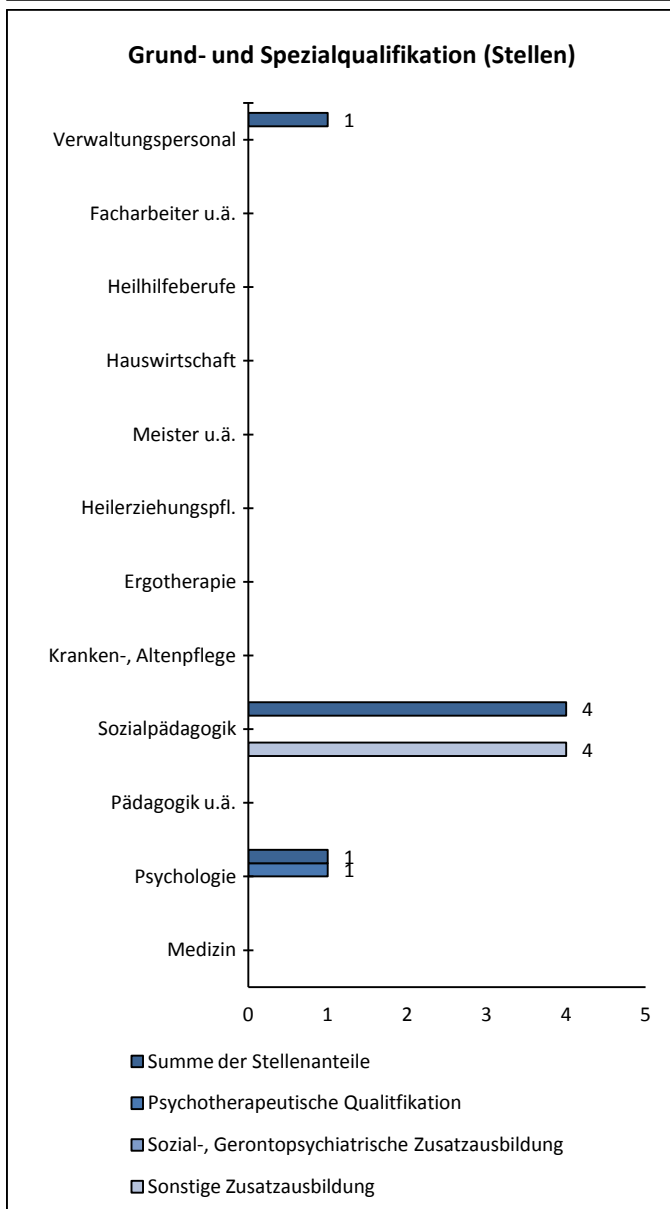
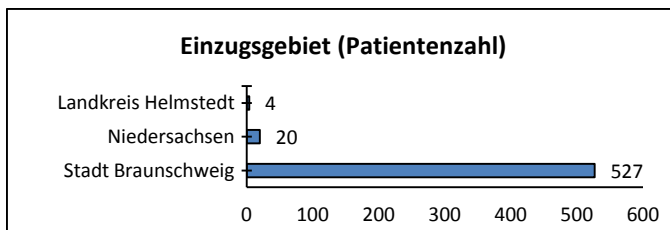
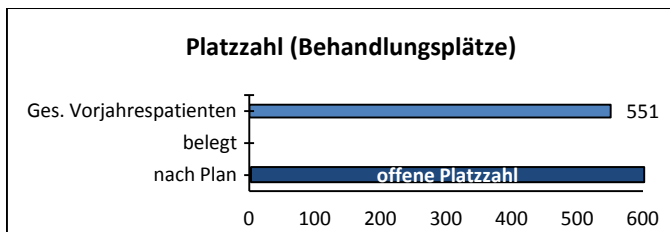
Das „CLEAR“, die Außenstelle der Drogenberatung, richtet sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene Erst- oder FrühkonsumentInnen von Alkohol und/oder Partydrogen. Im Rahmen von Einzelberatungsangeboten nach Terminvereinbarung, einer offenen Sprechstunde und einem Gruppenangebot wird speziell auf die Thematiken und Problemstellungen jugendlicher KonsumentInnen eingegangen und eine gemeinsame Zielsetzung erarbeitet.

Träger der Einrichtung

Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH



BEJ BERATUNG FÜR FAMILIE, ERZIEHENDE UND JUNGE MENSCHEN E.V. - BIB



Ansprechpartner
Holger Barkhau, Leitung

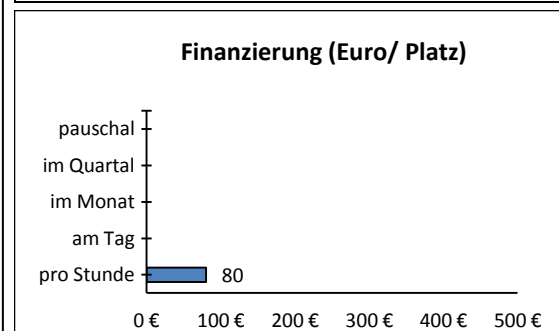
Anschrift
Jugendberatung bib
Domplatz 4
38100 Braunschweig
Telefon.: 0531/52085
Fax: 0531/52086

E-Mail: jugendberatung-bib@b-e-j.de

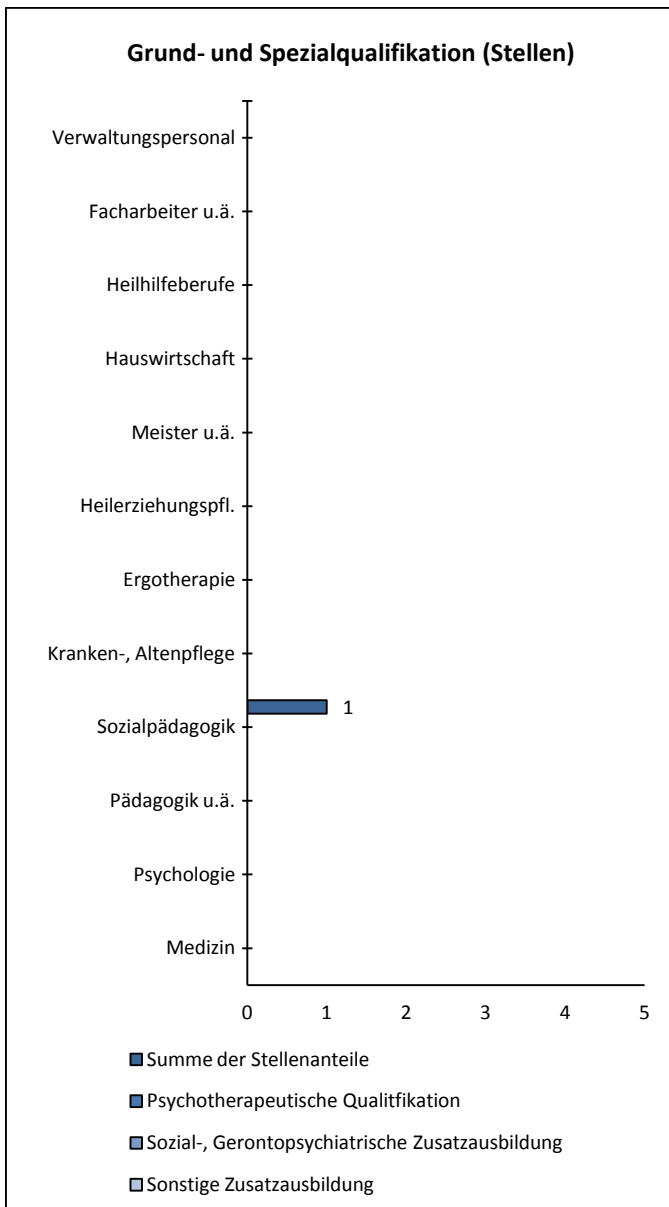
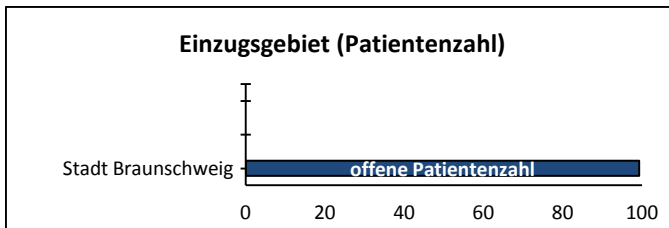
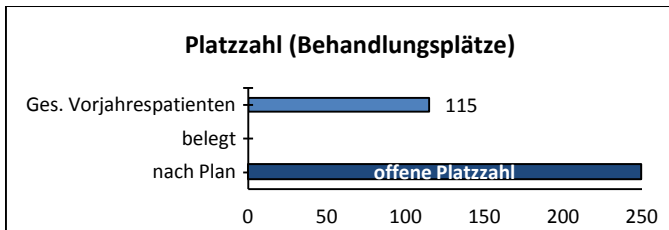
Internet: www.jugendberatung-bib.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung
Beratungsstelle für junge Menschen zwischen 14 und 26 Jahren mit Wohnsitz in Braunschweig. Einzelberatung (auch mit Bezugspersonen) und Gruppenberatung. Themenspektrum: soziale, psychische, finanzielle, rechtliche, schulische oder berufliche Fragen oder Schwierigkeiten. Erreichbarkeit auch ohne Voranmeldung von 14 - 17 Uhr von Montag bis Freitag. Beratung ist kostenlos und vertraulich.

Träger der Einrichtung
Beratung für Familien, Erziehende und junge Menschen e. V.



AMBET E.V. - NACHBARSCHAFTSHILFE



Ansprechpartner

Dipl. Soz.päd./-arb. Petra Karls

Anschrift

Nachbarschaftshilfe Ambet e.V.

Triftweg 73

38118 Braunschweig

Telefon: 0531/2565750

Fax: 0531/2565799

E-Mail: nachbarschaftshilfe@ambet.de

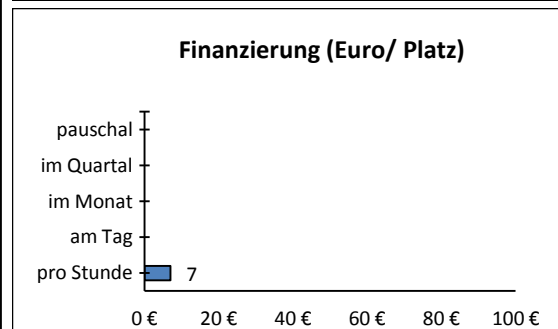
Internet: www.ambet.de/ambulante-hilfen/nachbarschaftshilfe

Kurzbeschreibung der Einrichtung

Die Nachbarschaftshilfe soll vor allem dem älteren Menschen ein selbständiges Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen. Vielen älteren Menschen ist es nicht mehr möglich, einzelne Verrichtungen im Haushalt, Einkäufe oder außerhäusliche Wege u. ä. zu erledigen. Diese Alltagsprobleme können zu Einsamkeit und Isolation führen. Nachbarschaftshilfe setzt deshalb an einem frühen Punkt an. Gemeinsam mit den HelferInnen können die alltäglichen Probleme bewältigt werden, bevor sie zu unüberwindlichen Schwierigkeiten führen.

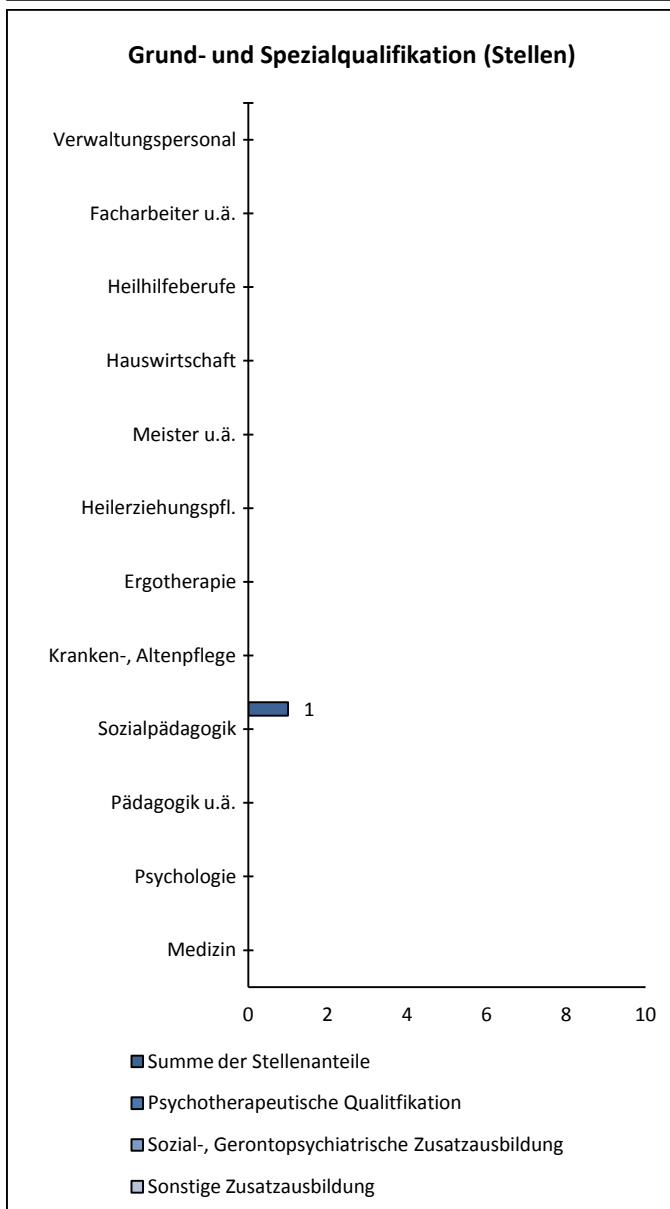
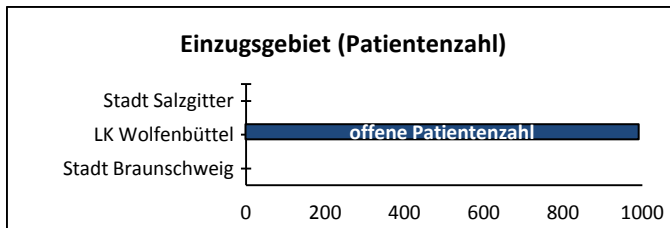
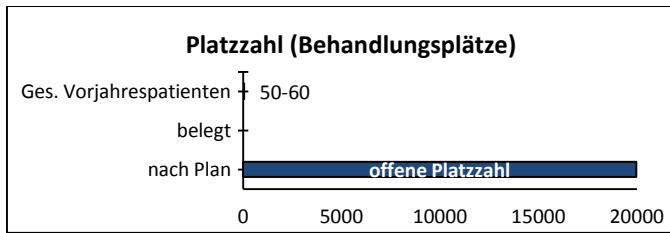
Träger der Einrichtung

Ambet e.V.



19 SONSTIGE AMBULANTE HILFEN

ANGEHÖRIGENSELBSTHILFEGRUPPE



Ansprechpartner

Marlis Wiedemann

Anschrift

Angehörigenselbsthilfe psychisch erkrankter Menschen

Helmstedter Straße 167

38102 Braunschweig

Telefon: 0531/845938

E-Mail: manowie@aol.com

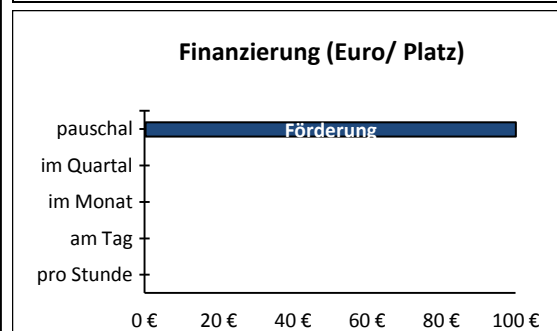
Internet: www.angehoerigenselbsthilfe-bs.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

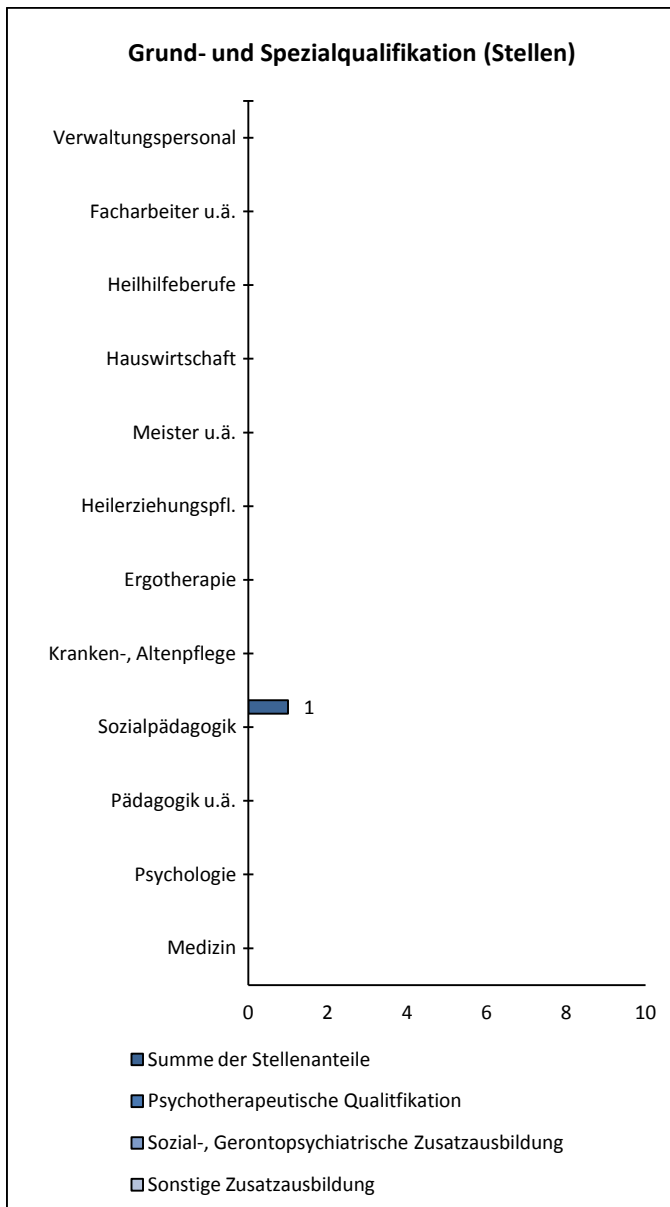
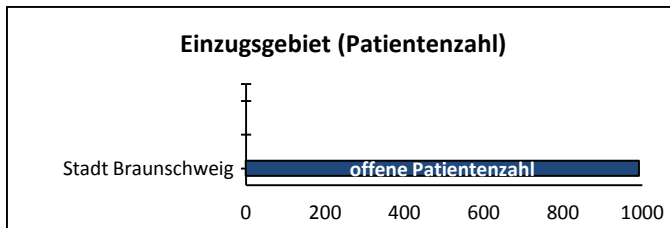
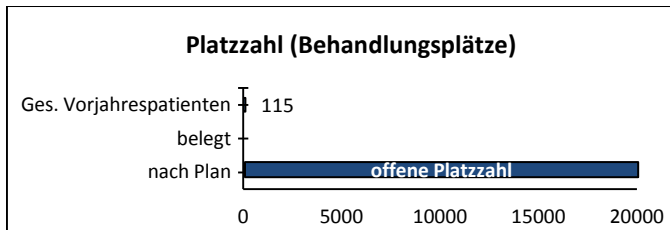
Die Angehörigengruppe trifft sich jeden zweiten und vierten Freitag im Monat um 18 und 20 Uhr in der Kontaktstelle Cafe Der Weg e.V., Helmstedter Straße 167. Telefonische Sprechzeiten sind dienstags und donnerstags von 19 - 21 Uhr und auf Wunsch ist ein Erstgespräch im kleinen Kreis möglich. Unterschiedliche Angehörige und alle psychiatrischen Diagnosen sind in der Gruppe vertreten.

Träger der Einrichtung

Keine Angabe



AMBET E.V. - NACHBARSCHAFTSHILFE



Ansprechpartner

Dipl. Soz.päd./-arb. Petra Karls

Anschrift

Nachbarschaftshilfe Ambet e.V.

Triftweg 73

38118 Braunschweig

Telefon: 0531/2565750

Fax: 0531/2565799

E-Mail: nachbarschaftshilfe@ambet.de

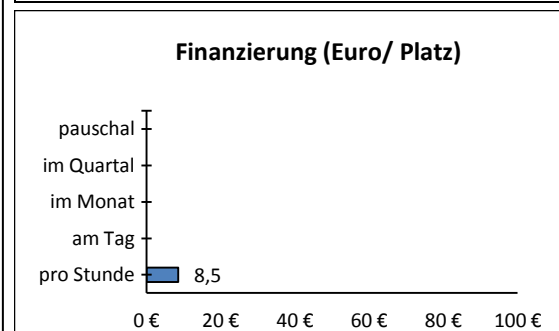
Internet: www.ambet.de/ambulante-hilfen/nachbarschaftshilfe

Kurzbeschreibung der Einrichtung

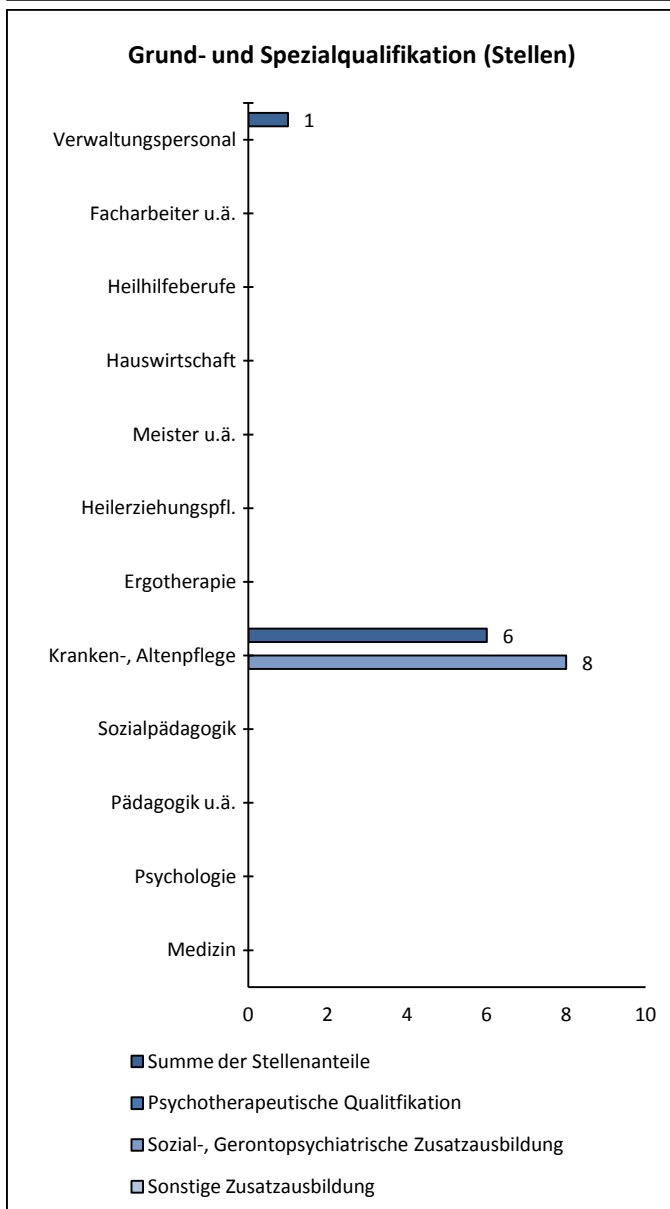
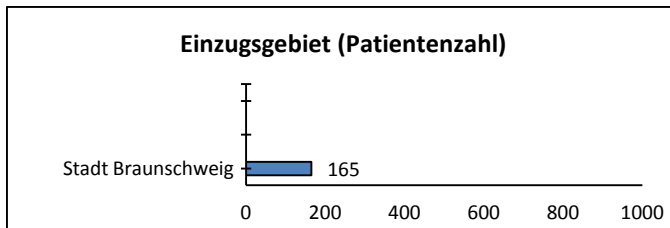
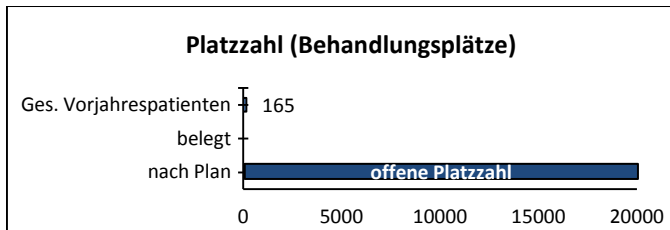
Die Nachbarschaftshilfe soll vor allem dem älteren Menschen ein selbständiges Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen. Vielen älteren Menschen ist es nicht mehr möglich, einzelne Verrichtungen im Haushalt, Einkäufe oder außerhäusliche Wege u. ä. zu erledigen. Diese Alltagsprobleme können zu Einsamkeit und Isolation führen. Nachbarschaftshilfe setzt deshalb an einem frühen Punkt an. Gemeinsam mit den HelferInnen können die alltäglichen Probleme bewältigt werden, bevor sie zu unüberwindlichen Schwierigkeiten führen.

Träger der Einrichtung

Ambet e.V.



AMBET E.V. - PSYCHIATRISCHE KRANKENPFLEGE



Ansprechpartner

Brigitte Utz

Anschrift

Ambulante psychiatrische Krankenpflege
Ambet e.V.

Brigitte Utz

An den Rosenäckern 11

38116 Braunschweig

Telefon: 0531/25657-0

0531/25657-15

Fax: 0531/25657-12

E-mail: brigitte.utz@ambet.de

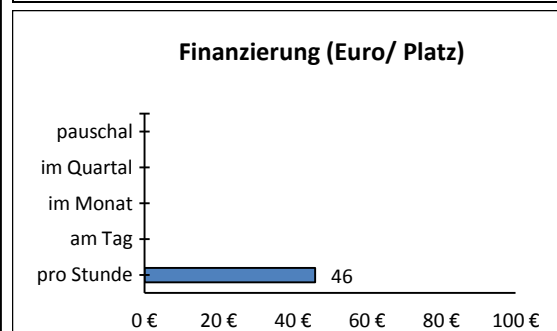
Internet: www.ambet.de/ambulante-hilfen/psychiatrische-krankenpflege

Kurzbeschreibung der Einrichtung

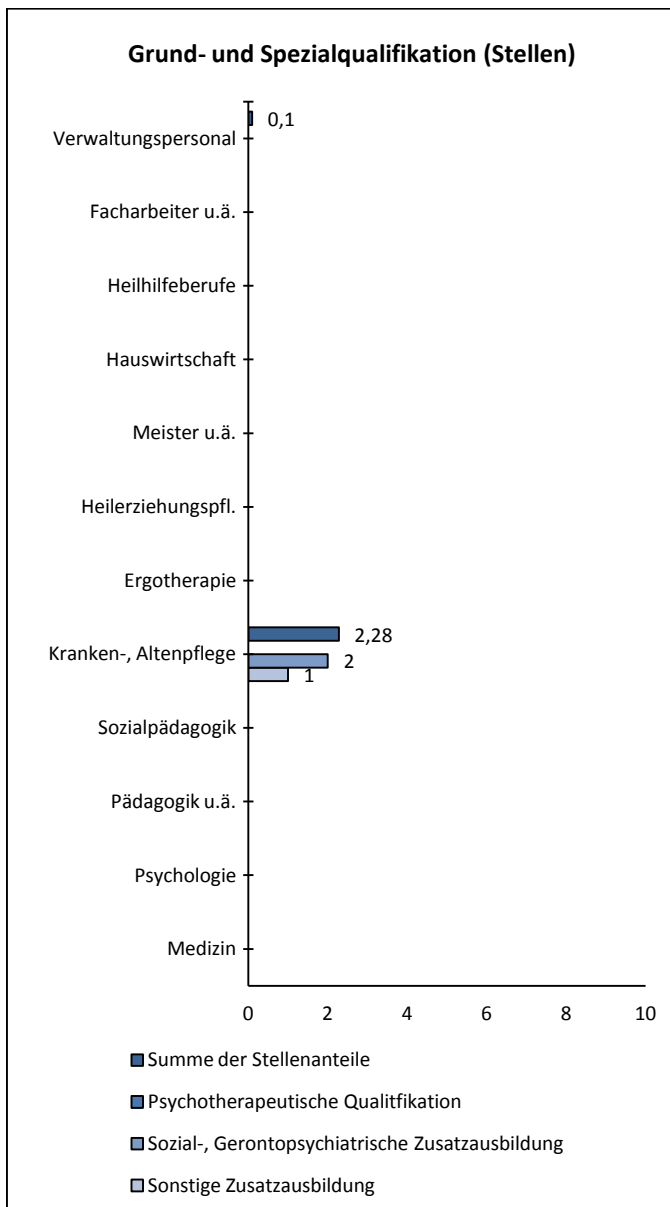
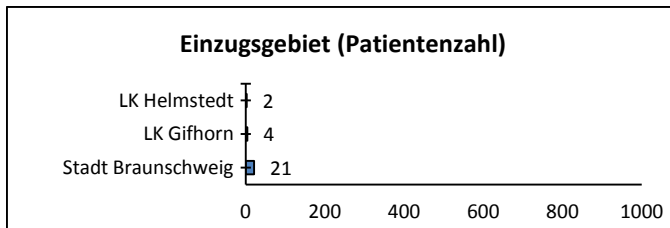
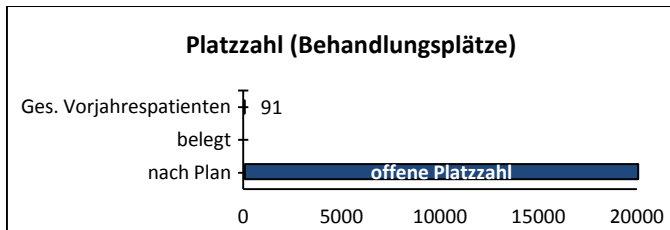
Ambulante psychiatrische Pflege ist die Betreuung von psychisch kranken Erwachsenen, die in ihrer eigenen Wohnung leben. Durch regelmäßige Besuche und Begleitung innerhalb eines begrenzten Zeitraumes soll der gesundheitliche Zustand der KlientInnen so stabilisiert werden, dass sie ihren Alltag bewältigen können. Es handelt sich dabei um eine Behandlungspflegeleistung nach § 37.2 SGB V.

Träger der Einrichtung

Ambet e.V.



DIAKONIESTATION - AMBULANTE PSYCHIATRISCHE PFLEGE



Ansprechpartner

Peter Klucken, Pflegedienstleitung

Anschrift

Diakoniestation Braunschweig
 Zweckverband kirchlichen Rechts
 Ambulanter Psychiatrischer Pflegedienst
 Roseliesstraße 1
 38126 Braunschweig
 Telefon: 0531/23866-0
 Fax: 0531/70189850

E-Mail: peter.klucken@diakoniestation-braunschweig.de

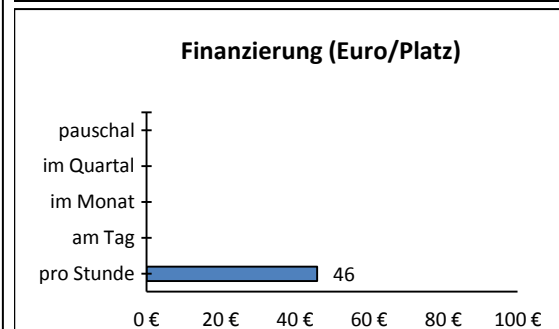
Internet: www.diakoniestation-braunschweig.de/pflege0.html

Kurzbeschreibung der Einrichtung

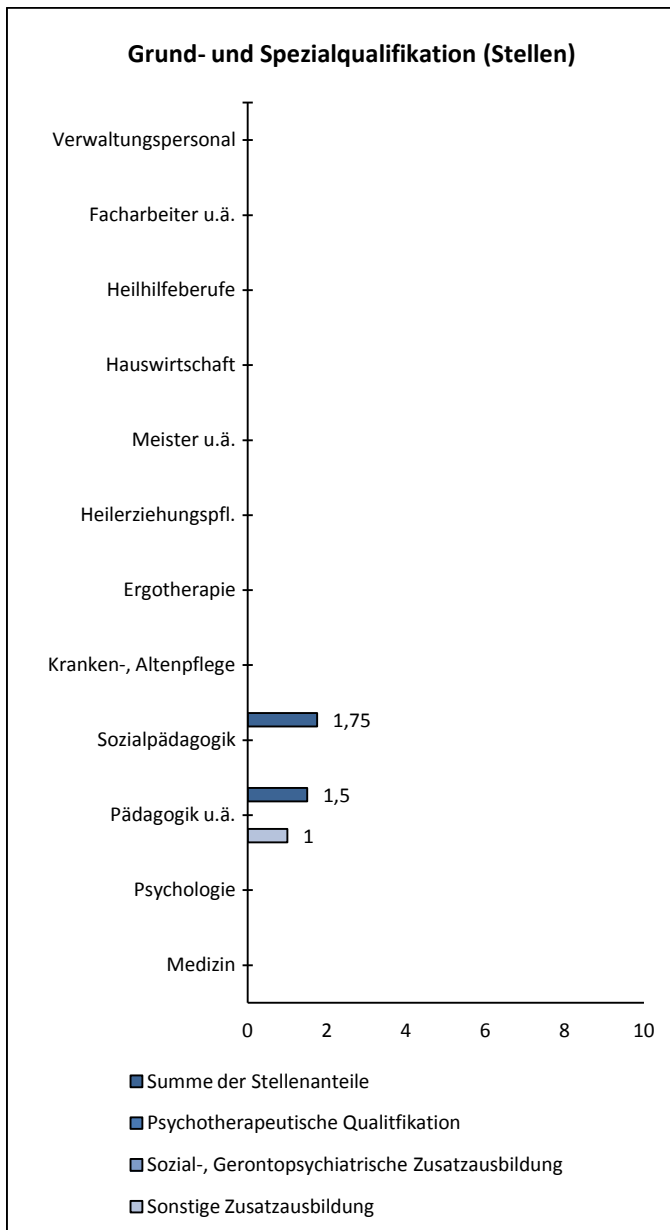
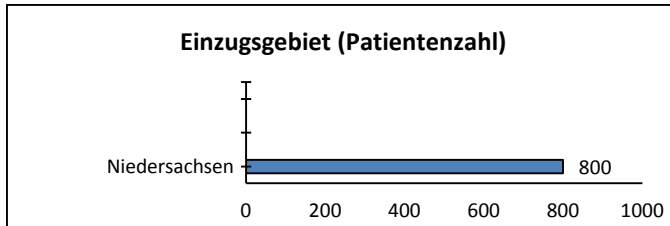
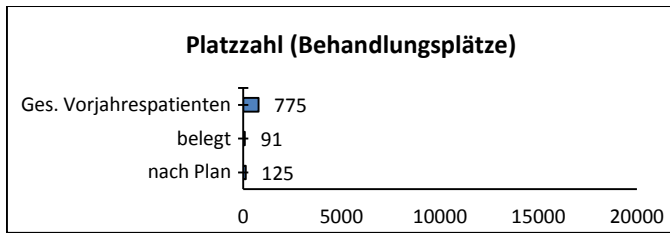
Der APP ist zuständig für die Stadt Braunschweig, den gesamten Landkreis Gifhorn sowie Teile der Städte/Kreise Wolfenbüttel, Helmstedt, Salzgitter und Peine. Es werden sämtliche psychiatrische Erkrankungen, die gemäß den Richtlinien für APP verordnungsfähig sind, betreut. Voraussetzung für die APP ist eine fachärztliche Verordnung (von Psychiatern, Neurologen, Nervenärzten, psychiatrischen Fachkliniken sowie psychiatrischen Fachabteilungen in Krankenhäusern). Die APP kann bis zu 4 Monate verordnet werden, in Ausnahmefällen auch länger. Die bisherigen Erfahrungen sind äußerst positiv. Fast sämtliche KlientInnen berichten davon, deutlich von der APP profitiert zu haben.

Träger der Einrichtung

Diakoniestation Braunschweig



INSTITUT FÜR TRANSKULTURELLE BETREUUNG E.V.



Ansprechpartner:

Alexander Diete, Außenstellenleiter

Anschrift

Institut für transkulturelle Betreuung e.V.

Außenstelle in Braunschweig

Hannoversche Straße 41

38116 Braunschweig

Telefon: 0531/580865-0

0531/580865-12

Fax: 0531/580865-10

E-Mail: info@itb-ev.de

alexander.diete@itb-ev.de

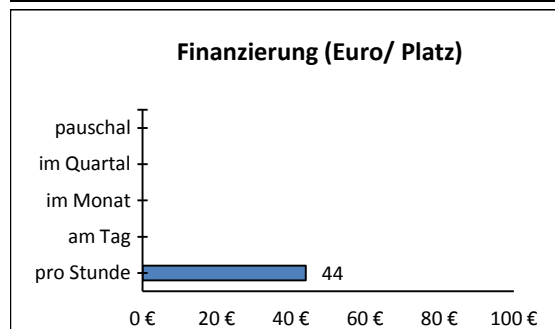
Internet: www.itb-ev.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

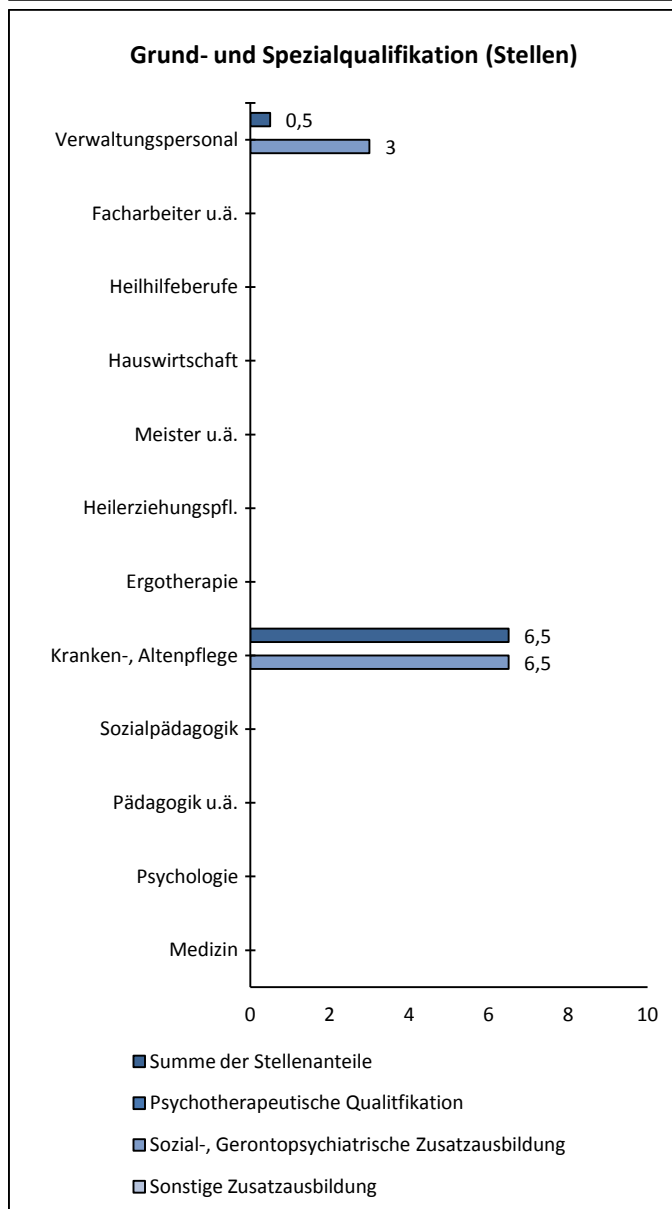
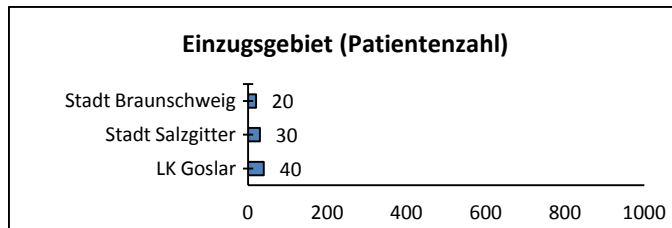
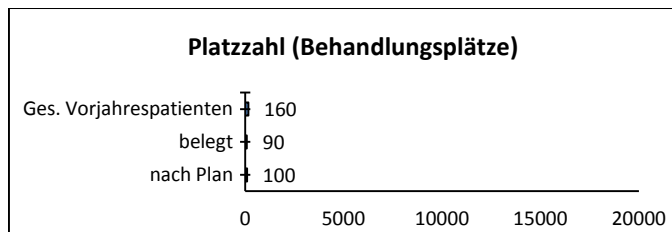
Das ITB ist seit 2010 nach den §§ 1773 ff. BGB als anerkannter Vormundschaftsverein tätig. Das ITB verfolgt das Ziel eine adäquate, kulturspezifische und individuelle Betreuungsform und Vormundschaft unter Berücksichtigung der kulturellen Hintergründe und Muttersprache zu gewährleisten. Zu den Aufgabenfeldern gehören neben dem Führen von rechtlichen Betreuungen, Vormundschaften und Pflegschaften, die Gewinnung, Beratung und Begleitung von ehrenamtlichen BetreuerInnen und Vormündern. Beratungen zum Betreuungsrecht, Vorsorgevollmachten, Patientenverfügungen und Vormundschaftsrecht. Angebote zur Aus-, Fort- und Weiterbildung, Erstellung von muttersprachlichen Angeboten und Materialien, sowie Organisation von Tagungen und Veranstaltungen.

Träger

Institut für transkulturelle Betreuung e.V.



PRIVAT-NERVEN-KLINIK DR. MED. KURT FONTHEIM - APP



Ansprechpartner

Silvio Heim, Pflegedienstleitung
Mervi Letter, Stellvertretung

Anschrift

APP Schloßstraße
Schloßstraße 4
38704 Liebenburg

Telefon: 05346/811222

Fax: 05346/811471

E-Mail: Heim@klinik-dr-fontheim.de

Letter@klinik-dr-fontheim.de

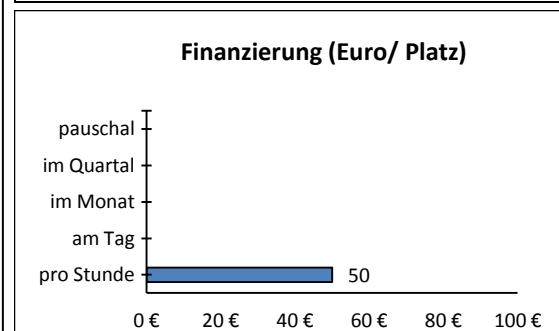
Internet: www.klinik-dr-fontheim.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

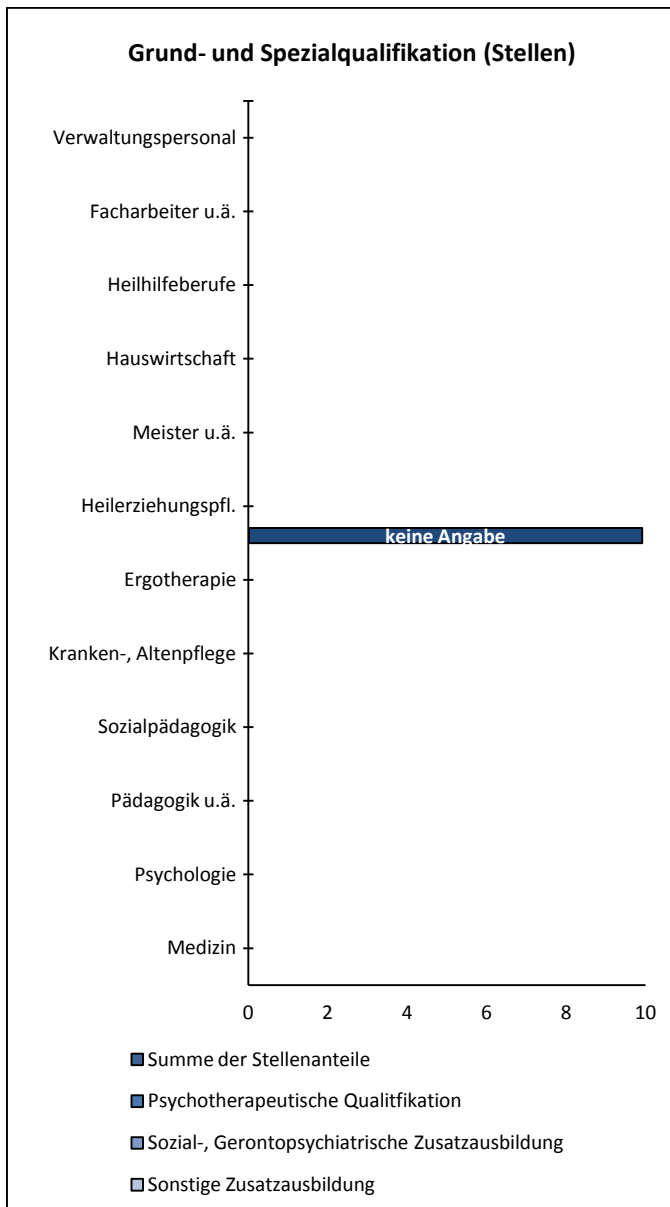
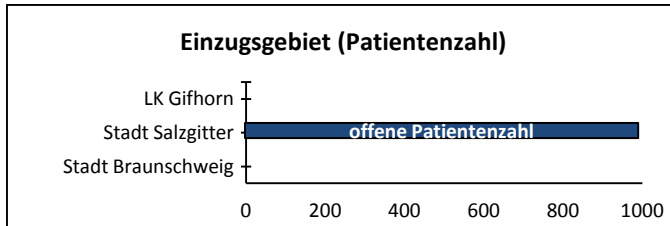
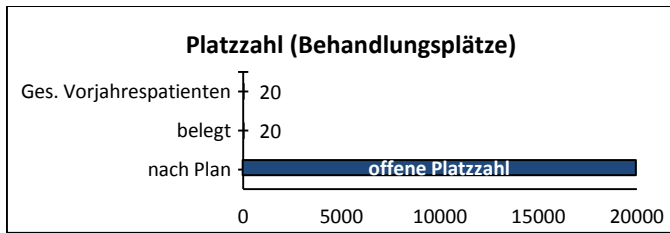
Die APP Schloßstraße ist ein anerkannter Ambulanter Psychiatrischer Pflegedienst, der Klinik, Tagesklinik, MRV, PIA, Heim und ab 2013 auch Eingliederungshilfe anbietet. Sie hat mit allen gesetzlichen Krankenkassen Vertragssicherheit zur Erbringung von APP. Das Angebot wird von niedergelassenen Fachärzten für Psychiatrie verordnet. Die maximale Länge beträgt vier Monate. Alle Pflegepersonen sind psychiatrisch Zusatzausgebildet und führen 1:1 Besuche durch. Es herrscht das Bezugspflegesystem.

Träger der Einrichtung

Privat-Nerven-Klinik Dr. med. Kurt Fontheim



SELBSTHILFEGRUPPE PSYCHIATRIEERFAHRENE BRAUNSCHWEIG



Ansprechpartner

Jutta Rutsch

Anschrift

SHG Psychiatrie-Erfahrene-Braunschweig
 Siemensstraße 8
 38126 Braunschweig
 Telefon: 0531/2577208

E-Mail: j.ru.bs@web.de

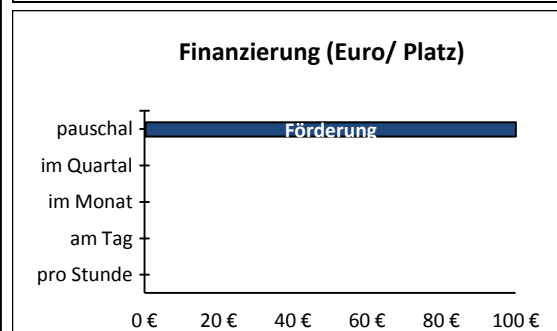
Internet: www.Psychiatrie-Erfahrene-Braunschweig.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

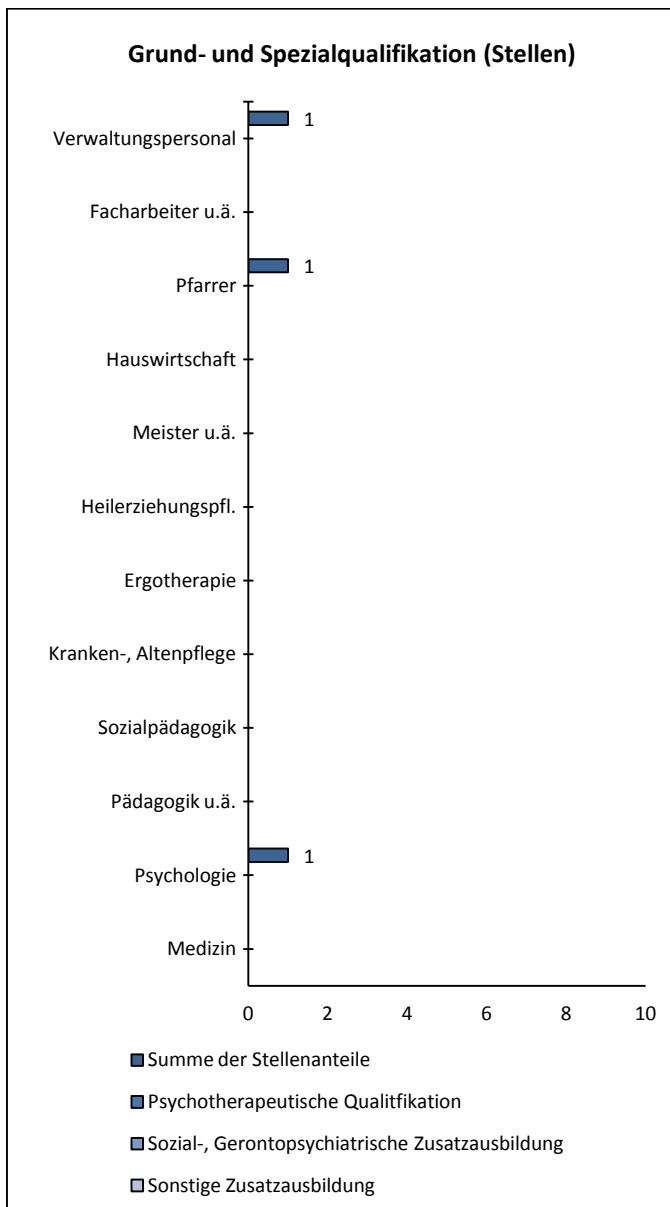
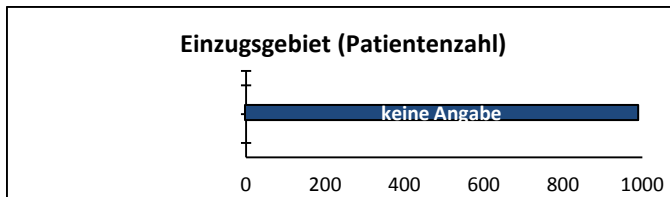
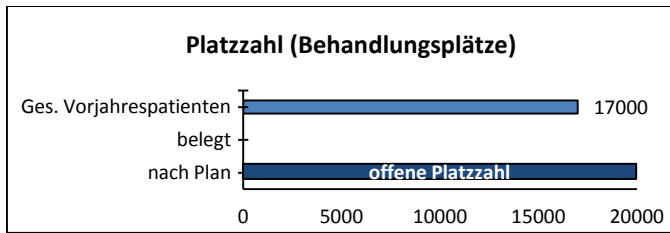
Die SHG ist eine offene Gruppe, die auf freiwilliger Basis und ohne Bezahlung stattfindet. Sie trifft sich einmal im Monat in den Räumen des Vereins Der Weg e.V. und umfasst zwischen 5 und 15 Personen, im Schnitt etwa 10 Personen je Treffen. Die SHG bietet Erfahrungsaustausch und Kontakt mit anderen Psychiatrieerfahrenen, Information über Diagnosen und Wege des Umgangs damit, Beratung von Psychiatrieerfahrenen auf Grund von Selbsterfahrung, einen selbstbewussten Umgang mit psychiatrischen Diagnosen und den eigenen Einschränkungen und selbstbewusstes Auftreten von Psychiatrieerfahrenen in der Öffentlichkeit. Die Gruppenmitglieder sind außerdem an der Vorbereitung des Psychiatrieforums, in der Beschwerdestelle im Sozialpsychiatrischen Verbund sowie im Behindertenbeirat der Stadt beteiligt.

Träger der Einrichtung

Keine Angabe



TELEFONSELSORGE BRAUNSCHWEIG



Ansprechpartner

Pfarrer Jörg Willenbockel
Dipl.-Psych. Heike Köhler

Anschrift

Telefonseelsorge
Engelsstraße 11
38126 Braunschweig
Telefon: 0531/273660
Fax: 0531/2736677

E-Mail: braunschweig@telefonseelsorge.de

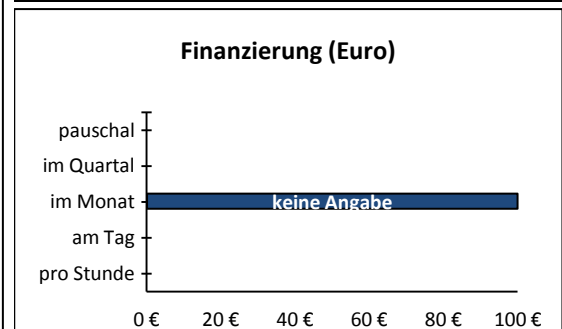
Internet: www.telefonseelsorge-bs.de
www.telefonseelsorge.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

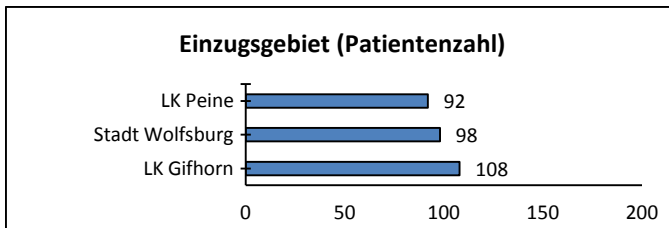
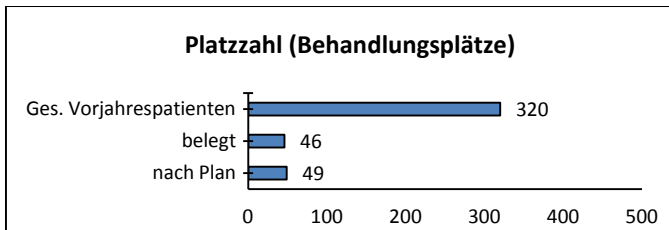
Die Telefonseelsorge Braunschweig ist eine niederschwellige Einrichtung der evangelischen Propstei, an die sich Menschen mit allen Anliegen wenden können und jederzeit einen zugewandten und kompetenten Ansprechpartner finden. Das Telefon ist Tag und Nacht besetzt, auch am Wochenende und an den Feiertagen. Der Anruf ist kostenlos und erscheint nicht auf der Telefonrechnung.

Träger der Einrichtung

Evangelische Propstei



AWO PSYCHIATRIEZENTRUM KÖNIGSLUTTER - PSYCHIATRISCHE KLINIK



Ansprechpartner

Keine Angabe

Anschrift

AWO Psychiatriezentrum

Tagesklinik Peine

Ilsestraße 35

31226 Peine

Telefon: 05171/294760

Tagesklinik Wolfsburg

Laagbergstraße 24

38440 Wolfsburg

Telefon: 05361/2982-0

Tagesklinik Gifhorn

Campus 7

38518 Gifhorn

Telefon: 05371/938120

Tagesklinik Wolfenbüttel

Dr.-Heinrich-Jasper-Straße 22

38304 Wolfenbüttel

Telefon: 05331/88299-0

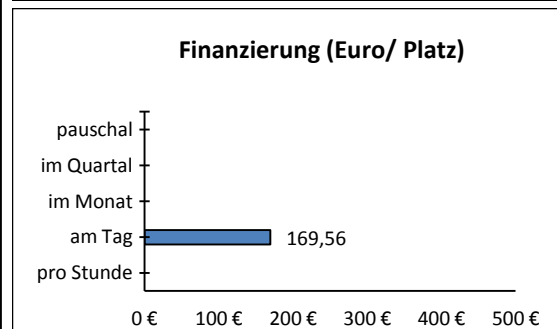
Internet: www.awo-psychiatriezentrum.de/index.php?id=36

Kurzbeschreibung der Einrichtung

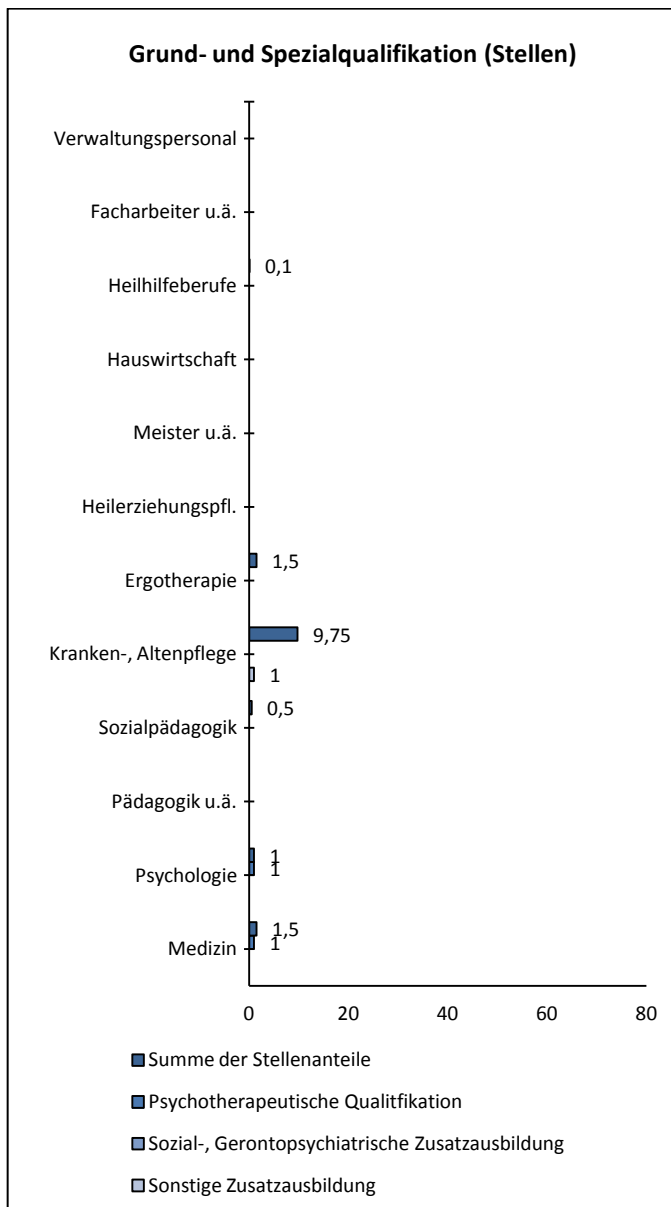
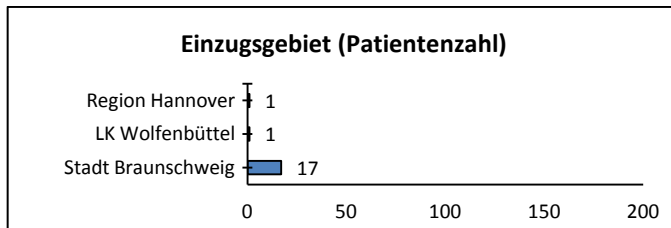
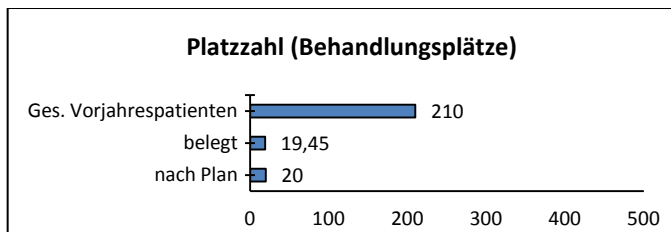
Die Tageskliniken sind ein teilstationärer Bereich für Psychiatrie als Außenstellen des AWO Psychiatriezentrums. Hier werden seelisch kranke Menschen tagsüber behandelt, während sie nachts und am Wochenende zu Hause leben.

Träger der Einrichtung

AWO Niedersachsen gGmbH



STÄDTISCHES KLINIKUM BRAUNSCHWEIG - TAG- UND NACHTKLINIK



Ansprechpartner

Chefarzt Privatdozent Dr. Alexander Diehl
Frau Dr. Wodarz, Oberärztin

Anschrift

Tag- und Nachtklinik

Celler Straße 86

38114 Braunschweig

Telefon: 0531/595-3766 (Fr. Dr. Wodarz)
0531/595-3768 (Station)

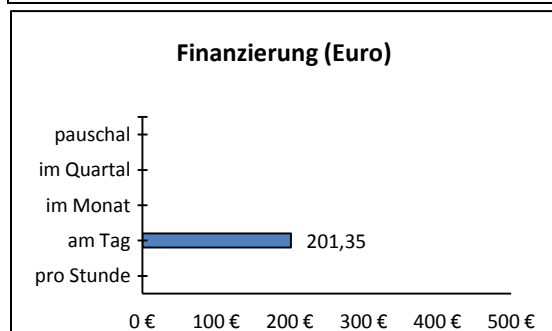
Internet: www.klinikum-braunschweig.de/238.0.html

Kurzbeschreibung der Einrichtung

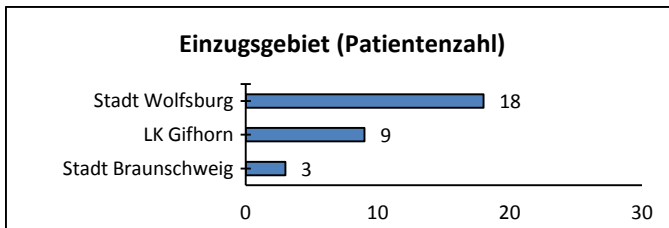
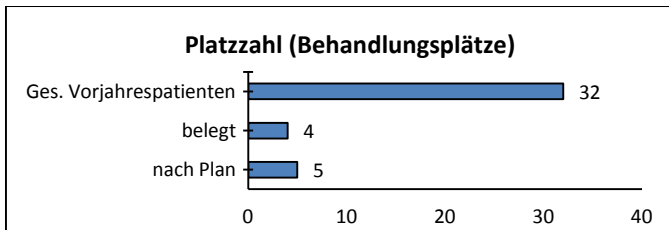
Die Tag- und Nachtklinik wird als teilstationäre Einrichtung geführt. Tagespatienten schlafen nachts zu Hause, nehmen tagsüber an Therapieprogrammen teil, Nachtpatienten gehen tagsüber beispielsweise zur Arbeitserprobung oder übernehmen Aufgaben im häuslichen Bereich und sind nachmittags und nachts wieder in der Klinik. Jeder Patient hat aber immer ein Bett zur Verfügung und kann, wenn es erforderlich ist, zwischenzeitlich auch vollstationär versorgt werden. Diese flexible Regelung ermöglicht es, die Patienten je nach Belastungssituation so schnell wie möglich wieder in ihren Alltag zu integrieren.

Träger der Einrichtung

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH



AWO PSYCHIATRIEZENTRUM KÖNIGSLUTTER - KINDER- UND JUGENDPSYCHIATRIE



Ansprechpartner

Keine Angabe

Anschrift

AWO Psychiatriezentrum
 Tagesklinik Wolfsburg Kinder- und
 Jugendpsychiatrie und Psychotherapie
 Laagbergstraße 24
 38440 Wolfsburg
 Telefon: 05361/ 2982-0

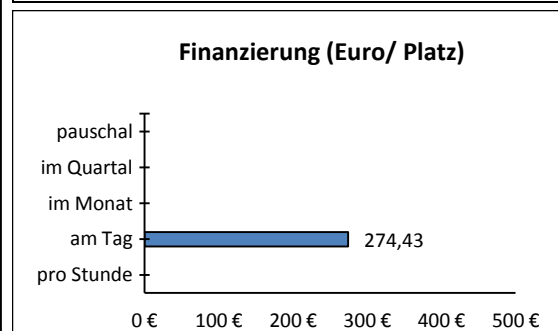
Internet: www.awo-psychiatriezentrum.de/index.php?id=36

Kurzbeschreibung der Einrichtung

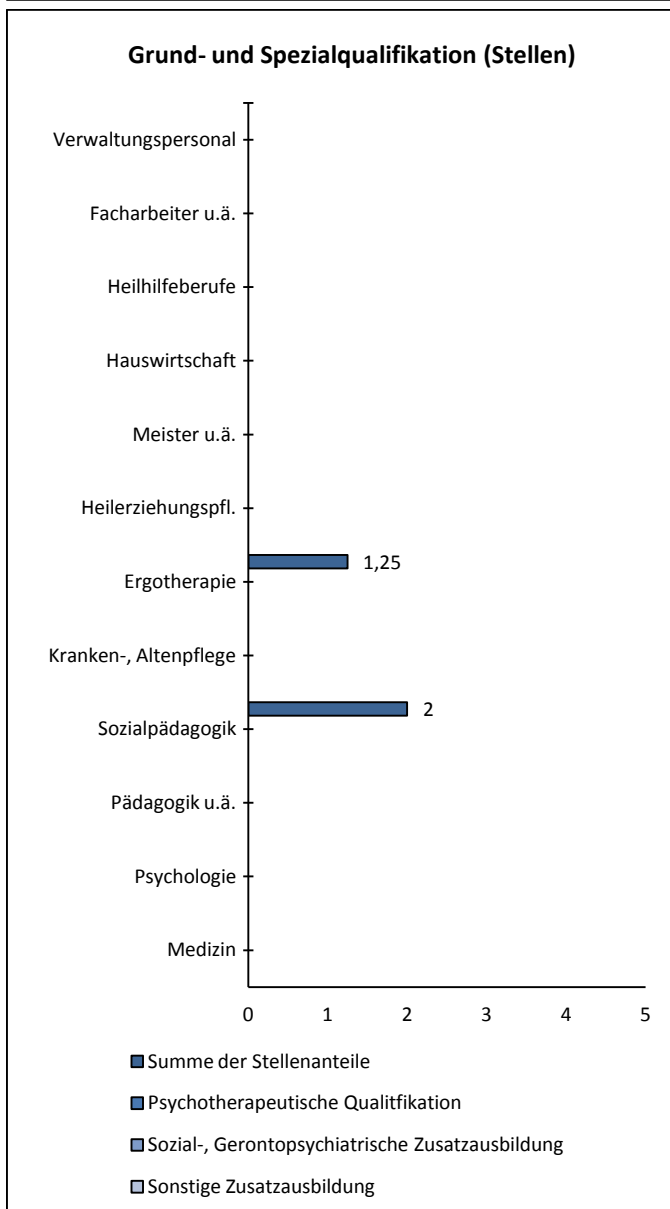
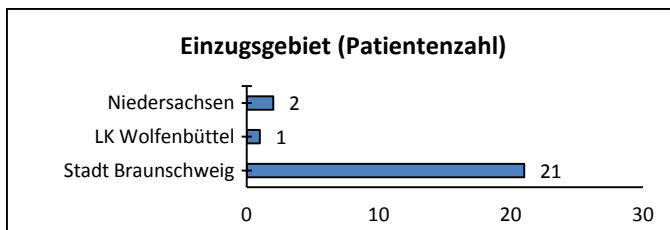
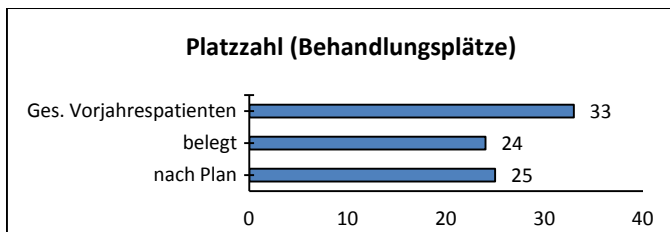
Die Tagesklinik ist ein teilstationärer Bereich für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie als Außenstelle des AWO Psychiatriezentrums. Der Kinder- und Jugendbereich der Tagesklinik in Wolfsburg ermöglicht eine Behandlung von 7 – 17 Jährigen ausschließlich tagsüber. Am Wochenende leben die Kinder/ Jugendlichen wie gewohnt in der Familie zu Hause.

Träger der Einrichtung

AWO Niedersachsen gGmbH



DER WEG E.V. - TAGESSTÄTTE HELMSTEDTER STRASSE



Ansprechpartner

Dipl. Soz.päd. Katrin Watzlawek

Anschrift

Der Weg e.V.
 Tagesstätte Helmstedter Straße
 Helmstedter Straße 167
 38102 Braunschweig
 Telefon: 0531/701849-0
 Fax: 0531/701849-3

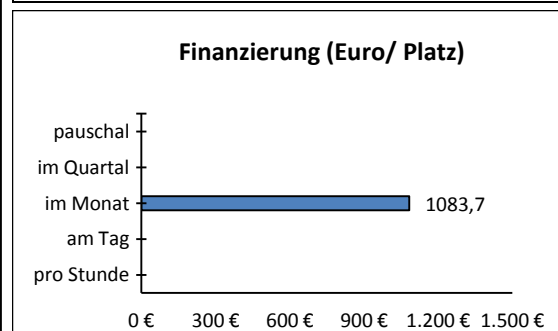
E-Mail: ts-helmstedter@der-weg-bs.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

Die Angebote der Tagesstätte richten sich an Menschen mit psychischen Erkrankungen, die Unterstützung beim Aufbau einer sinnvollen Tagesstruktur wünschen und ihre selbstständige Lebensführung wiedergewinnen möchten. Die gezielte individuelle Förderung und Stabilisierung der TeilnehmerInnen stehen hierbei im Mittelpunkt der Arbeit. Primäre Ziele sind die Förderung der Kompetenzen zur selbstständigen Lebensgestaltung und Alltagsbewältigung sowie die allgemeine Verbesserung der Lebensqualität um langfristig einer Wiedererkrankung vorzubeugen.

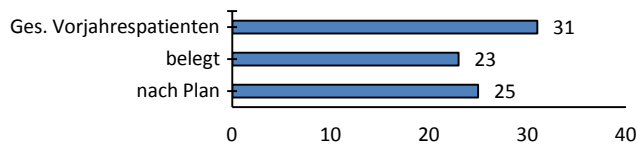
Träger der Einrichtung

Der Weg e.V.

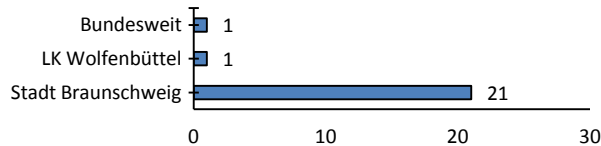


DER WEG E.V. - TAGESSTÄTTE KÖNIGSTIEG

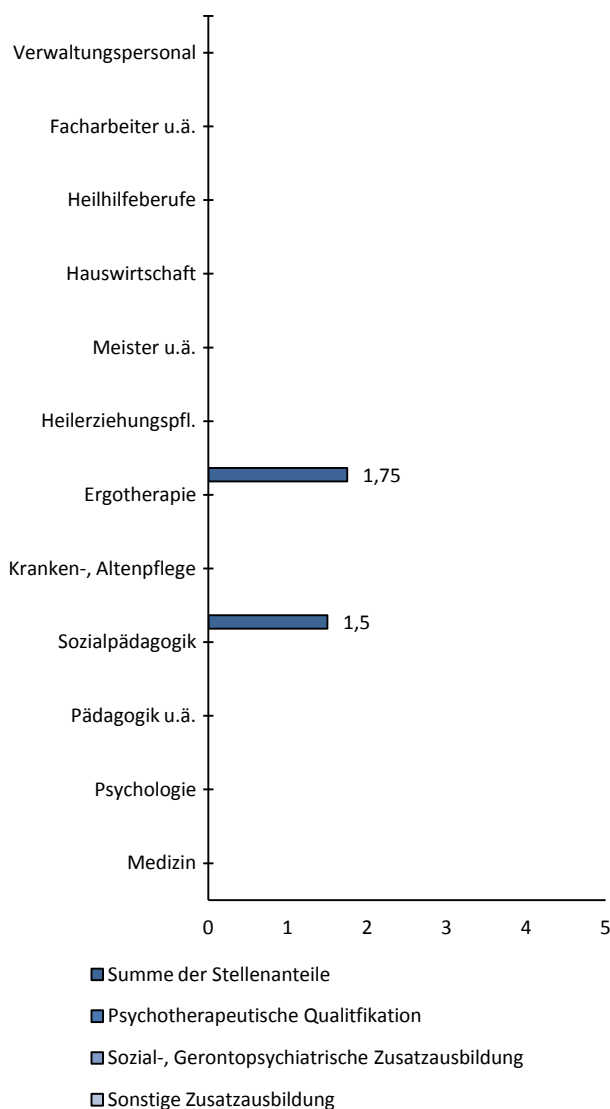
Platzzahl (Behandlungsplätze)



Einzugsgebiet (Patientenzahl)



Grund- und Spezialqualifikation (Stellen)



Ansprechpartner

Dipl. Soz.päd. Peter Stappmanns

Anschrift

Der Weg e.V.
Tagesstätte Königstiege
Königstiege 15
38118 Braunschweig
Telefon: 0531/580497-0
Fax: 0531/580497-22

E-Mail: ts-koenigstiege@der-weg-bs.de

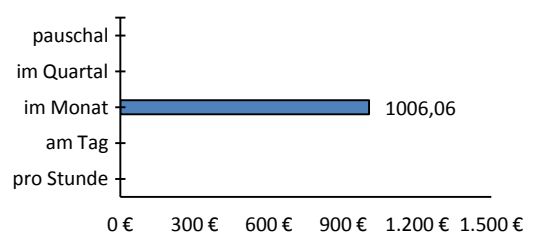
Kurzbeschreibung der Einrichtung

Die Angebote der Tagesstätte richten sich an Menschen mit psychischen Erkrankungen, die Unterstützung beim Aufbau einer sinnvollen Tagesstruktur wünschen und ihre selbstständige Lebensführung wiedergewinnen möchten. Die gezielte individuelle Förderung und Stabilisierung der TeilnehmerInnen stehen hierbei im Mittelpunkt der Arbeit. Primäre Ziele sind die Förderung der Kompetenzen zur selbstständigen Lebensgestaltung und Alltagsbewältigung sowie die allgemeine Verbesserung der Lebensqualität um langfristig einer Wiederekrankung vorzubeugen.

Träger der Einrichtung

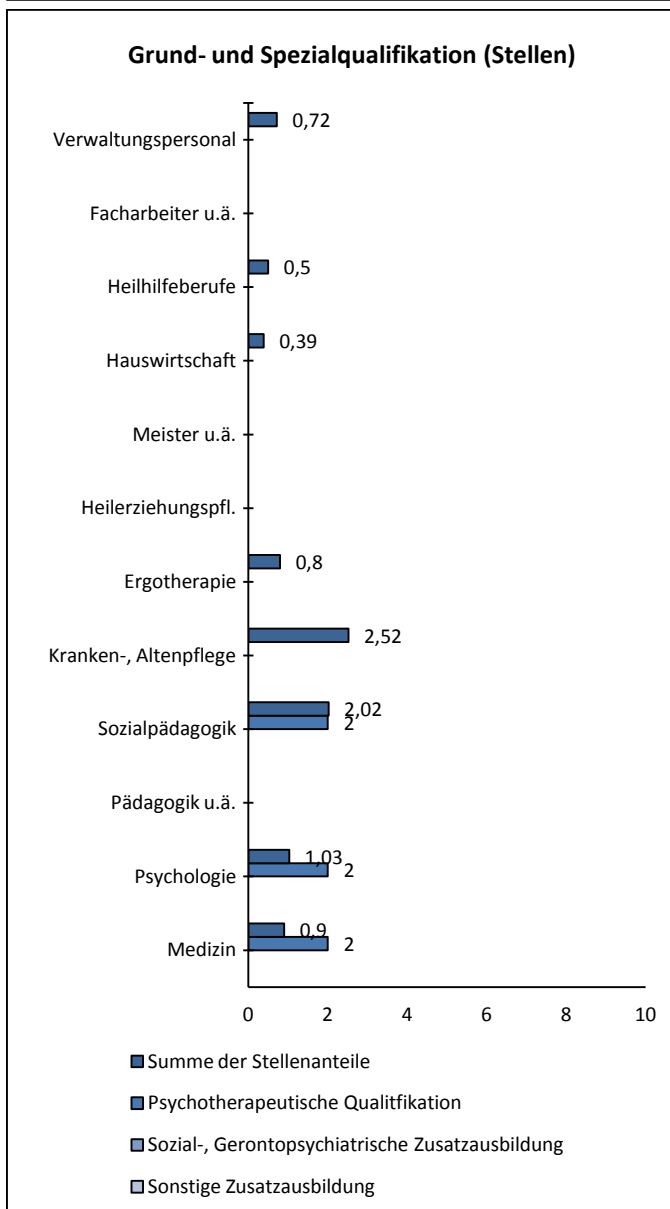
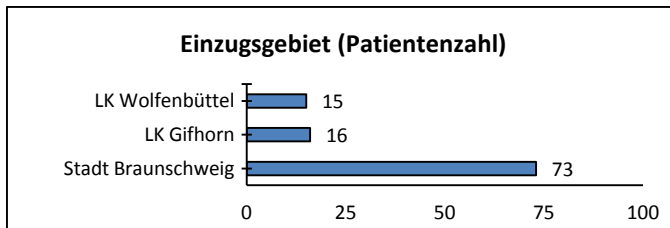
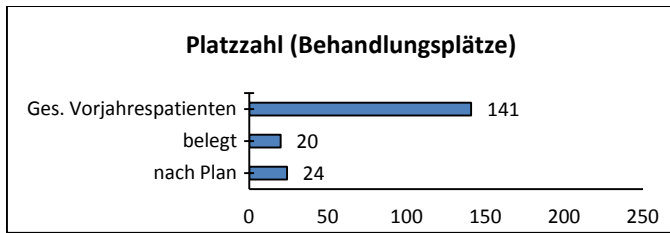
Der Weg e.V.

Finanzierung (Euro/ Platz)



26 SPEZIELLE TAGESKLINISCHE ANGEBOTE FÜR SUCHTKRANKE

LUKAS-WERK GESUNDHEITSDIENSTE GMBH - TAGESKLINIK



Ansprechpartner

Petra Sarstedt-Hülsmann, Geschäftsführerin
 Dr. med. Dipl.-Biologe Jürgen Seifert,
 Klinikleitung
 Dipl. Soz. Päd. u. Soz.therap. Johannes
 Benedde, Klinikleitung
 Dr. med. Gudrun Siever-Heimeshoff

Anschrift

Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH
 Tagesklinik Braunschweig
 Peter-Joseph-Krahe-Straße 11
 38102 Braunschweig
 Telefon: 0531/88920-60
 Fax: 0531/88920-79

E-Mail: fa-braunschweig@lukas-werk.de

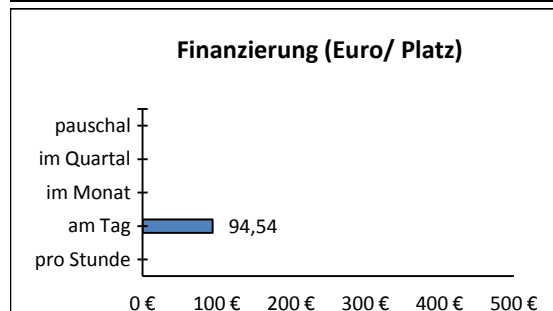
Internet: [www.lukas-werk.de/
einrichtungen/tagesklinik-braunschweig.html](http://www.lukas-werk.de/einrichtungen/tagesklinik-braunschweig.html)

Kurzbeschreibung der Einrichtung

Die Tagesklinik Braunschweig führt medizinische Entwöhnungsbehandlungen von acht bis 12 Wochen Dauer für alkohol- und / oder medikamentenabhängige (seit 2008 auch pathologisches Glücksspiel) Männer und Frauen durch. Als zusätzliche Diagnosen finden sich Persönlichkeitsstörungen, Verhaltensstörungen und Verhaltensauffälligkeiten, affektive Störungen, neurotische, Belastungs- und somatoforme Störungen, Intelligenzminderungen und Entwicklungsstörungen sowie psychotische Störungen. Die Behandlung ist für Patienten gedacht, für die eine ambulante Entwöhnungsmaßnahme zu wenig Struktur und Entlastung bietet, aber ein Fachklinikaufenthalt unnötig erscheint.

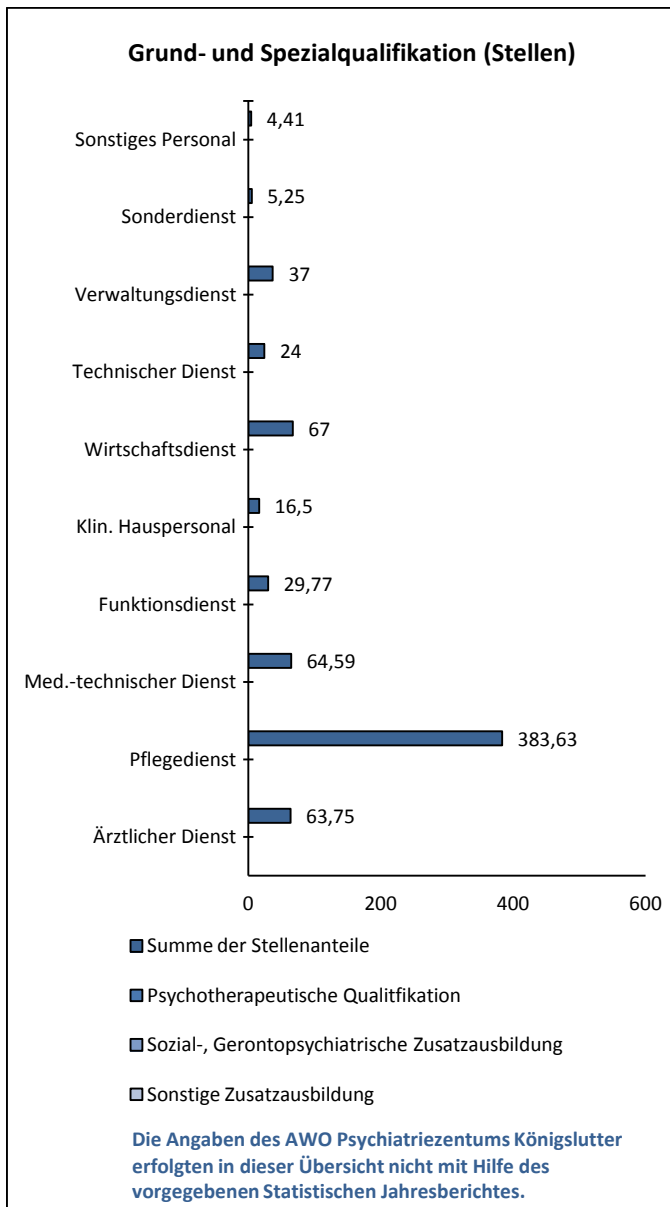
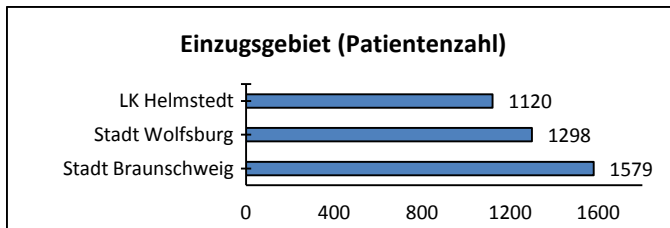
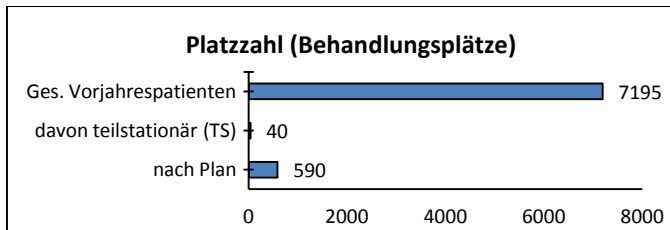
Träger der Einrichtung

Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH



30 BEHANDLUNG IN KLINIKEN FÜR ERWACHSENE (GEMÄß SGB V)

AWO PSYCHIATRIEZENTRUM KÖNIGSLUTTER - GESAMTÜBERSICHT



Ansprechpartner

Klinik für Allgemeinpsych. und Psychotherapie

Chefarzt Dr. Mohammad-Zoalfikar Hasan
Vorzimmer Frau Klinzmann,
Tel.: 05353/90-1111

Klinik für Psychosomatische Medizin

Chefarzt Dr. Michael Winkler
Vorzimmer Frau Hryhorciw,
Tel.: 05353/90-1392

Klinik für Gerontopsychiatrie

Chefärztin Dr. Katja Dyga
Vorzimmer Frau Spaeder, Tel.: 05353/90-1395

Klinik für Abhängigkeitserkrankungen

Chefarzt Dr. Akram Iskandar
Vorzimmer Frau Kirschke, Tel.: 05353/90-1394

Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie

Chefarzt Dr. Joachim Niemeyer
Vorzimmer Frau Mosler, Tel.: 05353/90-1116

Klinik für Forensische Psychiatrie

Chefarzt Clemens Krause
Vorzimmer Frau Krings, Tel.: 05353/90-1389

Psychiatrie Akademie Königslutter

Frau Margot Mendel, Tel.: 05353/90-1680

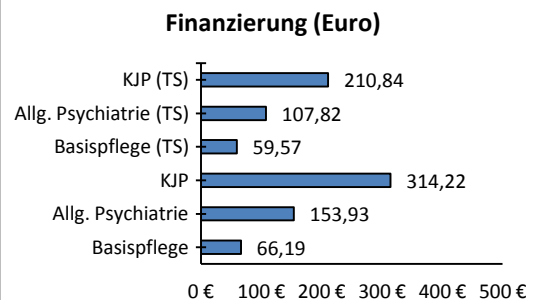
Anschrift

AWO Psychiatriezentrum
Vor dem Kaiserdom 10
38154 Königslutter

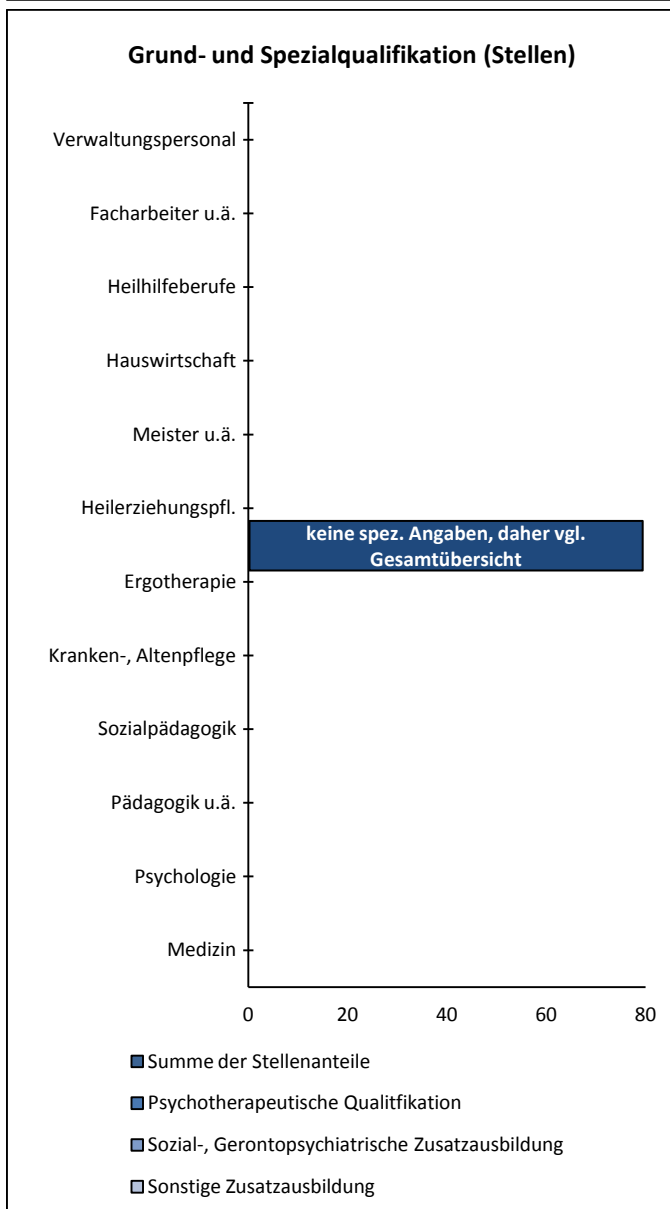
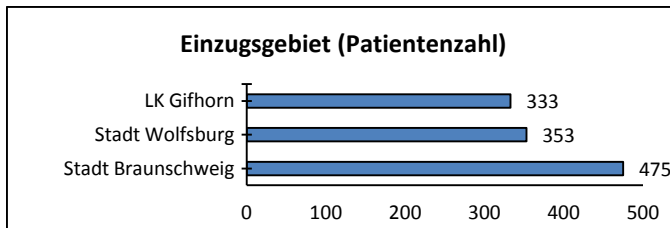
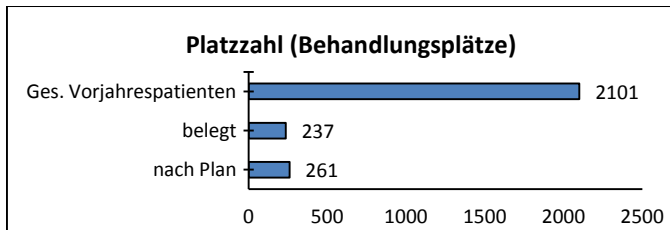
Internet: www.awo-psychiatriezentrum.de
www.psychiatrie-akademie.de

Träger der Einrichtung

AWO Niedersachsen gGmbH



AWO PSYCHIATRIEZENTRUM KÖNIGSLUTTER - PSYCHIATRISCHE KLINIK



Ansprechpartner

Chefarzt Dr. Mohammed-Zoalfikar Hasan
Vorzimmer: Frau Klinzmann

Anschrift

AWO Psychiatriezentrum
Klinik für Allgemeinpsychiatrie und
Psychotherapie
Vor dem Kaiserdom 10
38154 Königslutter
Telefon: 05353/90-1111

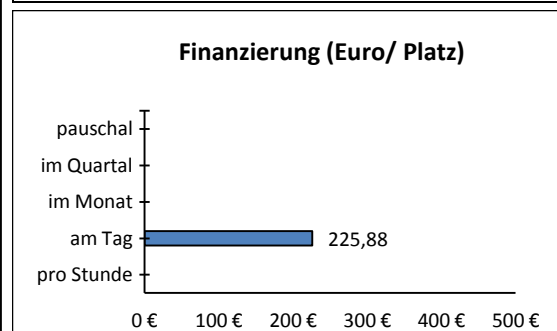
Internet: www.awo-psychiatriezentrum.de/index.php?id=30

Kurzbeschreibung der Einrichtung

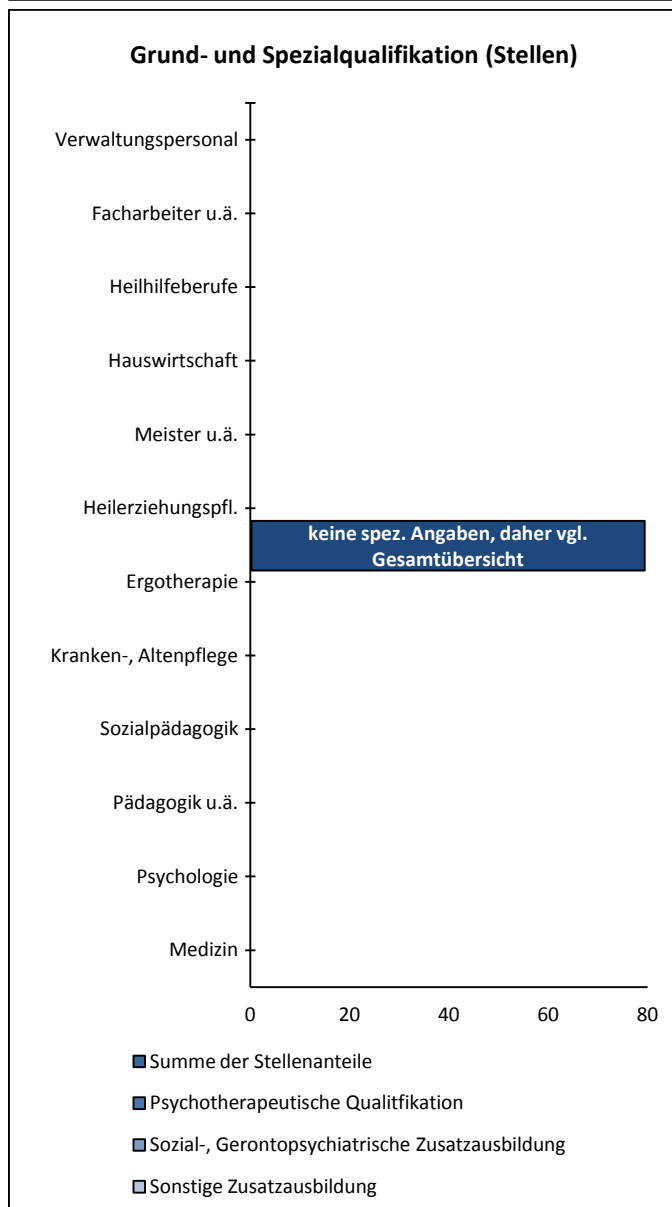
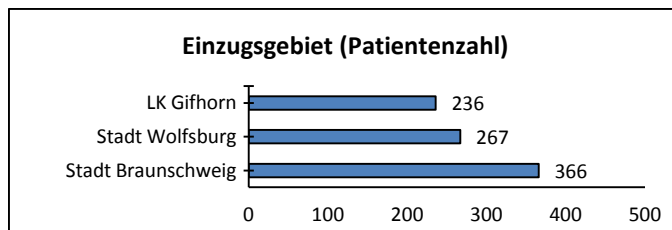
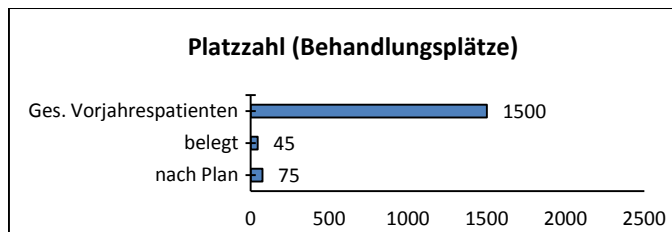
In der Klinik für Allgemeinpsychiatrie und Psychotherapie werden insbesondere Menschen mit depressiven Erkrankungen, Psychosen und akuten psychischen Belastungen behandelt. Die individuelle Krisenintervention und damit eine schnelle und unkomplizierte Hilfe in psychischen Notsituationen ist hier die wichtigste Aufgabe. Die Klinik für Allgemeinpsychiatrie und Psychotherapie nimmt sich aller Patienten an, die an akuten psychischen Erkrankungen leiden. Darüber hinaus besteht eine gesetzliche Aufnahmeverpflichtung für alle Kranken, die in unserem Einzugsbereich leben und nach dem Niedersächsischen Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) eingewiesen werden. Die Einweisung erfolgt in der Regel durch einen Hausarzt oder Facharzt; Notfälle können ggf. ohne Einweisung aufgenommen werden.

Träger der Einrichtung

AWO Niedersachsen gGmbH



AWO PSYCHIATRIEZENTRUM KÖNIGSLUTTER - ABHÄNGIGKEITSERKRANCKTE



Ansprechpartner

Chefarzt Dr. Akram Iskandar
Vorzimmer Frau Kirschke

Anschrift

AWO Psychiatriezentrum
Klinik für Abhängigkeitserkrankungen
Vor dem Kaiserdom 10
38154 Königslutter
Telefon: 05353/90-1394

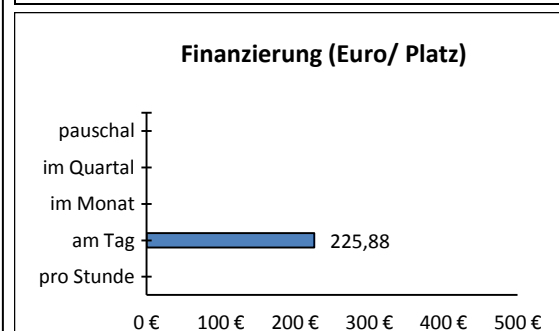
Internet: www.awo-psychiatriezentrum.de/index.php?id=33

Kurzbeschreibung der Einrichtung

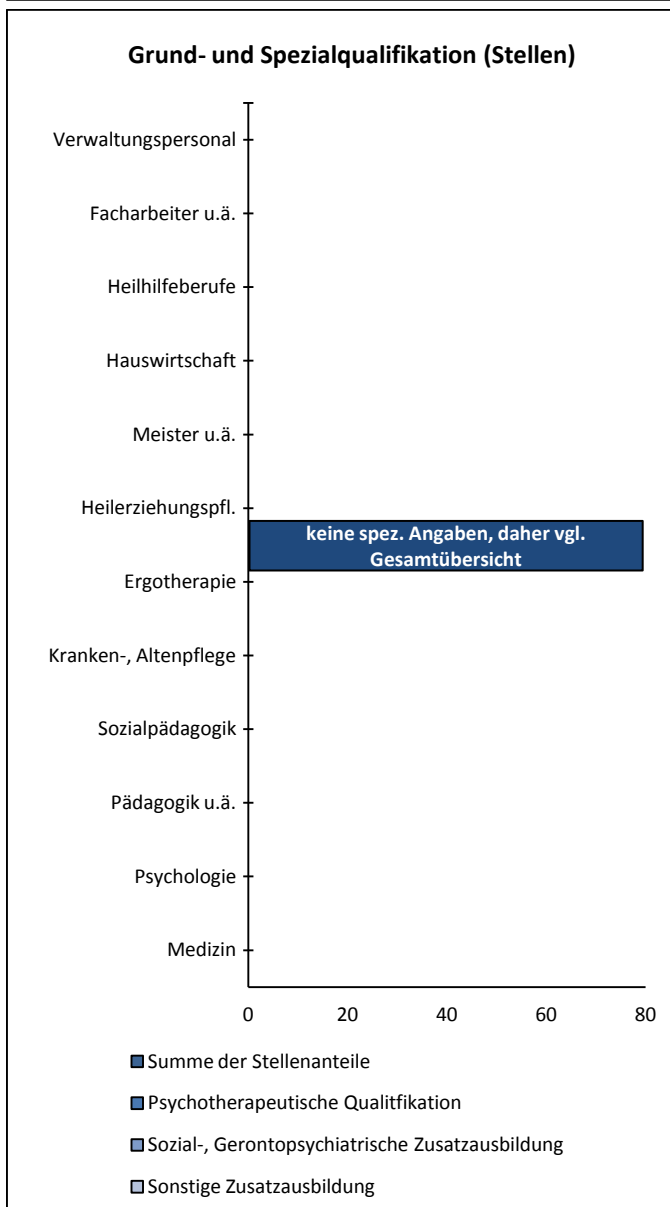
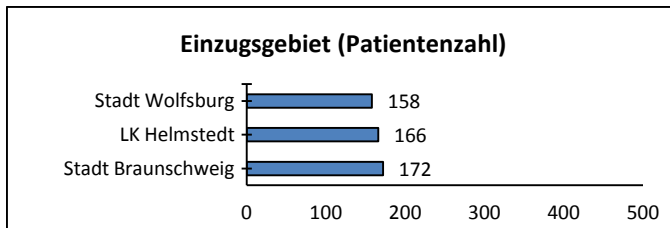
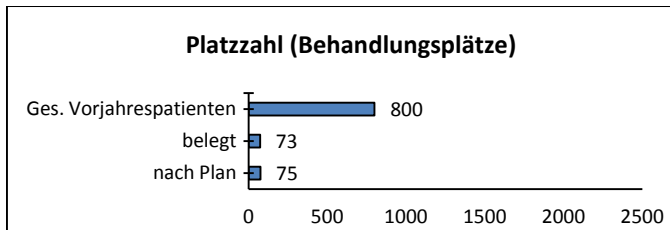
Die Klinik behandelt alle Formen von Abhängigkeitserkrankungen auf vier Stationen mit spezifischem Zuschnitt. Die Station 41 ist eine geschlossene Suchtaufnahmestation. Die Einweisung hierhin erfolgt in der Regel freiwillig, teilweise auch gemäß richterlichem Unterbringungsbeschluss. Es werden Suchtmittelabhängige mit schweren psychischen Störungen bzw. körperlichen Begleiterkrankungen behandelt. Daneben steht die Station 42 als eine offene Suchtaufnahmestation für Alkohol- und Medikamentenabhängige aller Altersgruppen. Als eine geschlossene Station für Drogenabhängige gibt es die Station 63. Das Haus 06 bietet darüber hinaus eine offene suchttherapeutisch orientierte Station für alkohol- und medikamentenabhängige Patienten.

Träger der Einrichtung

AWO Niedersachsen gGmbH



AWO PSYCHIATRIEZENTRUM KÖNIGSLUTTER - GERONTOPSYCHIATRIE



Ansprechpartner

Chefärztin Dr. Katja Dyga
Vorzimmer Frau Spaeder

Anschrift

AWO Psychiatriezentrum
Klinik für Gerontopsychiatrie
Vor dem Kaiserdom 10
38154 Königslutter
Telefon: 05353/90-1395

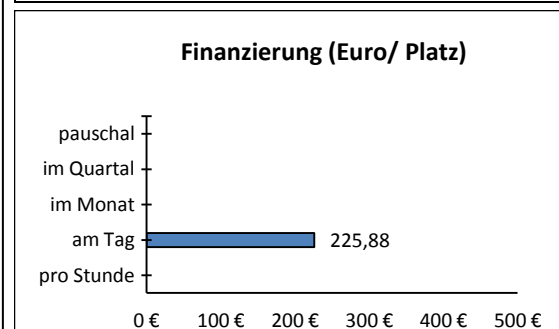
Internet: www.awo-psychiatriezentrum.de/index.php?id=32

Kurzbeschreibung der Einrichtung

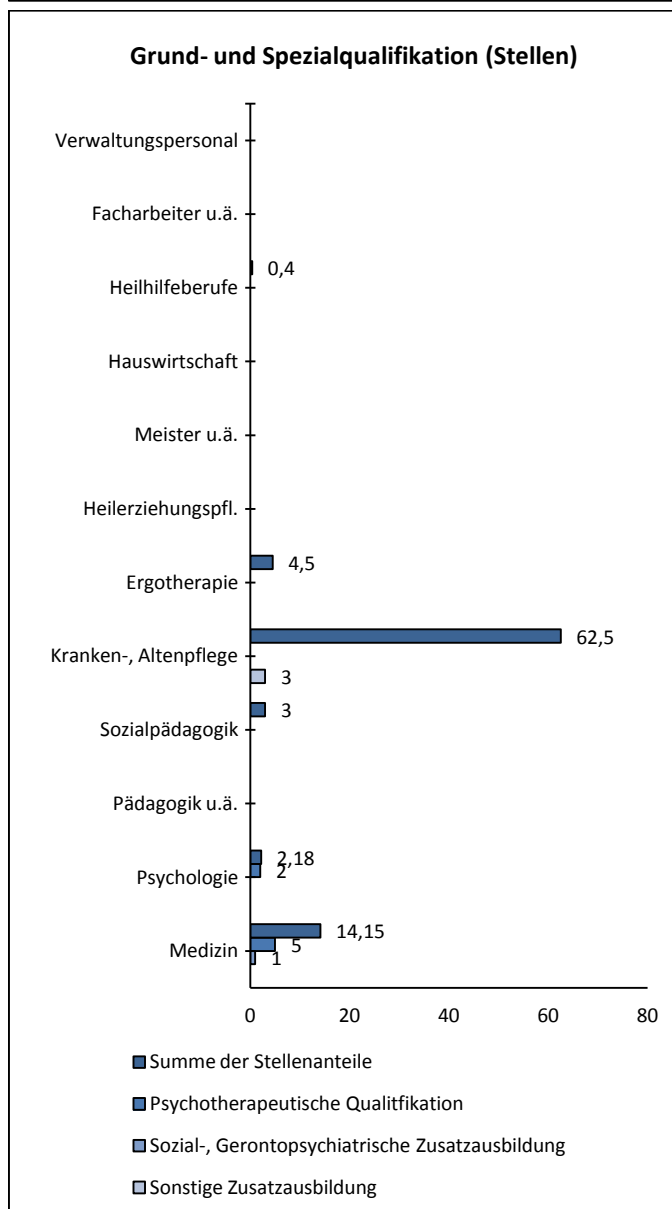
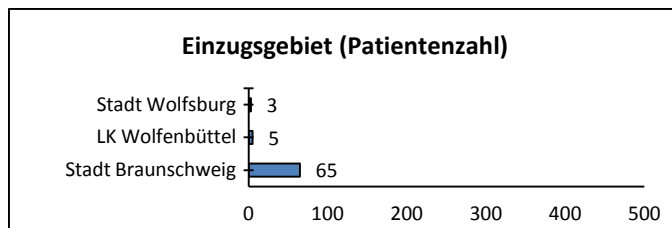
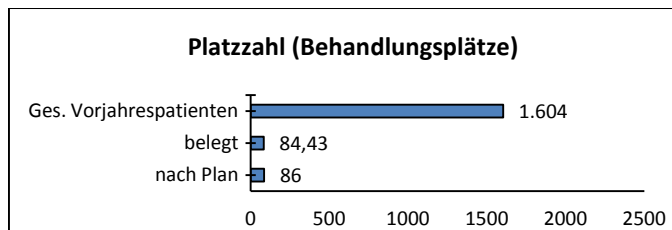
Die Gerontopsychiatrie beschäftigt sich mit psychischen Erkrankungen von Menschen höheren Lebensalters (ab ca. dem Alter von 60 Jahren), die in jüngeren Jahren erkrankt sind und deren Krankheit sich im höheren Alter fortsetzt oder die in diesem Lebensabschnitt in typischer Weise u. a. durch veränderte Lebensbedingungen auftreten können, z. B. durch körperliche Erkrankungen, Veränderungen der beruflichen Situation mit Berentung bzw. Ruhestand, Verlust des Lebenspartners oder anderer nahestehender Personen. Aufgabe der Klinik für Gerontopsychiatrie ist u.a. das Erkennen und Fördern gesunder Anteile und das Wiederherstellen der höchstmöglichen Selbständigkeit und damit das Erlangen einer gewissen Lebensqualität. Das Ziel der Behandlung ist grundsätzlich die Herstellung eines Gesundheitszustandes, der die Entlassung nach Hause ermöglicht (möglichst auch bei Demenzprozessen).

Träger der Einrichtung

AWO Niedersachsen gGmbH



STÄDTISCHES KLINIKUM BRAUNSCHWEIG - PSYCHIATRISCHE KLINIK



Ansprechpartner

Chefarzt Privatdozent Dr. Alexander Diehl

Anschrift

Psychiatrische Klinik
 Salzdahlumer Straße 90
 38126 Braunschweig

Telefon: 0531/595-2452

Fax: 0531/595-2271

Internet: www.klinikum-braunschweig.de/238.0.html

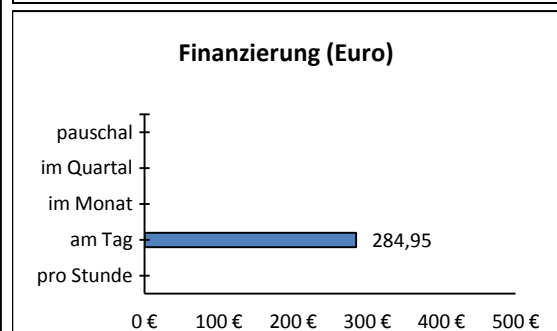
Kurzbeschreibung der Einrichtung

Die Psychiatrische Klinik ist eine kleine Abteilung des Klinikum Braunschweigs mit fünf Stationen. Eine Station funktioniert mit beschützendem Charakter für Notfälle, Akut- und Schwerkranke und vier weiterführende Stationen haben die Schwerpunkte Abhängigkeitskranke, Gerontopsychiatrie, allgemeinspsychiatrische Erkrankungen und Psychotherapie.

Untersucht und behandelt werden können alle seelischen Störungen und Krankheiten, wie Entwicklungsstörungen und Reaktionen auf Konflikte, Depressionen und Psychosen, seelische Störungen bei Allgemeinerkrankungen und organische Erkrankungen des Nervensystems, Abhängigkeitserkrankungen und seelische Störungen bei Jugendlichen und bei Altersveränderungen.

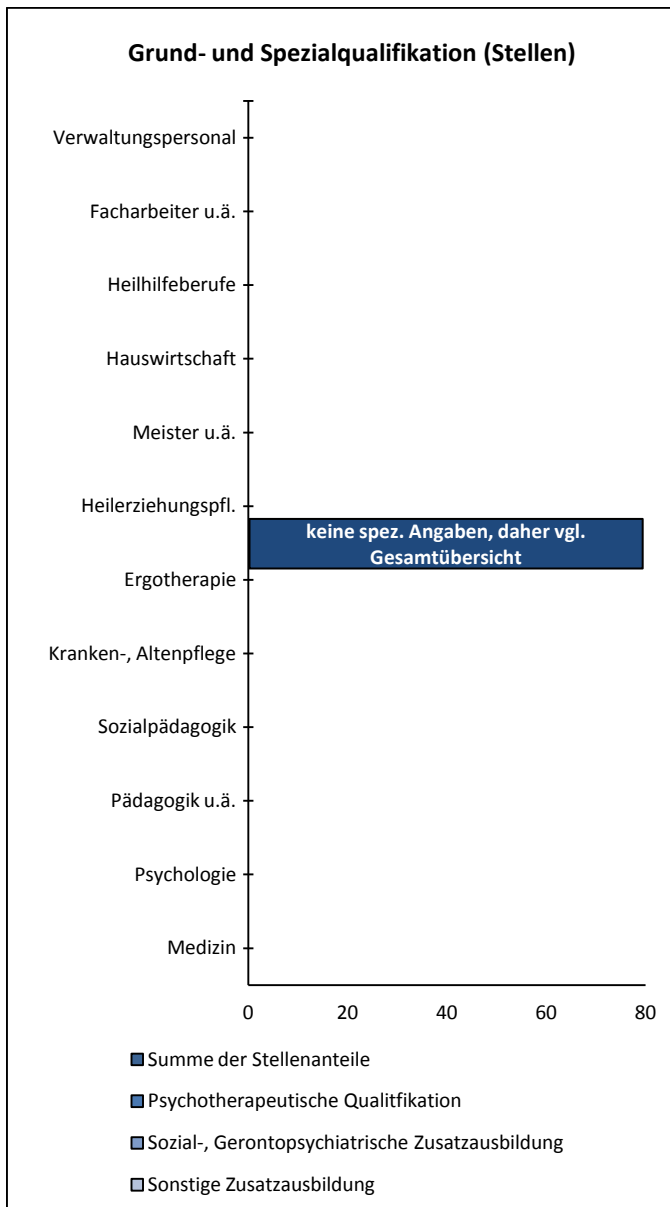
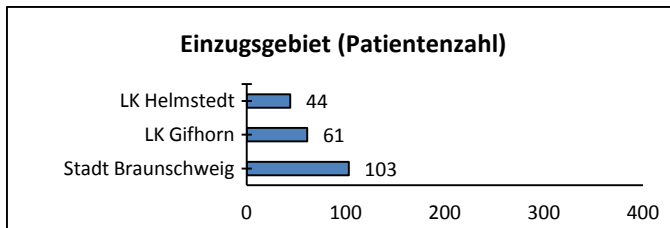
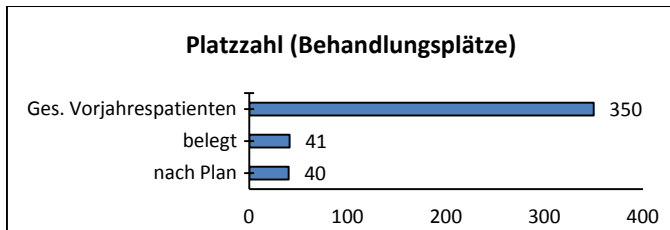
Träger der Einrichtung

Städtisches Klinikum Braunschweig



31 BEHANDLUNG IN KINDER- UND JUGENDPSYCHIATRIE (GEMÄß SGB V)

AWO PSYCHIATRIEZENTRUM KÖNIGSLUTTER - KINDER- UND JUGENDPSYCHIATRIE



Ansprechpartner

Chefarzt Dr. Joachim Niemeyer
Vorzimmer Frau Mosler

Anschrift

AWO Psychiatriezentrum
Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie
Vor dem Kaiserdom 10
38154 Königslutter
Telefon: 05353/90-1116

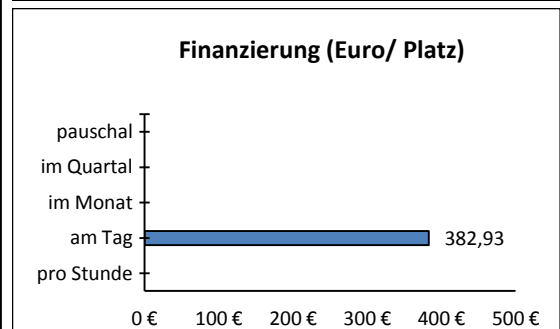
Internet: www.awo-psychiatriezentrum.de/index.php?id=34

Kurzbeschreibung der Einrichtung

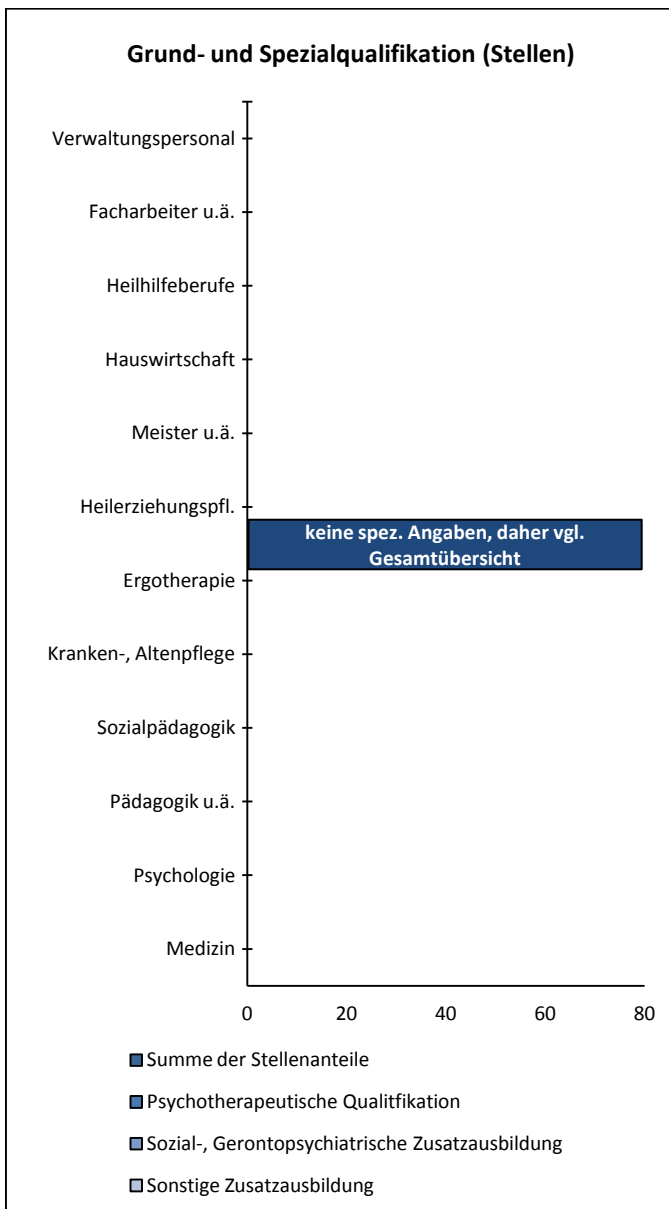
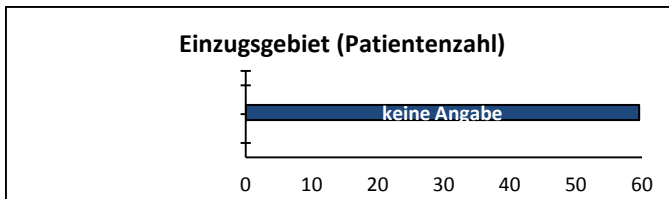
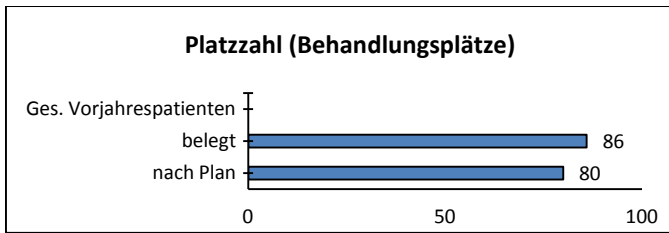
Die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie besteht aus den drei Stationen 80, 81 und 82 sowie einer nach Wolfsburg ausgelagerten Tagesklinik. Die drei Stationen sind in verschiedenen Einzelhäusern, inmitten des weitläufigen, parkähnlichen Klinikgeländes untergebracht. Behandelt werden alle Erkrankungen des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Fachgebiets. Dies sind beispielsweise Hyperkinetische Störungen (ADHS) mit einhergehenden Sozialverhaltensstörungen, emotionale Störungen, Ticstörungen, Essstörungen (Anorexie, Bulimie), Angst- und Zwangserkrankungen, Depressionen oder Psychosen. Lediglich die Langzeitbehandlung von Kindern/ Jugendlichen mit im Vordergrund stehenden Drogenproblemen darf aus krankenkassentechnischen Gründen nicht durchgeführt werden.

Träger der Einrichtung

AWO Niedersachsen gGmbH



AWO PSYCHIATRIEZENTRUM KÖNIGSLUTTER - MAßREGELVOLLZUG



Ansprechpartner

Chefarzt Clemens Krause
 Vorzimmer Frau Krings

Anschrift

AWO Psychiatriezentrum
 Klinik für Forensische Psychiatrie
 Vor dem Kaiserdom 10
 38154 Königslutter
 Telefon: 05353/90-1389

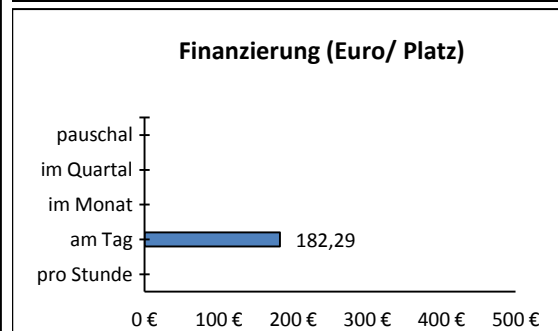
Internet: www.awo-psychiatriezentrum.de/index.php?id=35

Kurzbeschreibung der Einrichtung

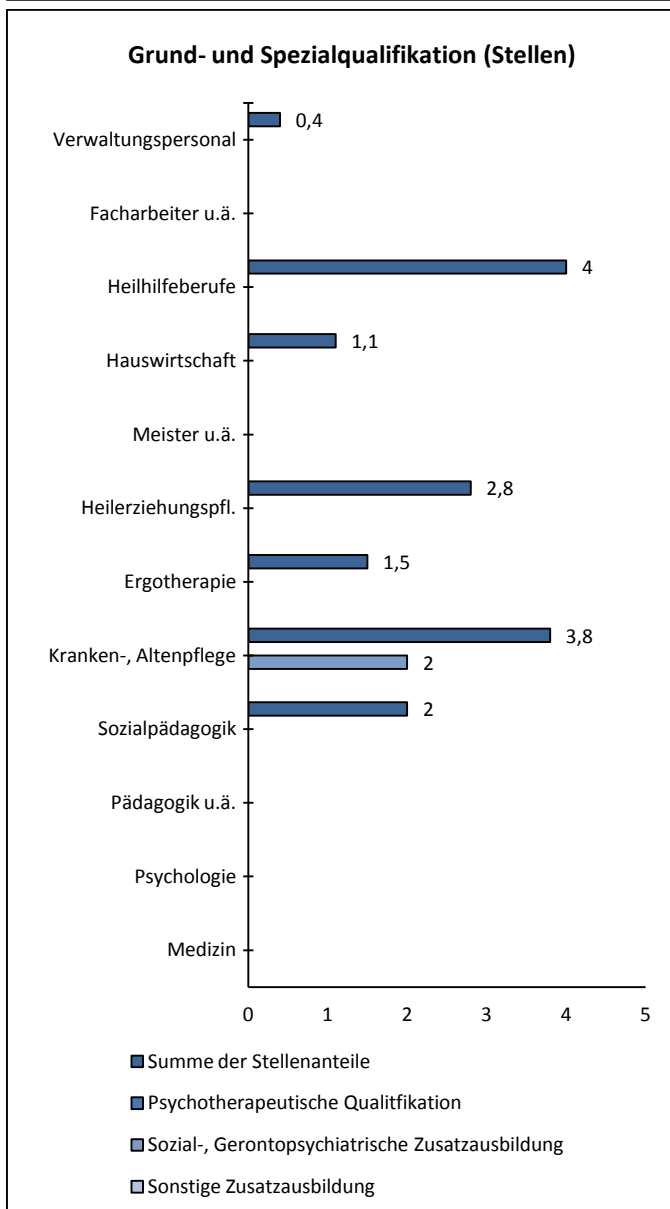
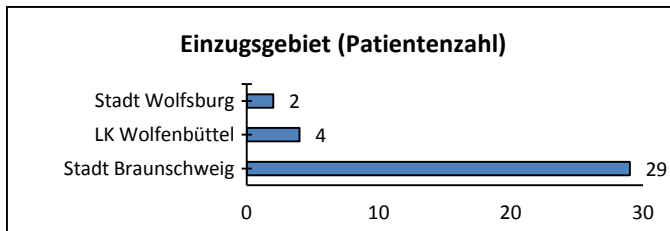
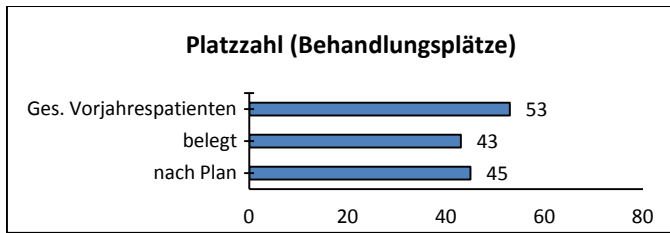
Psychisch kranke oder suchtkranke Straftäter werden als vermindert schuldfähig oder schuldunfähig beurteilt und zum Maßregelvollzug verurteilt, um fachlich mit hohen Sicherheitsvorkehrungen therapiert und resozialisiert zu werden. Das wesentliche Ziel des Aufenthaltes in der Klinik ist es, die Patienten wieder in die Gesellschaft einzugliedern und ihnen in Zukunft ein straffreies Leben zu ermöglichen. Die differenzierte und jeweils am wissenschaftlichen Kenntnisstand orientierte Diagnostik, Therapie und Gefährlichkeitsprognose schafft hierfür die Grundlage. Der Maßregelvollzug bietet die besten Voraussetzungen, um die Entstehungsbedingungen gefährlichen Verhaltens zuverlässig aufzuklären und für die Zukunft wirksame Vorbeugungsmaßnahmen ableiten zu können.

Träger der Einrichtung

AWO Niedersachsen gGmbH



AWO BEZIRKSVERBAND BS E.V. - SOZIALPSYCHIATRISCHES ZENTRUM



Ansprechpartner

Heidrun Löhr

Anschrift

Sozialpsychiatrisches Zentrum
 Parkstraße 2-4
 38102 Braunschweig
 Telefon: 0531/35446-0
 Fax: 0531/35446-251

E-Mail: Sozialpsychiatrisches-Zentrum@awo-bs.de

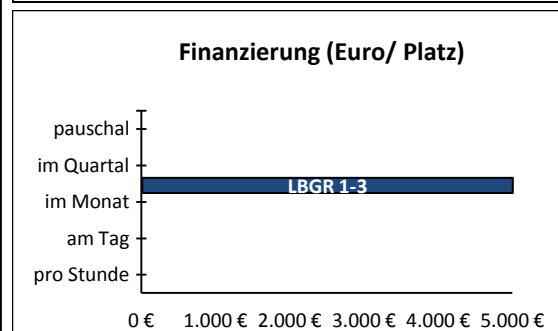
Internet: www.awo-bs.de/index.php?id=200

Kurzbeschreibung der Einrichtung

- Wohnheim mit 45 Plätzen, ausschl. Einzelzimmer auf 8 Wohngruppen verteilt, 24 Std. Betreuung, Aufnahmekriterien: Volljährigkeit, chronische psychische Erkrankung
- Tagestrukturierende Hilfen mit 45 Plätzen (Beschäftigungs- und arbeitstherapeutische Angebote, offener Treff im Glashaus)
- Ambulant betreutes Wohnen

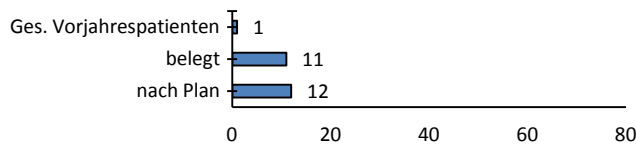
Träger der Einrichtung

AWO Bezirksverband Braunschweig e.V.

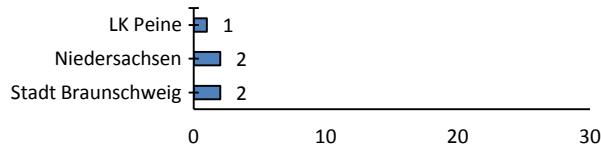


DIAKONISCHE JUGEND- UND FAMILIENHILFE RISCHBORN GMBH

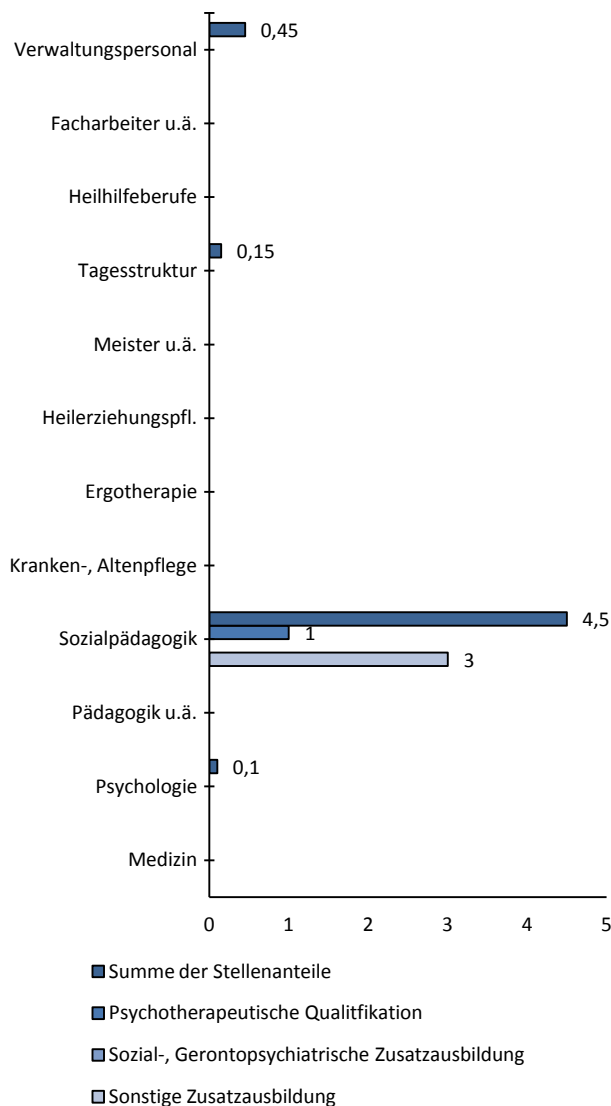
Platzzahl (Behandlungsplätze)



Einzugsgebiet (Patientenzahl)



Grund- und Spezialqualifikation (Stellen)



Ansprechpartner

Stefanie Steinke, Regionalleitung

Anschrift

Wohngruppe Wilhelmitorwall
 Wilhelmitorwall 12
 38118 Braunschweig
 Telefon: 0170/576132

E-Mail: s.steinke@kaestorf-jugendhilfe.de

Internet: www.diakonie-kaestorf.de

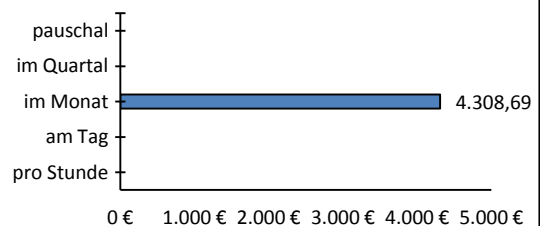
Kurzbeschreibung der Einrichtung:

Die Wohngruppe Wilhelmitorwall bietet Hilfen für junge Menschen mit seelischen Erkrankungen und Störungen der Emotionen. Es gibt tagesstrukturierende Angebote mit dem Ziel der Stabilisierung und Integration der jungen Menschen in die Gemeinschaft/Schule/Beruf. Jugendliche werden dabei unterstützt, einen verantwortungsvollen Umgang mit den Folgen der Erkrankung wie Medikation, Stimmungsschwankungen und Drogenabstinenz zu erlernen. Zusätzlich werden Beratungen für Eltern und Geschwister angeboten.

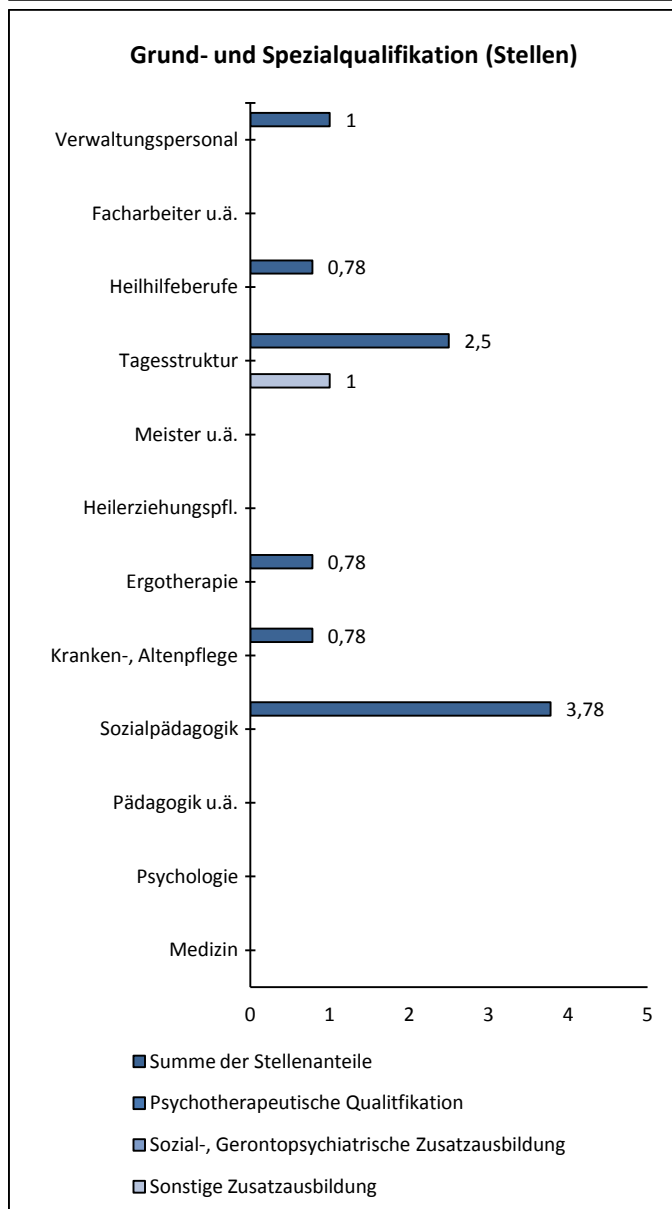
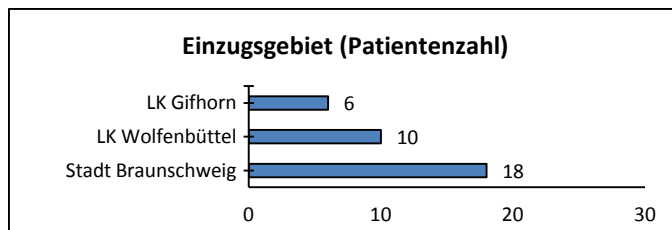
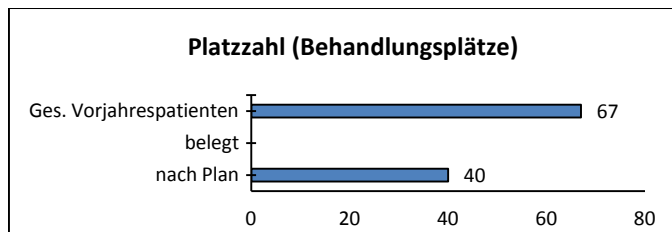
Träger

Diakonie Kästorf

Finanzierung (Euro/Platz)



DER PARITÄTISCHE - HAUS BRAUNSCHWEIG



Ansprechpartner

Dipl. Soz.päd. Wolfgang Brasche-Cordes,
Leitung

Anschrift

Haus Braunschweig
Saarbrückener Straße 255
38116 Braunschweig
Telefon: 0531/886869-0
Fax: 0531/886869-29

E-Mail: wolfgang.brasche-cordes@paritaetischer-bs.de

Internet: www.paritaetischer-bs.de

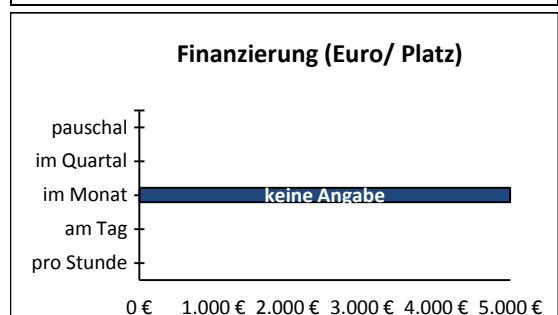
Kurzbeschreibung der Einrichtung

Das HAUS BRAUNSCHWEIG ist ein Wohnheim für chronisch mehrfach beeinträchtigte Suchtkranke nach §§ 53, 54 SGB XII. Wir nehmen Bewerber auf mit einer langjährigen Suchtmittelabhängigkeit, die die Entscheidung getroffen haben ein suchtmittelabstinentes Leben zu führen. Unsere Einrichtung bietet u.a.: Wohnen im Einzelzimmer, Psychoziale Betreuung, Sozialarbeiterische Unterstützung, Medizinische Begleitung, verbindliche Tagesstruktur, Freizeitangebote, Vermittlung in ambulante Betreuungsformen nach Auszug.

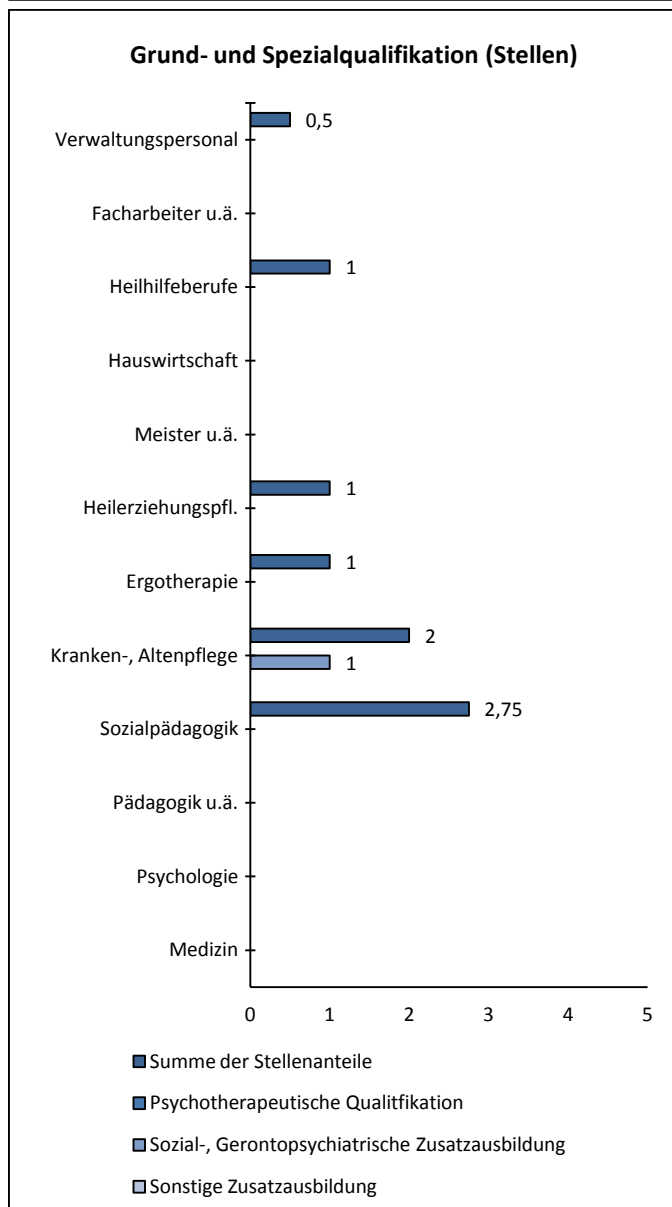
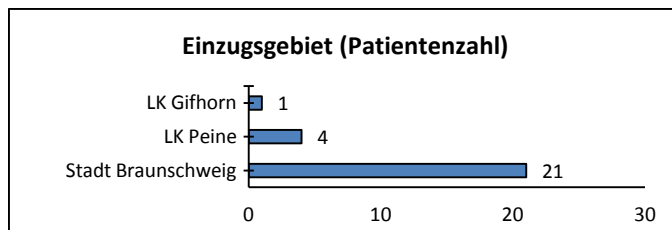
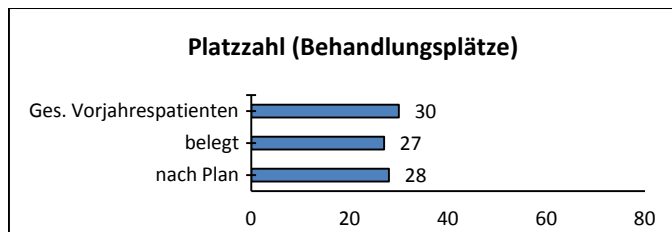
Die stadtnahe Lage und die gute Anbindung an den ÖPNV ermöglichen kurze Wege zu Einkauf, Ärzten, Ämtern und Behörden, auch sind die kulturellen Angebote der Stadt gut wahrzunehmen.

Träger der Einrichtung

Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH



ÜBERGANGSWOHNHEIM FÜR SEELISCH BEHINDERTE



Ansprechpartner

Karin Böhm

Anschrift

Übergangswohnheim für seelische Behinderte
Hinter der Masch 12

38114 Braunschweig

Telefon: 0531/580210

Fax: 0531/5802118

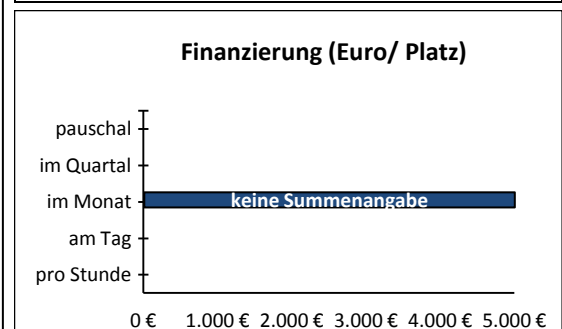
E-Mail: info@ak-uewo-bs.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

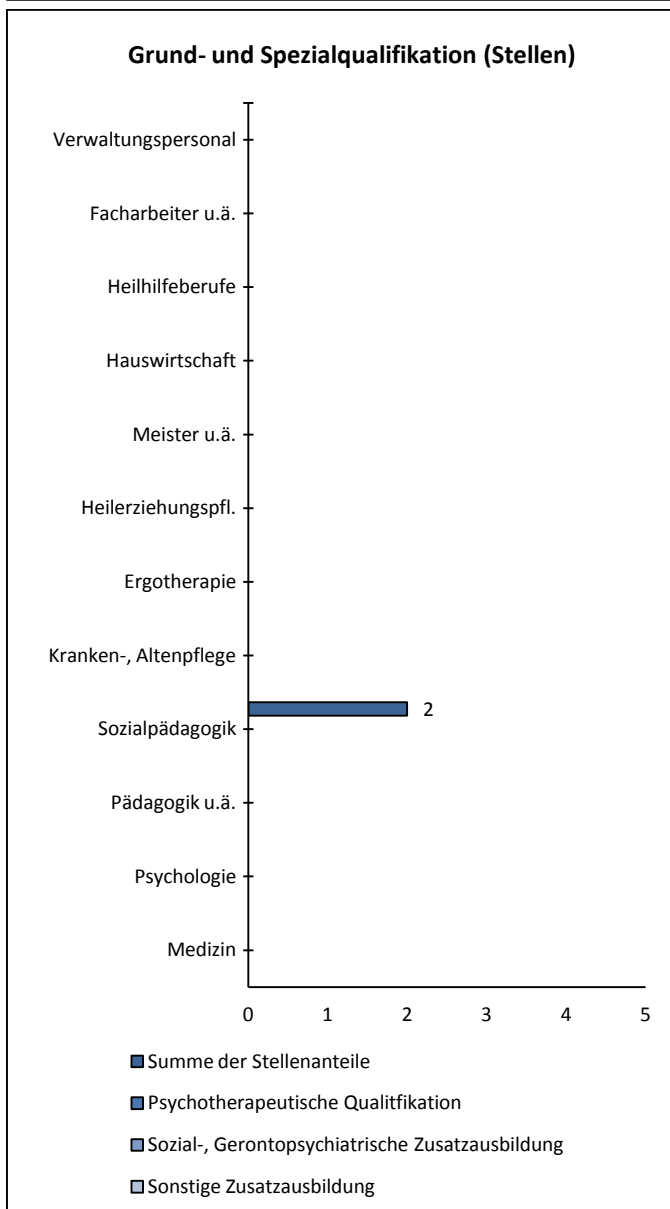
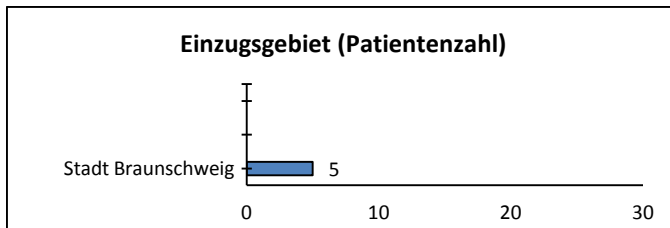
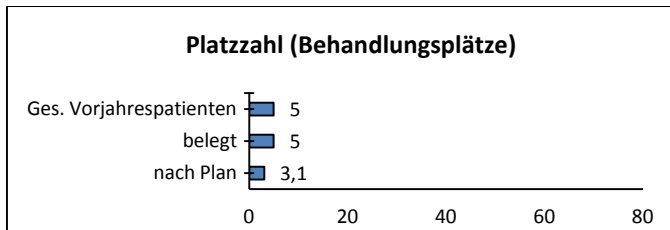
Das Übergangswohnheim bietet in Braunschweig insgesamt 28 Plätze im Bereich der stationären Betreuung für psychisch kranke Erwachsene an, davon 20 Plätze im Wohnheim Hinter der Masch, 12 und jeweils 4 Plätze in 2 Außenwohngruppen im Stadtgebiet. Das Betreuungsangebot umfasst Maßnahmen im Bereich Wohnen und im Bereich der heiminternen Tagesstruktur. Die Zielsetzung in der Arbeit ist eine weitestgehende Verselbständigung der BewohnerInnen durch gesundheitliche Stabilisierung und umfassende Förderung lebenspraktischer Kompetenzen.

Träger der Einrichtung

Arbeitskreis für psychosoziale Hilfen
Braunschweig e.V.



VSE - VERBUND SOZIALTHERAPEUTISCHER EINRICHTUNGEN E.V.



Ansprechpartner

Martina Grössing

Anschrift

Verbund sozialtherapeutischer Einrichtungen
(VSE e.V.), Jugendhilfeeinheit (JHE)

Braunschweig

Rebenring 14

38106 Braunschweig

Telefon: 0531/49951

Fax: 0531/49908

E-Mail: jhe-braunschweig@vse-son.de

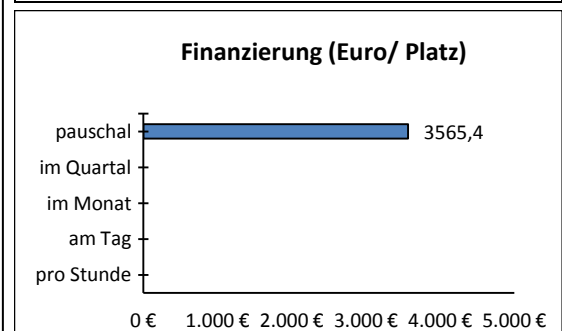
Internet: www.vse-son.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

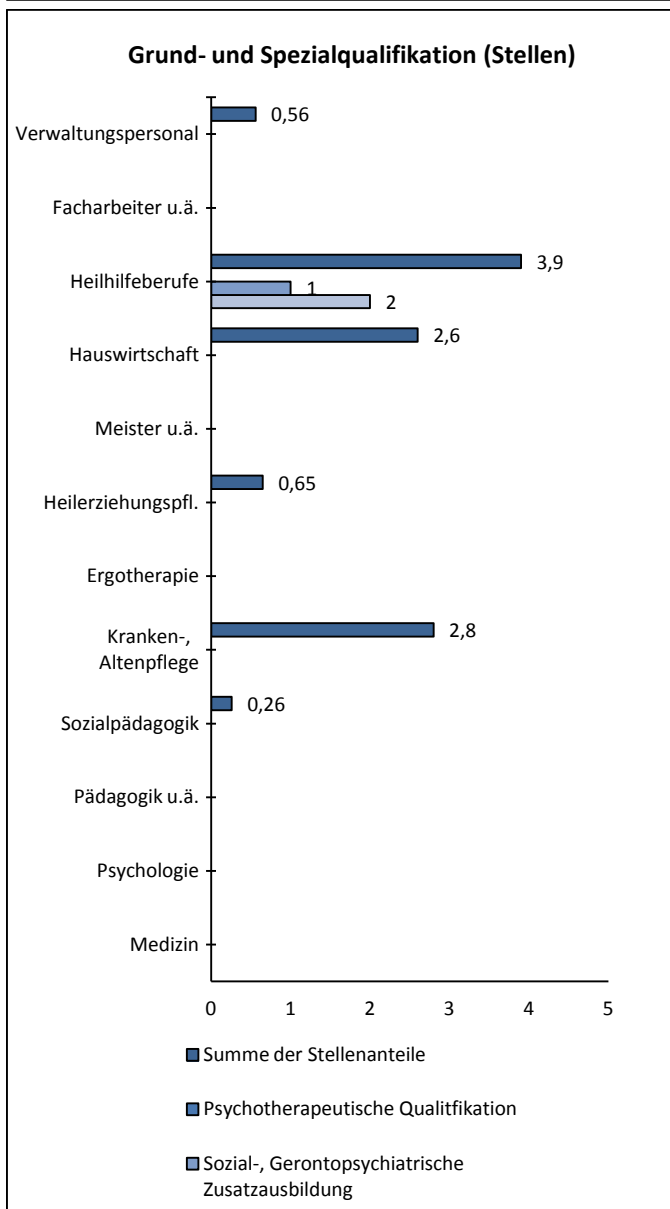
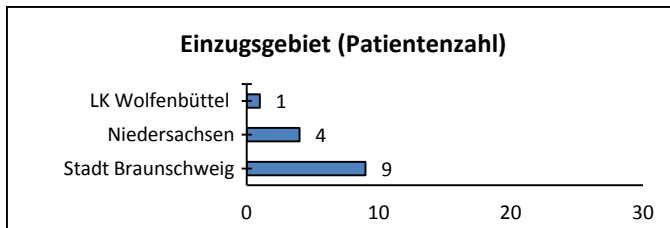
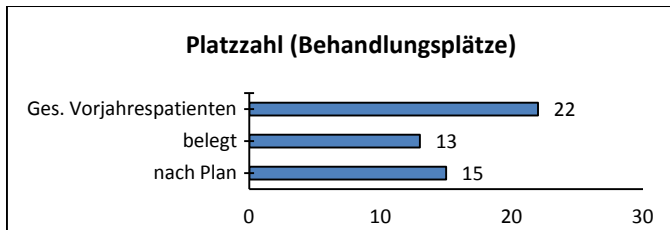
Betreuung ambulant und stationär im Gruppen- und Einzelwohnen im Rahmen des SGB VIII und SGB XII, Betreuung von Familien, intensive Einzelbetreuungen, Mutter-Kind-Betreuung, Wartezeiten abhängig von Kostenzusage und Kapazität.

Träger der Einrichtung

Verbund sozialtherapeutischer
Einrichtungen e.V.



DRK - SENIORENHEIM



Ansprechpartner

Mandy Stephan, Heimleitung

Anschrift

Deutsches Rotes Kreuz
Seniorenheim
Steinbrecherstraße 5
38102 Braunschweig
Telefon: 0531/313913-13

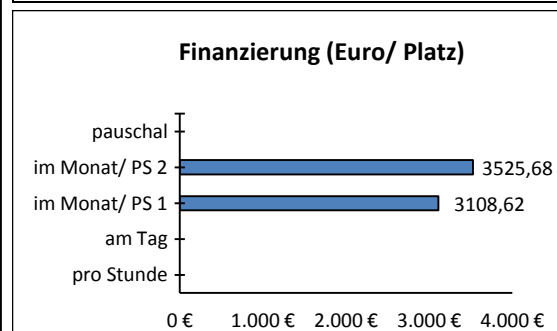
E-Mail: hl@drk-bs-sz-pflege.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

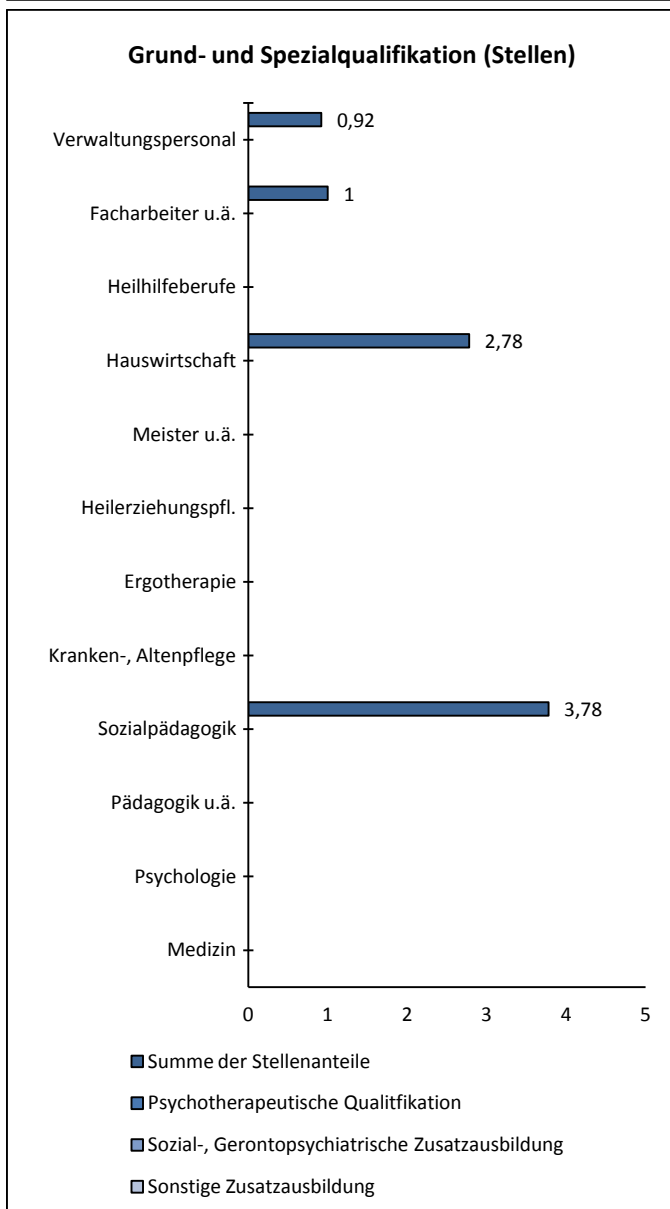
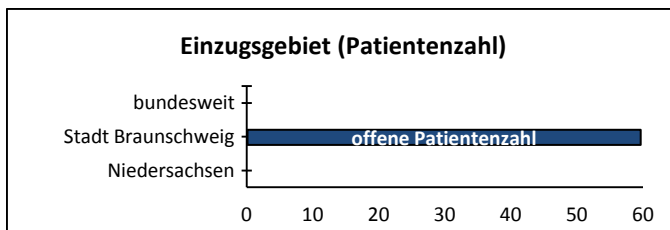
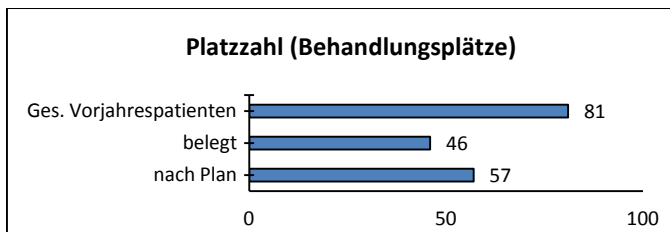
Das Seniorenheim Steinbrecherstraße ist eine Einrichtung des DRK-Kreisverbandes Braunschweig-Salzgitter e.V. Es hat eine überschaubare Größe mit 69 Pflegeplätzen. Es ist eine Einrichtung des Lebens und der Pflege im Alter. Grundlage für die tägliche Arbeit sind die Leitlinien/ Grundsätze des DRK. Das DRK Seniorenwohnheim hat zwei Wohngruppen für gerontopsychiatrisch erkrankte Menschen errichtet, in denen 15 verhaltensauffällige und verwirrte alte Menschen in einer Art familiärer Wohngemeinschaft zusammen leben.

Träger der Einrichtung

DRK Kreisverband Braunschweig-Salzgitter e.V.



DIAKONISCHE GESELLSCHAFT - WOHNEN UND BERATEN AM JÖDEBRUNNEN



Ansprechpartner

Dr. Henning Daßler, Regionalleitung
Dominique Vollet

Anschrift

Diakonieheim Am Jödebrunnen,
Münchenstraße 11
38118 Braunschweig,
Telefon: 0531/886314-20
Fax: 0531/886314-12

E-Mail: d.vollet@diakonie-dwb.de

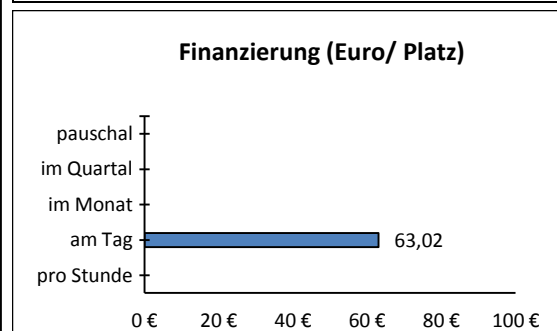
Internet: www.diakonie-stiftung.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

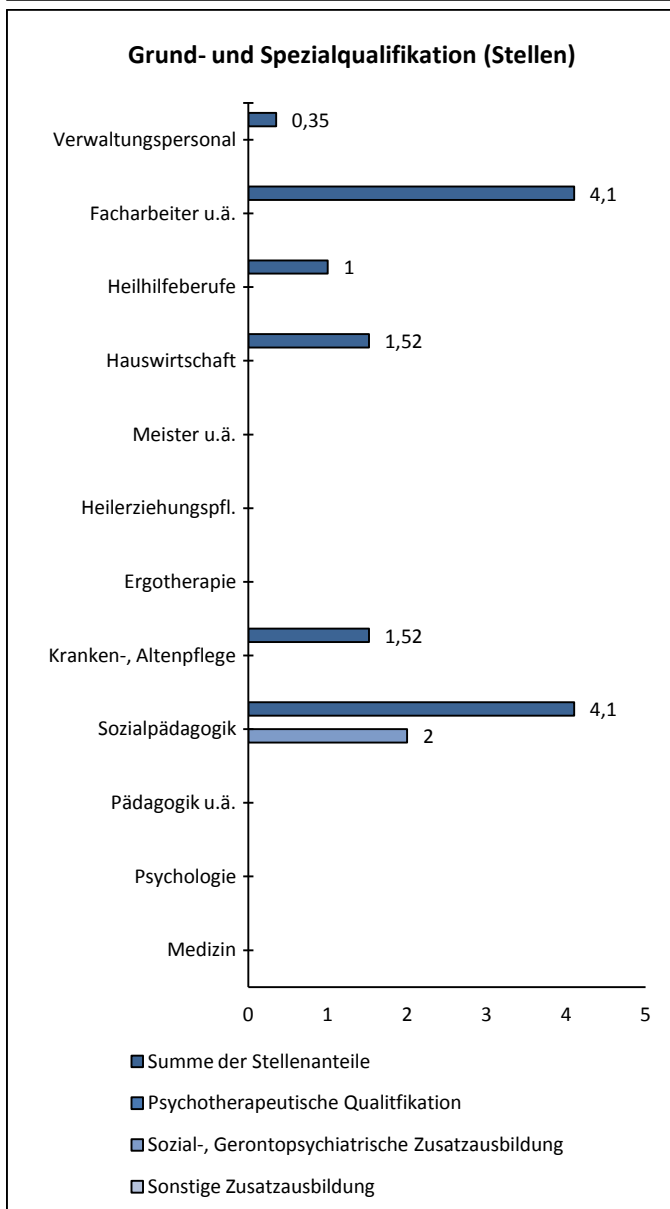
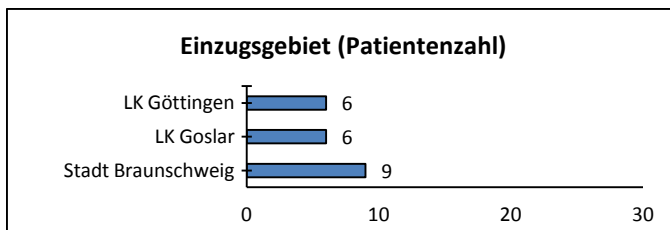
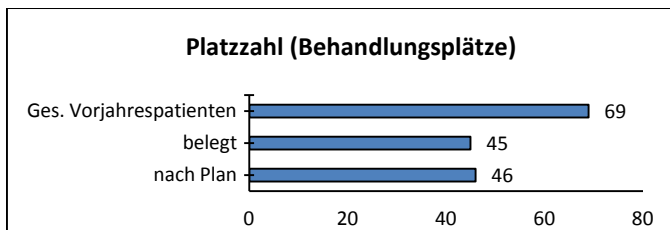
Die Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten hat verschiedene Leistungsangebote. Sie bietet im Diakonieheim Am Jödebrunnen stationäre Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII für wohnungslose Männer an.

Träger der Einrichtung

Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten mbH



DER PARITÄTISCHE - HAUS HAGENBERG



Ansprechpartner

Christian Meininghaus, Leitung

Anschrift

Wohnheim Haus Hagenberg

Auf dem Hagenberg 1

38315 Hornburg

Telefon: 05334/92930

Fax: 05334/929323

E-Mail: haus-hagenberg@paritaetischer-bs.de

Internet: www.haus-hagenberg.de

Kurzbeschreibung

Das Haus Hagenberg ist ein Wohnheim mit 46 Plätzen für chronisch mehrfach beeinträchtigte abhängigkeitskranke Männer und Frauen und bietet Hilfestellung gemäß §§53,54 und § 61, in Verbindung mit §97 Sozialgesetzbuch XII (SGBII) an.

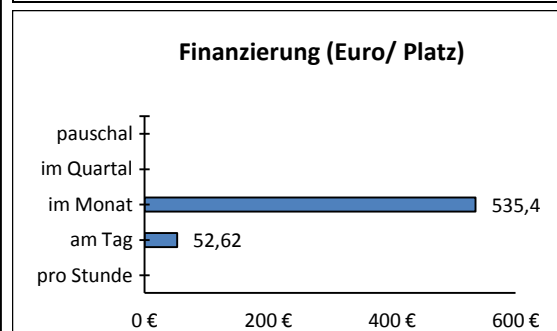
Ziele der Arbeit sind die körperliche, psychische und soziale Stabilisierung der BewohnerInnen, um die Eingliederung in ein suchtmittelfreies, zufriedenes Leben zu ermöglichen.

Träger

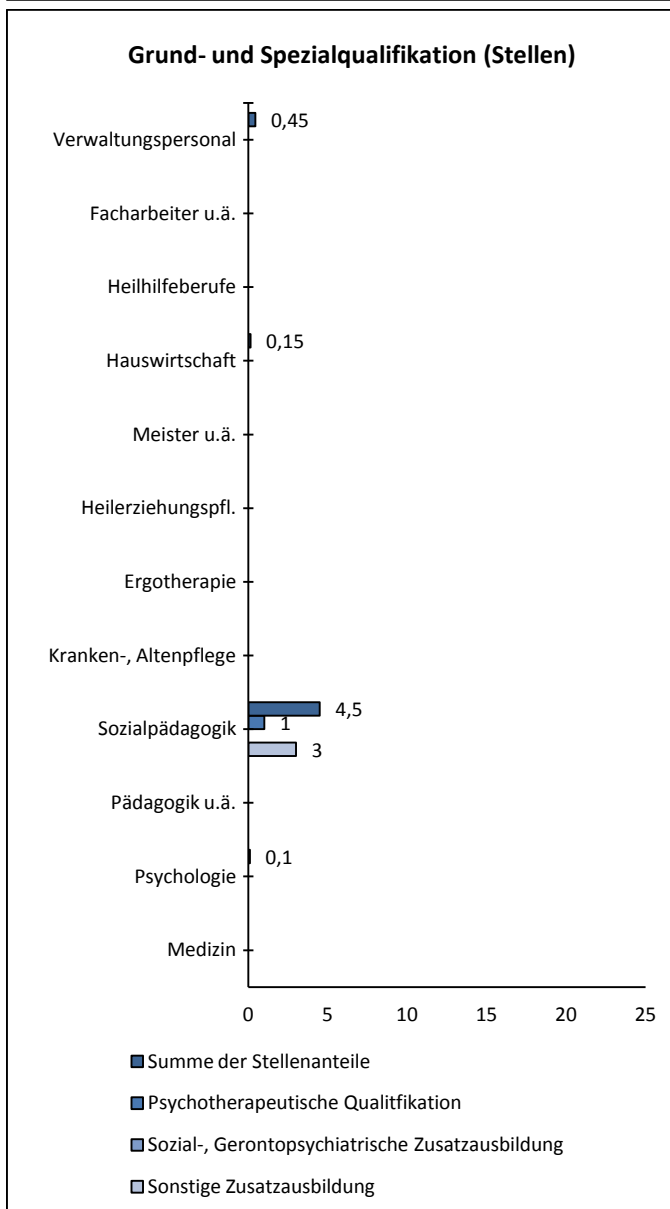
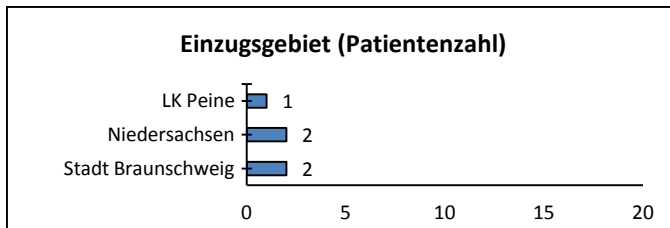
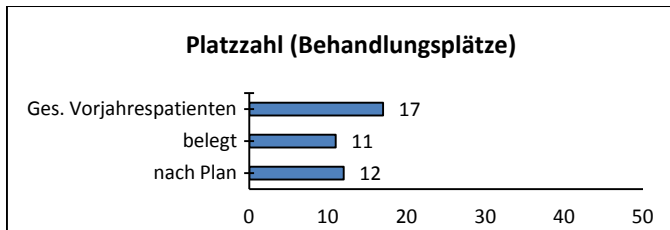
Der Paritätische Braunschweig

Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische

Sozialarbeit Braunschweig mbH



DIAKONISCHE JUGEND- UND FAMILIENHILFE RISCHBORN GMBH



Ansprechpartner

Stefanie Steinke, Regionalleitung

Anschrift

Wohngruppe Wilhelmitorwall
 Wilhelmitorwall 12
 38118 Braunschweig
 Telefon: 0170/576132

E-Mail: s.steinke@kaestorf-jugendhilfe.de

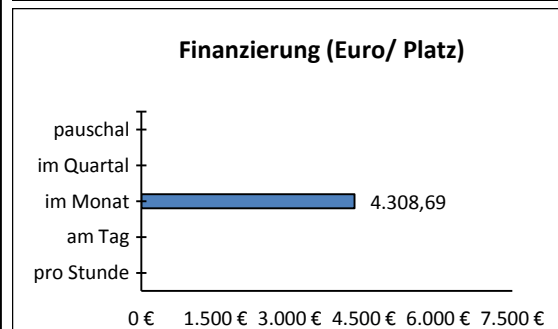
Internet: www.diakonie-kaestorf.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung:

Die Wohngruppe Wilhelmitorwall bietet Hilfen für junge Menschen mit seelischen Erkrankungen und Störungen der Emotionen. Es gibt tagesstrukturierende Angebote mit dem Ziel der Stabilisierung und Integration der jungen Menschen in die Gemeinschaft/Schule/Beruf. Jugendliche werden dabei unterstützt, einen verantwortungsvollen Umgang mit den Folgen der Erkrankung wie Medikation, Stimmungsschwankungen und Drogenabstinenz zu erlernen. Zusätzlich werden Beratungen für Eltern und Geschwister angeboten.

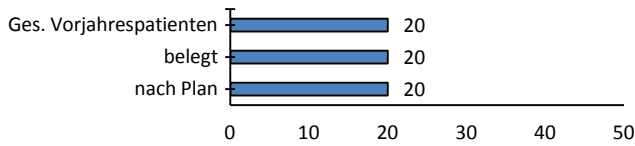
Träger

Diakonie Kästorf

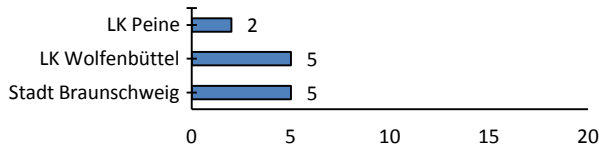


EVANGELISCHE STIFTUNG NEUERKERODE - KINDER- UND JUGENDWOHNGRUPPEN

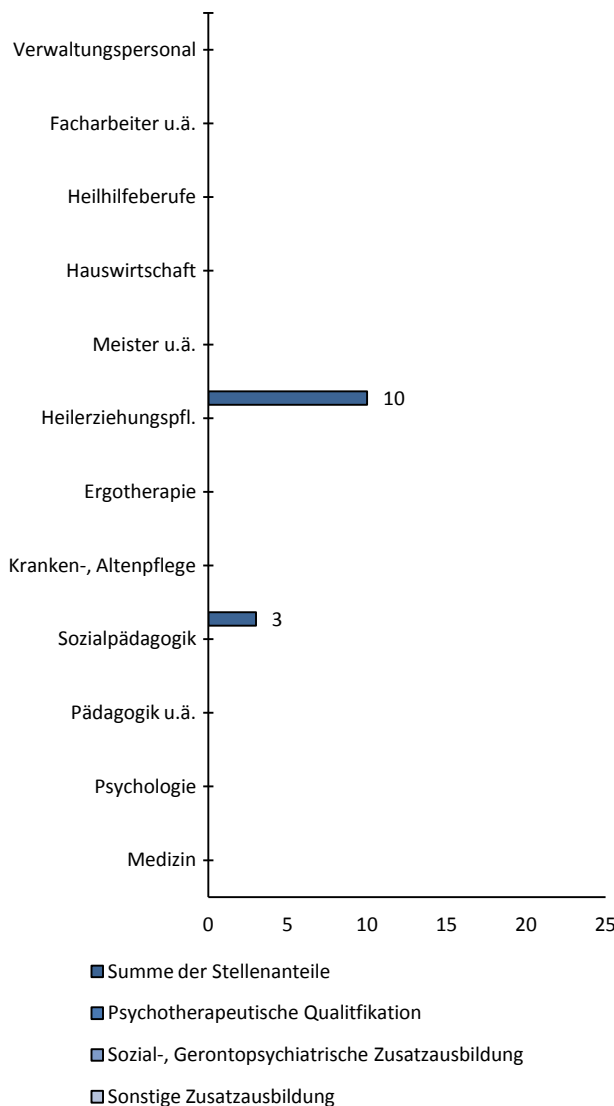
Platzzahl (Behandlungsplätze)



Einzugsgebiet (Patientenzahl)



Grund- und Spezialqualifikation (Stellen)



Ansprechpartner

Matthias Böhnig

Anschrift

Ev. Stiftung Neuerkerode
 Neuerkeröder Wohnen und Betreuen GmbH
 Lange Strasse 33
 38100 Braunschweig
 Telefon: 0531/12311717
 Fax: 0531/2615919

E-Mail: Matthias.Boehnig@neuerkerode.de

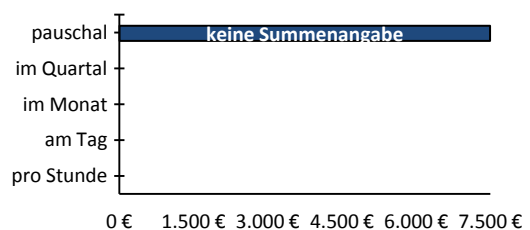
Kurzbeschreibung der Einrichtung

Die Neuerkeröder Wohnen und Betreuen GmbH betreibt im Rahmen der Eingliederungshilfe Einrichtungen zur ambulanten, teilstationären und stationären Hilfeleistung. Das Leistungsangebot umfasst neben den verschiedenen Wohnformen und ambulanten Betreuungsmöglichkeiten Angebote der Begleitung in einer Tagesförderung. Die Neuerkeröder Wohnen & Betreuen GmbH ist ein Unternehmen der Unternehmensgruppe Evangelische Stiftung Neuerkerode und eine Mitgliedseinrichtung des Diakonischen Werkes in der Ev.-Luth. Landeskirche in Braunschweig.

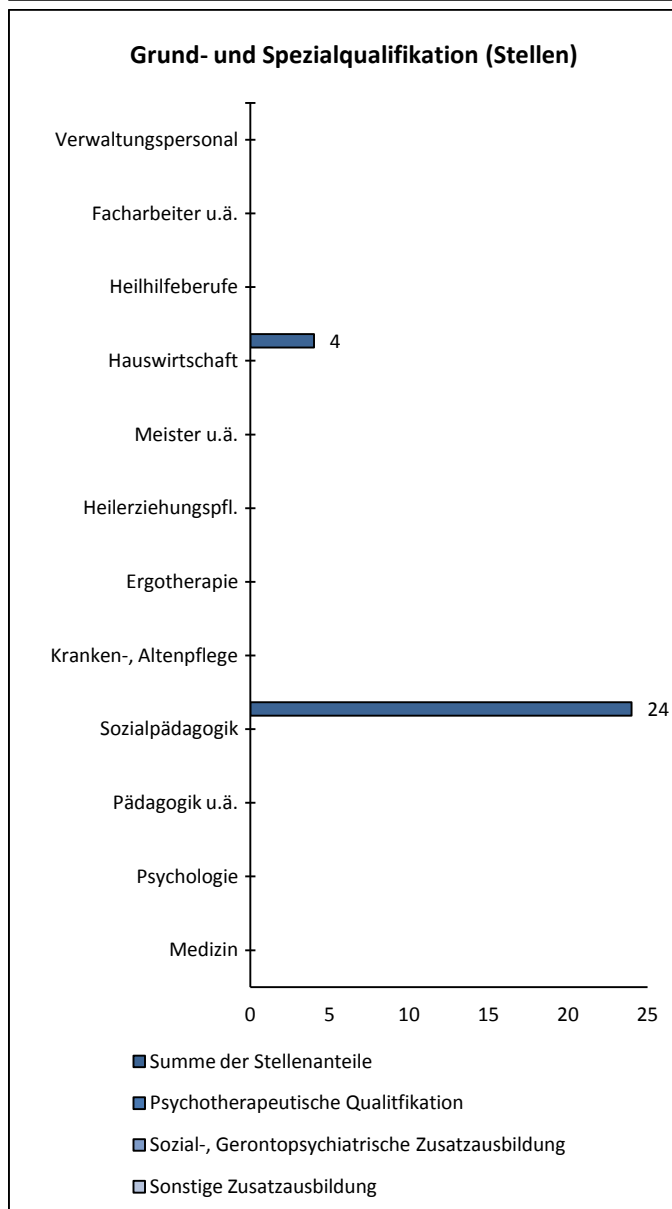
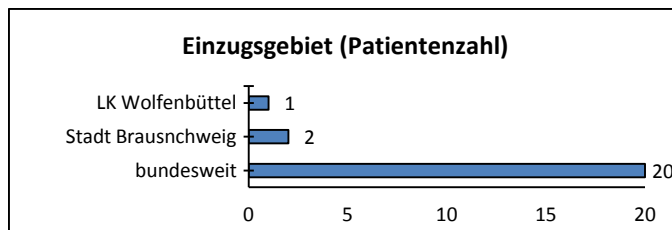
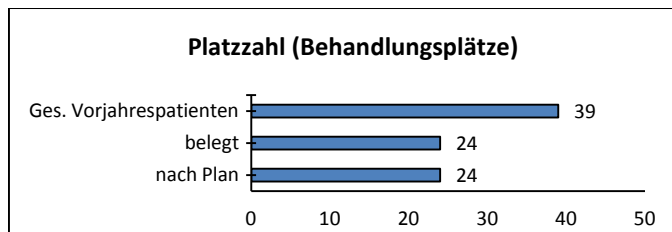
Träger der Einrichtung

Neuerkeröder Wohnen und Betreuen GmbH

Finanzierung (Euro/ Platz)



MANSFELD-LÖBBECKE-STIFTUNG



Ansprechpartner

- a) Gonda Krüger, Erziehungsleiterin
- b) Ute Hilmer, Martin Junge, Projektleitung
- c) Michael Weinreich, Erziehungsleitung

Anschrift

- a) Wohnguppe Jasperallee
Jasperallee 43
38102 Braunschweig
- b, c) Individuelle Wohnformen Ölper Berg
Am Ölper Berge 6
38114 Braunschweig

Geschäftsstelle:

Alte Heerstraße 15a
38644 Goslar
Telefon: 05321/31930
Fax: 05321/319393

E-Mail: info@mansfeld-loebbecke.de

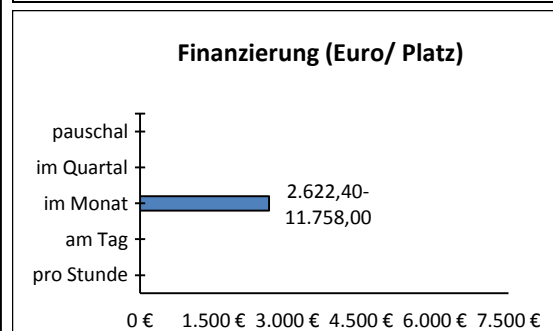
Internet: www.mansfeld-loebbecke.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

a) Stationäre Wohngruppe mit separatem 3er und 5er Bereich, psychiatrische Akutbetreuung, psychiatr. Intensiv-Nachsorge und psychiatr. Nachsorge, Jugendliche und junge Erwachsene ab 14 Jahren, min. 10 MitarbeiterInnen.
b, c) Stationäre Betreuung in einzelnen Wohnungen, Nachtbereitschaft, tagesstrukturierende Angebote, 8 Jugendliche und junge Erwachsene ab 16 Jahren, psychiatr. Nachsorge, stufenweise Verselbständigung von hochstrukturierter Intensivbetreuung zu pädagogisch begleitetem Wohnen möglich, min 9 MitarbeiterInnen.

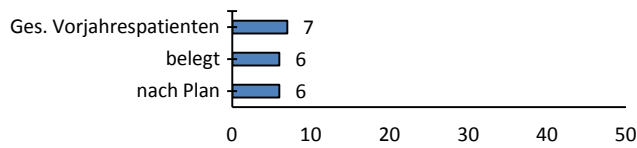
Träger

Mansfeld-Löbbecke-Stiftung

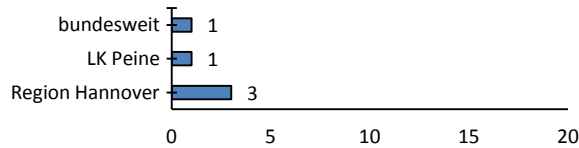


PÄDAGOGISCH-PSYCHOLOGISCHES THERAPIEZENTRUM E.V.

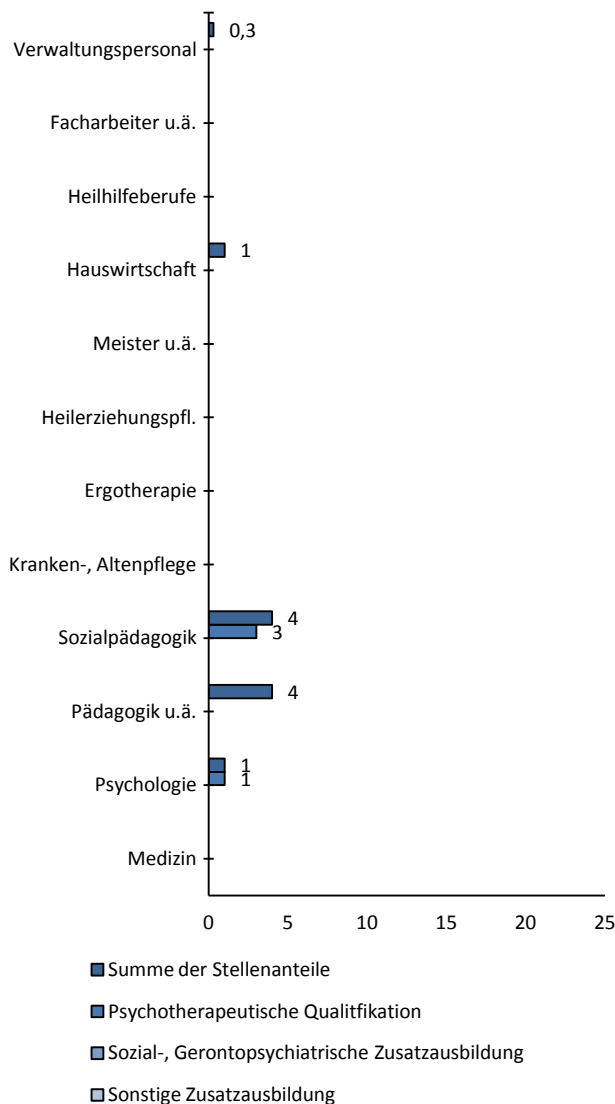
Platzzahl (Behandlungsplätze)



Einzugsgebiet (Patientenzahl)



Grund- und Spezialqualifikation (Stellen)



Ansprechpartner

Gunther Streifthau, Geschäftsstelle

Anschrift

PPTZ e.V.
Hugo-Luther-Straße 19
38118 Braunschweig
Telefon: 0531/2351959
Fax: 0531/2351978

E-Mail: info@pptz.de

Internet: www.pptz.de

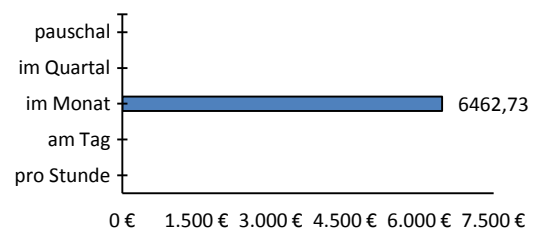
Kurzbeschreibung

In der Kinderwohngruppe Am Galggraben 5 in Braunschweig können bis zu 6 männliche und/oder weibliche Kinder ab etwa 6 Jahren bis 14 Jahren betreut werden. Schwerpunkt dieser Wohngruppe ist die psychiatrische Nachsorge.

Träger

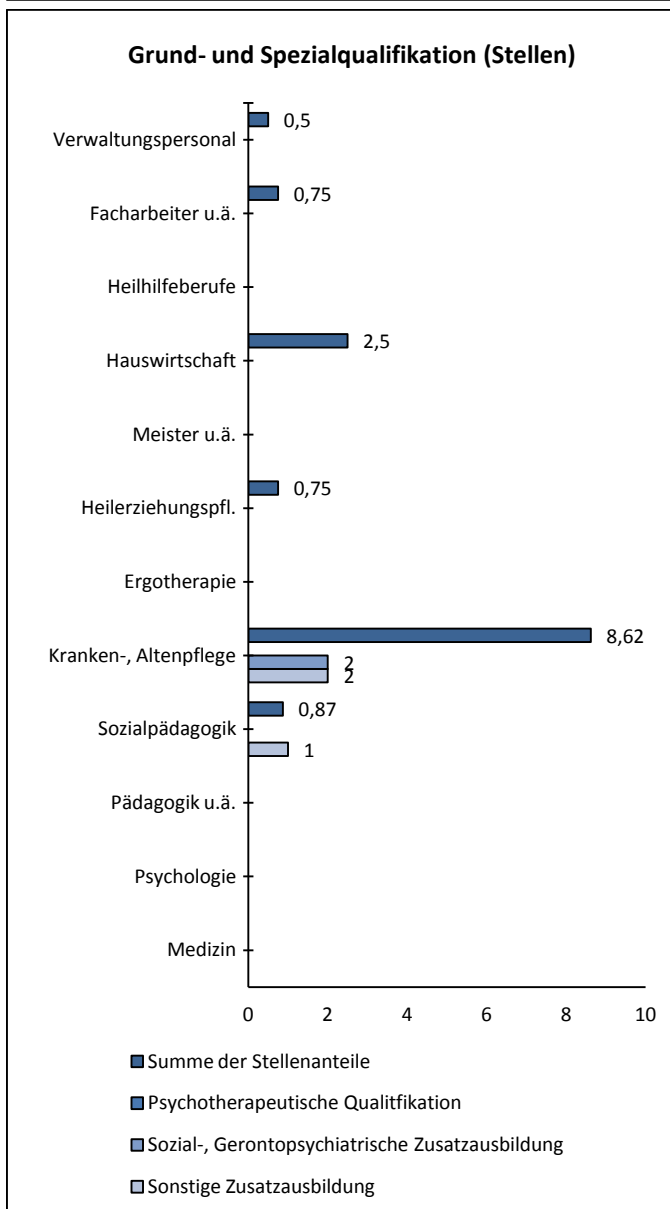
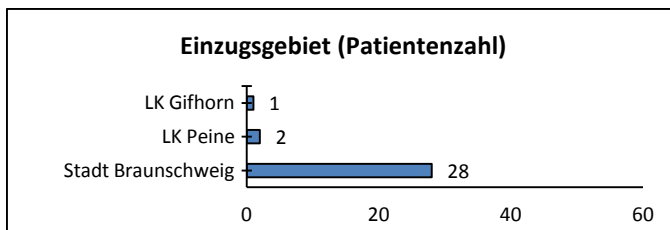
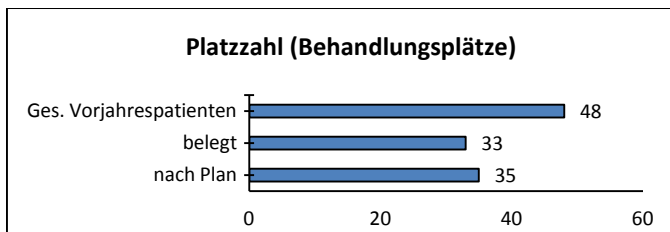
Päd.-Psycholog. Therapiezentrum e.V.

Finanzierung (Euro/ Platz)



39 SONSTIGE STATIONÄRE LEISTUNGEN

AMBET E.V. - HAUS AUGUSTE



Ansprechpartner

Britta Ostermeyer, Heimleitung
Jeanette Berndt, Pflegedienstleitung

Anschrift

Ambet e.V.
Haus Auguste
Ottweiler Straße 140
38116 Braunschweig
Telefon: 0531/25657-60
Fax: 0531/25657-66

E-Mail: jeanette.berndt@ambet.de
britta.ostermeyer@ambet.de

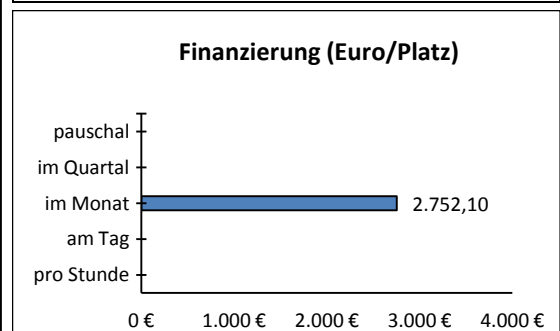
Internet: www.ambet.de/pflegeheime/haus-auguste

Kurzbeschreibung der Einrichtung

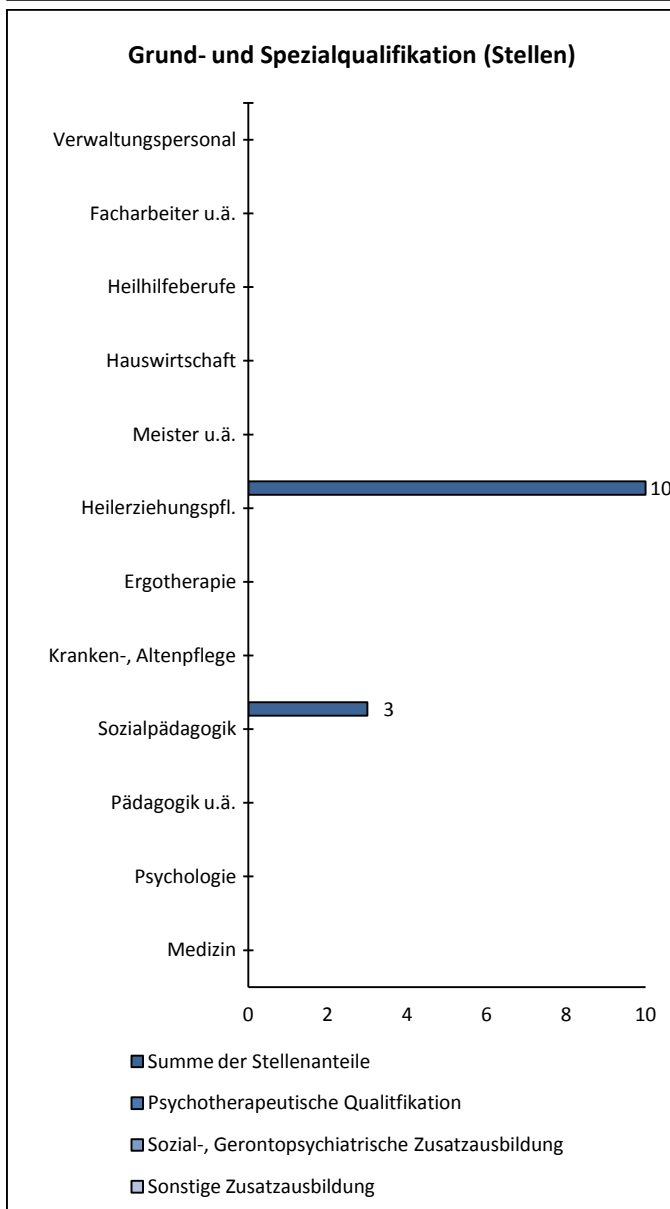
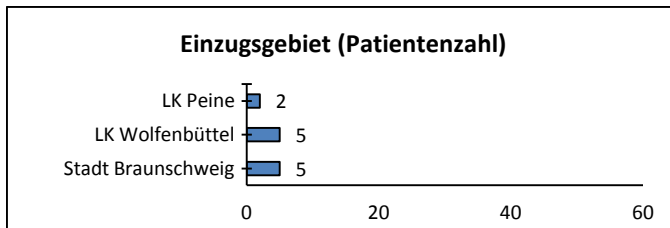
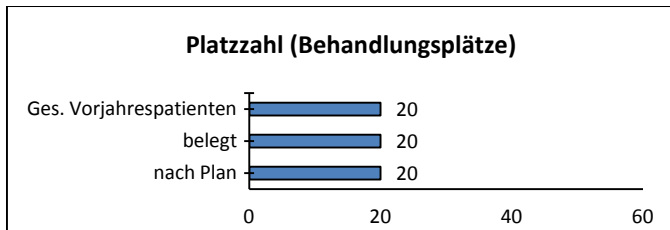
Das „Haus Auguste“, Ottweilerstraße 140, 38116 Braunschweig ist eine stationäre Altenpflegeeinrichtung für 35 Menschen mit Demenz. Träger ist Ambet e.V., Triftweg 73 in 38118 Braunschweig. Das Haus gliedert sich in drei getrennte Wohngruppen und besitzt einen Bewegungs- und Sinnesgarten. Haus Auguste richtet sich nach dem segregativen Modell ausschließlich an Menschen mit Demenz.

Träger der Einrichtung

Ambet e.V.



EVANGELISCHE STIFTUNG NEUERKERODE - KINDER- UND JUGENDWOHNGRUPPEN



Ansprechpartner

Matthias Böhnig

Anschrift

Ev. Stiftung Neuerkerode
 Neuerkeröder Wohnen und Betreuen GmbH
 Lange Strasse 33
 38100 Braunschweig
 Telefon: 0531/12311717
 Fax: 0531/2615919

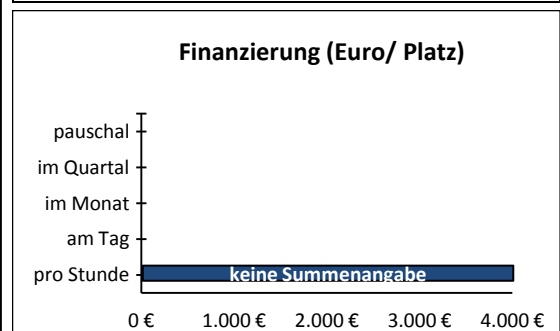
E-Mail: Matthias.Boehnig@neuerkerode.de

Kurzbeschreibung der Einrichtung

Die Neuerkeröder Wohnen und Betreuen GmbH betreibt im Rahmen der Eingliederungshilfe Einrichtungen zur ambulanten, teilstationären und stationären Hilfeleistung. Das Leistungsangebot umfasst neben den verschiedenen Wohnformen und ambulanten Betreuungsmöglichkeiten Angebote der Begleitung in einer Tagesförderung. Die Neuerkeröder Wohnen & Betreuen GmbH ist ein Unternehmen der Unternehmensgruppe Evangelische Stiftung Neuerkerode und eine Mitgliedseinrichtung des Diakonischen Werkes in der Ev.-Luth. Landeskirche in Braunschweig.

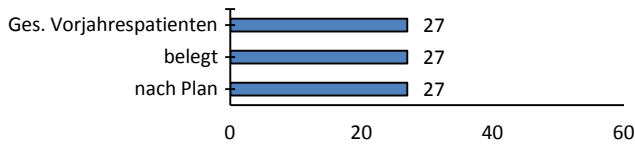
Träger der Einrichtung

Neuerkeröder Wohnen und Betreuen GmbH

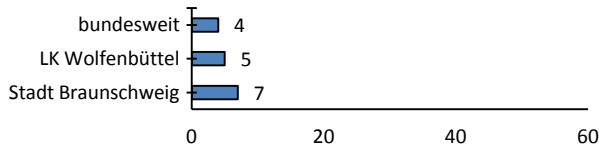


EVANGELISCHE STIFTUNG NEUERKERODE - WOHNGRUPPEN ERWACHSENE

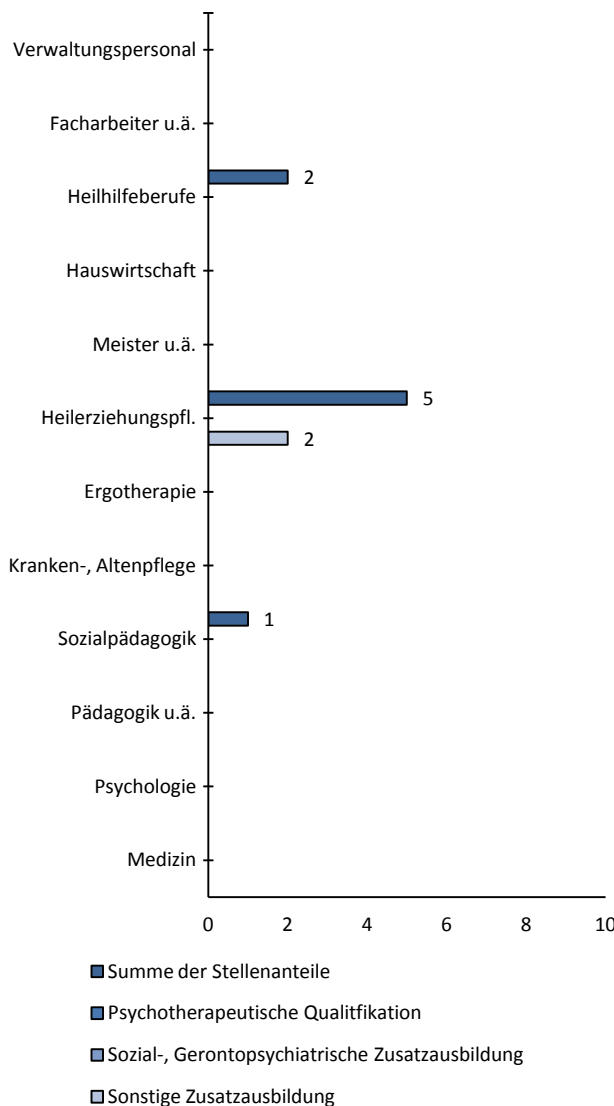
Platzzahl (Behandlungsplätze)



Einzugsgebiet (Patientenzahl)



Grund- und Spezialqualifikation (Stellen)



Ansprechpartner

Matthias Böhnig

Anschrift

Ev. Stiftung Neuerkerode
 Neuerkeröder Wohnen und Betreuen GmbH
 Lange Strasse 33
 38100 Braunschweig
 Telefon: 0531/12311717
 Fax: 0531/2615919

E-Mail: Matthias.Boehnig@neuerkerode.de

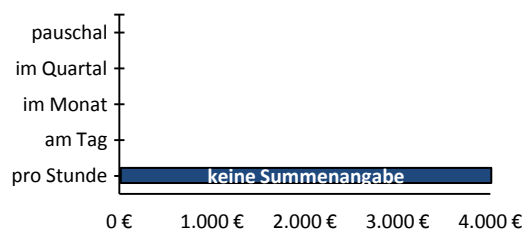
Kurzbeschreibung der Einrichtung

Die Neuerkeröder Wohnen und Betreuen GmbH betreibt im Rahmen der Eingliederungshilfe Einrichtungen zur ambulanten, teilstationären und stationären Hilfeleistung. Das Leistungsangebot umfasst neben den verschiedenen Wohnformen und ambulanten Betreuungsmöglichkeiten Angebote der Begleitung in einer Tagesförderung. Die Neuerkeröder Wohnen & Betreuen GmbH ist ein Unternehmen der Unternehmensgruppe Evangelische Stiftung Neuerkerode und eine Mitgliedseinrichtung des Diakonischen Werkes in der Ev.-Luth. Landeskirche in Braunschweig.

Träger der Einrichtung

Neuerkeröder Wohnen und Betreuen GmbH

Finanzierung (Euro/ Platz)



KOORDINATION UND REDAKTION

Edgar Hahn, Julia Kiehne, Michael Lange, Dr. Peter Schlegel, Dr. Michael-Mark Theil

AUTORENVERZEICHNIS

Caesar, Friedrich, Dr.	Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, Sprecher der niedergelassenen Nervenärzte Braunschweig
Curtius, Carsten	Dipl. Sozialarbeiter, Lebenshilfe Braunschweig, Sprecher der Fachgruppe Arbeit und Tagesstruktur Braunschweig
Diehl, Alexander, PD Dr.	Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Suchtmedizin, Sozialmedizin, Chefarzt der Psychiatrischen Klinik des Städtisches Klinikum Braunschweig
Fritzsche, Erika	Sprecherin AK Braunschweig, Bundesverband der Berufsbetreuer e.V.
Golmann, Hans	Dipl. Sozialarbeiter, Geschäftsführer Ambet e.V., Stellvertretender Sprecher der Fachgruppe Wohnen Braunschweig
Günther, Andreas, Dr.	Facharzt für Anästhesie, Rettungs- und Tropenmedizin, Ärztlicher Leiter Rettungsdienst Braunschweig
Hahn, Edgar	Dipl. Sozialarbeiter, Geschäftsführer des Sozialpsychiatrischen Verbundes Braunschweig
Hasan, Mohammad-Zoalfikar, Dr.	Arzt für Neurologie und Psychiatrie, Psychotherapie, Ärztlicher Direktor des AWO Psychiatriezentrum Königslutter
Hetheier, Beate	Dipl. Sozialarbeiterin, Geschäftsführerin des Vereins Der Weg e.V., Sprecherin der Fachgruppe Wohnen Braunschweig
Jahnke, Claudia, Dr.	Stadtärztin, Leiterin des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes, Gesundheitsamt Braunschweig, Sprecherin der Fachgruppe Kinder- und Jugendpsychiatrie Braunschweig
Kiehne, Julia	Sozialarbeiterin/ Sozialpädagogin (B.A.) im Anerkennungsjahr, Sozialpsychiatrischer Dienst Braunschweig
Lange, Michael	Dipl. Sozialpädagoge, Sozialpsychiatrischer Dienst Braunschweig
Müller, Cordula	Leitende Kriminaldirektorin, Leiterin der Polizeiinspektion Braunschweig
Rutsch, Jutta	Sprecherin der Psychiatrieerfahrenen Braunschweig
Scheffer-Gassel, Tilla	Vizepräsidentin des Amtsgerichts Braunschweig

Schlegel, Peter, Dr.	Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Leitender Arzt Sozialpsychiatrischer Dienst Braunschweig
Schwabe, Hermann	Sprecher der Fachgruppe Sucht Braunschweig
Theil, Michael-Mark, Dr.	Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Stadtarzt Sozialpsychiatrischer Dienst Braunschweig
Terhürne, Gertrud	Dipl. Psychologin, Leiterin der Gerontopsychiatrischen Beratungsstelle, Ambet e.V., Sprecherin der Fachgruppe Braunschweig Gerontopsychiatrie
Watzlawek, Katrin	Dipl. Sozialarbeiterin, Der Weg e.V., Sprecherin der Fachgruppe Beratung und Betreuung Braunschweig
Wiedemann, Marlis	Angehörigenselbsthilfe psychisch erkrankter Menschen
Wittlief, Petra	Dipl. Pädagogin, Leiterin der Ambulanten Sozialen Betreuung Ambet e.V., Stellvertretende Sprecherin der Fachgruppe Beratung und Betreuung, Braunschweig

